

11. Jahrgang

Heft 1

Januar/Mai 1935

ANNALEN DER GEMEINWIRTSCHAFT

NEUNTER JAHRGANG (1933)

HEFT 1

MUSS ARBEITSBESCHAFFUNG GELD KOSTEN?

**Die Finanzierung öffentlicher Arbeiten ohne Beanspruchung des
Geldmarktes nach den Vorschlägen Milhauds nebst einigen Bemerkungen
über sein System**

von

Ulrich von Beckerath

(Berlin)

ANNALEN DER GEMEINWIRTSCHAFT

8, rue SaintVictor, 8
Genf

(Die im Original *g e s p e r r t* gedruckten Worte sind hier aus technischen Gründen in *italics* wiedergegeben worden. Ich besitze die copyrights und gebe **Nachdruck in jedem Format ganz frei.** John Zube, 15.3.04., jzube@acenet.com.au, Skannierer, PEACE PLANS, LIBERTARIAN MICROFICHE PUBLISHING, ON PANARCHY, SLOGANS FOR LIBERTY, Monetary Freedom Series etc.: www.acenet.com.au/~jzube

Goldburgfriede und Internationales Clearing

**Plan für die Wiederherstellung des internationalen
Handels.**

von Edgard MILHAUD

Vorwort.

- I. Die Krise des internationalen Austausches.
- II. Verschiedene Versuche, die Schwierigkeiten des Welthandels im Wege der Kompensation zu beheben.
- III. Die Grenzen des Systems der zweiseitigen Kompensationen. Seine Schatten seiten.
- IV. Die vorgeschlagene Lösung: System der vielseitigen, möglichst allseitigen, Kompensationen unter Ausdehnung auf die Gesamtheit der Transaktionen.
- V. Einrichtung, Organisation und Handhabung des Systems.
- VI. Die Auswirkungen des Systems.
- VII. Erledigung von Einwänden.
- VIII. Die erste Aufnahme des Planes in der Öffentlichkeit.
- IX. Zusammenfassung.

ANHÄNGE

- I. Entwurf eines Uebereinkommens.
- II. Dr. M. A. Heilperin: Die wirtschaftlichen Grundlagen des MilhaudPlanes.
- III. Dr. Scheibler: Der MilhaudPlan u. die Schuldenfrage.
- IV. Dritte Woche für Währungsfragen
- V. Notizen.

(Anzeige auf der inneren Seite des Umschlages.)

ANNALEN DER GEMEINWIRTSCHAFT

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten?

Die Finanzierung öffentlicher Arbeiten ohne Beanspruchung des Geldmarktes nach den Vorschlägen Milhauds nebst einigen Bemerkungen über sein System.

Von Ulrich von Beckerath, Berlin.

INHALTVERZEICHNIS.

- A. Einleitung.
 - B. Der Staat als Helfer.
 - C. Einiges Grundsätzliches über Arbeitsbeschaffung durch den Staat.
 - D. Einige Bemerkungen über die ökonomische und die politische Bedeutung öffentlicher Arbeiten.
 - E. Die bisher vorgeschlagenen Arten der Finanzierung öffentlicher Arbeiten.
 - F. Erwägung einiger oft vorgebrachter Argumente zugunsten einer Arbeitsbeschaffung durch den Staat, insbesondere durch Inangriffnahme neuer grosser, öffentlicher Arbeiten.
 - I. Die private Initiative hat versagt.
 - II. Ein grosser Teil der Arbeitslosigkeit ist durch die Thesaurierung des Geldes bewirkt. Öffentliche Arbeiten wirken der Thesaurierung entgegen.
 - III. In grossen Krisen sollte man nicht kleine Mittel anwenden.
 - G. Einige Bemerkungen zur Theorie Milhauds über Arbeitsbeschaffung durch Einkaufsscheine.
 - I. Das Milhaud'sche System und der freie Markt für Waren, Dienstleistungen und Zahlungsmittel.
 - II. Milhaud's Vorschläge und der freie Goldmarkt.
 - III. Disagio von Zahlungsmitteln im freien Verkehr, verglichen, mit Inflation oder Devaluierung als Faktoren der Beschleunigung des Absatzes.
 - IV. Nochmals die Laufzeit der Einkaufsscheine.
 - V. Milhaud's Vorschläge und die französische Tradition im Zahlungsverkehr.
 - VI. Strukturelle Arbeitslosigkeit und die Vorschläge Milhaud's.
 - VII. Scheinbare Einwände aus der Wirtschaftsstatistik gegen die Vorschläge Milhaud's.
 - VIII. Das Milhaud'sche System, und die Geldhoheit des Staates.
 - IX. Das Gresham'sche Gesetz und die Milhaud'schen Einkaufsscheine.
 - X. Versicherung gegen Arbeitslosigkeit versus Sicherung der Arbeitsgelegenheit durch Einkaufsscheine.
 - XI. Das Wesen der sozialen Frage nach der Annahme der Vorschläge Milhaud's.
 - XII. Wozu ein Aussenhandelsamt?
 - XIII. Schuld einzelner Wirtschaftsführer?
 - XIV. Die Mentalität der Arbeiter und ihre Rechtslage.
 - H. Einige technische und rechtliche Einzelheiten zur Emission von Einkaufsscheinen.
 - I. Die praktische Durchführung der Vorschläge Milhaud's.
 - 1. Was kann der Einzelne tun, um etwas zur Verwirklichung der Vorschläge Milhaud's beizutragen ?
 - 2. Was konnten die Regierungen von heute auf morgen tun ?
 - I. Zusammenfassung.
-

A. EINLEITUNG.

**Oh! On a essayé tant de choses;
quand estce done qu'on essayera
la plus simple de toutes: la liberté!**

M. Fr. Bastiat, «Echange», 1850.

Zur gegenwärtigen Lage.

Man kann die Lage der Weltwirtschaft kaum ungünstiger beurteilen, als indem man feststellt: seitdem Milhaud selbst sie in seinen Veröffentlichungen dargestellt hat, ist sie noch viel schlechter und in mancher Beziehung sogar hoffnungsloser geworden. Eine gewisse Hoffnungslosigkeit muss ja wohl den Reformen überfallen, wenn er sieht, dass gerade diejenigen Massnahmen, welche aus einer «**Krise**» die gegenwärtige **Katastrophe** gemacht haben, trotzdem allgemein und in allen Ländern als grundsätzlich richtig betrachtet werden, nur dass man beständig eine **Verschärfung** fordert. Aussenhandelskontrolle, Devisengesetze, Zahlungsverbote, beständig neue Arbeitsordnungen für die wenigen, die noch

2

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten ?

arbeiten dürfen, andauerndes Herumpfuschen an der Währung, etc. werden heute sogar von denen gefordert, die noch vor kurzem dagegen waren, weil sie eine «SelbstHeilung der Wirtschaft» erwarteten, heute aber an eine solche SelbstHeilung nicht mehr glauben.

Zum Unglück — vielleicht auch zum Glück — hat die Krise nicht nur eine technische Seite, sondern auch eine moralische und eine politische.

Die Massen fühlen, daß ihnen irgend etwas vorenthalten wird, sie wissen nur nicht recht was. Die Massen fühlen sich entrechtet, wissen aber nicht, welches neue Recht sie verlangen sollen. Um aber ihren Empfindungen doch irgend einen Ausdruck zu geben, verlangen sie jetzt in vielen Ländern, daß diejenigen ihrer Rechte augenblicklich aufgehoben werden, für deren Erkämpfung ihre Vorfahren ihr Leben dahin gaben. Preßfreiheit, Versammlungsfreiheit, Redefreiheit, Koalitionsfreiheit, ja sogar Religionsfreiheit bestehen eigentlich nur noch in ein paar Ländern und sind auch hier heftigen Angriffen ausgesetzt. Die Massen verlangen zu essen, möchten aber doch am liebsten die Leute ermorden, die aus der Fremde Brot und Speck und alles bringen, was man noch vor ein paar Jahren als eine Gabe des Himmels ansah. Die Leute möchten auch arbeiten; dumpf stehen sie vor den Fabriken und den Werkstätten und dürfen nicht hinein. Wer verbietet es ihnen? Der Wächter vor der Fabrik weiß, daß er schießen muß, wenn einer wagt, die Fabrik zu betreten und anfängt, irgend etwas von dem zu fabrizieren, was alle Welt braucht. Warum der Wächter schießen muß, das weiß er selbst nicht genau. «Befehl ist Befehl», mehr weiß er nicht. Die Leute ahnen, daß irgend eine *Überlegung* ihnen wohl helfen könnte. Gleichzeitig aber fühlen sie, daß doch irgend eine ihnen unfaßbare **Gemeinheit und Abscheulichkeit** dem allem zum Grunde liegt, und sie verfluchen die «Intellektuellen» mit ihren **Überlegungen**, die im moralisch günstigsten Falle «versagt» haben (was

niemand bestreiten kann), vielleicht aber sogar gerade das ausgedacht haben, was jetzt die guten Ernten zu einer Ursache der Hungersnot werden läßt. Wer weiß! Nur keine **Überlegung** mehr, kein **Gedanke** mehr, **Dreinschlagen** mit der letzten Kraft und dann — ja — eigentlich ist man ja dann genau so weit wie vorher.

Wir haben alle «Tamango» von Prosper Merimee gelesen, die Geschichte, wie auf dem Sklavenschiff «Espérance» die Sklaven unter der Führung Tamango's meuterten und siegten. Da steht nun der Negerfürst auf dem erbeuteten Schiff, siegreich, tatendurstig, anerkannt, die befreiten und zur äußersten Hingabe bereiten Sklaven hinter sich. Die Weißen sind ermordet und bei den Haifischen. Aber: was nun *tun*? Es handelt sich darum, das Schiff *zu wenden*; wie macht man das? Tamango versetzt einfach dem Steuerrad einen Stoß. Das Schiff dreht sich, und die Masten brechen; Was nun? Man konnte einen Notmast 'aufrichten, aber dazu müßte man eine ganz kleine Ahnung vom **Schiffswesen** haben, und man müßte auch was vom *Segeln* verstehen.

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten ?

3

Tamango versteht nichts davon, und die Sklaven auch nicht; sie begreifen nur, daß «der große Fetisch der Weißen beleidigt ist» und versöhnt werden muß. Man bringt dem Kompaß ein Blutopfer. Der Kompaß reagiert nicht Man zaubert. Hilft auch nichts. Man schreit. Man trinkt Schnaps. Tamango verlangt schärfere **Disziplin**. Alles, alles umsonst, Segeln, und *nur* Segeln kann helfen.

Wie Tamango auf der «Espérance» vor seinen befreiten Sklaven, so stehen viele Staatslenker heute vor ihren Untertanen. Ihrem Fetisch und sogar dem ihrer Feinde bringen sie Opfer. Die Disziplin wird täglich verschärft. Reden darf überhaupt keiner mehr. Die «Ordnung» wird täglich größer. Die Art, wie man die Hungerleichen ins Meer wirft, wird genau vorgeschrieben. Alles umsonst, das Schiff kommt nicht von der Stelle.

Inmitten dieser Wirrnis steht nun einer auf und sagt: Tamango —, höre auf, dem Kompaß Menschen zu schlachten, höre auf, uns weiter zu «disziplinieren», zaubere nicht länger, und laß den Säufern ihren Schnaps — aber richte einen Notmast auf, *segele*, und **ich zeige dir, wie man's macht!!!!**

Wird Tamango hören? Gibt's für ihn eine größeres Unrecht, als jetzt nicht zu hören?? Oder wird er den **Praktiker** herauskehren, der in jahrelanger HäuptlingsPraxis doch gelernt hat, **wie man mit Untergebenen umgeht?** Was wird er mit dem «Theoretiker» machen ??

Das ist die Frage! Der «Theoretiker» aber heißt in diesem Falle Milhaud!

Tamangos der Welt! in Rußland, in China, in Japan und anderswo, hört ihn an, und vieles soll euch vergeben sein!

B. DER STAAT ALS HELFER.

Als vor einigen Jahrzehnten Max Stirner darauf hinwies, daß die Religion unseres Zeitalters sich gewandelt habe, und daß die **Staatsidee** die älteren, religiösen **Ideen** bei sehr vielen ganz verdrängt hätte, während ihr religiöses **Gefühl** erhalten blieb und jetzt die Staatsidee zum Gegenstand hat, da

nahm wohl niemand diese Bemerkung recht ernst. Heute stehen wir aber vor den praktischen Auswirkungen der neuen Religion, Auswirkungen, die so groß sind, daß man wohl sagen kann: die Grundlage der Existenz ist bei der Hälfte der Menschheit seit etwa 30 Jahren sehr verändert.

Das Wesentliche eines religiösen Gefühls ist, daß es außerhalb der Sphäre bewußter Verstandestätigkeit liegt. Oft ist das Gefühl, welches seiner eigentlichen Natur nach ein *Achtungsgefühl* ist, auch vermischt mit irgend welchen Erfahrungen, die sich aber zum Teil im Unterbewußtsein vollzogen haben. Im Oberbewußtsein erzeugen dann solche Erfahrungen Begriffe, welche man in der Psychologie "fixe Ideen" nennt, d.h. Ideen, die keine Kritik zu erschüttern vermag. *Kant* sagt bei der Erörterung solcher Begriffe: «Viele Begriffe entspringen durch

4

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten ?

geheime und dunkle Schlüsse bei Gelegenheit der Erfahrungen, und pflanzen sich nachher auf andere fort ohne Bewußtsein der Erfahrung selbst oder des Schlusses, welcher den Begriff über dieselbe erreicht hat. Solche Begriffe kann man *erschlichene* nennen. Dergleichen sind (viele? J.Z.) die zum Teil nichts als ein Wahn der Einbildung, zum Teil auch wahr sind, indem auch dunkle Schlüsse nicht immer irren». (Träume eines Geistersehers, erstes Hauptstück, erste Anmerkung.)

Die Erörterung der *Milhaud'schen* Vorschläge hat bestätigt, daß auch die moderne Volkswirtschaftslehre, obwohl scheinbar auf dem allerrealsten Boden errichtet, doch voll von «erschlichenen Begriffen» ist, die aber einen wesentlichen Bestandteil der neuen Religion überhaupt bilden.

Man kann eine Religion nicht widerlegen. Was man aber kann, das ist den Gläubigen das **Toleranzprinzip** nahelegen. Religionen, welche dieses Prinzip nicht anerkennen, riskieren das Schicksal des alten Heidentums, nachdem es unter *Decius* und *Diokletian* sehr intolerant geworden war. Tolerante Religionen aber sind allein durch ihre Toleranz achtungswürdig; sie werden stets auf den Schutz durch alle billig und gerecht Denkenden rechnen können.

Diejenige Religion, welche der Staatsidee gegeben hat, was sie den älteren religiösen Ideen nahm, ist noch jung (vor dem 30jährigen Kriege scheint sie noch nicht bestanden zu haben, aber i.J. 1789 war sie schon herrschend) und, wie alle jungen Religionen, *nicht* tolerant. Ihre Intoleranz ist eine sehr ernste Sache, weil sie nicht auf metaphysische, sondern im Gegenteil auf höchst physische Dinge geht. *Bastiat*, unter dem unmittelbaren Eindruck eines Ausbruchs von etatistischem Fanatismus, schrieb im **Journal des Débats** vom 25. September 1848 seinen heute noch nicht vergessenen Aufsatz «Der Staat», der seitdem nichts von seiner Aktualität eingebüßt hat. *Bastiat* sagt:

«Leser, ich habe nicht die Ehre dich zu kennen, aber ich wette 10 gegen 1, daß du seit sechs Monaten Utopien ausheckst, und ich wette nochmals 10 gegen 1, daß der *Staat* es sein soll, der sie verwirklicht.

«Und du, Leserin, ich bin gewiß, daß du herzlich gern alle Übel dieser elenden Menschheit behoben sehen möchtest, und daß du nichts dagegen hättest, wenn der *Staat* sich dem widmen möchte.

«Aber, ach! der unglückliche Staat, wie *Figaro*, weiß nicht, wo er zuerst hinhören soll. Aus hunderttausend Mündern, aus der Presse und aus Versammlungslokalen schallt es ihm entgegen:

Organisiere die Arbeit und die Arbeiter.
Rotte den Egoismus aus.
Bekämpfe die Anmaßung und die Tyrannei des Kapitals.
Stelle Versuche an über Misthaufen und über Eier.
Baue Eisenbahnen.
Baue Bewässerungsanlagen.

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten?

5

Forste die Gebirge auf.
Richte MusterFarmen ein. Richte auch Musterwerkstätten ein.
Kolonisiere Algier.
Versorge die Kinder mit Milch. Unterrichte die Jugend.
Hilf dem Alter.
Führe die Stadter aufs Land zurück.
Nimm die Profite aus allen Gewerben an dich.
Leihe Geld aus, und zwar zinslos, an alle, die welches haben wollen.
Befreie Italien, Polen und Ungarn.
Fordere die Zucht von Reitpferden.
Fordere die Kunst, bilde Musiker und Tänzerinnen aus.
Schaffe den Handel ab. Schaffe aber gleichzeitig eine Handelsflotte.
Entdecke die Wahrheit und pflanze ein Samenkorn Vernunft in unsere Köpfe.
«Aufgabe des Staates ist es, die "Volksseele aufzuklären, zu entwickeln, ihr Grösse zu geben, sie zu befestigen, sie zu vergeistigen and zu heiligen."»
(Letzter Satz von Bastiat aus einer Schrift Lamartines zitiert.)

Dass alle diese Forderungen ein starkes, religiöses Element enthalten, erkennt man zunächst an der Heftigkeit und dem Fanatismus, mit dem ihre Befürworter sich dagegen wenden, dass ein *anderer*, als der Staat, sich mit der Verwirklichung beschäftigt. Hiervon kann man sich leicht durch ein Gespräch mit irgendeinem Zeitgenossen überzeugen, sei es ein Arbeiter oder ein hoher Beamter, ein Fabrikant oder ein Ladenbesitzer. Bei den allermeisten wird man die Meinung antreffen, dass es geradezu unmoralisch sei, wenn Einzelne oder Gruppen etwas unternähmen, was vielleicht auch der Staat unternehmen könnte. Zwar können sie diese, ihre Meinung nicht so abstrakt, wie vorstehend, ausdrücken, aber im einzelnen Falle werden 4 unter 5 nicht verfehlen, sie zu bekunden, wenn man sie fragt.

Einige moderne Gesetze sind unmittelbar aus diesem Gefühlskomplex heraus entstanden, wie z.B. das deutsche Gesetz über die Monopolisierung der Arbeitsvermittlung durch den Staat vom 22. Juli 1922, bestätigt durch das Gesetz vom 16. Juli 1927. Man sollte meinen, dass ein Parlament, welches ernstlich die Arbeitslosigkeit bekämpft, jede Art von Arbeitsvermittlung unterstützen und nur die Missbräuche verbieten wird. Der deutsche Reichstag hat das nicht getan und sogar auf besonderen Druck durch die SPD und die KPD ein Gesetz geschaffen, welches ganz gewiss dazu beigetragen hat, die Arbeitslosigkeit in Deutschland zu vergrößern.

Von Ideen, wie dem staatlichen Arbeitsvermittlungsmonopol aus, ist zur Idee einer völlig verstaatlichten Volkswirtschaft nur *ein* Schritt. Die Idee ist natürlich keineswegs neu oder geistiges Eigentum einer einzelnen Partei; einen besonders deutlichen Ausdruck fand die Idee schon

auf dem Genter Sozialistenkongreß von 1877. In einer Resolution dieses Kongresses war gesagt:

«Aller Grund und Boden, alle Produktionsmittel werden Gesellschaftseigentum. Der Omnipotente Staat hat Produktion und Konsumtion zu regeln, bis herab in die kleinsten Erwerbskreise; die Volksmehrheit regiert und verwaltet omnipotent, die Minderheit muß sich fügen oder auswandern.»
(Quaritsch, Kompendium der Nationalökonomie. 4. Aufl. S. 40.)

Die Nachrichten von der jämmerlichen Lebenshaltung der Untertanen des omnipotenten, russischen Staates, seiner unfähigen Bureaukratie (trotz Tüchtigkeit und guten Willens einzelner Beamter), haben aber doch viele Bekenner der Idee einer völlig verstaatlichten Volkswirtschaft zu einiger Besinnung gebracht und sogar zu der Erklärung, daß sie die private Wirtschaft im wesentlichen bestehen lassen wollen, so daß der von Hitler und *maßgebenden* Nationalsozialisten übrigens stets abgelehnte, «totale Staat» mehr in einer etatistischen Gesinnung der Untertanen als in einer etatistischen Wirtschaftsordnung bestehen soll. Wichtiger als diese Konzession der Politiker scheint aber, daß die *römische Kirche* die ihr auf ihrem eigensten Gebiet durch die neue Religion drohenden Gefahren wohl erkannt und sich entschlossen hat, ihr entgegenzutreten. Papst; Pius XI, auch von NichtKatholiken als klarer, philosophischer Geist und edler Charakter geachtet, sagt in seiner auch sonst hochbedeutenden Encyklika «Quadragesimo Anno»:

«Wie dasjenige, was der Einzelmensch aus eigener Initiative und mit seinen eignen Kräften leisten kann, ihm nicht entzogen und der Gesellschaftstätigkeit zugewiesen werden darf, so verstößt es gegen die Gerechtigkeit, das, was die kleineren und untergeordneten Gemeinwesen leisten und zum guten Ende führen können, für die weitere und übergeordnete Gemeinschaft in Anspruch zu nehmen; zugleich ist es überaus nachteilig und verwirrt die ganze Gesellschaftsordnung. Jewede Gesellschaftstätigkeit ist ja ihrem Wesen und Begriff nach subsidiär; sie soll die Glieder des Sozialkörpers unterstützen, darf sie aber niemals zerschlagen oder aufsaugen.»

Worte, wie diese und vieles, was der Papst sonst noch in seiner Encyklika sagt, werden den philosophisch interessierten Leser an den Schluß des V. Kapitels der ersten Abteilung des dritten Stücks von *Kant's* Schrift über die Religion erinnern, den nachzulesen wohl der Mühe Wert ist.

C. EINIGES GRUNDSÄTZLICHES ÜBER ARBEITSBESCHAFFUNG DURCH DEN STAAT.

Die Religion des Etatismus wurzelt nicht nur in einem Gefühl der *Achtung*. Dieses Gefühl ist, wie *Kant* dargelegt hat, die notwendige Grundlage einer jeden guten Religion, auch der von ihm ans Licht

gestellten Religion der reinen Vernunft. Der Etatismus wurzelt auch noch, wie so viele andere Religionen, in dem Gefühl der *Hilflosigkeit*, verbunden mit einer menschlich sehr begreiflichen

Abneigung; sich den Mühen und Gefahren einer wirksamen **Selbsthilfe** zu unterziehen. Berichtet die Weltgeschichte doch sogar von starken Widerständen von Sklaven und Leibeignen, als wohlmeinende Regenten ihnen die Freiheit geben wollten. Ein großer Teil der Arbeitslosen hat nun leider — wie eine traurige wirtschaftliche und politische Erfahrung gerade in der Nachkriegszeit gelehrt hat — nicht viel mehr Selbstständigkeitsbedürfnis als s.Zt. in Pomerellen (Pommern J.Z.) die Leibeignen, die der Große Friedrich nur mit Mühe zur persönlichen Freiheit erziehen konnte und schließlich soweit brachte, daß sie ihren Unterhalt nicht mehr ausschließlich von anderen erwarteten. Gewiß ist, daß heute für sehr zahlreiche Arbeitslose — man kann wohl sagen für Millionen — **das ArbeitnehmerVerhältnis** gerade zu eine **Denkkategorie** geworden ist und daß sie im Augenblick unfähig sind, Vorschläge in sich aufzunehmen, die irgendwie eine Selbsthilfe, ein eignes Nachdenken über die Krise oder gar ein Verständnis der Milhaud'schen Vorschläge voraussetzen. Da diese Arbeitslosen vorläufig nichts als **Arbeitnehmer** sein können, die Klasse der Arbeitgeber aber versagt hat und noch versagt, so bleibt tatsächlich nicht anderes übrig, als *diesen* Teil der Arbeitelosen — so wie er es verlangt — unmittelbar durch den Staat zu beschäftigen. Die Art der Beschäftigung und die Finanzierung sind dann zu erwägen. Aus dieser Situation folgt nun allerdings noch nicht, daß ebenso mit dem **andern** Teil der Arbeitelosen verfahren werden muß, der gleichfalls nach Millionen zählt, und der sehr wohl fähig ist, sich zu SelbsthilfeOrganisationen auf Grund des Milhaud'schen FinanzierungsPrinzips zusammenzuschließen.

D. EINIGE BEMERKUNGEN ÜBER DIE ÖKONOMISCHE UND DIE POLITISCHE BEDEUTUNG ÖFFENTLICHER ARBEITEN.

Es scheint, daß man vor Milhaud folgende, für die Erkenntnis der Bedeutung öffentlicher Arbeiten sehr wesentliche Unterscheidung unterlassen hat:

1. Öffentliche Arbeiten, die nicht unterlassen werden können, ohne daß dadurch die Volkswirtschaft unmittelbar geschädigt würde. Solche Arbeiten sind z.B. der Betrieb der Post und da, wo die Eisenbahnen Staatseigentum sind, auch der Betrieb der Bahn. Ferner müssen beständig in Betrieb sein: Wasserwerke, Gaswerke, Hafenanlagen, etc. Nicht unterbleiben können auch Reparaturen an Brücken, Landstraßen und allem, was dem Verkehr dient, ferner nicht Reparaturen an öffentlichen Gebäuden.

2. Andere öffentliche Arbeiten, wie z.B. die Anlage eines, vielleicht nicht unbedingt nötigen, aber doch nützlichen Kanals.

Die Inanghaltung der unter 1. bezeichneten Arbeiten ist nicht nur

8

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten ?

für die **Volkswirtschaft**, sondern gerade auch für den **Arbeitsmarkt** fast aller Länder viel wichtiger als die Inangriffnahme der unter 2. bezeichneten, und zwar letzteres aus dem einfachen Grunde, weil die Anzahl der bei diesen Arbeiten beschäftigten Personen in allen Kulturländern sehr groß ist, ihre Arbeit auch Spezialkenntnisse erfordert, und sie daher nicht ohne weiteres ihren Beruf wechseln können. Eine Entlassung von etwa nur einem, Viertel würde in den meisten Ländern schon mehr Arbeitslose ergeben, als auch der finanzkräftigste Staat bei *neuen* öffentlichen Arbeiten einstellen

kann, ja in einigen Ländern wohl mehr, als zur Ausführung wirklich *nützlicher* neuer öffentlicher Arbeiten überhaupt eingestellt werden könnten, selbst wenn die Finanzierung dieser Arbeiten gesichert wäre.

Das Milhaud'sche System der Einkaufsscheine bietet die Möglichkeit, staatliche Betriebe, bei denen infolge der Krise Einschränkungen stattfinden mußten, ebenso gut wieder in Gang zu bringen, wie **private** Betriebe. Daß z.B. staatliche Porzellanfabriken, Gestüte, Druckereien, Papierfabriken, Bergwerke und alle anderen staatlichen Betriebe, die für den *Markt* arbeiten, hier nicht anders zu beurteilen sind, als ein privater Betrieb, braucht ja wohl nicht ausgeführt zu werden.

Andere staatliche Betriebe, wie z.B. die Eisenbahn, die Post, ferner nichtstaatliche, aber doch öffentliche Betriebe, wie z.B. Elektrizitätswerke, Wasserwerke, etc., arbeiten zwar nicht für den *Markt*, sind aber doch auf Absatz ihrer Leistungen angewiesen. Auf alle diese Betriebe finden die Gedankengänge Anwendung, welche *Zander* in seinem Aufsatz über Eisenbahngeld in Heft I/1934 der Annalen dargelegt hat.

Zwischen dem Eisenbahngeld *Zander's* und den Einkaufsscheinen *Milhaud's* besteht **kein** grundsätzlicher Unterschied. Scheinbar fehlt im Finanzierungssystem von *Zander* das von *Milhaud* geforderte Element der **Bestellung** auf die Leistungen des Betriebes. Aber ein Betrieb, wie z.B. eine Eisenbahn, bedarf keiner Bestellung, um des Absatzes — hier von Frachtkilometern — sicher zu sein. Die Monopolstellung solcher Betriebe sichert ihnen Absatz, besser als Bestellungen, sei es, daß den Betrieben das Monopol von Gesetzeswegen verliehen ist, wie z.B. in den meisten Staaten der Post, sei es, daß es ein natürliches Monopol ist, wie z.B. bei den meisten Eisenbahnen. Ein Betrieb, wie etwa die deutsche Eisenbahn (zwar jetzt kein staatlicher Betrieb mehr, aber doch volkswirtschaftlich als in solcher anzusehen, ebenso wie auch die französischen und die englischen Bahnen), hat durch ihr natürliches Monopol eine sichere Einnahme von wenigstens 200 Millionen RM monatlich, und steht dadurch ebenso da, als wenn eine Bank der Bahn zu Beginn eines jeden Monats ein Guthaben von 200 Millionen RM eröffnete. Nun behauptet *Zander* dem Sinne nach: Ein sicheres Guthaben in dieser Höhe sollte

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten?

9

nicht ungenutzt bleiben, sondern sollte der Arbeitsbeschaffung dienen. *Zander* hat dann auch gezeigt, *wie* es der Arbeitsbeschaffung dienen kann, indem es nämlich «ausgemünzt» wird, so daß die Bahn auf die Heranziehung von Zahlungsmitteln aus andern Wirtschaftssphären verzichten kann und dadurch die Volkswirtschaft fast genau so befruchtet, als wenn sie ihr monatlich 200 Millionen Mark zu Zwecken der Arbeitsbeschaffung schenkte.

Nahe liegt es, diese Überlegungen auf *alle* öffentlichen Einrichtungen anzuwenden und deren Tätigkeit als eine öffentliche Arbeit anzusehen. Justiz und allgemeine Staatsverwaltung sind in den meisten Ländern trotz aller Mißstände auch heute noch nützliche Einrichtungen und können ihre Tätigkeit nicht einstellen, ohne daß die Volkswirtschaft dadurch geschädigt würde.

(Daß im kaiserlichen China nach der Statistik nur etwa ein Reichsbeamter auf 10 000 Einwohner entfiel, ist immerhin bemerkenswert. In Wirklichkeit waren es noch weniger, denn oft zahlten die chinesischen Gilden den kaiserlichen Beamten eine Pension dafür, daß sie *nicht* regierten, und es ging auch!)

Jedenfalls beansprucht die Staatsverwaltung sehr viel Arbeitskräfte und eine Prüfung, ob die Finanzierung dieser Art von Arbeit ebenfalls nach den Grundsätzen Milhaud's erfolgen könnte, ist nicht überflüssig.

Rein kaufmännisch betrachtet geschieht die Finanzierung der Staatsverwaltung in der Weise, daß der Staat Steuerquittungen verkauft und dafür die Verpflichtung übernimmt, die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten. Der «Kauf» der Steuerquittungen ist allerdings nicht ganz freiwillig; denn, wenn der «Käufer» nicht kauft, so braucht die Regierung Gewalt. Eben deshalb aber ist der «Absatz» der Steuerquittungen als ein sehr gesicherter anzusehen und «stockt» tatsächlich nur bei Mangel an Zahlungsmitteln bei den «Käufern». Die Sicherheit des Absatzes aber schafft für den Staat ein zwar unsichtbares, aber doch sehr reales *Guthaben* des Staates bei den Steuerzahlern. Dieses Guthaben des **Staates** durch die **Besteuerung** ist als ebenso real anzusehende das Guthaben, welches die Eisenbahn beim Publikum durch ihre **Monopolstellung** hat. Nun erfordert aber die Theorie Milhaud's, daß jeder — wenigstens in Krisenzeiten — bevor er Zahlungsmittel aus **fremden** WirtschaftsSphären an sich zieht und dadurch die Kaufkraft anderer schwächt, seine eignen Guthaben zu Zahlungen verwendet, falls er überhaupt die Möglichkeit dazu hat, d.h. vor allem der, dessen Gläubiger bereit sind, freiwillig die Guthaben in Zahlung zu nehmen. Letzteres wird immer der Fall sein, wenn die Gläubiger selbst aus andern Rechtsverhältnissen an ihren Schuldner Zahlungen zu leisten haben; wie es z.B. beim Staat immer der Fall ist. Dadurch ist dann eine Aufrechnung möglich. Jeder Gläubiger, z.B. ein **Lieferant** des Staates, ist ja als Steuerzahler auch Schuldner des Staates, und alle Personen, mit denen er im Zahlungsver

10

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten ?

kehr steht, sind es ebenfalls. Daher liegt es durchaus in der Richtung der Theorie Milhaud's zu prüfen, ob und in welchem Maße das durch die Besteuerung entstandene, zwar unsichtbare, aber darum nicht weniger reale Guthaben des Staates aus der Besteuerung durch Stückelung und Typisierung der Stücke (die in diesem Falle ein **Staatspapiergeld** ohne Annahmewang (J.Z.: und Zwangswert!) im Privatverkehr sind) nicht dazu beitragen kann, die Versorgung des Volkes mit Zahlungsmitteln und damit seine Kaufkraft zu verbessern. Ja — noch mehr — es muß geprüft werden, ob die *Unterlassung* der Nutzbarmachung jenes Guthabens nicht den allgemeinen Beschäftigungsgrad ebenso vermindert, wie die Unterlassung der Emission von Eisenbahngeld es z.Zt. tut und die Unterlassung der Emission von Einkaufsscheinen es ebenfalls tut. Noch andere ausgedrückt: Man muß prüfen, ob nicht jener Teil der öffentlichen Arbeiten, welcher der wichtigste ist und immer sein wird, nämlich die allgemeine Staatsverwaltung, nicht vor allem jetzt — in der Krise — mutatis mutandis — nach den von Milhaud aufgestellten Grundsätzen finanziert werden **muß**.

Die Wichtigkeit der von Milhaud aufgestellten Grundsätze, und die Fruchtbarkeit ihrer Anwendung auf scheinbar so ganz verschiedenartigen Gebieten wie der Industrie, dem Eisenbahnverkehr und der allgemeinen Staatsverwaltung rechtfertigt es wohl, Vorstehendes noch einmal in etwas anderer Ausdrucksweise darzustellen.

Es ist in allen drei hier betrachteten Fällen das **Prinzip** das gleiche, und nur die **Technik der Durchführung** ist verschieden. In allen drei Fällen wird ein Guthaben geschaffen, und dieses Guthaben wird zum Zwecke bequemerer Übertragung und schließlichen Verrechnung in typisierte Stücke aufgeteilt, die dann wie Geld gebraucht werden können.

Das Guthaben ist

a) bei *privaten Unternehmungen* ein sichtbares; es entsteht durch **Bestellungen**, und seine Stückelung geschieht durch eine öffentliche oder private Bank. Die Stücke sind **Einkaufsscheine**;

b) bei **öffentlichen Betrieben** (oder Privatbetrieben, die ihnen gleichzuachten sind) ein unsichtbares; es entsteht durch die **Monopolstellung** des Betriebes und dadurch, daß das Publikum entweder gar nicht oder doch nicht ohne eignen Schaden auf die Dienste des Betriebes verzichten kann. Die Stückelung geschieht durch den Betrieb selbst oder auch durch eine Bank. Die Stücke sind **Eisenbahngeld**, Elektrizitätsgeld, etc.;

c) beim Staat, bei Provinzen und Gemeinden, ebenfalls ein unsichtbares; es entsteht durch die **Besteuerung**. Die Stückelung geschieht entweder durch den Steuergläubiger selbst oder — was Lorenz von Stein für zweckmäßiger hält — durch eine Bank. Die Stücke sind **Staatspapiergeld** (Provinzialgeld, Stadtgeld).

Über die Schaffung von Staatspapiergeld hat sich **Jacques Duboin** mit bemerkenswerter Einsicht geäußert (Annalen, Heft I/1934). Auch,

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten?

11

Duboin hat erkannt, daß es ein Staatspapiergeld gibt, welches nur der **Verrechnung** zwischen dem Staat, seinen Lieferanten und seinen Steuerpflichtigen dient, mit der **Geldhoheit** des Staates aber gar nichts zu tun hat und nur die **Mobilisierung einer sicheren Forderung** darstellt. (Entweder der Forderung des Staates an die Steuerpflichtigen oder umgekehrt, der Steuerpflichtigen, vor allem der Lieferanten, an den Staat — wie man's auffaßt.) Auch sonst tauchen jetzt hie und da Vorschläge auf, welche die Bezahlung von Lieferungen an den Staat mit solchen Scheinen zum Gegenstand haben, die nachher bei Steuerzahlungen wie bares Geld angenommen werden. Vgl. hierzu einen gehaltvollen Aufsatz «Le Payement en blé» im Temps vom 6. November 1934. Eine solche Form der Erleichterung der Steuerzahlung ist übrigens toto genere verschieden von der Zahlung der Steuern **in natura**, wie sie z.B. den Bauern in Polen erlaubt ist. Die Steuerzahlung in natura bedeutet nur insofern einen Fortschritt, als sie zeigt, daß man tatsächlich Steuern zahlen kann, **ohne Geld** dabei aufzubringen. Im übrigen aber ist sie doch reichlich primitiv, wenn auch in einem so kultivierten Gemeinwesen, wie dem Römischen Reich, Jahrhunderte lang üblich gewesen. (Vgl. hierzu eine Bemerkung im «Kapital», 1. Buch, III. Kap. 3b, von Marx, dem die Bedeutung des **Zahlungsmittels** bei der Besteuerung nicht entgangen war, der aber durch seine überetatistische Einstellung verhindert war, die von Milhaud und Duboin dargelegten Zusammenhänge zu erkennen.)

In Deutschland wurde das von Duboin vorgeschlagene Verfahren übrigens seit Jahrhunderten angewandt und ist nur in den letzten Jahrzehnten außer Mode gekommen. (Vgl. die Einleitung zum Kommentar des deutschen Scheckgesetzes von 1908 von Prof. M. Apt, ferner die Darstellung der sächsischen Kassenbillets bei Roscher, Nationalökonomik des Handels und Gewerbfließes, § 52, ferner preußische Gesetze von 1814 und 1815 über die Bezahlung von Lieferungen an den Staat mit «Tresorscheinen».) In den «Vier Gesetzenwürfen» findet sich ein Entwurf zu einem Gesetz über Mobilisierung der durch die Besteuerung geschaffenen Guthaben durch zwangskursfreies Staatspapiergeld, welches modernen Verhältnissen angepaßt ist.

Bei den Milhaud'schen Einkaufsscheinen, beim Zander'schen Eisenbahngeld und bei einem uneinlösbaren, keinem Annahmewang und sogar einer freien Kursbildung unterliegenden Staatspapiergeld ist noch folgendes Problem zu lösen:

Wieviel von dem durch Bestellung, Monopol oder Besteuerung entstandenen Guthaben läßt sich für die Bezahlung von Ausgaben verwenden, ohne daß die «Stücke» jener Guthaben, nämlich die Einkaufsscheine, das Eisenbahngeld und das Staatspapiergeld im freien Verkehr ein Disagio bekommen?

Die Theorie hiervon wird wohl noch Gegenstand mancher Erörterung

12

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten ?

sein, obwohl das Problem eigentlich kein anderes ist, als das der **Laufzeit** bei den von Notenbanken diskontierten **Wechseln**, ein in der älteren Bankliteratur oft behandelter Gegenstand. Die *Praxis* ist einfach: Wenn der Kurs der Scheine an 3 aufeinanderfolgenden Börsentagen auf 99 % oder tiefer steht, dann ist die Grenze überschritten, und die Emission muß unterbrochen werden.

Obwohl der Gegenstand dieser Abhandlung eigentlich die Schaffung von Arbeitsgelegenheit durch neue öffentliche Arbeiten ist, so war doch eine Erwägung darüber wohl angebracht, ob nicht durch das InGangHalten von schon in der Ausführung begriffenen, öffentlichen Arbeiten *jeder* Art ein sehr großer Teil der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit hätte vermieden werden können. Diese Erwägung schien um so eher angebracht, als die Grundsätze der Milhaud'schen Zahlungstheorie hier ohne Schwierigkeit anwendbar sind.

Für den Staat entsteht noch ein weiteres Problem. Angenommen, der Staat besäße eine Eisenbahn, dazu ein paar Bergwerke, einige Gaswerke und einige Elektrizitätswerke, die alle infolge der Krise unterbeschäftigt sind. Soll nun der Staat ebensoviele Arten von Scheinen ausgeben, als öffentliche Betriebe vorhanden sind, also neben einem uneinlösbaren, keinem Annahmewang unterworfenen Staatspapiergeld auch noch Eisenbahngeld, Elektrizitätsgeld, etc.? Man sollte diese Frage nicht voreilig mit *nein* beantworten und etwa erwidern: Bei so vielerlei Zahlungsmitteln wird der Verkehr zu sehr belästigt. Eine solche Erwiderung wäre ein Urteil a priori. Man darf nicht vergessen, daß zur Zeit in jeder großen Stadt Schecks von Dutzenden von Banken umlaufen, ohne daß der Verkehr dadurch irgendwie belästigt wird. Gewiß ist, daß ein Staat nicht etwa in einer Stadt, und sei sie so groß wie New York, etwa 100 Arten von Zahlungsmitteln gleichzeitig in den Verkehr bringen sollte, aber ebenso gewiß ist, daß der Verkehr ein halbes Dutzend von verschiedenen Zahlungsmitteln — jedes für sich gestückelt — mit Leichtigkeit aufnimmt. Durch die Verschiedenheit ist eine Kontrolle der Öffentlichkeit gewährleistet, welche zur Sicherung der Arbeitsbeschaffung unentbehrlich ist, und welche die kleine Unbequemlichkeit gegenüber einem *ganz* einheitlichen ZahlungsmittelUmlauf um ein Vielfaches aufwiegt.

Aber nicht nur die Kontrolle der Öffentlichkeit ist unentbehrlich, vor allem ist auch die *Belehrung* des Publikums über die eigentliche Natur papierner Umlaufsmittel unentbehrlich, und die geschieht am wirksamsten dadurch, daß **verschiedenerlei** Arten von Papiergeld effektiv nebeneinander umlaufen, und zwar ohne Annahmewang. Der Mann aus dem Volke muß *wissen*, daß z.B. ein Schein eines Gaswerkes über 1 Doll. vom

Gaswerk einem Gasarbeiter bei der Lohnzahlung gegeben wurde und seine Beschäftigung überhaupt erst ermöglichte, nun aber wieder eingezogen werden muß, damit der Schein sich nicht entwertet.

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten?

13

Der Mann aus dem dem Volke muß ferner *wissen*, daß wenn sein Gemüsehändler den Schein nur für 90 Cents in Zahlung nehmen will, sehr wahrscheinlich das Gaswerk zu *viel* Scheine ausgegeben hat, und daß die Finanzverwaltung des Werkes nicht in Ordnung ist; denn sonst würde der Gemüsehändler den Schein für voll nehmen und sicher sein, daß er ihn an Leute, die Gasrechnungen zu bezahlen haben, wieder los wird. Der Mann aus dem Volke muß auch *wissen*, daß etwaige Finanzierungsfehler der großen Betriebe nicht sofort entdeckt werden können, wenn für Gas, Elektrizität, Eisenbahn und allgemeine Staatsverwaltung nur *eine* Art von Scheinen ausgegeben wird. Eine solche Aufklärung des Volkes ist der sicherste Schutz vor Inflation, vor anderer finanzieller Mißwirtschaft und vor Arbeiterentlassungen infolge solcher Mißwirtschaft.

Aber auch das Gaswerk muß die Möglichkeit haben, kleine Überemissionen, wie sie auch bei guter Verwaltung sehr wohl vorkommen können, unverzüglich wieder gutzumachen. Das Gaswerk muß also in einem solchen Fall erklären können: Während der nächsten Woche nehmen unsere Kassierer nur noch GaswerksScheine bei der Bezahlung von Rechnungen an, andere Zahlungsmittel evt. nur mit einem Aufgeld.

Alle Beteiligten aber müssen die Einsicht haben, daß die kleinen, mit der Vielheit der Zahlungsmittel verbundenen Unbequemlichkeiten der **Arbeitsbeschaffung** dienen, und daß jeder, der sie auf sich nimmt, damit seine eigne Arbeittegelegenheit sichert.

Obwohl also der Grundgedanke des Einkaufsscheins auch das uneinlösbare, aber keinem Annahmewang unterworfenen Staatspapiergeld umfaßt, so darf man doch den Denkprozeß, der dazu führt, dies einzusehen, nicht gewissermaßen umkehren und behaupten: *Wenn* schon bewiesen ist, daß Staatspapiergeld nicht nur berechtigt, sondern sogar volkswirtschaftlich notwendig ist, *dann* sollte man auch gleich «konsequent» sein und *alle* öffentlichen Arbeiten, die unmittelbar produktiven sowohl als administrativen, durch Staatspapiergeld finanzieren.

In allen Ländern der Welt dienen wenigstens vier Fünftel der in einem Jahr geleisteten, volkswirtschaftlichen Arbeit dem Lebensunterhalt des Volkes in diesem oder im nächsten Jahr. Die Ausführung von Reparaturen und von solchen Arbeiten, die nicht unterlassen werden können, ohne daß ein Schade entsteht — ja, sogar die Ersetzung von alten Lokomotiven und Schiffen durch neue — muß man wohl mit als zum Unterhalt des Volkes erforderlich ansehen. Die Herstellung von Dauergütern aber beschäftigt immer nur einen kleinen Teil der Arbeitskraft eines Volkes, gewiß nicht mehr als ein Fünftel, meistens sogar viel weniger als ein Zehntel. Trotzdem fordern die allermeisten eine Verbesserung des Beschäftigungsgrades gerade durch die Herstellung von Dauergütern, besonders neuen Bauten, und da die Privatwirtschaft die

14

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten ?

Herstellung nicht leisten kann, so sollen eben öffentliche Arbeiten dazu dienen.

Nun hat allerdings Milhaud Vorschläge zur Finanzierung öffentlicher Arbeiten zwecks Herstellung von Dauergütern gemacht, die besser sind, als alle anderen bisher veröffentlichten Vorschläge, und

die sogar ein ganz neues volkswirtschaftliches Element enthalten, nämlich den in seiner Laufzeit begrenzten Einkaufsschein, **benutzt zur Zeichnung von Anleihen, Arbeitsbeschaffungsanleihen**. Das größte Verdienst Milhau's besteht aber darin, daß er die ganz überragende Bedeutung der *nicht* auf Dauergüter verwendeten volkswirtschaftlichen Arbeit erkannt hat, und Vorschläge gemacht hat, auch *diese* Arbeit — deren Brachliegen **eigentlich** das Krisenproblem ist — zu finanzieren.

(Daß Milhaud *zwei* ganz verschiedenen Arten von Vorschlägen zur Arbeitsbeschaffung dargelegt hat, scheint den meisten seiner Kritiker entgangen zu sein. Ein Vorschlag M's. geht dahin, die jetzt unverkäuflichen *Vorräte* als Betriebskapital für die Arbeitsbeschaffung nutzbar zu machen; der andere beabsichtigt, die brachliegende *Arbeitskraft* zu verwerten.)

Mehr Interesse für die Öffentlichkeit, als «laufende» Arbeiten, haben aber solche öffentlichen Arbeiten, die man als «zusätzliche» bezeichnen könnte, und die nur zu dem Zweck ausgeführt werden, *um* den allgemeinen Beschäftigungsgrad zu erhöhen. Die vielen hunderte von Projekten über öffentliche Arbeiten zur Verminderung der Arbeitslosigkeit betreffen wohl ausschließlich *solche* Arbeiten. Dabei muß man unterscheiden zwischen Arbeiten, die später Nutzen bringen werden, insbesondere, indem sie *nach* ihrer Beendigung den allgemeinen Beschäftigungsgrad bestimmt dauernd erhöhen werden, und andern Arbeiten, von denen man von vornherein nur wenig oder gar keinen Nutzen erwartet, und die man nur ausführen läßt, um eben die Arbeiter zu beschäftigen.

Zu den ersteren gehören Kanalbauten, Hafenbauten, Aufforstungen und dgl. Auch den Bau von Bildungsanstalten, von Krankenhäusern, die Anlage von Sportplätzen und dgl. kann man dazu rechnen, obwohl der Nutzen nur ein indirekter ist. Aber ein Land, wie z.B. die Schweiz, hat von seinen Schulen und Universitäten gewiß nicht weniger Nutzen, als z.B. von seinen Eisenbahnen, so hoch man deren Nutzen auch einschätzen mag.

Beispiele von Arbeiten der zweiten Art sind etwa die Pflasterung Jerusalems mit weißem Marmor unter Herodes, nur damit nicht die 18 000 Arbeiter, die am Bau des großen Tempels mitgewirkt hatten, nicht zugleich und plötzlich arbeitslos würden. (Josephus, «Jüdische Altertümer», 20. Buch, 9. Kapitel.) Unvergessen sind auch die Nationalwerkstätten von 1793 und 1848.

Der geringe Grad von Zivilisation mancher glänzend scheinender, alter Zeiten ergibt sich daraus, daß früher Volk und Regierung oft in Verlegenheit waren, nicht nur die Beschäftigung der Arbeitslosen zu **finan**

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten?

15

zieren, sondern ihnen **überhaupt** Arbeit zu geben — ein in allen vorkommenden Fällen sehr *dringliches* Problem. Daher nahm man oft die erste, beste Aufgabe in Angriff, die den Herrschenden einfiel oder ihnen empfohlen wurde, ganz unabhängig von der Nützlichkeit des Werks. (Man erinnert sich, wie Ludwig der XIV. sein Versailler Schloß damit entschuldigte, daß der Bau ja dem Volk **Arbeit gebe**.) Daß unsere Zeit in sozialer Beziehung doch ein wenig fortgeschritten ist, ergibt sich daraus, daß es jetzt an **Projekten** zu nützlichen Arbeiten in keinem Lande mehr fehlt, und nur noch die **Finanzierung ein Problem ist**.

Da die öffentliche Meinung von jeher die Bedeutung der «laufenden» Arbeiten für den Staat gering eingeschätzt, dagegen die Bedeutung neuer großer Arbeiten immer sehr hoch eingeschätzt hat, so haben Arbeiten letzterer Art und auch Pläne, sie durchzuführen, eine besondere *politische* Bedeutung. Mehr als einmal haben sich Politiker durchgesetzt, denen niemand irgend eine Chance gegeben hätte, nur weil diese der öffentlichen Meinung über die ausschlaggebende Bedeutung großer

Arbeiten entgegenkamen. Die Geschichte der letzten 150 Jahre zeigt tatsächlich, daß keine Regierung, welche sich halten will, und keine Partei, die sich durchsetzen will, sich der Ausführung großer Arbeiten durch den Staat widersetzen kann. Dadurch gewinnen aber die Vorschläge Milhaud's auch eine gar nicht zu überschätzende *politische* Bedeutung, indem sie einen Weg zur **Finanzierung** solcher Arbeiten zeigen, welcher weder neue Steuern nötig macht, noch eine Inanspruchnahme des Kapitalmarktes (im bisherigen Sinne des Wortes), noch eine Zwangsanleihe, noch Gehaltsreduktionen der Staatsbeamten, noch irgend eine der verhaßten Maßnahmen, an denen so zahlreiche Regierungen schon gescheitert sind. Daß die Vorschläge Milhaud's *daneben* noch erlauben, sehr viel wirksamere Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit in Angriff zu nehmen, als öffentliche Arbeiten, ist gewiß kein Nachteil! Ein kurzer, historischer Rückblick über die Bedeutung der Arbeitslosigkeit für die Politik ist vielleicht nicht überflüssig.

In Frankreich war nach der Revolution von 1848 das allgemeine Elend auf einen sehr hohen Grad gestiegen. Das bare Geld war verschwunden, der soeben dekretierte Zwangskurs für die Noten der Bank von Frankreich bewirkte eine allgemeine Inflationsfurcht. Die Regierung erhob eine Krisensteuer von 45 % der schon erhobenen direkten Steuern, die Landwirtschaft fürchtete Zwangsablieferungen von Lebensmitteln im Stile von 1793, die Arbeiter verlangten Arbeit, und niemand gab sie ihnen. An brauchbaren Vorschlägen zur Selbsthilfe fehlte es durchaus. Auch Proudhon's Vorschläge waren unbrauchbar; seine Volksbank wäre binnen wenigen Wochen zugrunde gegangen, weil sie auch auf Grund von *langfristigen* Darlehen Noten ausgeben wollte. Proudhon — zwar ein Genie, aber offenbar ganz unbekannt mit der Geschichte des Notenbank

Wesens — wußte nicht, daß das nicht geht. Der ihm weit überlegene Bastiat verlangte freie Banken nach amerikanischem System (das System wurde i.J. 1863 verboten), bestand aber auf sofortiger *Einlösbarkeit* der Noten. Das war in der damaligen Krise gleichfalls unmöglich. Einen brauchbaren Vorschlag zur Beschaffung von Arbeit hatte also in Wirklichkeit niemand, wozu kam, daß Proudhon und Bastiat auch noch mißverstanden wurden. *Einer* aber hatte Vorschläge zu machen, welche wenigstens von der öffentlichen Meinung **verstanden** wurden, und außerdem *technisch* wohl durchdacht waren: Napoleon III. Kurz vor der Revolution hatte er einige Arbeitsbeschaffungspläne veröffentlicht, die sogar heute noch lesenswert sind. Die **Finanzierung** hoffte Napoleon im Rahmen des damaligen Zahlungssystems durchführen zu können.

Die Schriften Napoleons machten großen Eindruck. Nach der Junischlacht, als jeder fühlte, daß die Arbeitslosen mit Flintenkugeln im Magen auf die Dauer nicht zufrieden sein würden, stand Napoleon als der Einzige da, der überhaupt ein wenigstens in **technischer** Beziehung brauchbares Arbeitsbeschaffungsprojekt zu bieten hatte und stand dadurch auch als ein Reformier da, dem die Ausarbeitung **neuer**, brauchbarer Projekte bei **veränderten** Verhältnissen wohl zuzutrauen war. Es scheint, daß viele Historiker diesem Umstand zu wenig Bedeutung beigemessen haben, so daß in ihrer Darstellung der Aufstieg Napoleons nur als der Erfolg geschickter Intriguen und brutaler Gewalt erscheint. Aber die Hoffnung Frankreichs, daß Napoleon der Mann sei, **durch öffentliche Arbeiten** die allgemeine Arbeitslosigkeit zu beseitigen und dadurch die Gesellschaftsordnung aufrecht zu erhalten, ist gewiß das eigentliche Agens bei seinem Aufstieg gewesen.

Bei all seinen großen Fehlern besaß Napoleon gewiß ein aufrichtiges Mitgefühl mit den unteren Volksklassen, ein Gefühl, das sich nicht vortäuschen läßt, und welches in unserer Zeit das Band

zwischen Führer und Masse ist. Wenn dieses Gefühl noch mit Einsicht in die sozialen Zusammenhänge verbunden ist, wie es bei Napoleon in hohem, wenn auch nicht in ausreichendem Masse der Fall war, und noch dazu mit einem Sinn für soziale Gerechtigkeit, so daß der Führer nicht einfach — wie die Gracchen — dem einen nimmt, um dem andern zu geben, und wenn er außerdem noch mit einem richtigen Gefühl für die Traditionen seines Volkes begabt ist, so wird ein solcher Führer — bei nur etwas Glück — jede nur ihren Amtsschimmel reitende Regierung aus dem Sattel heben und sich an ihre Stelle setzen. Umgekehrt, **besitzt** ein Regent alle diese Eigenschaften, so ist er jedem Feinde gewachsen. Es handelt sich hier nicht um rein theoretische Dinge. In der kurzen Zeit, seitdem Milhaud seinen ersten Aufsatz veröffentlichte, sind in wenigstens 10 Ländern die alten, verfassungsmäßigen Regierungen beseitigt und

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten?

17

durch neue ersetzt, denen das Volk Interesse für das Arbeitslosenproblem zutraute, und zwar ein Interesse, das sich nicht nur in allgemeinen Redensarten und in «Maßnahmen» äußerte, die keine waren.

Ein anderes Beispiel ist Bismarck, Napoleons großer Gegenspieler. Auch Bismarck, der keine Regierung zu stürzen, sondern im Gegenteil die zu ihrer Zeit mächtigste Regierung der Welt zu verteidigen hatte, würde sich und die Dynastie nicht so viele Jahrzehnte haben halten können, wenn er nicht das Arbeitslosenproblem sehr ernst genommen hätte. (Vgl. seine in einem folgenden Kapitel wiedergegebene Rede vom 9. Mai 1884.) Männer wie Bismarck verdanken ihre Erfolge gerade dem Mut, mit dem sie an *einzelne* soziale Aufgaben herangehen in Fällen, wo sich andere mit allgemeinen Redensarten begnügen. Um ein hierher gehöriges Beispiel zu nehmen: Die ProduktivGenossenschaften, die Prof. *Graham* in den Annalen, Heft II/1933, in geistvoller und sachkundiger Weise verteidigt, und die gewiß berufen sind, an der Lösung des Arbeitslosenproblems mitzuwirken, hat auch Bismarck gekannt und in einer Weise gewürdigt, die gerade in Arbeiterkreisen verstanden wurde. Bismarck sagte darüber in seiner Rede vom 17. September 1878 im deutschen Reichstag u.a.:

«... Dann ebenso die Gewährung von Staatsmitteln zu Produktivgenossenschaften — das ist auch eine Sache, von deren Unzweckmäßigkeit ich noch heute nicht überzeugt bin. Der Versuch — ich weiß nicht, ob unter dem Eindruck von Lassalle's Raisonement oder unter dem Eindruck meiner eignen Überzeugung, die ich zum Teil in England während eines Aufenthalts i.J. 1862 gewonnen hatte — mir schien es, als ob in der Herstellung von Produktivassoziationen, wie sie in England im blühenden Verhältnis existieren, die Möglichkeit lag, das Schicksal des Arbeiters zu verbessern, ihm einen wesentlichen Teil des Unternehmergewinnes zuzuwenden ... (Der Kanzler spricht dann von dem Projekt Lassalle's, wonach Preußen 100 Millionen Thaler zur Errichtung von ProduktivAssoziationen aufwenden sollte) ... Wenn man etwas derartiges Großes unternehmen wollte, so ist es ja wohl möglich, daß man 100 Millionen dazu gebrauchen könnte ... aber so ganz thöricht und einfältig scheint eine solche Sache immer noch nicht. Wir stellen im landwirtschaftlichen Ministerium **Versuche** an über landwirtschaftliche Systeme, wir **versuchen** auch wohl in unserer Fabrikation, wäre es nicht nützlich, auch in der **Beschäftigung der Menschen** und in dem Bestreben die ... soziale Frage durch Verbesserung des Loses der Arbeiter zu lösen, dergleichen **Versuche** zu erneuern? ... Ich habe, soweit meine Erinnerung reicht, den Eindruck erhalten, daß der ganze **fabrizierende** Teil der Einrichtung und der Beschäftigung gar keine Schwierigkeiten bot; es war der **kaufmännische**, in dem die Sache stockte, die **Verwertung** der gewonnenen Produkte durch Reisende, in

Lagern, in Magazinen, durch Proben. Das alles ließ sich nicht machen innerhalb einer Sphäre, die die Arbeiter übersehen konnten. ...»

An einer anderen Stelle dieses Aufsatzes sind Ausführungen Bismarcks über das **Recht auf Arbeit** wiedergegeben, die nicht weniger beachtlich sind.

Was heute viele Völker brauchen, das ist ein Staatsmann von der Einsicht und der Energie Bismarcks, der aber diesmal nicht *neue* Gesetze schafft, sondern zunächst einmal sämtliche seit 1914 über den Zahlungsverkehr erlassenen Gesetze **aufhebt** (es sind in allen Ländern einige Dutzend, in den meisten einige Hundert), damit Raum geschaffen wird für die Durchführung der Vorschläge Milhauds. Diese Vorschläge unterscheiden sich von allen andern dadurch, daß sie kein neues Gesetz erfordern, sondern eben nur die Abschaffung alter.

E. DIE BISHER VORGESCHLAGENEN ARTEN DER FINANZIERUNG VON ÖFFENTLICHEN ARBEITEN.

Öffentliche Arbeiten, wie z.B. der Bau und die Verbesserung von Straßen, Kanälen, Häfen, Dämmen, Schulen, etc. sind in einer zivilisierten und fortschreitenden Gesellschaft die nützlichsten, welche man unternehmen kann. Es werden auch bei halbwegs normalen Geldverhältnissen stets viel Arbeitskräfte dadurch beschäftigt. (Vgl. Goethe's Bemerkung in der Einleitung zu seiner Übersetzung von Benvenuto Cellini's Auto biographie über das gute Pflaster von Florenz, dessen Instandhaltung beständig vielen Menschen Arbeit gab.) Immerhin aber sind viele der in jedem Jahr neu angefangenen öffentlichen Arbeiten, auch die allernützlichsten, doch Lasten der gegenwärtigen Generation zugunsten der kommenden. Im Augenblick kosten sie mehr, als sie einbringen, öffentliche Arbeiten der genannten Art sind daher bei Geldmangel meistens das erste, was eingeschränkt wird. Sowie dies geschehen ist, wird allerdings das Mißliche der Einschränkung klar. Zunächst steigen die Armenlasten durch Unterstützung der Beschäftigungslosen sofort und erheblich. Nur schwer und nur langsam entschließt man sich, dem Finanzminister zu glauben, daß die Unterstützung immer noch weniger kostet, als die Fortführung der Arbeiten. Der Finanzminister hat aber — **fiskalisch** gesehen — recht, wenn auch — **volkswirtschaftlich** gesehen — das Kapital, aus dem die öffentlichen Arbeiten geschaffen werden, nämlich Maschinen, Material, Lebensmittel für die Arbeiter — abgesehen von den arbeitswilligen Menschen — ja im größten Überfluß vorhanden ist. Dazu kommt dann noch der dem Volk, und *in the long run* sogar dem Fiskus entgehende Vorteil durch gute Landstraßen, Häfen, etc. Was fehlt, das sind eben **nur** die Zahlungsmittel, mögen auch die Ökonomen noch so eifrig davor warnen, doch nur ja nicht **Geld** mit **Kapital** zu verwechseln, und mögen die Ökonomen dann in Anschluß daran mit noch soviel

Sophismen einen **Kapitalmangel** demonstrieren. Das Volk glaubt es nicht, weil es das unbeschäftigte Kapital — d.h. die verrostenden Maschinen, die in den Läden verderbenden Lebensmittel und die Haufen von unverwendeten Materialien ja täglich vor sich sieht. *Zahlungsmittel* fehlen, und sonst nichts !!

Zahlungsmittel herbeizuschaffen *scheint* nun aber eine besonders leichte Aufgabe. Da, wo noch Metall zirkuliert, weiß man ja a priori: **Vorhanden sind** die Zahlungsmittel, es gilt nur, sie zu «erfassen». Und da, wo nur papierne Zahlungsmittel zirkulieren, da scheint die «Schaffung» von Zahlungsmitteln natürlich **noch** einfacher. Aus dieser scheinbar so einfachen Situation ergeben sich dann drei Klassen von Vorschlägen zur Finanzierung öffentlicher Arbeiten. In allen Ländern der Welt werden fast täglich von verschiedenen Autoren Projekte, veröffentlicht, die in eine dieser drei Klassen einzureihen sind. Die drei Klassen sind natürlich:

1. Steuern, 2. Anleihen, 3. die Notenpresse.

Alle drei Methoden haben ihre eifrigen Verteidiger, und jede Gruppe beweist jeder andern, daß sie im Irrtum ist. In letzterem haben alle drei allerdings recht. Denn:

1. Steuern nehmen nur dem einen die Zahlungsmittel und geben sie dem andern, bewirken also weiter nichts als eine **Umschichtung** der Arbeitsgelegenheit, keine Schaffung neuer. (Vgl. hierzu die Bemerkungen Milhau's in den Annalen, II/1933, Seite 183, frz. Ausg. S. 16, engl. Ausg. S. 171.)

2. Das Gleiche gilt für Anleihen, wenn sie mit schon vorhandenen Zahlungsmitteln gezeichnet werden, die also — um bei der Zeichnung verwendet zu werden — vorübergehend der Zirkulation entzogen werden müssen.

3. Die *Inflation* aber ist die Brandfackel, mit der man sein eignes Haus ansteckt, um sich ein paar Stunden lang wärmen zu können. Weder die für Löhne nötigen **Zahlungsmittel**, noch **Kapitalien** schafft die Inflation herbei, wie gegenüber einem Kritiker Milhau's hervorgehoben werden muß. Wie die Inflation auf die **Zahlungsmittel-Versorgung** wirkt, konnte man z.B. oft in Berlin beobachten. Die Kassenboten — manchmal mehrere hundert — stellten sich schon nachts vor der Reichsbank auf. Viele brachten sich einen Stuhl mit. Gegen Mittag erhielten sie dann ein Päckchen Scheine, welches für einen Tag ausreichte. Zu allen Inflationszeiten hat man Ähnliches beobachtet. Die *deutschen* Arbeiter wird man jedenfalls für eine neue Inflation nicht begeistern können, und eine der vielen Ursachen, weshalb die deutsche Regierung auch in Arbeiterkreisen sehr viele Anhänger hat, ist: Vor **Inflation** fühlt man sich bei ihr sicher. Der Reichsminister Goebbels erklärte am 25. April 1934 in einer vielbeachteten Rede: «Die Regierung wird nie mehr eine Inflation dulden, sie wird die Währung stabil halten und würde eher **das Volk zum gemeinsamen Kampf für die Sicherheit der**

20

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten ?

Währung aufrufen, als die Währung zum Spielball internationaler Börsenmanöver werden zu lassen.»

Ein Aufruf an das Volk zum Kampf gegen Inflation würde, sehr wirksam sein, wenn die Regierung gleichzeitig dem Volke die Erlaubnis gäbe, Arbeitsbeschaffungsbanken nach den Grundsätzen Milhau's zu errichten und vielleicht selbst eine Musteranstalt gründete.

Andere Regierungen oder Parteien, die morgen zu regieren hoffen, haben in bezug auf die Festigkeit der Währung weniger solide Ansichten und spielen in bedenklicher Weise mit dem Feuer.

(Speziell der japanischen kann man auf Grund ihrer Währungspolitik leicht unangenehme Überraschungen prophezeien und zwar schon für die nächsten Jahre.)

Die bloße Existenz eines mit Zwangskurs ausgestatteten Papiergeldes reizt zum Entwerfen von Plänen an, die Arbeitsbeschaffung einfach mit der Notenpresse zu finanzieren. **Scheinbar** hat nämlich ein solches Papiergeld seinen Wert eben durch den Zwangskurs, also durch den Befehl des Staates. Da liegt natürlich die Meinung ganz überaus nahe noch *mehr* ZwangskursPapiergeld zu drucken, es zur Bezahlung öffentlicher Arbeiten auszugeben, und die Zirkulation des neu ausgegebenen Papiergeldes **ebenfalls** durch einen Staatsbefehl zu erzwingen. Man muß sich nur wundern, daß bei solchen Meinungen über die Natur des Papiergeldes Inflationen nicht noch viel häufiger gemacht werden, als es bis jetzt geschehen ist.

Die scheinbar so abstrakte und rein theoretische Frage: "Wodurch hat das Geld, und besonders das Papiergeld, seinen Wert?" erfordert eine richtige Antwort: Sein und NichtSein eines Volkes kann davon abhängen. Eine richtige Antwort ist aber unmöglich, wenn nicht nur die Volksmeinung, sondern sogar die Wissenschaft den **Wert** des Geldes von einem **Staatsbefehl** ableitet, wie es leider manche angesehenen Wissenschaftler tun. Dabei hat *Knapp* schon vor 30 Jahren in einem höchst geistreichen Werk («Staatliche Theorie des Geldes») ausführlich dargelegt, daß der Staat allerdings irgendwelche Bestimmung darüber treffen muß, welche Art von Zahlung die Gläubiger im Zweifel annehmen *müssen*, und daß das betreffende Zahlungsmittel dann eben als **staatliches Geld** anzusehen ist, daß aber die Macht des Staates — ganz abgesehen von seinem Recht — **nicht** so weit geht, durch einfachen Befehl irgend einem Zahlungsmittel einen bestimmten *Goldwert* zu geben. Anders ausgedrückt: Während Knapp die Begriffe «Solutions-Kraft des Geldes» und «Verkehrswert des Geldes» scharf herausarbeitete und sorgfältig unterschied, verwechseln viele Neuere diese Begriffe beständig, oft sogar unter ausdrücklicher Berufung auf Knapp. Es ist gerade, als ob sie von seinem Werk nur den ersten Satz gelesen hätten, welcher allerdings lautet: «Das Geld ist ein Geschöpf der Rechtsordnung».

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten?

21

Der Wert des Geldes wird vor allem durch die *Nachfrage* danach bestimmt, genau wie der Wert eines jeden anderen Gutes. Z. B. in Deutschland beträgt die Summe der Umsätze insgesamt etwa eine Billion (Million mal Million) jährlich, wovon etwa 9/10 bargeldlos beglichen werden. Hiernach dürfte die tägliche Nachfrage allein nach Bargeld im Durchschnitt etwa 300 Millionen RM betragen, entsprechend einem Wert von etwa 10 000 Kilogramm Feingold (das ist täglich ein Wert entsprechend 10 Kugeln aus reinem Gold von je 1 m Durchmesser). (J.Z.: Da das Gold fast zwanzigmal so viel wiegt wie Wasser, würde eine solche Kugel viel mehr wiegen als nur 1000 Kilogramm. J.Z., 15.3.04.) Diese Nachfrage ist eine viel solidere Deckung, als die durch das Bankgesetz vorgeschriebene. Solange aber nicht die *Nachfrage* als die wichtigste Wertgrundlage des Geldes erkannt wird, und die Menschen glauben, daß der **Befehl des Staates** es sei, der dem Geld Wert gibt, so lange werden auch die Menschen den Staat für allmächtig halten, werden daher von *ihm* Hilfe in jeder Art von Not fordern, vor allem aber auch Arbeitsbeschaffung bei Krisen, Und ebensolange wie jener Irrtum wird die scheinbar so logische Ideenverbindung fort dauern: Wenn der Staat dem Geld Wert geben kann, dann kann er auch ohne viel Umwege *demjenigen* Geld Wert geben, welches zwecks Arbeitsbeschaffung neu gedruckt und ausgegeben wird, und er tut einfach seine Pflicht nicht, wenn er nicht seine *Geldhoheit* in dieser Weise zum allgemeinen Besten gebraucht.

Dazu kommt dann noch ein anscheinend dem Menschen angeborenes Vorurteil, welches besagt: **So** abscheulich wird doch wohl die ökonomische Welt nicht eingerichtet sein, daß ihre ökonomischen **Gesetze** ein für so **nützliche** Zwecke, wie **Arbeitsbeschaffung**, ausgegebenes Papiergeld — womöglich noch durch **Immobilien** «gedeckt» — doch wegen einiger kleiner Formfehler zur **Entwertung** verurteilen !

Jede Regierung, die ehrlich die ihr anvertraute Währung schützt, steht in Gefahr, eben dadurch zuletzt das Vertrauen des Volkes zu verlieren, **wenn** das Volk ihr die Fähigkeit zutraut, durch ein *Währungsgesetz* dem Papiergeld Wert zu geben; jedes Vermögen, ja zuletzt alle gesellschaftlichen Verhältnisse sind in Gefahr, wenn das Volk schließlich seinen Irrtum doch durchsetzt, die Arbeitsbeschaffung mit der Notenpresse zu erzwingen versucht, und die Inflation beginnt. Die Wissenschaft hat kaum eine wichtigere, ja dringendere Aufgabe als die Aufklärung des Volkes über die Natur des Geldes und der Zahlungsmittel.

Milhaud hat in einem seiner Vorschläge gezeigt, daß die Finanzierung von öffentlichen Arbeiten gewissermaßen eine *Synthese* aller drei Methoden sein muß, d.h., es wird erfordert:

1. Neuschaffung von Zahlungsmitteln,
2. die Steuerfundation für die neuen Zahlungsmittel,
3. die Auflegung einer Anleihe, zu zeichnen mit den neuen Zahlungsmitteln.

Ein Neudruck und eine NeuEmission von Zahlungsmitteln sind allerdings

22

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten ?

unvermeidlich, aber **nicht** von solchen, die einem **Zwangskurs** unterliegen.

Gleichzeitig ist eine Anleihe (oder sind mehrere Anleihen) aufzulegen, welche man mit den neuen Zahlungsmitteln zum Nennwert zeichnen kann, gleichgültig, wie hoch oder niedrig der Kurs der neuen Zahlungsmittel im freien Verkehr ist. Die Anleihezeichner nehmen in ihren Läden oder Betrieben die Zahlungsmittel zu pari an, und Arbeitslose, die wieder Arbeit haben wollen, erklären dasselbe.

Gleichzeitig erlaubt der Staat, Steuern mit dem neuen Zahlungsmittel zu zahlen.

Der *freie* Kurs der neuen Zahlungsmittel bringt alle drei Maßnahmen in die rechte Harmonie zu einander und macht gleichzeitig eine Inflation auch beim schlechtesten Willen unmöglich.

So, und **nur** so dürfen öffentliche Arbeiten finanziert werden, wenn dadurch der allgemeine Beschäftigungsgrad verbessert, und die Arbeitslosigkeit nicht nur **anders verteilt** werden soll. So, und **nur** so ist es auch möglich, daß die neu geschaffenen Produkte nicht den schon vorhandenen, durch die Krise unverkauft gebliebenen, Konkurrenz machen, und **nur** so ist es auch zu erreichen, daß die Arbeitsbeschaffung *nichts kostet*, ja wohl noch vom ersten Tage an Einnahmen bringt.

Den letzteren Vorzug haben nur sehr wenig Methoden der Arbeitsbeschaffung, vielleicht sogar außer denen von Milhaud nur die in den Vier Gesetzentwürfen niedergelegten Methoden und die von *Henry Meulen* in seinem «Free Banking» ausgeführten.

Wenn die Krise allerdings schon *so* weit vorgeschritten ist, daß die bei Beginn der Krise unverkäuflichen Produkte **alle** entweder verschleudert oder verdorben sind, also gleichzeitig **Warenmangel** und **Arbeitslosigkeit** nebeneinander bestehen, wie z.B. im 18. und 19. Jahrhundert

oft in Spanien, dann sind neue öffentliche Arbeiten nicht geeignet, den allgemeinen Beschäftigungsgrad zu erhöhen, im Gegenteil, es wird dann sogar deutlich empfunden, wie die Ausführung solcher Arbeiten der Gegenwart *nur* eine neue Last auferlegt, ohne im Augenblick irgend eine Erleichterung zu bringen. Zur Zeit scheint ja allerdings in keinem Lande eine solche Lage zu bestehen, vielmehr sind überall aus den Jahren 1927 bis 1930 noch sehr große Vorräte vorhanden und drücken auf den Markt. Deshalb — aber auch *nur* deshalb — sind wahrscheinlich heute in allen Ländern öffentliche Arbeiten geeignet, den allgemeinen Beschäftigungsgrad zu erhöhen, immer vorausgesetzt, daß sie nach dem Milhaud'sehen System finanziert werden. Vor allem muß also — um es zu wiederholen — eine große, mit Einkaufsscheinen zu zeichnende Anleihe aufgelegt werden, welche die unverkäuflichen Vorräte zwar nicht auf direktem, aber doch auf indirektem Wege schnell dem Konsum zuführt.

Das Milhaud'sehe System der Finanzierung von öffentlichen Arbeiten durch Anleihen — welches nicht mit seinem System zur Finanzierung

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten?

23

der Industrie, zur Aufnahme ihrer normalen Beschäftigung verwechselt werden darf — vereint folgende Vorzüge:

1. Es beansprucht den vorhandenen Geldvorrat des Landes nicht.
2. Es vermehrt auch nicht den Geldvorrat des Landes, weil die zur Finanzierung geschaffenen Einkaufsscheine binnen wenigen Wochen **zurückströmen**. Nach Beendigung der Arbeiten sind alle Einkaufsscheine zurückgeströmt. (Als **Geld** sollte man eigentlich nur solche Zahlungsmittel bezeichnen, die beständig im Verkehr bleiben, wie z.B. Münzen oder Banknoten mit Zwangskurs, nicht aber solche, die von vornherein dazu bestimmt sind, baldmöglichst daraus zu verschwinden, wie z.B. Wechsel, Schecks und Gutscheine.)
3. Der unverkäuflich gewesene Gütervorrat wird vermindert, ohne daß die neue Produktion neue, vielleicht unverkäufliche Güter schafft.
4. Irgend welche sonst bei Notstandsarbeiten üblichen Beschränkungen, wie Vermeidung von Maschinenarbeit, Beschränkung auf gewisse Arbeiterkategorien (z.B. schon lange Arbeitslose), niedrige Löhne, etc., etc. können wegfallen.
5. Jedes «Zuviel» macht sich ohne irgend ein Eingreifen einer Aufsichtsbehörde dadurch bemerkbar, daß der freie Verkehr eine «Bremse» einschaltet. Wenn man z.B. versuchen wollte, mehr Einkaufsscheine in den Verkehr zu bringen, als zur Finanzierung der neuen Produktion erforderlich ist, so würde der Verkehr sofort mit einem Disagio der Einkaufsscheine reagieren.

F. ERWÄGUNG EINIGER OFT VORGEBRACHTER ARGUMENTE ZUGUNSTEN EINER ARBEITSBESCHAFFUNG DURCH DEN STAAT, INSBESONDERE DURCH INANGRIFFNAHME NEUER, GROSSER, ÖFFENTLICHER ARBEITEN.

Zugunsten der Arbeitsbeschaffung durch *öffentliche Arbeiten* werden u. a. folgende Argumente angeführt:

- I. Die private Initiative hat versagt.
- II. Öffentliche Arbeiten beschleunigen den Geldumlauf.
- III. In *großen* Krisen sollte man nicht *kleine* Mittel anwenden; jedes Mittel ist aber *klein*, verglichen mit öffentlichen Arbeiten.

Diese Argumente sollen im folgenden erörtert werden.

I. «Die private Initiative hat versagt.»

Zuzugeben ist, daß die private Initiative in der Arbeitsbeschaffung in einem auffallenden Maße versagt hat. Zwar geht die Volksmeinung dahin, daß «der Kapitalismus» beständig darüber nachsinnt, wie er aus den Volksmassen möglichst viel «Mehrwert» herausholt. Aber es scheint doch, daß das Vorhandensein von so viel arbeitslosen Millionen noch

24

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten ?

nicht einen einzigen großen oder kleinen Kapitalisten zum Nachdenken darüber gebracht hat, wie man denn nun aus diesen Millionen wenigstens **Mehrwert** herausholt, wozu ja gehören würde, daß man sie zunächst ein mal beschäftigt. Aus dieser eigentlich ungeheuerlichen Tatsache, daß der Kapitalismus der Welt zurzeit auf wenigstens 100 Milliarden Goldfrancs jährlich verzichtet, die durch Beschäftigung der Arbeitslosen leicht zu verdienen wären, könnte das Volk, wenn es wollte, eine ganz andere und richtigere Auffassung vom Wesen des «Kapitalismus» gewinnen, als die jetzt allgemein herrschende. Zuzugeben ist aber, daß wenn die private Initiative so gründlich versagt wie hier, der Gedanke an ein Eingreifen der Regierung nahe liegt. Besonders da, wo eine Regierung unzweifelhafte Beweise von ihrer Befähigung gegeben hat, das Volkseinkommen zu vergrößern, liegt es nahe, daß das Volk an sie appelliert und ihren Rat und ihre Leitung erbittet. Beispiele von der Art sind allerdings ganz überaus selten, und es wäre wohl der Mühe wert, die in den letzten 3 Jahrtausenden bekannt gewordenen zu sammeln. Es ergäbe sich wahrscheinlich nur ein sehr dünnes Büchelchen.

Aber eine aufgeklärte und wohlmeinende Regierung kann sehr oft auch da helfen, wo ihr die Spezialkenntnisse fehlen, und das Volk ebenfalls nicht aus noch ein weiß. Ein solcher Fall lag z.B. in Preussen nach dem Frieden von Tilsit im Jahre 1807 vor, als sich Zustände herausgebildet hatten, ähnlich wie nach dem 30jährigen Krieg. Das, was wir heute private Initiative nennen, fehlte vollkommen. Männer wie der Minister Freiherr vom Stein und der Kanzler Hardenberg dachten aber nicht daran, nun selbst das zu tun, was Sache der einzelnen ist; sie schrieben den Müllern nicht vor, bis zu welchem Grade sie das Getreide ausmahlen sollten, sie setzten auch keine Normalpreise für landwirtschaftliche Produkte fest, sie organisierten keine «Nira» und keinen «New Deal», sie taten

etwas ganz anderes. Stein und Hardenberg prüften zunächst einmal, ob die private Initiative sich überhaupt entfalten *konnte*. Es ergab sich sofort, daß selbst der ideenreichste Landwirt, Fabrikant oder Händler, dessen Unternehmen hunderte hätte beschäftigen können, nach den damaligen Gesetzen hätte eingesperrt werden müssen, wenn er sich unterstanden haben würde, das Richtige zu tun. Die beiden großen Staatslenker hoben daher binnen 3 Jahren ein paar hundert alte Privilegien und Verbote auf, so daß Napoleon sie ganz entsetzt die «Jakobiner des Nordens» nannte. (Vgl. Foerster, Preussische Geschichte, VI. Bd., S. 543.) . I.

Die Sprache in den Gesetzen und Verordnungen Steins und Hardenbergs ist übrigens in ihrer Art klassisch, inhaltreich und von edler Kürze. Man hätte sich damals geschämt, einen Gesetzestext drucken zu lassen, an dem sprachlich noch etwas zu verbessern war. Auch wirkte noch der zwar outrierte, aber doch heilsame Irrtum des Großen Friedrich nach, der

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten?

25

meinte: Jeder Kommentar zu einem Gesetz bewiese nur die Mangelhaftigkeit des Gesetzes selbst. (Thomas Morus, Staatskanzler von England, äußerte in der «Utopia» die gleiche Meinung.)
Nachstehend eine ganz kleine Probe des Stiles von Stein, welche dem § 50 der «GeschäftsInstruktion für die Regierungen in sämtlichen Provinzen» vom 26. Dez. 1808 entnommen ist.

«Es ist dem Staate und seinen einzelnen Gliedern immer am zuträglichsten, die Gewerbe jedesmal ihrem natürlichen Gang zu überlassen, das heißt: keine derselben vorzugsweise durch besondere Unterstützungen zu begünstigen und zu heben, aber auch keine in ihrem Entstehen, ihrem Betriebe und Ausbreiten zu beschränken.» (Vgl. Jastrow, Textbücher, Bd. I, Seite 25.)

Wohl selten in der Weltgeschichte ist das Vertrauen der Regierten zu ihrer Regierung größer gewesen als damals in Preußen, wo der **Staat** als *Befreier* erschien und den *Etatismus* (der mit einer geläuterten Staatsidee im *Widerspruch* steht) auf möglichst vielen Gebieten abzubauen versuchte. Die heute lebende Generation, wohl in allen Ländern der Welt, hat es schwer, sich in eine solche Mentalität auch nur hineinzudenken, eine Mentalität übrigens, die damals keineswegs nur in Preußen bestand. Ein Buch, wie das des preußischen Ministers Wilhelm von Humboldt, «Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen», wird heute in Ländern wie Amerika, Japan oder Rußland wahrscheinlich auch von den Intellektuellen nicht mehr verstanden werden. (Auch nicht in Frankreich? Das Buch wurde mehrmals ins Französische übersetzt, übrigens auch ins Englische i.J. 1854. Damals lieferten die Anmaßungen des Bonapartismus einen gründlichen Kommentar! In Deutschland erweckten im April 1935 die von der Regierung oder den ihr nahestehenden Stellen veranstalteten Gedächtnisfeiern zum 100jährigen Todestage W.v.Humboldt's in allen Kreisen die größte Anteilnahme.)
(J.Z.: Deutsche Ausgabe in PEACE PLANS 395, englische in PEACE PLANS 205.)

Ein großer Teil der Staatslenker Preußens im ersten Viertel des 19. Jahrhunderts war vom dem Professor Christian Jacob *Kraus* in Königsberg (geb. 1753, gest. 1807), einem langjährigen und intimen Freund von *Kant*, gebildet. Kraus lehrte seine Hörer bei jeder Beurteilung eines volkswirtschaftlichen Mißstandes zunächst zu fragen: Weshalb helfen sich die Beteiligten hier nicht selbst? Sind sie zu schwach? oder zu unwissend? oder fehlt ihnen das Recht zur Selbsthilfe? Vgl. hierzu Roscher's Geschichte der Nationalökonomik in Deutschland, Berlin 1874 (2. Aufl. 1924), Seite 613. Auch der Freiherr vom *Stein*, ein Hörer von Kraus, pflegte bei jeder seiner Maßnahmen

diese Fragen zu stellen. Wäre es nicht der Mühe wert, auch heute einmal zunächst zu prüfen, *weshalb* die private Initiative versagt?

Es soll hier nicht wiederholt werden, was Milhaud in seinen Schriften

26

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten ?

klar und eindringlich genug dargelegt hat: Zur Arbeit fehlen in allen Ländern weder die Produktionsmittel, noch die Rohstoffe, noch die fleissigen, arbeitswilligen Hände, noch ein unbegrenzter Bedarf. Was fehlt, das ist das *Zahlungsmittel*, welches diese Elemente zusammenbringt, und vor allem dem *Bedarf* erlaubt, sich als **Nachfrage** zu äußern.

Welches mag die Ursache gewesen sein, die so zahlreiche und kenntnisreiche Autoren verhinderte, *das* einzusehen? **Eine** der hier wirkenden Denkhemmungen ist gewiß die moderne Auffassung von Wesen des Zahlungsmittels überhaupt, die dahin geht, daß private Zahlungsmittel neben dem staatlichen Gelde im Grunde eine Beeinträchtigung der Geldhoheit des Staates seien. Wer diese Auffassung hat, der ist unvermeidlich blind für alle Möglichkeiten zur Beseitigung der Absatzkrise, welche auf der Schaffung neuer, privater und gar noch wie Geld gestückelter und typisierter Zahlungsmittel beruhen.

(Milhaud wollte, wie auch an dieser Stelle hervorgehoben sei, den Staat nicht ausschalten, ihm sogar eine führende Rolle zuteilen — wenn er nur dazu bereit ist — aber doch nur in dem Sinne, daß eben eine fiskalische Emissionsanstalt — ohne irgend welche Zwangskursprivilegien, wie sie die Zentralnotenbanken fast überall besitzen — geschaffen wird, ähnlich wie eine Feuerwehr, ein Waisenhaus oder ein Krankenhaus, deren Einrichtung ja auch kein Akt der Staatshoheit ist, und wobei der Staat eben nur als *Fiskus* handelt, d.h. eigentlich als Privatperson, und wo machmal der Staat sogar — was bei Akten der **Staatshoheit** unmöglich ist — zweckmäßig privaten Vereinigungen freie Hand läßt, wie an dem Beispiel der so segensreich wirkenden freiwilligen Gesellschaften zur Rettung Schiffbrüchiger in Deutschland, England und anderswo zu erkennen ist.)

Die moderne Auffassung vom Geldmonopol des Staates ist aber in den Köpfen der Schriftsteller sowohl als der Praktiker so vorherrschend geworden, daß heute die allermeisten eine ernstliche Befürwortung der Emission neuer, privater und wie Geld gestückelter Zahlungsmittel geradezu für unmoralisch ansehen. Durch diese Auffassung sind z.B. auch unsere Kaufleute, Fabrikanten, etc., unter denen sich gewiß viel kluge Köpfe befinden, gehindert etwa selbst auf die Idee eines privaten Zahlungsmittels zu kommen und die Erlaubnis zur Emission eines solchen Zahlungsmittels zu fordern; infolge des allgemeinen Vorurteils kommt ein solider Geschäftsmann hierauf ebensowenig, wie er je darauf kommen würde, in Notzeiten Wechsel zu fälschen oder Waren zu verkaufen, die ihm nicht gehören, und mag der Gewinn noch so groß sein. Die Situation ist aber sofort eine völlig andere, und alle mentalen Hemmungen sind beseitigt, wenn die Regierung *selbst* erklärt, daß sie sich zwar die *Münzhoheit*, d.h. das PrägeMonopol, nach wie vor vorbehalte, aber nicht daran denke, ein *Zahlungsmittelmonopol* zu

schaffen.

(J.Z.: In anderen Schriften und auch in dieser, an einer Stelle, trat U. v. Beckerath auch für Münzfreiheit ein und detaillierte die ehrlichen und zweckmaessigen Voraussetzungen dafür. Hier wollte er vielleicht nur einer Regierung den ersten Schritt leichter machen. J.Z., 13. 3. 04.)

Die blosser Erklärung der Regierung, daß künftig typisierte und wie Geld gestückelte, nicht in Metall einlösbare Zahlungsmittel grundsätzlich erlaubt seien — eine Maßnahme die den Staat *nichts* kostet — würde in den meisten Ländern die private Initiative wecken, ungefähr wie **Stein** in der preußischen Landwirtschaft und im Mühlengewerbe ungeahnte Kräfte allein dadurch erweckte, daß er den Handel mit *Mühlsteinen* freigab.

(Früher ein Monopol, welches dem Fiskus nur etwa 2 000 Thaler jährlich einbrachte, dafür aber das Müllereigewerbe, welches bei diesem Monopol sehr schlecht mit Mühlsteinen versorgt war, und indirekt die Landwirtschaft um Millionen schädigte. Vgl. Max Lehmann, Freiherr vom Stein, Bd. II, S. 493.)

Das in fast allen Ländern bestehende Verbot, typisierte, private Zahlungsmittel auszugeben, ist die stärkste Hemmung der privaten Initiative und dadurch die eigentliche Ursache der Weltkrise; es muß fallen. In dem folgenden Kapitel über die Geldhoheit des Staates ist noch einiges darüber ausgeführt.

In einigen Staaten würde allerdings wahrscheinlich die private Initiative auch dann noch versagen, wenn ihr kein legales Hindernis mehr im Wege stände. Die Anregung Milhauds, daß zunächst einmal der Staat selbst ein «Musterinstitut» schaffen möge, ist daher höchst wertvoll und bietet für Millionen von Menschen die einzige Möglichkeit, die Krise zu überwinden. Ein nach seinen Vorschlägen errichtetes Institut wäre etwa einer altpreußischen «Landschaft» zu vergleichen, deren Einrichtungen — was wenige wissen — im wesentlichen von allen Bodenkreditinstituten der Welt übernommen sind.

Aber eine **Ausschließung** der privaten Initiative lag natürlich weder im Sinne Milhauds, noch war ein solcher Gedanke irgendwie in seinen Vorschlägen auch nur angedeutet.

II. «Ein großer Teil der Arbeitslosigkeit ist durch die **Thesaurierung des Geldes** bewirkt! Indem der Staat große neue, öffentliche Arbeiten ausführen läßt und das Geld dafür durch Steuern oder Anleihen erhebt, wirkt er der Thesaurierung entgegen. Steuern und Anleihen holen das Geld aus seinem Versteck, und die bei den **öffentlichen** Arbeiten Beschäftigten bringen es in Umlauf, fördern dadurch die **Nachfrage** nach Gütern und nach Arbeit auch in der **Privatwirtschaft**.»

a) Thesaurierung von *Münzen*.

Die Klagen über die schädlichen Folgen der **Thesaurierung des Geldes** sind sehr alt. Man kann es auch verstehen, daß solche Klagen zu der Zeit erhoben wurden, als noch vollwichtige *Münzen* umliefen, die — einmal aus dem Verkehr verschwunden — nicht sofort wieder durch andere Münzen ersetzt werden konnten. Hätte man i.J. 1700 einem Lande wie Frankreich oder Deutschland alle *Münzen* entzogen, so

wäre eine soziale Revolution die Folge gewesen, da ein großer Teil des Volkes, vor allem die arbeitenden Klassen, es nicht verstand, sich ohne Münzen zu helfen.

(Auf die große, soziale Bedeutung der Möglichkeit, sich bei Mangel an Münzen durch Geldersatz oder Verrechnung helfen zu können oder zu dürfen, scheint zuerst *Le Trosne* in seinem Werk «L'Interêt Social», Paris 1777, hingewiesen zu haben, auch darauf, daß das Bargeld eigentlich nur wegen der Zahlungsgewohnheiten der arbeitenden Klassen unentbehrlich ist.)

Man darf aber nicht kritiklos solche Erwägungen auf **Papiergeld** anwenden, die nur für *Münzen* richtig sind, und auch für Münzen nur dann, wenn die Gläubiger des Landes (z.B. Arbeiter, Hauswirte, der Fiskus, etc.) einen Rechtsanspruch auf solche Münzen haben und andere Zahlungsmittel zurückweisen dürfen. Warum muß man diese Unterscheidung machen? Weil man thesauriertes **Papiergeld** sehr leicht durch *anderes* Papiergeld ersetzen kann, aber nur sehr schwer thesaurierte *Münzen* durch *andere* Münzen. Dies soll im folgenden noch ausgeführt werden.

b) Thesaurierung von Papiergeld.

Wie entsteht modernes Papiergeld? Es entsteht dadurch, daß die Notenbank entweder einem privaten Wechselgläubiger seinen Wechsel gegen Noten der Bank umtauscht oder aber dem **Staat** Schatzwechsel gegen Noten umtauscht. Beide Fälle sind *grundsätzlich* gar nicht voneinander verschieden, indem ein Schatzwechsel eigentlich weiter nichts ist, als ein vom Staat auf die Steuerzahler gezogener und von diesen akzeptierter Wechsel. Diese innere Gleichheit ist übrigens schon früh erkannt worden. Roscher zitiert hierzu in § 143 seiner «Finanzwissenschaft» einen Aufsatz der «Nationalzeitung» vom 30. September 1869.

Daß die Diskontierung von Wechseln durch Hergabe von Noten ihrer Natur nach ein *Umtausch* von für den (allgemeinen J.Z.) Zahlungsverkehr **ungeeigneten** Verpflichtungsurkunden gegen die eignen, für den Zahlungsverkehr **geeigneten** Verpflichtungsurkunden der Bank ist, wird auffallenderweise auch heute noch bestritten, obwohl die früheren Meinungsverschiedenheiten darüber durch die Schrift von Adolf Wagner über die PeelsAct (Wien 1862) eigentlich erledigt schienen. Die Notenbank tut weiter nichts, als die ihr übergebenen Verpflichtungsscheine in einer für den Zahlungsverkehr passenden Weise stückeln und typisieren, wobei auch noch der Noteninhaber, indem er auf den Zins aus dem ursprünglichen Verpflichtungsschein verzichtet, gewissermassen gegen Insolvenz des ursprünglich Verpflichteten versichert wird.

Hätte man an dieser, schon vor Jahrzehnten gewonnenen Einsicht festgehalten, so wüßte man heute, daß Notenemission weder ein Eigenkapital der Bank erfordert noch eine Staatsgarantie, auch keine Anleihe beim Publikum darstellt noch einen Eingriff in die Geldhoheit des Staates.

Betrachten wir nun den Fall, wo ein Staat einer Notenbank einen Schatzwechsel von etwa 100 Millionen Francs übergibt. Er erhält dafür nach Abzug von etwa 1 % Diskont einen Betrag Von 99 Millionen Francs in Noten mit der Verpflichtung, der Bank nach 3 Monaten diese Noten (Oder Noten die an andere Kunden der Bank ausgegeben wurden. J.Z.) zurückzugeben. Daß die Notenbank in der Praxis vom Staat auch andere Zahlungsmittel als ihre eigenen Noten annimmt, möge vorläufig außer Betracht bleiben.

Mit den Noten bezahlt der Staat seine Beamten; diese tragen die Noten in die Läden. Von da aus gelangen die Noten zu den Lieferanten der Läden, welche im großen und ganzen mit den Arbeitgebern des Landes identisch sind. Die Lieferanten bezahlen mit den Noten ihre Arbeiter und Angestellten, und diese tragen die Noten abermals in die Läden. Schließlich gelangen auf allerlei Umwegen die Noten zu den Steuerkassen. Man kann rechnen, daß seit etwa 100 Jahren in den Kulturländern im Durchschnitt jede Geldeinheit — ob in Papier oder in Metall realisiert — etwa zwei bis dreimal im Jahr zum Fiskus gelangt und wieder von ihm ausgegeben wird. (Die Nachfrage des Fiskus nach Zahlungsmitteln ist übrigens ein ganz wesentliches, von der Theorie bisher vernachlässigtes Element des *Wertes* der Umlaufsmittel.)

Wenn die Noten zum Fiskus gelangt sind, so bezahlt der Fiskus damit seine Schuld an die Notenbank und erhält dafür seinen vor 3 Monaten ausgestellten Schatzwechsel zurück und vernichtet ihn. Streng genommen müßte dann die Notenbank auch die zurückgeströmten Noten vernichten, wie es die Bank von England wirklich tut, *weil* eben zum Schuldner zurückgelangte Wechsel — auch in Form von **Noten** ausgestellte Eigenwechsel der Bank — vom Schuldner annulliert werden müssen.

(Einige meinen, die Vernichtung der Noten geschähe in England aus *hygienischen* Gründen, wie z.B. noch Bendixen i.J. 1908 in seiner Schrift «Das Wesen des Geldes».)

Was geschieht nun, wenn der hier dargelegte Zirkulationsprozeß an irgend einer Stelle dadurch unterbrochen wird, daß viele die Noten *nicht* weiter geben, sondern sie thesaurieren? Es geschieht folgendes:

Viele Leute, die sonst bar gezahlt hätten, können jetzt **nicht** mehr **bar zahlen**. Fabrikanten und Handwerkern fehlen Gelder zu Löhnen, den Steuerzahlern fehlen Gelder zu Steuern. Scheinbar ist für einen Teil des Volkes und auch für den Fiskus eine ernste Lage entstanden; in Wirklichkeit ist die Lage aber völlig normal, vorausgesetzt, daß die Privatbanken des Landes und seine Zentralnotenbank wirklich das leisten, was sie selbst beständig behaupten, leisten zu können, was auch bisher die Öffentlichkeit als eine Selbstverständlichkeit von den Privatbanken und von der Zentralnotenbank erwartete. Was ist aber bei Geldmangel die Aufgabe der Banken?

Die Abnehmer der Fabrikanten, der Handwerker und der Bauern

30

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten ?

können nicht mehr bar zahlen, ebenso viele Steuerzahler. Daraus folgt aber zunächst weiter nichts, als daß die Abnehmer *Kredit* in Anspruch nehmen, und daß viele Steuern gestundet werden müssen. Betrachten wir zunächst den Fall des nunmehr notwendig gewordenen Verkaufs «auf Ziel» anstatt gegen bar. Dieser Fall ist in jedem Lehrbuch des Bankwesens beschrieben. Die Verkäufer diskontieren die Schuldscheine der Warenempfänger bei den Banken oder beleihen sie bei ihnen. Falls die Banken selbst kein Bargeld haben, und die Verkäufer nicht mit Scheckgeld zufrieden sind, geben die Banken die Schuldscheine an die Zentralnotenbank weiter, bzw. sie stellen — wie jetzt die Praxis in manchen Ländern ist — Eigenwechsel in entsprechendem Betrage aus und lassen sich diese Eigenwechsel von der Zentralnotenbank in Noten diskontieren. Besonders, wenn die Verkäufer Geld für *Löhne* gebrauchen (wofür Scheckgeld ja nicht genügt), wird so verfahren.

Auch der Staat nimmt Barkredit in Anspruch zum Ausgleich für den durch die Steuerstundungen von ihm selbst gewährten Kredit; er fertigt neue Schatzwechsel aus und bekommt sie natürlich auch diskontiert, wenn auch vielleicht nur unter der Bedingung eines etwas höheren Diskonts als vorher. Die durch das Thesaurieren entstandene Verlegenheit kann also in einer mit gut geleiteten Banken versehenen Volkswirtschaft nur sehr kurze Zeit dauern, wenn es hoch kommt, ein paar Tage lang.

Dann hat die Zentralnotenbank den Teil der thesaurierten Noten, der nicht durch andere Zahlungsmittel ersetzt werden kann, durch *neue* Noten ersetzt. Den Rest haben die Privatbanken durch Scheckgeld ersetzt. Die Volkswirtschaft arbeitet dann weiter, als ob nie thesauriert worden wäre. Sogar das Geld zur Steuerzahlung ist jetzt wieder ebenso reichlich da, wie vorher, vorausgesetzt, daß der Staat auch Scheckgeld bei Steuerzahlungen annimmt.

(Hierzu eine Bemerkung: Es wäre ganz überaus verdienstlich, wenn einmal irgend ein Finanzstatistiker die Einnahmen und die Ausgaben eines Staates für ein paar Jahre nach *Zahlungsmitteln* aufteilen wollte, ähnlich wie früher das Bankhaus Morrison, Dillon & Co. in London seine Umsätze in dieser Weise aufteilte. Zahlen für das Jahr 1856 bei Marx, «Kapital».)

Allerdings sind dadurch, daß neue Noten an die Stelle der thesaurierten getreten sind, nicht alle volkswirtschaftlichen Notstände beseitigt, nämlich diejenigen nicht, die schon **vor** der Thesaurierung da waren. In jeder Volkswirtschaft, in welcher die Gläubiger Anspruch auf ein bestimmtes, nur in begrenzter Menge vorrätiges Zahlungsmittel haben, besteht unvermeidlich ein beständiger Geldmangel und dadurch ein gewisses Mindestmaß von Arbeitslosigkeit, Überschuldung, Not unter den arbeitenden Klassen, etc. — alles Ubelstände, die eben mit *Geld* sehr wohl gut gemacht werden könnten. Weiß man nun, daß viel Geld thesauriert worden ist, so liegt natürlich der Fehlschluß ganz überaus

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten?

31

nahe — ja ist unvermeidlich — daß man *alle* jetzt noch vorhandenen Übel, soweit sie überhaupt durch Geld gut gemacht werden könnten, der Thesaurierung zuschreibt. Doch dies nur nebenbei; verfolgen wir den Kreislauf der neuen Noten weiter. Diese Noten haben nach unserer Annahme die vom Staat in den Verkehr gesetzten Noten ersetzt und werden daher den Weg gehen, den sonst die gehamsterten Noten gegangen wären, nämlich zuletzt zur Steuerkasse. Geschieht das, so sammeln sich nach kurzer Zeit in den Steuerkassen für 99 Millionen Noten, und der Staat zahlt mit diesen Noten seinen Kredit zurück. Die fehlende eine Million zahlt er bargeldlos oder bleibt sie schuldig. **Scheinbar** ist aber nun wieder eine ernste Situation entstanden. Alle Noten sind zur **Zentralnotenbank zurückgeströmt**. Dafür ist aber die Volkswirtschaft den Privatbanken und der Zentralnotenbank mit insgesamt ca. 100 Millionen neu verschuldet. Wie zahlen?

Man muß bedenken, daß das Notenbankdarlehen an den Staat ein sogenannter «revolving credit» war, d.h. ein Kredit, der immer wieder neu gegeben wird, nachdem er zurückgezahlt ist. Ob diese Form zweckmäßig ist, braucht hier nicht untersucht zu werden. Vor 2 oder 3 Generationen wurde diese Frage ja ausführlich erörtert. Einige meinten, es sei das einfachste, wenn der Staat selbst das Papiergeld ausgabe.

(Vgl. hierzu den Auszug aus einem Aufsatz von Jacques Duboin in den Annalen, Heft I/1934.)

Andere meinten s.Zt., eine Kontrolle der Emission durch Zwischenschaltung einer Bank sei in Anbetracht der geschichtlichen Erfahrungen mit Staatspapiergeld unentbehrlich. Gewiß ist aber eins: Sehr kurze Zeit nach den hier dargelegten Vorgängen hat der Staat mit oder ohne die Bank wieder genau so viel Papiergeld ausgegeben, als vorher, und wenn es auch vorübergehend Zahlungsstockungen gegeben hat, so sind doch sehr bald darauf wieder eben so viel Zahlungsmittel im Umlauf, wie vorher, und es ist daher auch jeder wieder ebenso zahlungsfähig wie er vor der Thesaurierung war. Geändert hat sich nur eines: Die Volkswirtschaft ist an die Banken und an die Zentralnotenbank mit dem gleichen Betrag verschuldet, welchen die Notenhamsterer gehamstert haben, und offenbar fehlen vorläufig die Zahlungsmittel, um diese Schulden zu bezahlen. Die

Schuldner wünschen daher, daß ihnen für die Rückzahlung ihrer Schuld möglichst viel Zeit gegeben wird. Dieser Umstand bedarf der Erörterung und verdient sogar große Aufmerksamkeit.

Zunächst ist zu bedenken, daß nicht nur die **Schulden** der Volkswirtschaft zugenommen haben, sondern daß die Volkswirtschaft dafür auch einen **Gegenwert** erhalten hat, nämlich das, was die Hamsterer für die gehamsterten Noten gegeben haben. Bilanzmäßig betrachtet ist die Volkswirtschaft also durch die neue Verschuldung nicht ärmer geworden, ebensowenig wie sie durch die Hingabe der Werte von Seiten der Ham

32

Muss Arbeitsbeschaffung Geld Kosten ?

sterer nicht reicher wurde. Trotzdem ist aber die Lage nicht die gleiche; die weitere Entwicklung hängt jetzt vollkommen davon ab, wie die Banken und vor allem die Zentralnotenbank diese Lage beurteilen und welche Maßnahmen sie treffen. Eine richtige Beurteilung würde zu folgender Erwägung führen:

Die Zentralnotenbank braucht *nicht* auf der sofortigen Rückzahlung der Kredite zu bestehen; zwar verlangen alle **Statuten** aller Zentralnotenbanken der Welt, daß die Notenbankkredite immer nur kurzfristig sind, aber das Zusammenwirken aller hier dargelegten Faktoren bewirkt mit unwiderstehlicher Gewalt, daß ein Teil der Notenbankkredite langfristig wird.

(Um Missverständnisse zu vermeiden: Es soll hier *nicht* behauptet werden, daß die vom Standpunkt der strengen Theorie aus oft beanstandete Langfristigkeit der Notenbankkredite in allen Ländern der Welt vor allem durch Notenhamsterei bewirkt werde oder immer mit Notenhamsterei gerechtfertigt werden könnte, es soll hier nur dargelegt werden, daß sogar beim gegenwärtigen, sehr unvollkommenen Zustand des Geldwesens die Notenhamsterei keine Störungen des Zirkulationsprozesses zu bewirken braucht.)

Die Privatbanken sind in der Bemessung der Rückzahlungsfrist für die von ihnen hergeliehenen Zahlungsmittel nicht so frei, wie die Zentralnotenbank es — abgesehen von ihren Statuten — ist. Die Privatbanken haben ja die Mittel zur Diskontierung der Forderungen ihren *Depositen* entnommen, und diese Depositen sind mit irgend einer Frist, manchmal sogar täglich, *kündbar*. Zwar gehen die Privatbanken bekanntlich bei der Kreditgewährung über die ihnen durch diese Kündbarkeit der Depositen eigentlich gesetzte Frist weit hinaus, aber eine gewisse Höchstgrenze können sie doch nicht überschreiten. Das ist, wie hier bemerkt werden muß, nicht nur für die Beurteilung der Geldthesaurierung wichtig. Die Kündigungsfrist bei Bankdepositen ist in neuerer Zeit anscheinend allein von Rittershausen gründlicher untersucht worden, und zwar mit dem Ergebnis, daß die Privatbanken ganz rücksichtslos die Annahme kurzfristig kündbarer Depositen ablehnen sollten, wenn sie finden, daß sie keine Anlage dafür haben, die genau der Kündigungsfrist entspricht. R. zeigt am Beispiel der französischen Großbanken, daß eine solche Depositenpolitik sehr wohl praktisch möglich ist. R., und vor ihm Bendixen — letzterer aber weniger gründlich — zeigten auch, daß es überhaupt geradezu ein volkswirtschaftlicher Mißbrauch ist, echtes **Kapital** und gar **Sparkapital** zur Diskontierung von **Warenwechselln** und anderer Forderungen aus Warenverkäufen zu benutzen; sie zeigten ferner, daß *Umsatzkredit*, also ein Kredit, der nur zum Austausch schon *vorhandener*, verkaufsfertiger Güter dient, volkswirtschaftlich richtig *nur* nach dem "banking principle" — wie man das Prinzip früher nannte — gegeben werden kann. (Die Meinung der meisten

Wissenschaftler und Praktiker hierüber ist allerdings genau die entgegengesetzte. Jedoch bestätigen die von Bankiers verfaßten Schriften meistens die alte Regel, daß Bankiers volkswirtschaftliche Fragen des Geldwesens selten richtig beurteilen und zwar deshalb, weil sie das «banking principle» nicht kennen. Bei dieser Gelegenheit sei auch darauf hingewiesen, daß der Bankier *Ricardo* (*) mit seinem seit über 120 Jahren so berühmten **Bullion Report** eine auffallende Bestätigung jener Regel liefert. Der für die PapiergeldTheorie so entscheidende Begriff des *Zwangskurses* kommt im Report überhaupt nicht vor, obwohl er natürlich die *conditio sine qua non* des «high price of bullion» war.)

(*) (J.Z.: Nach der Encyclopaedia Britannica, war Ricardo ein Boersenmakler, Volkswirtschaftler, Landbesitzer und Parlamentsmitglied, aber kein Bankier. J.Z., 12.3.04.)

Die Grundsätze Milhaud's entsprechen auf das genaueste dem «banking principle», nur daß Milhaud dieses Prinzip von einem durch fast alle älteren Befürworter irrtümlicher Weise beigemischten, ganz fremdartigen Bestandteil gereinigt hat, dem Vorurteil nämlich, daß ein Papiergeld ohne schließliche *Einlösung* in Metall nicht vollwertig bleiben kann.

(Ein paar ehrenvolle Ausnahmen unter den Älteren, z.B. Michaelis, der Redakteur der **guten** Kapitel des deutschen Bankgesetzes vom 14. März 1875, sind heute vergessen.)

Die allermeisten verlangten sogar *sofortige* Einlösung («on demand», «à vue»), wie z.B. die sonst so scharfsinnigen Autoren CourcelleSeneuil, Coquelin, Wilson, Bastiat, Horn und Samter.

(J.Z.: Ich habe immer noch nicht Schriften von Wilson und Samter gesehen, so selten sind die alten Geldfreiheitsschriften! J.Z., 15.3.04.)

Henry Meulen hat das Verdienst, in seiner neu aufgelegten Schrift («Free Banking») *diesen* Irrtum mit ganz neuartigen, von gründlichster Kenntnis des Gegenstandes zeugenden Argumenten widerlegt zu haben, meint allerdings, daß es genüge, den Anspruch des Noteninhabers auf Einlösung in Metall durch eine *OptionsKlausel* genügend lange *aufzuschieben*, um ihn mit einer für die Praxis ausreichenden Sicherheit gegenstandslos zu machen. Milhaud ist auch hiervon frei; außerdem trägt Milhaud das Banking Principle in einer den gegenwärtigen Verhältnissen angemessenen Sprache vor. Das ist wichtig, weil einige Ausdrücke der älteren Sprache der politischen Ökonomie ihren Sinn ganz geändert haben, die älteren Befürworter des Banking Principle daher der heutigen Generation ganz unverständlich geworden sind. (Unter Bankfreiheit verstehen die älteren z.B. die Freiheit, privates Papiergeld auszugeben.)

Das Banking Principle selbst kann wohl bei dieser Gelegenheit einmal mit kurzen Worten dargelegt werden, da seine **Verkennung** eine der wichtigsten Ursachen der gegenwärtigen Krise war, seine **Anerkennung** daher zahlreiche, sonst vorgeschlagene Hilfsmittel überflüssig macht, ja sogar ohne weiteres als ganz ungeeignet erkennen läßt, Hilfsmittel, zu denen auch die Ausführung größer, neuer, öffentlicher Arbeiten gehört, wenn die Finanzierung mit neuen Steuern geschehen soll.

Das Banking Principle lautet: Papierne Umlaufsmittel *brauchen* weiter nichts zu sein und *sollen* sogar weiter nichts sein als passend

gestückelte und typisierte **fällige Forderungen** vor allem aus Verkäufen und Bestellungen. Um diese Stückelung und Typisierung vorzunehmen, braucht man zwar ein Institut oder einen Unternehmer, keineswegs aber **Sparkapital**. Übrigens entspricht auch Zanders Eisenbahngeld (Annalen I/1934) dem Banking Principle; denn — wie an anderer Stelle dieses Aufsatzes dargelegt ist — das Monopol

der Bahn und das unbedingte Angewiesensein des Publikums auf die Dienste der Bahn wirken genau so, als ob die Bahn eine verbrieft Forderung an das Publikum hätte. Entsprechendes gilt von den ebenfalls an anderer Stelle in einem anderen Zusammenhang erwähnten Lieferscheinen Jacques Duboin's (Annalen I/1934), den alten preußischen Tresorscheinen und ähnlichen Zahlungsmitteln.

Um aber auf die vorhin besprochenen Leihfristen der Privatbanke zurückzukommen, so ist es gewiß, daß sie selbst unter den heutigen, ganz überaus reformbedürftigen Verhältnissen des Depositenwesens, ihren Schuldnern immerhin Kredite von ein paar Monaten, ja oft noch viel länger, tatsächlich gewähren. Um auch hier kein Mißverständnis aufkommen zu lassen: Daß die Leihfristen so lang sind, ist gut und nützlich, nur daß die Kündigungsbedingungen der Depositen so arbiträr sind, ist verwerflich, (Vgl. Rittershausen «Der Neubau des deutschen Kreditsystems»), und daß überhaupt das Diskontieren von **Warenforderungen** aus Mitteln geschieht, die durch Hereinnahme von Depositen gewonnen werden, anstatt daß solche Mittel nur zur Finanzierung der **Produktion** verwendet werden.

Wie ist nun die volkswirtschaftliche Lage in dem obigen Beispiel, nachdem das thesaurierte Papiergeld — in der Praxis also die thesaurierten Noten der Zentralnotenbank — durch neue Noten ersetzt sind? Gewiß ist, daß die Geldhamsterer der Zentralnotenbank in irgend einer Weise einen allen Beteiligten höchst willkommenen, zinslosen Kredit gegeben haben, aber wie wirkt sich dieser Umstand aus?

Die *laufenden* Zahlungen werden jetzt ebenso geleistet, wie sie vor der Thesaurierung geleistet worden sind, es braucht also kein Arbeitnehmer mehr auf seinen Lohn zu warten, und der Staat bekommt seine Steuern. Entsprechend den früheren Zahlungsstockungen aber ist die Volkswirtschaft an die Banken des Landes verschuldet; sie muß zusätzliche Leistungen aufbringen, wenn sie die Schulden und die Zinsen der Schulden abzahlen will. Die Zahlungsmittel zur Übertragung der zusätzlichen Leistungen auf die Banken können übrigens durch Verkürzung der Umlaufzeit der jetzt vorhandenen Zahlungsmittel, leicht beschafft werden, indem z.B. viele Arbeitnehmer ihr Geld wöchentlich anstatt monatlich bekommen, ferner dadurch, daß Mieten in Raten gezahlt werden, etc., etc.

Unterstellen wir, daß die Rückzahlung gelingt; welche Lage ist dann

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten?

35

entstanden? Dann sind — wenn weiter keine Umstände zu berücksichtigen sind, als die hier dargelegten — zuletzt nur noch die Banken an die Zentralnotenbank verschuldet. Die Banken können ihre Schuld auf zweierlei Weise zurückzahlen, nämlich durch Noten und durch Banküberweisungen. Banküberweisungen bestehen darin, daß man ein Guthaben, welches man bei einer Bank besitzt, überträgt. Wenn Banken selbst Banküberweisungen machen und zwar zugunsten der Zentralnotenbank, so wird dies in der Regel so vor sich gehen, daß eine kleinere Bank der Zentralnotenbank ein Guthaben überträgt, welches die kleinere Bank bei der größeren besitzt. Wird damit lange genug fortgefahren, so geschieht es, daß der gesamte, anlässlich der Thesaurierung von der Zentralnotenbank gewährte Kredit an ein paar Großbanken zurückströmt, und daß diese dann der Zentralnotenbank verschuldet bleiben. Die Zentralnotenbank *könnte* den Großbanken den Kredit kündigen und von ihnen zu einem bestimmten Termin die Rückzahlung in Noten verlangen. Dann wären die Großbanken genau in der üblen Lage, wie früher das Volk selbst als die Thesaurierung

begann. Aber die Zentralnotenbank ist weit davon entfernt, die Großbanken in dieser Weise zu schädigen und deren Existenz zu gefährden. Auch würden sich die Großbanken gegen einen solchen Angriff wohl zu verteidigen wissen. Das Ergebnis ist jedenfalls, daß die Zentralnotenbank den Großbanken den Kredit **läßt** und dadurch in Höhe des Betrages der thesaurierten Noten Depositär bei den Großbanken wird. Was tun aber die Großbanken mit dem Kredit? Die Berichte von Sachkennern lassen hierüber keinen Zweifel und werden durch die Geschäftsberichte der Banken darüber bestätigt: Die Großbanken gewähren direkt oder indirekt aus dem ihnen überlassenen Zentralnotenbankkredit solche Vorschüsse, die man als «halblangfristigen Kredit» bezeichnen könnte. Es sind dies Kredite, die gegeben werden, um Produktionsvorgänge zu finanzieren, welche ein paar Monate beanspruchen, oder auch Abzahlungskredite, deren Rückzahlung ein bis zwei Jahre dauert, manchmal auch länger. Solche Kredite sind in allen Ländern sehr nützlich, wo *Bankobligationen* nicht üblich sind. In der Schweiz und auch in Österreich gewähren die Banken der Industrie ebenfalls Kredite auf einige Jahre, refinanzieren sich aber durch **Bankobligationen**. Jedem Fremden fallen z.B. in Basel die Einladungen zu Zeichnungen auf Bankobligationen auf, die an den Geschäftslokalen fast aller großen Banken ausgehängt sind. Leider ist diese einfache und zweckmäßige, für die *Arbeitsbeschaffung* sehr wichtige Art der Finanzierung in vielen Ländern ganz unbekannt, und dort treten dann die eigentlich viel weniger erwünschten Kredite der Zentralnotenbank an die Privatbanken oft genug an ihre Stelle. Immerhin sind die letzteren Kredite natürlich besser als nichts, und man sollte daher den Notenhamsterern dankbar sein, deren Hamsterung allein solche

Kredite in *größerm* Umfang ermöglicht. Hinzu kommt, daß diese Kredite billig sein können und es meistens sogar sind, denn die Kreditgeber *letzter* Instanz, nämlich die NotenThesaurierer, **verzichten** ja auf Zinsen.

Einige schätzen z.B. die Menge der in *Frankreich* thesaurierten Noten auf ca. 50 Milliarden Francs und behaupten, daß dieser Betrag der *Arbeitsbeschaffung* entzogen sei. Diese Auffassung ist irrig. Die richtige Auffassung müßte zu der Feststellung führen, daß es in Frankreich Patrioten gibt, welche früher dem Lande eine zinslose, und der Arbeitsbeschaffung sehr dienlich gewesene Anleihe in Höhe von 50 Milliarden Francs gewährt haben, eine Anleihe, deren jederzeitige Rückzahlung sie sich zwar ausbedungen haben, aber in einer dem Lande bequemen und für die Volkswirtschaft tragbaren Form, indem sie nämlich nur verlangen, die Anleihestücke zu jeder Zeit in den Läden in Güter aller Art umwandeln zu dürfen. Solange Frankreich einen so unermesslichen Vorrat schwer verkäuflicher Güter besitzt und so viele unbeschäftigte, oder nur halbbeschäftigte Arbeitskräfte, welche stündlich bereit sind, jede Verminderung des französischen Gütervorrats sofort zu ersetzen, solange ist die von den Notenhamsterern ausbedungene Art der Rückzahlung der von ihnen **zinslos** gewährten Anleihe weder eine Last noch sonst irgend eine Beeinträchtigung oder gar eine Gefahr für Frankreich.

Der Behauptung, daß die Notenhamsterer Frankreichs ihrem Lande eine zinslose Arbeitsbeschaffungsanleihe gewährt haben, könnte man ein ScheinArgument entgegensetzen und zwar folgendes: Wenn die gehamsterten Noten wirklich eine von den Notenhamsterern gewährte *Anleihe* darstellten, und das Aufgeben des Hamsterns, d.h. die Verwendung der gehamsterten Noten zu Einkäufen nichts darstellte als eine *Rückzahlung* der s.Zt gewährten Anleihe — weshalb sollte man da nicht auch *ändern* Anleihebesitzern, z.B. den Inhabern von Eisenbahnobligationen, das

Recht geben, ihre Obligationen in Läden zum Nennwert wie Geld verwenden zu dürfen? Die Antwort ist einfach: *Wenn* die gehamsterten **Noten** wieder in den Verkehr kommen, dann gelangen sie direkt oder auf Umwegen, vor allem über die Banken, an die Zentralnotenbank zurück. Die Zentralnotenbank erhält den früher von ihr gewährten Kredit zurückgezahlt und vernichtet nun die Noten oder verschließt sie in ihre Geldschränke. Die Noten verschwinden also nach sehr kurzer Zeit aus dem Verkehr, und inflatorische Auswirkungen können entweder gar nicht oder nur auf ganz kurze Zeit stattfinden. Würde man aber den Inhabern von Obligationen, z.B. von EisenbahnObligationen, ebenfalls das Recht geben, die Obligationen in den Läden wie Geld auszugeben, dann würde der «letzte Akzeptant» fehlen, welcher verpflichtet ist, die Obligationen nach dem Empfang zu ver

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten?

37

nichten, oder sie wenigstens zu verschließen, wie es die Notenbank mit den Noten tut. Die Eisenbahngesellschaft selbst kommt als «letzter Akzeptant» nicht in Frage, da ihre Verpflichtung, die Obligationen wie Geld anzunehmen, durch den *Tilgungsplan* der EisenbahnAnleihe begrenzt ist, außerdem aber die Eisenbahn gar nicht mehr Obligationen wie Geld annehmen *kann*, als ihr laufend Sitzplätze oder WaggonRaum zum Umtausch in Obligationen zur Verfügung stehen; in Wirklichkeit kann sie nicht einmal soviel Obligationen annehmen.

Wenn es also gelänge, die «HamsterNoten» in den Verkehr zu bringen, so wäre allerdings eine kleine Geschäftsbelebung sehr wahrscheinlich die Folge und damit auch eine entsprechende Verminderung der Arbeitslosigkeit. Die Belebung würde aber schwerlich von längerer Dauer sein, als vorher bei den hier angenommenen Voraussetzungen die Geschäftsstockung durch das Hamstern gedauert hat. Ja — wenn das Ausgeben der Hamsternoten in den Läden nur *allmählich* vor sich geht, dann wird die Wirkung gleich Null sein, ähnlich wie auch die **schädliche** Auswirkung einer allmählich fortschreitenden Thesaurierung bei halbwegs normalem Funktionieren des Bankwesens gleich Null sein wird. Eine weitere Auswirkung der Auflösung der Hamsterbestände würde sehr wahrscheinlich sein, daß die jetzt von den Banken gegebenen «halblangfristigen Kredite» nicht mehr gegeben werden könnten, zum mindesten nicht mehr so billig.

Es ist hier angenommen worden, daß die Banken des Landes einschließlich der Zentralnotenbank das thesaurierte Geld ohne viel Verzögerung durch neugeschaffene Zahlungsmittel ersetzen. Es ist aber zuzugeben, daß diese Voraussetzung öfters nicht zutrifft. Besonders bei plötzlich einsetzenden Thesaurierungen versagen meistens die Zentralnotenbanken. Ein paar ehrenvolle Ausnahmen bestätigen nur die Regel. Während der Krisis von 1857 fuhr z.B. die Preußische Bank unter Hansemann fort zu diskontieren und bewirkte, daß der Diskont in Preußen im ganzen 6 % p. a. nicht überstieg. Im benachbarten Hamburg dagegen, wo es keine Notenbank gab und Papiergeld überhaupt als «unsolide» galt, da stieg der Zins für BarDarlehen vorübergehend auf 1 % täglich. Ähnlich verfuhr die Deutsche Reichsbank 50 Jahre später, während der Geldkrise von 1907, unter Koch und erreichte immerhin, daß in Deutschland die Krise nicht so schlimm war, wie in USA. Aber diesen Ausnahmen stehen die Fälle des Versagens der Notenbanken gerade während der schlimmsten Geldkrisen gegenüber. Als durchaus typisch kann hierbei die von John de Witt Warner meisterhaft beschriebene Krisis von 1893 in USA gelten. («The Currency Famine of 1893» in den Jahrgängen 1895 und 1896 der amerikanischen Zeitschrift «Sound Currency».) Warner tritt in diesem Aufsatz für das Recht der Amerikaner ein, sich durch Emission von zwangskursfreien,

typisierten Verrechnungsschecks von den Geldhamsterern unabhängig machen zu dürfen. Warner reproduziert in seinem Aufsatz auch Photographien von 47 verschiedenen Arten von zwangskursfreiem Notgeld, welches i.J. 1893 von verschiedenen Stellen emittiert wurde, übrigens in offenbarem Widerspruch mit den Geldgesetzen Amerikas. Darunter ist besonders bemerkenswert ein Verpflichtungsschein der Arnold Print Works in North Adams, Mass., vom 15.8.1893, welcher folgenden Text hat:

«To either of the Merchants or Tradesmen of North Adams. Please deliver to the bearer GOODS, CREDIT or MONEY to the value of TEN DOLLARS, and this Order will be received on Deposits or Collected by any Bank in Town.»

(An alle Kaufleute und Ladenbesitzer von North Adams. Bitte stellen Sie dem Überbringer entweder Waren oder Kredit oder Geld in Höhe von Zehn Dollars zur Verfügung. Alle Banken der Stadt nehmen diesen Schein bei Zahlungen und bei Depositen an.)

Dieser Schein der Arnold Print Works kann wohl als ein Vorläufer der Milhaud'schen Einkaufsscheine angesehen werden. (Leider fehlt ihm eine Kontrollnummer.)

Das Versagen der Notenbanken gerade zu Zeiten von Geldkrisen hat natürlich Ursachen, welche vom Standpunkt der Notenbanken aus zwingend sind. Früher war die Verpflichtung der Notenbanken, die Noten auf Verlangen des Inhabers in Metall einzulösen, ein sehr triftiger Grund, die Emission von Noten gerade zu Zeiten zu beschränken, wo die Nachfrage nach Gold infolge von Thesaurierungen besonders groß war. Hinzu kam und kommt hoch heute, daß diejenigen Personen, welche zuerst unter der Geldknappheit leiden, keineswegs im Sinne der Statuten der Notenbanken kreditwürdig sind. Die Notenbank kann erst helfen, wenn sich solche Leute an sie wenden, die den strengen, von den Notenbanken gestellten Anforderungen zu genügen in der Lage sind. Naturgemäß sind diese Anforderungen um so rigoroser, je weiter der Sitz der Notenbank von dem Wohnort des Kreditnehmers entfernt ist. Die in New York ganz unbekanntes Arnold Print Works wären vielleicht für eine New Yorker Notenbank nie als Kreditnehmer in Frage gekommen, während sie in North Adams als so zuverlässig bekannt waren, daß sie selbst Noten ausgeben konnten. Die in allen Ländern immer wiederholte Behauptung der Zentralnotenbanken, daß sie jeden «legitimen» Bedarf an Zahlungsmitteln befriedigen könnten, ist also im günstigsten Falle eine Selbsttäuschung, und doch sind den Notenbanken ihre gewaltigen Privilegien nur deshalb verliehen worden, weil man irrtümlich meinte, daß sie — vor allem in Krisen — das Land ausreichend mit Zahlungsmitteln versorgen könnten.

Hinzu kommt, daß den Notenbanken innerhalb des überaus engen

Rahmens, in dem sie überhaupt wirken können, noch Hemmungen auferlegt sind. Wenn z.B. die Notenemission etwa statutengemäß nicht mehr als das Dreifache des Goldvorrates der Bank oder ihres Devisenbestandes betragen darf, oder die Preisindexzahl oder irgend eine ProduktionsIndexzahl die obere Grenze der Notenemission bestimmt, dann darf die Bank eben keine neuen Noten ausgeben, und wenn alle Noten nachweislich gehamstert wurden. Vielleicht werden die Befürworter der alten Beschränkungsvorschriften einwenden: Aber irgend eine Grenze muß die Emission doch haben !! Die Antwort könnte sein:

Natürlich ! Beseitigt den Zwangskurs und alle Beschränkungen über den Verkehr mit Gold, dann ist der freie Kurs von 99 % oder 98 % die richtige Grenze !

Man hat gegen eine *nur* durch den freien Kurs der Noten regulierte Emission noch folgendes eingewendet: Es **könnte** doch sein, daß Thesaurierungen allergrößten Umfanges stattfinden. Wenn dann die Notenbank immer entsprechend der fortschreitenden Thesaurierung neue Noten ausgibt, dann wird zwar der Kurs stabil sein, solange die thesaurierten Noten dem Verkehr fernbleiben. *Wenn* aber die Noten wieder in größeren Mengen in den Verkehr gesetzt werden — vielleicht gar alle auf einmal — dann ist eine Kurssenkung unvermeidlich, und in diesem Falle *kann* sie Wochen lang dauern oder noch länger. Eine solche Befürchtung ist nicht streng logisch zu widerlegen, und manchem wird der Nachweis der **Unwahrscheinlichkeit** eines solchen Ereignisses, wie es oben angegeben ist, nicht genügen. Aber die Erfahrung hat längst ein Mittel gegen Schäden durch das plötzliche Einströmen größerer, thesauriert gewesener Notenmengen in den Verkehr gefunden: die Bereitstellung einer *Anleihe* auf Goldgrundlage, welche mit den Noten gezeichnet werden kann, gleichgültig, wie hoch (niedrig! J.Z.) deren Kurs ist. Diese Sicherung wurde z.B. bei den deutschen auf Grund des Gesetzes vom 15. Oktober 1923 geschaffenen Rentenbankscheinen angewendet.

(J.Z.: Die jetzt noch in fast der ganzen Welt gehorteten U.S. Dollars könnten eines Tages sehr plötzlich zurückströmen und zu ihrer inflationären Entwertung in den USA führen. Das würde aber nur das US Staatspapiergeld des "Federal Reserve Systems" betreffen nicht Noten, die privat ausgegeben wurden und Schuldverhältnisse, die einen anderen Wertmasstab vereinbart hatten, wenn das gesetzlich erlaubt wäre oder auf dem Schwarzen Markt möglich wäre. Die Steuersklaverei sollte, meiner Meinung nach, auch in diesem Falle nicht fortgeführt werden, nur um den zurückgeströmten Noten Wert zu geben. Die ganze staatliche Papiergeldwirtschaft und Steuersklaverei sollte so schnell wie möglich abgebrochen werden. In der Übergangszeit könnten die Steuerzahler ihre Steuern viel leichter mit dem entwerteten Papierdollars bezahlen.

Auch staatliche Schatzanweisungen sind Kapitalanlagen in Steuersklaven und als solche ganz zu verwerfen wenigstens für Territorialstaaten mit unfreiwilligen Untertanen. Die Entwertung der staatlichen Dollars wird den US Bürgern die Ausgabe und Annahme von wertbeständigen privaten Dollars etc. nahelegen. J.Z., 12. 3. 04.)

Um das Mittel möglichst wirksam werden zu lassen, darf weder der Zins der Anleihe zu niedrig sein noch ihre Laufzeit zu lang. Die Laufzeit darf auch schon deshalb nicht zu lang sein, weil das **Aktivum** der neuen Anleihe die vorerwähnten «halblangfristigen» Kredite sind, deren Dauer drei Jahre selten übersteigen wird. Um ein Beispiel zu geben: Wenn man mit Noten, welche etwa auf 90 % stehen, eine Goldobligation erwerben kann, die nach 3 Jahren wie bares Goldgeld bei der Bank in Zahlung gegeben werden kann und inzwischen mit 3 % halbjährlich ihrem Goldwert nach verzinst wird, dann entspricht dies einem Effektivzins von 4,970 % halbjährlich in Gold für den Zeichner der Anleihe. Anzunehmen, daß eine solche Anleihe nicht gezeichnet wird, anders ausgedrückt: daß es durch eine solche Anleihe nicht gelingen sollte, die entwerteten Noten aus dem Verkehr zu ziehen, würde allen wirtschaftlichen Erfahrungen widersprechen.

Aber, wie schon, in der Sitzung der Belgischen Vereinigung für sozialen Fortschritt vom 15. November 1932 festgestellt wurde: Die Bestimmungen für Zentralnotenbanken sind nur überaus schwer zu ändern. (Annalen II/1933, Seite 268, frz. Ausg. S. 91. engl. Ausg. S. 242.) Diese Feststellung in der Vereinigung war ja auch die Veranlassung zu der höchst wichtigen, weiteren Feststellung, daß nämlich die Milhaud'schen Vorschläge keineswegs von den Zentralnotenbanken oder überhaupt von einer **Zentrale** aus verwirklicht werden müssen, sondern daß sie auch durch private Initiative durchgeführt werden können, wenn nur die Erlaubnis dazu besteht. Jedenfalls: Die Gefahr, daß die Zentralnotenbank sich auch bei schlimmster Hamsterei von Noten streng an ihre Vorschriften hält, auch nichts tut, um der Thesaurierung entgegenzuwirken, und vielleicht sogar gerade von dieser Passivität eine Wiederherstellung der wirtschaftlichen Ordnung erwartet, diese Gefahr ist nicht abzuleugnen.

Das gegenwärtige, auf dem Monopol einer Zentralnotenbank aufgebaute Geldsystem fast aller Länder bietet also zwar einige Mittel dar, um der Thesaurierung entgegenzuwirken, aber die Anwendung dieser Mittel begegnet mentalen und technischen Schwierigkeiten.

(Hinzu kommt, daß selbst, wenn *nicht* thesauriert wird, das System zu einer Unterversorgung der Volkswirtschaft mit Zahlungsmitteln führt, und zwar aus einem ähnlichen Grunde, aus dem eine zentrale Landesbäckerei oder eine zentrale Landesmetzgerei mit Monopol unvermeidlich sehr vielen und dabei völlig «legitimen» Bedarf an Brot oder Würsten unbefriedigt lassen müßte.)

Es verdient auch hervorgehoben zu werden, daß beim gegenwärtigen Geldsystem niemand sagen kann, wo die volkswirtschaftlich berechtigte *Kassenhaltung* aufhört und die *Thesaurierung* beginnt. Ein Gut, welches unter den gegenwärtigen Verhältnissen so kostbar ist, wie Bargeld, und welches — einmal weggegeben — so unsicher wieder zu beschaffen ist, das sucht natürlich jeder festzuhalten, so lange er kann, und wird stets ausreichende Gründe dafür finden.

Es kommen aber noch einige Momente bei der Beurteilung des Thesaurierungsproblems hinzu, deren vollständige und sorgfältige Erwägung dazu führen muß, das Problem überhaupt auf sich beruhen zu lassen und lieber zu prüfen, wie man die Volkswirtschaft und den Einzelnen von der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes *unabhängig* macht. Einige dieser Momente sollen hier kurz dargelegt werden.

In manchen Ländern wirken Schecksteuer, Quittungsstempel und ähnliche Steuern dem raschen Umlauf der Bargeldes sehr entgegen und zwingen die Leute geradezu, Geldbeiträge bei sich zu Hause aufzubewahren, welche sie sonst zu Bank gegeben hätten. Ähnlich wie solche Steuern wirkt natürlich auch eine zu hohe Provision der Banken bei der

Einzahlung und der Abhebung von Geld. Steuern und überhohe Bankprovisionen bewirken also oft eine große *Kassenhaltung*, die aber statistisch von einer *Thesaurierung* nicht zu unterscheiden ist.

Fast in allen Ländern fürchtet das Volk eine plötzliche Illiquidität der Banken und damit eine Umwandlung von «Bankgeld» in «Sperrgeld». Die Ereignisse der letzten Jahre haben zu einer solchen Befürchtung ja Veranlassung genug gegeben: Mancher verzichtet lieber jahrelang auf Zinsen, als daß er sich der Gefahr aussetzt, nicht dann über sein Geld verfügen zu können, wenn er

es nötig hat und behält deshalb beständig möglichst viel Geld bei sich zu Hause.. Hieraus entsteht dann ein Grad von Kassenhaltung, der von Thesaurierung kaum noch zu unterscheiden ist.

Übrigens: Wie könnte sich ein Staatsman helfen, wenn plötzlich in einem Lande der größte Teil der Bankdepositen gekündigt wird, die Banken ihre Zahlungsunfähigkeit einsehen, und sich an die Regierung um Unterstützung wenden? Wenn die Banken nur — wie üblich — kurzfristiges Geld langfristig angelegt haben, sonst aber «in Ordnung» sind, d.h. keine eigentlichen Verluste erlitten haben, so könnte die Unterstützung in folgender Weise gewährt werden. Der Staatsmann erläßt einen Aufruf an sämtliche Ladengeschäfte und bittet sie — ohne einen Zwang auszuüben — die Schecks der bedrohten Banken wie bares Geld anzunehmen und dies durch Aushang in den Schaufenstern bekannt zu machen. Entsprechen die Ladengeschäfte der Bitte, so wird sofort der Ansturm beseitigt sein. Die Ladengeschäfte werden aber der Bitte gern entsprechen, wenn sie sicher sind, die Schecks ihrerseits anbringen zu können. Die notige «Rückversicherung» kann der Staatsman aber leicht geben, wenn er sich bereit erklärt, die Schecks der bedrohten Banken bei Steuerzahlungen anzunehmen. Die Staatseinnahmen auch nur weniger Tage sind in modernen Kulturstaaten größer als die von runs bedrohten Bankdepositen sein können. Die obigen Maßnahmen können binnen einer Stunde und durch Rundfunk bekannt gemacht werden. Der Staat selbst kann sich eine Rückversicherung bei den Lebensversicherungsgesellschaften seines Landes schaffen. Wenn der Staat diesen Instituten erlaubt, ihre Reserven in langfristig kündbaren Guthaben bei den einem run ausgesetzten Banken anzulegen, so wird er wahrscheinlich binnen wenigen Wochen alle bei Steuerzahlungen eingenommenen Schecks bei den Gesellschaften gegen Bargeld umtauschen können. Erfahrungsgemäß legen die Gesellschaften auch in Krisenzeiten etwa ein Drittel ihrer Einnahmen langfristig an. Die in Frage kommenden Summen übertreffen ebenfalls in allen Kulturländern weit den Betrag bedrohter Bankdepositen. Je weniger Zwang angewendet wird, desto reibungsloser geht alles von statten. Zwei geschichtliche Beispiele sind vielleicht nicht überflüssig. Während des 7jährigen Krieges entstand plötzlich ein Disagio der Noten der Bank von England. Eine Erklärung der Londoner Ladenbesitzer,

42

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten ?

die Noten zu pari nehmen zu wollen, stellte sofort die Parität wieder her. Ähnlich in Berlin bei Ausbruch des Krieges im Juli 1870. Das Papiergeld erhielt zunächst ein Disagio von 10 %. Darauf erklärten bis zum 21. Juli 72 große Berliner Firmen, daß sie das Papiergeld ohne Disagio annähmen. Sofort war die Parität wieder hergestellt. (Deutsches Wochenblatt, Jahrgang 1895, Seite 346, «Aus dem Tagebuch eines Daheimgebliebenen.» Der Krieg wurde deutscherseits ohne Zwangskurs geführt.)

Das hier vorgeschlagene Mittel, bei Störungen im Geldwesen zunächst die «Ladenfundation» — nach Rittershausen's ganz passendem Ausdruck — mobil zu machen, läuft natürlich im Prinzip darauf hinaus, die Schecks der bedrohten Banken in möglichst weitem Umfange zu Einkaufsscheinen zu machen, wenn auch nicht dem Namen, so doch der Sache nach.

Eine Veranlassung zu größerer Kassenhaltung, die aber doch keine Thesaurierung ist, gibt der Umstand, daß viele Einkommen monatlich oder quartalsweise ausgezahlt werden. Die Beträge sind zu klein, um zur Bank gebracht zu werden aber doch groß genug, um die Liquidität der Volkswirtschaft zu beeinflussen.

Das Dilemma zwischen einer berechtigten Kassenhaltung und einer schädlichen Thesaurierung kann durch eine Emission von Einkaufsscheinen leicht beseitigt werden. Unsern Nachkommen wird allerdings unser Verhalten — nämlich auf Produktion und Konsumtion zu verzichten, wenn es nicht mit dem gewohnten *Gelde* und unter Mitwirkung der Geldbesitzer geschehen kann — an das Pech eines spanischen Königs erinnern, der vor Durst schwer krank wurde, weil der für Wasserholen zuständige Höfling abwesend war. Es fehlte ihm weder an Wasser noch an willigen Leuten, es ihm zu holen, aber an etwas anderem !

Bemerkenswert erscheint auch noch, daß diejenigen, welche die Krise im wesentlichen aus der Thesaurierung erklären wollen, doch noch keine allgemeinen Grundsätze über die Zeit aufgestellt haben, welche, eine Geldeinheit im Maximum oder im Durchschnitt im Besitz eines Einzelnen sein darf, ohne daß volkswirtschaftliche Schäden eintreten. Allerdings müßte der ernstliche Versuch zu solchen Grundsätzen zu gelangen seine Aussichtslosigkeit zeigen und ebenfalls zu der Erwägung führen, daß es doch besser wäre, die Volkswirtschaft von der Häufigkeit der Geldumsätze *unabhängig* zu machen, als in inquisitorischer Weise den Geldumlauf beeinflussen zu wollen.

Die Krise und speziell die Arbeitslosigkeit sind nicht durch das Thesaurieren von Zentralbanknoten bewirkt, und *wenn* sie es wären, dann sind doch Steuern und Anleihen, nur zu dem Zwecke die thesaurierten Noten aus ihren Verstecken hervorzuholen, ein ungeeignetes Mittel. Es besteht kein vernünftiger Grund, solche Mittel auch nur zu

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten?

43

versuchen, seitdem im Milhaud'schen Einkaufsschein ein anderes Mittel zur Verfügung steht, welches keinen staatlichen Zwang erfordert, keine Steuern, keine Anleihen, vom ersten Tage seiner Anwendung an Überschüsse bringt und alle Theorien und Annahmen über Thesaurierung und Nichtthesaurierung auf sich beruhen läßt. ..

Das allgemeine Verlangen, die Wirtschaftskrise durch Mobilisierung der angeblich thesaurierten Noten zu beseitigen, hat aber nicht nur eine ökonomische Seite, sondern auch eine sehr ernste soziologische. Es offenbart sich darin eine geistige Unselbständigkeit der Volksmassen sowohl als der führend sein wollenden Intellektuellen, die den nicht nur von heute auf morgen denkenden Philosophen besorgt machen muß. Diese Unselbständigkeit wird offenbar, wenn man einmal das Verlangen der «Arbeitsbeschaffung durch Bekämpfung der Thesaurierung» in eine einfache, schlichte Sprache übersetzt, befreit vom Wust der modernen, ökonomischen Terminologie. Was meinen denn die Leute eigentlich, wenn sie die Bekämpfung der Thesaurierung fordern? Sie meinen folgendes:

«Das Geld *rollt* nicht ! Die *Reichen* haben es in ihre Geldsäcke getan, vielleicht gar um künstlich die Arbeitslosigkeit zu vergrößern und dadurch die Löhne zu drücken. (Eine viel [J.Z.: weit?] verbreitete Ansicht!!) Nun sollen wir Speck gegen Stiefel tauschen und Arbeitskraft gegen Brot! Ja — wie *macht* man das eigentlich? Früher, als die *Reichen* noch mit ihrem Geld vermittelten, da war der Austausch möglich. Jetzt versagen sich uns die Reichen. Das sollen sie aber nicht! Wir **wollen**, daß sie genau wie vorher mit ihrem Geld zwischen dem Landwirt und dem Schuster vermitteln, zwischen dem Bäcker und dem Arbeiter. *Staat*, zwingt sie dazu, wenn sie es nicht freiwillig tun, bestrafe jeden, der sein Geld zurückhält !»

Eine *solche* Forderung ist also das Ergebnis einer jahrzehntelangen, sich sozialistisch nennenden Agitation! das Endergebnis einer angeblichen «Schulung der Arbeiterschaft durch den kapitalistischen Produktionsprozeß». In der Sprache der Revolution fordert man die durch Geld Herrschenden auf, ihre Herrschaft *besser* auszuüben, und das Instrument der Herrschaft, nämlich das Geld, anzuwenden, wie es sich gehört ! Und diese Aufforderung an die Herrschenden in einem Augenblick, wo ihre *Unfähigkeit* ihnen selbst bewußt wird, wo die Zügel der Herrschaft ihren müden, zitternden Händen entglitten sind, wo sie sich, genau wie das Volk, von unbekanntem, dämonischen Kräften hin und hergerissen fühlen, und ebenso wie alle anderen den Weg verloren haben.

Die Rauchwolken irgend eines rätselhaften, ökonomischen Vulkans hüllen in der ganzen Welt die Volksmassen dichter und dichter ein; in ihrer Angst rufen sie nach Führung — Diktatur — verschärftem Kapitalismus durch schnellen Geldumlauf — Kommunismus — alles gleich

44

Muss Arbeitsbeschaffung Geld'kosten ?

— nur **Führung** — und wissen nicht, daß die sich ihnen als «Führer» anbietenden Intellektuellen, die Versammlungsredner und die Zeitungsleute, die Parteihäupter und die es werden wollen, genau so von vulkanischen Wolken umgeben sind, wie sie selbst, und **nichts** erkennen — nicht in Amerika und in Rußland, in Japan und anderswo.

Inzwischen ist der rauchende Berg, der ein **Vesuv** schien, zu einem *Berg des neuen Gesetzes* geworden. Die neuen Gesetzestafeln sind schon geschrieben, und alles, was nötig ist, das ist sie nun auch zu *lesen*. «Trêve de l'or» heißt die eine, und «Nouveau Travail» die andere. Wenn die Wolken sich verzogen haben, wird man das Gesetz allgemein verstehen und freiwillig annehmen. Daß aber ganz unmittelbar vor der Verkündung des Gesetzes eine neue Klasse von Aaron und Genossen sich vom Volk drängen läßt, das vorhandene Gold aus Privatbesitz in öffentlichen Besitz überzuführen, wo es doch keinen volkswirtschaftlichen Dienst mehr leisten, sondern nur noch Gegenstand religiöser Empfindung sein kann, das wäre ja nicht zum ersten Mal eine Begleiterscheinung bei Verkündung einer großen, neuen Sozialgesetzgebung. Soziologen, die ihr Volk wirklich kennen, lassen sich dadurch nicht beirren.

Milhaud hat ebenfalls die Probleme: Thesaurierung, Absatzstockung, öffentliche Arbeiten, im Zusammenhang betrachtet. Seine Behandlungsweise ist aber eine von der gewohnten gänzlich verschiedene. Die Vorschläge Milhaud's vermeiden einerseits die Scylla einer Aufspürung privater Notenvorräte durch den Staat und andererseits die Charybdis einer völligen Passivität des Staates gegenüber der Thesaurierung.

Man sagt aber zum Lobe der Milhaud'sehen Vorschläge viel zu wenig, wenn man ihnen nur nachrühmt, daß ihr Autor damit die «Thesaurierung bekämpfen» wollte. Milhaud leistet sehr viel mehr; er **bekämpft** sie nicht, er verhindert sie nicht einmal, er macht sie aber **wirkungslos!!!** Einige Kritiker haben das übersehen. (Annalen, Heft II/1933, Seite 234, frz. Ausg. S. 61, engl. Ausg. S. 215.)

Nach dem Programm, welches Milhaud aufgestellt hat, ist die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes überhaupt kein Problem mehr. Ob die Geldbesitzer ihr Geld langsam oder schnell umlaufen lassen, das ist nach der Durchführung der Milhaud'schen Vorschläge völlig gleichgültig. (Ein Erfolg, der

z.B. für die Befürworter des Wörgler Schwundgeldes von besonderem Interesse sein muß.) Auch ob das Land viel oder wenig Geld hat, ist dann für die Volkswirtschaft gleichgültig, ähnlich wie es für ein Schiff unwichtig ist, ob sein Bugspriet vergoldet ist oder nicht. Das Volk **schafft** sich künftig **selbst** die Zahlungsmittel, welche heute die Unfähigkeit der Herrschenden nicht herbeizuschaffen versteht, sei es, daß — wie Milhaud fordert — eine erleuchtete Regierung ein praktisches Beispiel aufstellt, sei es, daß sie dem Volk einfach die Erlaubnis

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten?

45

gibt, sich durch Errichtung von Arbeitsbeschaffungsbanken nach Milhaud's System selbst zu helfen (womit Zeit gespart würde), sei es schließlich, daß das Volk die Geduld verliert und seine Führer sowohl als die Geldbesitzer einfach vor ein fait accompli stellt, wie z.B. in den Jahren 1893 und 1907 in Amerika. (Vgl. den oben zitierten Aufsatz von Warner, der ausdrücklich feststellt, daß die Emission von typisierten Verrechnungsschecks i.J. 1893 eine Auflehnung gegen die Geldgesetze Amerikas war.)

Hierzu kommt noch eine kleine, und sehr theoretische Bemerkung: Nicht, wie Marx und Engels meinten, schult der *Produktions*Prozeß die Arbeiter zum Endkampf um ihre Befreiung; diese Schulung kann nur die aktive Teilnahme am *Zirkulations*Prozeß leisten., Den Entschluß zu wecken, sich diese Teilnahme nicht länger verbieten zu lassen, sollte die Aufgabe der Arbeiterführer sein, nicht aber sollten sie den alten, kommunistischen Irrtum wiederholen, daß der Zirkulationsprozeß selbst nur eine kapitalistische Ausartung sei. Der Zirkulationsprozeß (fortwährender Umtausch von Waren gegen Zahlungsmittel) ist eine **ökonomische Kategorie**, die man aus **keiner** Gesellschaftsordnung verbannen kann. Auch der Kommunismus kann diese Kategorie höchstens **umbenennen**, nie **abschaffen**.

Die von Milhaud gegebene Lösung des Problems der Thesaurierung könnte von der Volkswirtschaftslehre zu einer **Allgemeinen Theorie der Thesaurierung** ausgebaut werden. Vorläufig ist uns die Volkswirtschaftslehre eine solche Theorie noch schuldig. Eine richtige Theorie war aber auch unmöglich, solange sie nicht die verschiedenen Zahlungsmittel nach ihrer *Fundierung* unterschied und für jede einzelne Möglichkeit der Fundierung die Auswirkung der Thesaurierung prüfte. Es scheint, daß vor Milhaud diese Auswirkung bei den folgenden Arten von Umlaufsmitteln noch nicht geprüft wurde:

1. Umlaufsmittel, welche beim Emittenten gegen sofort verfügbare Waren oder Dienstleistungen eingetauscht werden können, und die an dem Orte, wo sie bereit gehalten werden, einer genügend intensiven Nachfrage unterliegen;

2. Umlaufsmittel, welche dadurch fundiert sind, daß ein Gläubiger, der genügend große und sofort fällige Guthaben besitzt, sich bereit erklärt oder gezwungen wird, diese Umlaufsmittel wie Geld anzunehmen.

Ein solcher Gläubiger ist z.B. der Fiskus, zu dessen Gunsten ja täglich Steuern fällig werden.

Der Gläubiger könnte auch eine nicht zu kleine Vereinigung von Hausbesitzern sein, welche bei der Bezahlung von Miete das betr. Umlaufsmittel annimmt.

Der Erlaß einer Schuld gegen Hingabe eines bestimmten Umlaufsmittels kann natürlich ebenfalls als eine

Dienstleistung angesehen werden, sie ist aber doch von besonderer Art und z.B. von der Dienstleistung einer Eisenbahn dadurch verschieden, daß sie keinen Arbeitsaufwand erfordert.

46

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten ?

Die Einkaufsscheine Milhau's haben *beide* Arten dieser Fundation, da der Inhaber des Einkaufsscheins sich sowohl Waren dafür kaufen kann als Schulden an alle diejenigen damit bezahlen kann, bei denen der Emittent sofort fällige Guthaben besitzt.

Auch die Noten der alten Privatnotenbanken hatten übrigens beide Arten der Fundation, wie Henry Meulen in seinem Buch «Free Banking» dargelegt hat. Übrigens zeigt Meulen auch besser als es vielleicht je, durch einen englischen Schriftsteller geschehen ist, wie bedeutend die Verbesserung des Beschäftigungsgrades in England und in Schottland durch die Privatnotenbanken gewesen ist. Die alten PrivatBanknoten waren vor allem dadurch fundiert, daß die Bank selbst täglich fällige Forderungen gegen ihre Kunden hatte, und daß sie bei der Bezahlung dieser Forderungen natürlich ihre eignen Noten annehmen mußte. Meulen zeigt, daß *diese* Fundation besser war, als die «klassische» Dritteldeckung. Die Privatbanknoten waren auch dadurch fundiert, daß die Schuldner der Bank sie zum Nennwert annehmen mußten. Das war für den Verkehr sehr wichtig, denn sehr viele Schuldner der Privatnotenbanken waren Ladenbesitzer, und ein Zirkulationsmittel, welches in den *Läden* zu pari angenommen wird, steht eben dadurch auf pari.

(J.Z.: Meulen berichtete viele Tatsachen aber hatte sie oft nicht so ausgelegt wie es Beckerath z.B. hier getan hat. Das ergibt sich aus ihrem verbleibenden Schriftwechsel: www.butterbach.net/epinfo/instead.htm . J.Z., 12.3.04.)

In bezug auf die Thesaurierung verhalten sich die «gläubigerfundierten» Umlaufsmittel und die andern nicht in gleicher Weise. Es ist zu verstehen, daß ein Gläubiger lieber ein Zahlungsmittel einnimmt, welches er sofort wieder ausgeben kann, als eines, welches er nicht sofort wieder ausgeben kann, ja — vielleicht sogar nach der ihm obliegenden Verpflichtung nach der Hereinnahme vernichten muß. Das hat sich in der Geschichte nicht selten bei Staatspapiergeld bemerkbar gemacht, wo Staaten mit ungeschickt geleiteter Finanzverwaltung sich verführen ließen, für die Zahlung der Steuern in Metallgeld anstatt in Staatspapiergeld irgendwelche Vorteile zu gewähren.

(Nero lehnte die Annahme der von ihm geprägten, unterwertigen Münzen bei der Steuerzahlung ab — ein ganz analoger Fall. Die Münzpolitik Neros hat vielleicht mehr zu seinem Sturz beigetragen, als sein Biograph Suetonius gemeint hat)

Aber auch einige der alten Privatnotenbanken scheinen — wie nicht verschwiegen werden darf — diejenigen ihrer Schuldner manchmal bevorzugt zu haben, welche ihre Schulden mit Metallgeld anstatt mit den eignen Noten der Bank bezahlten.

Das umgekehrte Interesse wie bei der «GläubigerFundation» besteht bei der «Warenfundation», die man beinahe auch «SchuldnerFundation» nennen könnte, wenn nämlich der Warenbesitzer nicht selbst das Umlaufsmittel emittiert, sondern es von einer EmissionsBank leiht. Verpflichtungen, die in Geldwert fixiert sind, mit seinen Waren begleichen, das tut jeder Geschäftsmann gern.

Viele Theoretiker — moderne nicht ausgenommen — und erst recht

das Volk lassen sich auf solche, ihnen subtil scheinenden Unterschiede nicht ein, sondern meinen, das *Vertrauen* sei in jedem Falle die wahre Fundierung eines Papiergeldes. Die «klassische» Theorie von der «Dritteldeckung» beruhte zum guten Teil auf diesem Irrtum. Eine Stütze findet der Irrtum allerdings in der falschen Emissionspolitik alter und neuer Zeiten. Es geschah und geschieht oft genug, daß Emissionsbanken

— früher die privaten, heute die staatlichen — der Industrie, dem Handwerk und dem Handel Kredite über den Betrag hinaus gaben, welchen die Fabriken, die Handwerker und die Läden durch *sofortigen* Umtausch der Noten in verkaufsbereite Waren oder Dienstleistungen oder durch Aufrechnung gegen sofort fällige Guthaben «realisieren» konnten.

Es soll z.B. die Ausrüstung der Fabriken mit neuen Maschinen vor 100 Jahren in England hauptsächlich durch Notenbankkredite erfolgt sein. Auch der Staat gab sehr oft mehr Staatspapiergeld aus, als seinen sofort fälligen Steuerguthaben entsprach. Bei solcher Emissionspolitik war es den Emittenten natürlich angenehm, wenn sie möglichst lange Zeit das von ihnen ausgegebene Papier nicht wieder sahen, und wenn das Papier im **Vertrauen** auf seinen Wert thesauriert wurde, so war ihnen dies gerade recht. Ja — die Industriellen und die Regierungen empfanden (menschlich sehr begreiflich) sogar die von ihnen betriebene Art der Finanzierung als die volkswirtschaftlich gerade richtige und überschütteten die Schriftsteller, welche das **Vertrauen** als ganz wesentliche Grundlage der Emission erklärten, mit Beifall, z.B. Ricardo. Auch entstand aus dieser falschen Auffassung sehr leicht eine andere, leider noch heute allgemein geltende, ebenso falsche, die Auffassung nämlich, daß **überhaupt** die Emission von Papiergeld eine **Anleihe beim Publikum** sei. Ein nach richtigen Grundsätzen und vor allem ein nach den Vorschlägen Miihauds emittiertes Papiergeld ist aber keine Anleihe beim Publikum; es wird erst dazu, wenn und insoweit die von Milhaud gezogenen Grenzen der Deckung **überschritten** werden. Ein nach richtigen Grundsätzen emittiertes Papiergeld bedarf keines Vertrauens !!

Bei Mißtrauen kehrt es zum Emittenten zurück und verwandelt sich bei ihm in Arbeitsleistung oder Schuldentilgung. Mißtrauen bewirkt bei solchem Papiergeld höchstens beschleunigte Arbeitsbeschaffung !! (Ein von den Kritikern Miihauds übersehener Umstand !)

Hier ist auch wohl der Ort, um einiges über die Arbeitsbeschaffung in *Wörgl* zu sagen, die ja nach der Meinung vieler, vor allem der Wörgler selbst, durch ein Papiergeld geschah, dessen Zirkulationsfähigkeit unter anderm auch auf dem *Vertrauen* beruhte, welches man dazu hatte. Die Erfolge des Bürgermeisters Unterguggenberger dieser, nur rd. 4 000 Einwohner zählenden, Tiroler Stadt sind erstaunlich und haben infolge der Berichte von Claude Bourdet in der «Illustration» und zu den Annalen, Heft I/1934 Weltruhm erlangt. Scheinbar sind

die Erfolge auf einem ganz anderen Wege erzielt worden, als den Milhaud'schen Vorschlägen entspricht; in Wirklichkeit haben aber bei den Erfolgen durchaus die wirtschaftlichen Kräfte gewirkt, die Milhaud mobilisieren will. Der «Schwund» des Wörgler Papiergeldes, dem die Wörgler in erster Linie den Erfolg zuschreiben, hat — wie sich noch zeigen wird — mehr geschadet als genutzt.

Es scheint, daß das normale Steueraufkommen der Stadt jährlich rd. 300 000 Schilling beträgt. Auf ein solches Steueraufkommen läßt sich aber allein schon eine Emission von Noten fundieren, wobei das Disagio nie sehr hoch sein kann, wenn man gewisse Grenzen nicht überschreitet. Unterstellen

wir, um dies klar zu machen, zunächst einen extremen Fall, daß nämlich die Steuern in Wörgl alle an einem bestimmten Tag im Jahr eingezogen würden (natürlich geschieht dies nicht), und daß auch keine Rückstände blieben. Nehmen wir ferner an, daß die Gemeinde an jedem Werktag für Löhne, Lieferungen, etc. genau 1 000 Sch. ausgeben müßte. Dann könnte die Gemeinde ihre Ausgaben vielleicht mit Noten bezahlen, welche keine andere Deckung haben, als daß die Gemeinde sie bei Steuerzahlungen zu pari annimmt, oder gar — wie früher die preußische Regierung für ihre Tresorscheine ganz zweckmäßig bestimmte — daß ein Steuerzahler, der nicht wenigstens die Hälfte der Steuern in Papier zahlt, ein Aufgeld zu entrichten hat.

Die am 2. I. ausgegebenen Noten können allerdings erst ein Jahr später verwertet werden; die am 1. II. ausgegebenen 11 Monate später, etc. Dadurch, daß die Noten nicht sofort verwertbar sind, können sie ein Disagio bekommen, das aber um so kleiner sein wird, je höher das Aufgeld ist.

(Im alten Preußen nannte man das Aufgeld den «Strafgroschen», weil nach dem Gesetz vom 7. April 1815 auf jeden Thaler Steuern, auf die in Papier zu zahlende Hälfte 2 Groschen Strafe erhoben wurden, wenn diese Hälfte doch in Metall gezahlt wurde. Durch KabinettsOrdre vom 14. Oktober 1827 wurde die Strafe auf einen Groschen herabgesetzt.)

Man könnte sich vorstellen, daß in einer so kleinen Gemeinde wie Wörgl die Noten trotz des Disagios in den Verkehr gebracht werden können, indem nämlich die Gemeinde den Akzeptanten das Disagio ersetzt.

Wenn der Zins in Wörgl etwa 6 % p.a. beträgt, so wird das Disagio zu Beginn des Jahres für die dann ausgegebenen Noten wenigstens $6 : 1,05 = 5,7$ % betragen, entsprechend dem Diskont auf ein Jahr. Es besteht aber auch kein Grund anzunehmen, dass das Disagio viel größer sein wird. Am I. II. wird das Disagio aller im Januar ausgegebenen Noten rd. $1/12$ weniger betragen, und am Schlusse des Jahres, wo alle Noten zu pari bei der Stadtkasse angebracht werden können, wird das Disagio verschwunden sein. Man erkennt, daß dieses Disagio mit Vertrauen oder Mißtrauen nichts zu tun hat, sondern nur von der Art der Steuererhebung abhängt.

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten?

49

Betrachten wir einen andern, extremen Fall, wo nämlich die Steuern kontinuierlich eingezogen werden, d.h. mit werktäglich $1/300$ des Steueraufkommens. Dann kann sich die Stadt mit einer GesamtEmission von nur

1000 Sch. Noten begnügen. Diese Noten kehren vielleicht alle schon binnen wenigen Stunden nach der Emission zur Stadtkasse zurück. Ein Disagio kann sich nicht bilden, denn beim allergeringsten Disagio wird irgend ein Steuerzahler den Disagioschein erwerben, ihn zu pari einzahlen und sich dadurch das Disagio verdienen.

(In Gemeinwesen, welche mit Metallgeld nur schlecht versorgt sind, hält die Steuerfundation sehr viel größere Beträge eines auf öffentliche Einnahmen basierten Papiergeldes auf pari, als etwa ein Drittel einer Jahreseinnahme, welches sonst der Erfahrung entspricht. W.B. Greene teilt in seiner Schrift «Mutual Banking» mit, daß in Nord Carolina noch ca. 20 Jahre nach der UnabhängigkeitsErklärung ein Betrag von 400 000 bis 500 000 Doll. Staatspapiergeld ohne Zwangskurs zu pari umlief, obwohl die Staatseinnahmen viel weniger als 100 000 Doll. betragen.)

Zwischen einer Notenemission von 1 000 Schilling täglich ohne Disagio der Noten und einer Emission von 300 000 Sch. am Anfang des Jahres mit einem relativ großen Disagio (das im Verkehr unbequem, aber in einer kleinen Stadt vielleicht doch tragbar ist) liegt ein mittlerer Wert, bei welchem das Disagio kleiner ist, als einem Jahresdiskont entspricht, und bei welchem es vielleicht noch durch besondere Maßnahmen der Stadt so vermindert werden kann, daß es nicht täglich auftritt,

sondern nur zeitweilig — nicht so oft, daß der allgemeine Zahlungsverkehr dadurch behindert wird, aber noch oft und intensiv genug, daß für die Steuerzahler ein genügend großer Anreiz entsteht, um sich die Noten zu beschaffen, sie zur Stadtkasse zu bringen und damit Steuern zu bezahlen. Die Stadtkasse muß die Noten ja zu pari nehmen. Ist dieser mittlere Emissionsbetrag durch die Praxis gefunden, dann ist offenbar ein *künstliches* Disagio, wie man es in Wörgl durch den monatlichen «Schwund» von 1 % eingeführt hat, zum mindesten überflüssig.

Dem «Schwund» liegt ein eigenartiger, den Zwangskurs der Noten voraussetzender, aber eben deshalb im Falle Wörgl's eigentlich unlogischer Gedankengang zum Grunde. Der eigentliche Zweck des «Schwundes» war keineswegs ein rascher Rückstrom der Noten zur **Stadtkasse**. An einem solchen, *raschen* Rückstrom hatte die Stadt gar kein unmittelbares Interesse. Die Stadt hatte höchstens ein mittelbares Interesse am Rückstrom insofern als es ihr lieber sein mußte, wenn die Noten, zu ihr zurückströmten, als daß sie mit einem allzugroßen Disagio gehandelt wurden, und dadurch die Finanzverwaltung in einen schlechten Ruf brachten, und außerdem die weitere Emissionsfähigkeit der Stadt beeinträchtigten. Der «Schwund» sollte bewirken, daß die Noten **innerhalb der Bürgerschaft** möglichst rasch umliefen, und dadurch möglichst viel

50

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten ?

Austausch vermittelten. Es ist nun sehr auffallend, daß *dieses* Ziel offenbar *nicht* erreicht wurde. Die Noten nahmen einen ganz anderen Weg als den beabsichtigten und strömten mit großer Geschwindigkeit zur *Stadtkasse* zurück. Alle Berichte erwähnen diesen raschen Rückstrom.

Trotzdem kann man nicht sagen, daß die Notenemission Wörgl's ein Mißerfolg war. Die Finanzen der Stadt wurden gerade durch die Emission ganz offenbar erheblich verbessert — was unter allen Umständen ein Erfolg ist — und ferner wurde auch durch die Arbeitsaufträge der Stadtverwaltung ganz zweifellos der Beschäftigungsgrad in Wörgl verbessert. Die Frage ist nur: Hätte vielleicht mehr erreicht werden können? Diese Frage ist mit *ja* zu beantworten.

Wie oben bemerkt, enthält die SchwundgeldIdee im Falle Wörgl's einen logischen Widerspruch. Man kann von einem Zahlungsmittel nicht verlangen, daß es mit abnehmendem Wert innerhalb der Bürgerschaft zirkuliert, während es leicht zum Nennwert bei der Stadtkasse angebracht werden kann. Die Bürger Wörgl's bemerkten diesen Widerspruch aber nicht sofort, weil sie unter dem Einfluß der Theorien von Silvio Gsell standen. Diese Theorien haben allerdings schon *sehr* kluge Leute verführt, wie an dem Beispiel Irving Fisher's ersichtlich ist. I.F. ist ganz unbestritten einer der bedeutendsten Gelehrten und besten Denker unserer Zeit, und trotzdem ist er auf die SchwundgeldIdee — wie man im Deutschen sagt — hereingefallen. Andere in gleicher Lage, die auf ihre sonstigen Leistungen gleichfalls stolz sein dürfen, brauchen hier nicht erwähnt zu werden. Den Wörglern gereicht ihr Irrtum also keinesfalls zur Unehre.

Die Theorie von Gsell hat eine Lücke, die gerade für das Wörgler Beispiel wichtig ist, welche die Kritiker dieser Theorie bisher übersehen haben, und die auch in Wörgl unbemerkt blieb. Die Theorie unterscheidet nämlich nicht das volkswirtschaftlich ganz verschiedene Verhalten von Metallgeld, Papiergeld mit Zwangskurs und Papiergeld ohne Zwangskurs. Eine solche Unterlassung wäre vor 150 Jahren ganz unerhört gewesen; aber etwa seit dem Kriege ist diese Unterscheidung unmodern geworden, so daß z.B. auch Keynes in seinem sonst bedeutenden Werk "Money" diese Unterscheidung nicht macht. Gsell spricht nur ganz allgemein davon, daß die

Umlaufgeschwindigkeit des «Geldes» vergrößert werden müsse, um die Nachfrage nach Gütern und damit nach Arbeit zu vergrößern. Gsell Übersicht aber, daß zum **Papiergeld** eine **Emissionsstelle** gehört, und daß bei fehlendem Zwangskurs die Emissionsstelle keine *unbequemen* oder gar Verlust bringenden Zahlungsmittel in den Verkehr pressen kann. Ein so unbequemes Zahlungsmittel wie ein Papiergeld mit «Schwund» bringt das Volk — wenn kein Zwangskurs besteht — der Emissionsstelle baldmöglichst zurück, so daß

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten?

51

dieses Papiergeld in der Volkswirtschaft nur wenig Umsätze vermitteln kann.

(Wie denn überhaupt bei fehlendem Zwangskurs die Emissionsstelle alle Emissionsfehler selbst trägt und sie nicht das Volk tragen lassen kann.)

Gsell verkennt auch, daß der Begriff «zirkulieren» eigentlich nur auf Metallgeld und auf ZwangskursPapiergeld angewendet werden kann. Die Bewegung des Papiergeldes mit freiem Kurs ist von ganz anderer Art und eher einem «Oszillieren» vergleichbar. Das Papiergeld mit freiem Kurs wird emittiert und kehrt dann — in der Regel auf dem kürzesten Wege — zur Emissionsstelle zurück um von ihr vernichtet zu werden. Das kann man nicht eigentlich als ein *Zirkulieren* bezeichnen.

Die normale Emissionsfähigkeit Wörgl's kann man nach den Erfahrungen der älteren Finanztechnik wohl auf ca. 1/3 seiner jährlichen Steuereinnahme schätzen, d.h. auf etwa 100 000 Sch. Ganz offenbar hat gerade der «Schwund» es verhindert, daß diese normale Emissionsfähigkeit voll ausgenutzt werden konnte, im Anfang daher nur 1 800 Sch. ausgegeben wurden, und auch später nie mehr als 12 600 Sch. im Verkehr gehalten werden konnten. Den Nachteil hieraus braucht man nicht zu überschätzen, aber er ist auch nicht gleich Null. Normalerweise besteht in einer Durchschnittshaushaltung das Bedürfnis, einen Bargeldbestand zu halten, der dem Wert des Lebensunterhalts für einige Tage gleich ist. Wenn dieses Bargeld ein Papiergeld ist, so bedeutet dies, daß die Emissionsstelle des Papiergeldes in der Praxis manchmal ein wenig *mehr* Papiergeld ausgeben kann, als ihren *sofort* gegen das ausgegebene Papiergeld umtauschbaren Deckungsmitteln entspricht. Die Emissionsstelle kann dann nämlich — nicht immer, aber doch manchmal — zusätzlich noch soviel Papiergeld ausgeben, wie ihrer voraussichtlichen Einnahme während der nächsten 3 bis 4 Tage — ja, manchmal sogar während der nächsten 3 bis 4 Wochen — entspricht. Dies ist aber sogar vom Standpunkt der strengen Theorie aus nicht zu verwerfen, **wenn** die Emissionsstelle ein *Steuergläubiger* ist, der evtl. auch Steuervorauszahlungen annimmt und dafür einen angemessenen Zins vergütet. Dann ist ein «run» unschädlich und wirkt sich nur als ein beschleunigter Eingang der Steuern aus.

Natürlich soll hier nicht etwa der allgemeine Grundsatz aufgestellt werden, daß **künftige** Einnahmen eine ebenso gute Deckung für Papiergeld seien, als **gegenwärtige** Guthaben, aber gerade bei den, durch die Steuergesetze geschaffenen Guthaben ist eine absolut genaue Unterscheidung dessen, was als **gegenwärtiges** Steuerguthaben eines Staates, einer Stadt etc. zu gelten hat und was man als **künftige** Einnahmen anzusehen, hat, fast unmöglich. Andererseits ist das Bedürfnis einer Kassenhaltung in der Bevölkerung sehr dringend; es ist nicht einzusehen, weshalb nicht dieses Bedürfnis durch eine Papiergeldemission befriedigt werden sollte, wenn gleichzeitig ein so zuver

lässiges Ventil gegen Überemissionen besteht, wie der freie Kurs des Papiergeldes. Außerdem kann es sich hier immer nur um verhältnismäßig kleine Beträge handeln.

Der von Lorenz von Stein angegebene Erfahrungssatz von ca. $\frac{1}{3}$ einer Jahreseinnahme als «NormalBetrag» einer Papiergeldemission durch einen Staat, eine Stadt, etc., findet seine Erklärung in dem Bedürfnis der Bevölkerung, eine bare Kasse zu halten. Nimmt man an, daß eine Regierung etwa $\frac{1}{5}$ des jährlichen Einkommens einer Nation in Anspruch nimmt, und $\frac{1}{3}$ dieses Fünftels, also $\frac{1}{15}$ des jährlichen NationalEinkommens als Papiergeld emittiert, so entspricht dies einer Kassenhaltung bei den Einzelwirtschaften im Betrage etwa des Lebensunterhaltes auf 24 Tage. Vorausgesetzt ist dabei, daß anderes Geld nur in geringem Umfang umläuft. Astronomische Genauigkeit wird man von derartigen Überschlagsrechnungen nicht erwarten.

Im Falle Wörgl's würde — 800 Familien in der Stadt angenommen — eine Emission von 100 000 Sch. einen durchschnittlichen Kassenbestand von 100 000: 800 = 125 Sch. bei jeder Familie vorausgesetzt haben, was vielleicht nicht übertrieben hoch ist. Wenn allerdings das Papiergeld einen so starken «Schwund» hat, wie ihn Wörgl bei seinen Stadtscheinen einführte, dann darf eine solche Kassenhaltung nicht erwartet werden, zum mindesten nicht in Stadtgeld. Das bedeutet: die Stadt kann eben nicht 100 000 Sch. emittieren.

Der gute Erfolg der Notenemission Wörgl's für seine städtischen Finanzen hätte bei längerem Bestehen der Einrichtung den Bürgern wohl die Erwägung nahegelegt, etwas Ähnliches für alle diejenigen zu schaffen, welche in Wörgl *Forderungen* irgend welcher Art hatten und bereit waren, den Wert dieser Forderungen in Wörgler Gütern oder Dienstleistungen zu empfangen. Das hätte durch die Errichtung einer oder auch mehrerer Arbeitsbeschaffungsbanken nach den in den Annalen, Heft I/1934 dargelegten Grundsätzen geschehen können, und zwar *neben* der Emission von Noten durch die Stadt selbst.

(Man wird einwenden: *zwei* Notenbanken in einer Stadt von nur 4 000 Einwohnern? In Amerika gab es vor dem Bürgerkrieg Dutzende, wahrscheinlich sogar hunderte von solchen Orten mit mehr als einer Notenbank.) Die Erfahrung hätte dann den Bürgern Wörgl's nach einiger Zeit dasselbe gezeigt, was eine an den Untersuchungen Milhaud's orientierte Theorie a priori ergibt: **Nicht** auf die Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes kommt es an, sondern darauf, die Volkswirtschaft von dieser Umlaufgeschwindigkeit *unabhängig* zumachen.

(Der alte Vergleich des *Geldes* in der Volkswirtschaft mit dem *Blut* im Körper wäre entsprechend zu berichtigen. Eigentlich zirkuliert das Blut gar nicht! Es wird von den Lungen **emittiert**, strömt als unbrauchbare Masse zu den Lungen zurück und wird dann von ihnen

verbrannt, ähnlich wie zwangskursfreies Papiergeld von der Emissionsstelle emittiert und nach erfolgtem Rückstrom von ihr verbrannt wird. Der Vergleich ist also für diese Art von Geld ganz richtig, er paßt aber nicht auf Metallgeld und ZwangskursPapiergeld, welche beide tatsächlich *zirkulieren*, und keinem Rückstrom zur Emissionsstelle unterliegen.)

Wenn eine Stadt zwangskursfreies Papiergeld emittiert und an den Besitz dieses Papiergeldes *Nachteile* knüpft, dann darf sie sich nicht wundern, wenn sie es beschleunigt zurückerhält, und wenn

der Verkehr ein solches Zahlungsmittel ablehnt. Man könnte meinen, daß dies doch dem *Gresham'schen* Gesetz widerspreche, wonach «schlechtes» Geld das «gute» vertreibt (*Bad money drives out good*), so daß man eigentlich auf Grund des Gresham'schen Gesetzes eine Verdrängung des sonstigen Geldes durch das Stadtgeld hätte erwarten können. Aber Gresham meinte *Münzen* und keine *Noten*. In moderner Sprache ausgedrückt lautet seine Regel: «Das für den *Zahler* geeignete Geld vertreibt das für den *Zahler* weniger geeignete».

Wie an einer anderen Stelle dieses Aufsatzes ausgeführt, sind unterwertige, aber mit Zwangskurs versehene Münzen für den *Zahler* keineswegs «schlechtes» Geld, sondern im Gegenteil für ihn sehr geeignet und daher für *ihn* gutes Geld! Man muß eben, trotz der gemeinsamen, sprachlichen Bezeichnung «schlecht», unterscheiden zwischen *volkswirtschaftlich* schlecht, für den *Zahler* schlecht und für den *ZahlungsEmpfänger* schlecht.

Das Wörgler Stadtgeld war — im Gegensatz zu unterwertigen ZwangskursMünzen — für den *Zahler* auf die Dauer ein *schlechtes* Geld, mußte daher zuletzt von den Noten der österreichischen Nationalbank verdrängt werden. Gut für den **Zahler** was das Stadtgeld nur während der paar Wochen, während welcher es keinem «Schwund» unterlag, und während dieser Wochen wurde es ja auch im allgemeinen Zahlungsverkehr benutzt.

Die veröffentlichten Statistiken lassen nicht erkennen, in welchem Maße die Bevölkerung Wörgl's geneigt war sich dem «Schwund» zu unterwerfen und ihn durch Aufkleben von Wertmarken auszugleichen. Zwar wird mitgeteilt, daß monatlich im Durchschnitt für 50 Sch. Wertmarken geklebt wurden. Aber in diesen 50 Sch. sind auch diejenigen Beträge enthalten, welche die Stadtverwaltung selbst aufklebte, während die Noten in ihrer Kasse lagen.

Es war übrigens keineswegs ein Fehler, daß die Noten der Stadt im Verkehr öfters weniger gern genommen wurden, als staatliches Geld; im Gegenteil, die öfters eintretende Unterwertigkeit der Noten (die sich nicht nur als ein Disagio zu äußern braucht) war die Bedingung ihres Rückstromes und war dadurch die eigentliche Ursache, weshalb sich die Steuereingänge so überraschend hoben, und dadurch die Stadt finanziell

leistungsfähig wurde. Die von Zeit zu Zeit auftretende Unterbewertung hätte einen Emissionsfehler erst dann bewiesen, wenn die Noteninhaber *nicht* in der Lage gemessen wären, sofort Steuern mit den Noten zu bezahlen oder leicht andere zu finden, die sofort Steuern mit den Noten bezahlen konnten, anders ausgedrückt: wenn die Stadt sehr viel mehr Noten ausgegeben hätte, als ihre Steuerkasse zu jeder Zeit aufnehmen konnte.

(Die Stadt nahm in Wirklichkeit sogar Steuervorauszahlungen in Stadtgeld an, was praktischen Blick zeigt und Lob verdient.)

Eine besondere, bisher nicht genügend beachtete Bedeutung bei dem Wörgler Experiment hatten die rd. 118 000 Sch. *rückständige* Steuern. Schwerlich wären diese rückständigen Steuern ohne die Emission eines Stadtgeldes — das nur gegenüber der Stadtkasse Zwangskurs hatte — überhaupt zu mobilisieren gewesen; andererseits setzte gerade dieses Guthaben der Stadt bei ihren Steuerzahlern von rd. 118 000 Schilling sie in den Stand, außerordentliche Aufwendungen zu machen, die außerhalb der laufenden Verwaltungsarbeit lagen. Nach der Angabe in der sehr lesenswerten Broschüre von Sonderegger und Burgstaller, Aufwärtsverlag in Wörgl, Mai 1933, wurden für Notstandsarbeiten, insbesondere Straßenbauten, insgesamt 102 197,13 Sch. ausgegeben. Dieser

Betrag entspricht ziemlich genau dem Betrag der rückständigen Steuern. Was bedeutet das? Die Stadt hatte sich bei den Bürgern Guthaben geschaffen, zwar nicht ganz freiwillig und nur im Wege der Steuerstundung, aber immerhin Guthaben. Die Steuerschuldner nahmen dann die Noten der Stadt in ihren Läden oder bei der Bezahlung von Rechnungen an, gaben dem Noteninhaber (häufig die Arbeiter, welche bei den Notstandsarbeiten beschäftigt waren) Lebensmittel, Hacken, Beile und anderes Material für die Noten, und dann nahmen die Steuerschuldner die vereinnahmten Noten, brachten sie zur Stadtkasse und bezahlten ihre Steuern damit. Dadurch ermöglichten sie es der Stadt, die Steuerguthaben zu mobilisieren, und dafür Dauergüter, wie z.B. Straßen, einzutauschen. Daß diese Umwandlung durch den «Schwund» von 1 % monatlich und die aufgeklebten Wertmarken irgendwie begünstigt oder beschleunigt worden wäre, ist aus den bisher bekannt gewordenen Darstellungen nicht zu erkennen und ist auch sehr unwahrscheinlich. Ohne «Schwund» und ohne aufgeklebte Wertmarken hätte sich der Vorgang wahrscheinlich genau so abgespielt, nur einfacher, durchsichtiger und reibungsloser.

Anhänger des Zentralbankprinzips werden denen, die das Wörgler Experiment im ganzen günstig beurteilen und wenigstens anerkennen, daß es nicht erfolglos war, die Behauptung entgegenhalten: Die Wirkung wäre genau die gleiche gewesen, wenn die Zentralbank der Stadt anfänglich 1 800 Sch. und später 12 600 Sch. geliehen hätte, um sie zurückzufordern, nachdem die Scheine bei der Stadt zurückgeströmt waren. Zentralbanknoten wären aber ganz bestimmt *nicht* so rasch und viel

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten?

55

leicht überhaupt nicht zurückgeströmt. Auch durchaus lokalpatriotische Bürger wissen für Zahlungsmittel, die in Wien und in ganz Österreich gelten, nicht selten eine für sie vorteilhaftere Verwendung, als damit in Wörgl pünktlich Steuern zu bezahlen. Lieber lassen sie sich die Steuern stunden, als auf diese Verwendungsmöglichkeiten — die hier nicht dargelegt zu werden brauchen — zu verzichten. Gerade der Umstand, daß die Noten *nicht* in Wien anzubringen und *nur* zum Steuerzahlen in Wörgl gut waren, *das* war für ihren Rückstrom zur Stadtkasse entscheidend und damit für die Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts der Stadt. Sehr fraglich ist es, ob der Zweck der Noten erreicht worden wäre, wenn auch nur die Hauptstadt Tirols, Innsbruck, die Noten angenommen hätte.

Überflüssig, ja sogar schädlich und eine nicht ungefährliche Selbsttäuschung bewirkend war die scheinbare Deckung der Noten durch kurantes Geld, d.h. ein Depot von Noten der Zentralbank von Österreich bei der städt. Sparkasse. Die Deckung war überflüssig, weil die Steuerfundation als Deckung ausreichte. Die Deckung war sogar schädlich, weil sie anreizte, das Stadtgeld in Staatsbanknoten umzutauschen, anstatt sie zur Steuerzahlung zu benutzen.

(Eine Umwechslungsgebühr von 2 % ist in dergleichen Fällen eine sehr schwache Hemmung, wie ja auch die Erfahrung gezeigt hat.)

Eine Selbsttäuschung aber lag insofern vor, als die Sparkasse der Stadt die zur Deckung dienenden Zentralbanknoten ja *auslieh*. Die wahre Deckung — soweit die Sparkasse in Frage kam — waren also gar nicht die Zentralbanknoten, sondern die durch das Ausleihen dieser Noten entstandenen Guthaben der Sparkasse. Wäre sehr viel Stadtgeld zur gleichen Zeit zur Einlösung präsentiert worden, dann hätte die Sparkasse ihre Guthaben wieder einziehen müssen, und zwar so schnell wie möglich. Die plötzliche Einziehung der Guthaben hätte aber leicht eine scharfe, lokale Wirtschaftskrise bewirken können.

Zusammenfassend kann man sagen, daß diejenigen Prinzipien, auf welche man großen Wert legte, nämlich Schwund und Aufkleben von Wertmarken auf die Noten, sehr wahrscheinlich mehr geschadet als genutzt haben, daß aber gewisse andere Prinzipien, welche man nur nebenbei und sogar unbewußt befolgte, entscheidend waren, wie die Steuerfundation, der lokale Umlauf und natürlich auch das Fehlen eines Zwangskurses. Nur der Stadtkasse gegenüber hatten die Noten Zwangskurs.

Daß die Nationalbank Österreichs den Wörglern ihr Experiment zunichte machte, gereicht ihr zum schweren Vorwurf, um so mehr, als — wie oben gezeigt — die Noten der Nationalbank das Stadtgeld gar nicht ersetzen *konnten*. Irgend einen vernünftigen Grund für ihr Vorgehen hat die Nationalbank nicht beigebracht, sondern sich einfach auf ihre Privilegien berufen. Das war nicht besser, als brutale Gewalt. Aus

56

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten ?

der Darstellung in Heft I/1934 der Annalen sowohl als aus der erwähnten Broschüre von Sonderegger und Burgstaller ergibt sich, daß das Experiment selbst da, wo es auf irrigen Annahmen beruhte, in durchaus maßvoller Weise ausgeführt wurde, so daß ein Anbringen der nötigen Verbesserungen sehr leicht gewesen wäre. Die österreichische Volkswirtschaft konnte durch das Experiment in keiner Weise geschädigt werden. Die Wörgler trugen allein das ganze Risiko. Man muß auch anerkennen, daß die Durchführung der StadtgeldEmission in Wörgl viel praktischen Blick der Beteiligten bewiesen hat (jedenfalls mehr, als in den letzten Jahren manche Zentralnotenbank hat erkennen lassen), obwohl es ihnen an der rechten Aufklärung über die Technik einer NotgeldEmission fehlte. Hätte man die Wörgler gewähren lassen, dann würde die eigene Erfahrung diese Aufklärung bewirkt haben, und wahrscheinlich in sehr kurzer Zeit. Die Welt wäre dann um eine wertvolle Tatsache reicher. Den in der oben erwähnten Broschüre verkündeten Entschluß der Wörgler, den Kampf um die Erlaubnis, sich durch weitere Notenemissionen selbst Arbeit beschaffen zu dürfen, fortzusetzen, kann man nur begrüßen.

III. In *großen* Krisen sollte man nicht *kleine* Mittel anwenden; eine sachgemäße Verwendung der erforderlichen, großen Geldsummen ist aber nur bei ihrer Verwendung zu *großen* öffentlichen Arbeiten gewährleistet.

a) Erfordert die *Größe* der durch die Arbeitslosigkeit bewirkten Not auch Hilfsmaßnahmen von großem Ausmaße, insbesondere auch *große* Geldmittel?

Die Meinung, daß eine *große* Not nicht mit *kleinen* Mitteln bekämpft werden kann, erscheint a priori als ganz unbestreitbar. Und doch liegt schon ein Mangel an kritischer Besonnenheit darin, daß man die Arbeitslosigkeit überhaupt als ein Problem der *Not* ansieht.

Seit über 100 Jahren wird immer wieder festgestellt: Die Landwirte erzeugen zuviel Lebensmittel, und das Volk hungert. Die Weber weben **zuviel**, das Volk aber geht in Lumpen. Und trotzdem: Sehr viele Schriftsteller — keineswegs unwissende oder dumme Leute — erkennen zwar, auf der ersten Seite ihrer Schriften an, daß von allem **viel** zu **viel** da ist, und daß gerade dieser Überfluß das Unglück ist; aber schon auf der zweiten Seite geben sie Vorschläge, wie man die **Produktivität** der Landwirtschaft erhöhen könnte, damit die Leute mehr zu essen haben, und wie man die Menge der Textilien durch Heranziehung der heimischen Gespinststoffe vergrößern könnte, damit die Leute

etwas anzuziehen haben, etc., etc. Wohl in jeder Kultursprache werden alljährlich solche Schriften veröffentlicht.

Der Widerspruch wird kaum einem bewußt. Das mag denjenigen zur Entschuldigung gereichen, welche die Überwindung der Krise von der

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten?

57

Seite her in Angriff nehmen wollen, wo ihre Auswirkung am offenkundigsten ist, nämlich von der privaten Haushaltung der Arbeitslosen her, und die daher die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in erster Linie als eine **charitative** Angelegenheit betrachten. Man fordert Arbeitsgelegenheit, wie man Brot und Kleidung für die Arbeitslosen fordert, findet es auch ganz selbstverständlich, daß die Gewährung von Arbeitsgelegenheit genau wie ein anderes *Almosen*, eben etwas kostet, und bei **großer** Arbeitslosigkeit entsprechend **viel** kostet. Dieser «charitative» Standpunkt erfährt auch eigentlich keine Veränderung dadurch, daß man das Almosengeben als eine *Pflicht* ansieht, und dem Staat die Pflicht auferlegen will, Mittel zur Beschaffung von Arbeit aufzuwenden, wie ihm seit langem die Pflicht auferlegt ist, Kranke, Invalide und andere Hilflose mit Geld, Brot, Kleidung, etc. zu unterstützen. Diese Grundansicht ist auch bei denjenigen unverändert, welche die Unterstützung nicht in ruhiger Weise fordern, als Männer, die für ihre unglücklichen Mitbürger eintreten, sondern in der Sprache der Revolution, und Drohungen aussprechen für den Fall, daß die Unterstützung ausbleibt. Auch die Revolutionäre fordern die Arbeitsbeschaffung als ein *Opfer*, welches den Arbeitslosen gebracht werden soll, und es ist natürlich, daß sie und alle andern sich vor allem an den wenden, der nach allgemeiner Ansicht die größten Opfer bringen *kann*, nämlich an den Staat. Hinzu kommt, daß der Staat tatsächlich ohnehin der größte Arbeitgeber ist, so daß die Forderung einer Arbeitsbeschaffung durch Inangriffnahme neuer öffentlicher Arbeiten auch technisch ganz berechtigt erscheint. Die technische Berechtigung scheint noch verstärkt durch den Hinweis, daß das Opfer ja nur *zeitweiliges* sei (J.Z.: ein zeitweiliges oder: zeitweilig sei? Im *gedruckten* Originaltext sind viele Fehler! J.Z., 12.3.04.), später aber durch den Nutzen aus öffentlichen Arbeiten wieder erstattet werde. Immerhin — daß zunächst einmal ein **Opfer** zu bringen sei, wird nicht bezweifelt.

Nachdem Milhaud seine Vorschläge gemacht hat, ist die «charitative» Einstellung zum Arbeitslosenproblem logisch unmöglich geworden. Das Problem ist jetzt als ein rein **technisches** erwiesen, und der so nahe liegende Fehlschluß, daß die *große* Not auch *große* Hilfsmittel — genau wie bei großen Erdbeben und großen Überschwemmungen — erfordere, Hilfsmittel, wie sie eben nur der Staat besitzt, dieser Fehlschluß ist *heute* nicht mehr zu entschuldigen. Eine aus *Überfluß* an allem entstandene Not sollte man nicht versuchen, ebenso wie eine durch *Mangel* entstandene, durch *Unterstützungen* zu beseitigen:

Aber auch eine Sozialrevolution mit Expropriation aller Besitzer von Vorräten könnte diese Art von Not nicht beseitigen, weil auch sie — und geschähe sie in der Art von 1793 — nicht bis zur **Ursache** der Not vordringt. Diese Ursache kann vielleicht durch folgendes Gleichnis dargestellt werden:

Einem mit Vorräten aller Art gut versehenen Schiff widerfährt auf

58

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten ?

hoher See das Unglück, daß der *Schlüssel* zum Vorratsraum verloren geht. Einige Passagiere sind sehr hungrig und verlangen, daß *sofort* «etwas geschieht». Andere haben noch Vorräte in ihren

Kabinen und schlagen vor, sich zu behelfen, bis das Schiff im Hafen ist. Die Mannschaft im Vorratsraum kann sich kaum bewegen, weil soviel Vorräte da sind und verlangt durchs Schiffstelephon, daß man sofort öffne und sie mit der Verteilung beginnen lasse. Streit entsteht, Mord und Totschlag sind zu befürchten. Aber eins ist klar oder sollte doch klar sein: *Wenn* es gelingt, den Schlüssel zu finden oder die Tür in anderer Weise zu öffnen, dann ist das Problem für die ganz Hungrigen ebenso vollkommen gelöst, wie für die andern, und es gibt in Wirklichkeit nur *eine* Aufgabe, nämlich den Schlüssel zu finden oder wenigstens die Tür aufzubrechen, und sonst gar nichts. Alles andere, nämlich das Schiff sauber zu halten, die Passagiere moralisch zu vervollkommen, alte Traditionen zu wahren und sich trotzdem nicht gegen neue Ideen zu verschließen, sich nicht auf andere Schiffe zu verlassen und doch andern Schiffen in Seenot beizustehen, das sind Dinge, die mit dem Problem *nichts* zu tun haben. Die Politiker der Welt, wenn sie auf diesem Schiff Passagiere wären, die würden allerdings wohl schließen: Da der Hunger vieler Passagiere *so groß* ist, kann ein *so kleines* Mittel, wie das Auffinden eines Schlüssels, unmöglich genügen. Irrtum!

Der Schlüssel zu *unsern* Vorratsräumen ist der Milhaud'sche Einkaufsschein. Er ist auch nicht mehr zu *suchen*, er ist *gefunden*. Es fehlt nur noch die Erlaubnis, des Kapitäns, ihn anzuwenden.

b) Das Ausmaß der durch neue öffentliche Arbeiten möglichen Verbesserung der wirtschaftlichen Lage.

Milhaud hat nachdrücklicher als andere auf die Verminderung an *Kaufkraft* als die eigentliche Ursache der Krise hingewiesen und auch Zahlen dafür angegeben. (Annalen, Heft II/1933, S. 174; franz. Ausg. S. 7; engl. Ausg. S. 163). Die von Milhaud mitgeteilten Zahlen sind schon erschreckend, aber inzwischen sind Veränderungen eingetreten, die man i.J. 1929 wahrscheinlich für wirtschaftlich unmöglich gehalten hätte. Das deutsche Statistische Reichsamts teilt in seiner Zeitschrift «Wirtschaft und Statistik», 2. Septemberheft 1934, folgende Zahlen für Deutschland mit:

Jahr	Volkseinkommen, in Millionen RM
1928	75 373
1929	75 949
1930	70 323
1931	57 458
1932	45 266
1933	46 419

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten?

59

Im Jahre 1934 ist das Einkommen weiter um mehrere Milliarden RM gestiegen. Ihre volle Bedeutung gewinnen die Zahlen noch durch eine frühere Angabe des Statistischen Reichsamts, wodurch auch i.J. 1929 der ProduktionsApparat Deutschlands nicht voll ausgenutzt war, sondern nur zu etwa 70 %. Bei voller Ausnutzung des ProduktionsApparats hätte also i.J. 1929 das Volkseinkommen wenigstens 100 000 Millionen RM betragen. Heute ist das Einkommen nur etwa halb so groß, als es i.J. 1929 ohne Schwierigkeit und ohne irgend eine Veränderung der Gesellschaftsordnung hätte sein **können**. Aufgabe ist es also, dem deutschen Volk zunächst einmal wenigstens *diese* Differenz zu beschaffen, eine Aufgabe, die aber weder eine neue Sozialgesetzgebung nach Art der Brüning'schen erfordert, noch Verbesserungen der Produktion, aber

auch ganz offenbar — eben weil es sich um ca. 60 000 Millionen p.a. handelt — nicht durch Inangriffnahme neuer öffentlicher Arbeiten herbeigeschafft werden kann. Die deutsche Regierung ist darin jetzt schon so weit gegangen, wie sie gehen konnte, und mehr ist ihr auch vom Anspruchsvollsten nicht zuzumuten.

Jetzt sollte die Wirtschaft selbst *auch* einmal etwas tun, um das von der Regierung gesteckte Ziel zu erreichen.

Bei dieser Gelegenheit sei noch bemerkt, daß die vom Vorsitzenden der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP, *KöhlerMünchen*, in seiner Rede vom 20. September 1934 gegebene Zahl von 90 000 Millionen RM als bisheriger Verlust der deutschen Volkswirtschaft durch die Arbeitslosigkeit nicht übertrieben erscheint, sondern — wenn man die obigen Einkommenszahlen vergleicht — als durchaus maßvoll geschätzt. Der wirkliche Verlust ist wahrscheinlich viel größer und wohl ebenso groß, wie die von 1914 bis 1918 von Deutschland aufgewendeten Kriegskosten. In andern Ländern sind die Einkommensverminderung per capita und der Verlust durch die Arbeitslosigkeit gewiß ebenso groß wie in Deutschland, z.B. auch in England und in Amerika.

Den Leuten, die heute noch die Inangriffnahme neuer öffentlicher Arbeiten beim gegenwärtigen Zahlungssystem als das einzig wirksame Mittel zur Behebung der Arbeitslosigkeit und zur Wiederherstellung des Volkseinkommens vor der Krise fordern, sind auf Grund der oben mitgeteilten Statistiken dahin zu belehren, daß dieses Mittel im günstigsten Fall einen Tropfen auf einem heißen Stein bedeutet; nur ein geringer Bruchteil des durch die Krise verlorenen Arbeitseinkommens kann durch Inangriffnahme neuer öffentlicher Arbeiten verdient werden.

(Auch Milhaud fordert öffentliche Arbeiten, aber vor allem, **um die jetzt unverkäuflichen Vorräte als Kapital in solchen Arbeiten anzulegen** — ein ganz überaus wichtiger Gedanke, den vor Milhaud wohl niemand in dieser Klarheit und Bestimmtheit und unter Darlegung der technischen Einzelheiten geäußert hat.)

60

Muss Arbeitsbeschaffung Geld Kosten ?

Könnten die neuen öffentlichen Arbeiten aber auch unter dem gegenwärtigen Zahlungssystem nicht wenigstens zur «Ankurbelung» dienen)

Diese Frage ist nicht ohne weiteres zu verneinen, aber noch viel weniger für alle Fälle zu bejahen. Milhaud hat sich ja gerade mit dieser Frage beschäftigt. Gewiß ist: wenn die öffentlichen Arbeiten nach dem System Milhauds finanziert werden, so wird jeder bei den öffentlichen Arbeiten neu eingestellte noch wenigstens *einen* andern durch seine Arbeit und seinen Konsum aus der Arbeitslosigkeit erlösen. Geschieht die Finanzierung aber nach den bisher üblich gewesenen Methoden, so gleicht die Verminderung der Kaufkraft bei denen, welche die öffentlichen Arbeiten durch Besteuerung bezahlen müssen, vollkommen die Vermehrung an Kaufkraft bei den neu eingestellten Arbeitern aus.

(J.Z.: Die Eintreibung sowie die Ausgabe der zusätzlichen Steuern erfordert viele neue Beamte und die stellen dann einen grossen Teil der neu eingestellten "Arbeiter" dar. J.Z., 12.3.04.)

Sehr wahrscheinlich wird sogar die Verminderung der Kaufkraft durch die neuen Steuern mehr Arbeitslosigkeit neu erzeugen, als durch die öffentlichen Arbeiten auf der andern Seite an Arbeitslosigkeit beseitigt wird.

In **einem** Falle kann allerdings die Inangriffnahme neuer öffentlicher Arbeiten die Wirtschaft beleben, wenn nämlich der Staat die Arbeiten nicht sofort bezahlt, sondern den Kredit der

betreffenden Unternehmer beansprucht, und wenn gleichzeitig eine Unterversorgung des Verkehrs an Zahlungsmittel bestand. Guthaben bei einem nicht ganz und gar bankrotten Staat wird ein Unternehmer immer irgendwie, direkt oder auf Umwegen, als Zahlungsmittel gegenüber solchen Personen oder Firmen verwenden können, die Steuern an den Staat zu zahlen haben. Geschieht das, dann wirken die Guthaben bis zu ihrer Verrechnung in der Volkswirtschaft als neues Giralgeld. Ein solches Giralgeld aber vermag bis zu gewissem Grade — wenn auch nicht mit großer Bequemlichkeit — das fehlende **notale** Geld zu ersetzen.

Anders ausgedrückt: Es werden der mit Zahlungsmitteln ungenügend versorgten Volkswirtschaft neue girale Zahlungsmittel zugeführt. Das muß sich natürlich günstig auswirken, um so mehr, als die neuen Zahlungsmittel inflationssicher sind, da sie keinen Zwangskurs und auch nur eine begrenzte Laufzeit haben.

c) Das Recht auf Arbeit ein Recht auf Anstellung bei Ausführung neuer, großer öffentlicher Arbeiten?

Die vollkommene Veränderung der «Theorie der Arbeitsbeschaffung» durch Milhaud macht es nötig, auch das Recht auf Arbeit anders zu präzisieren, als es bisher geschehen ist. Sozialisten und Bürgerliche, Revolutionäre und KonterRevolutionäre haben das Recht auf Arbeit bisher im wesentlichen als **ein Recht auf Anstellung bei öffentlichen Arbeiten** aufgefaßt, sei es, daß sie dieses Recht forderten, sei es, daß sie es ablehnten. Hierzu sind ein paar geschichtliche Beispiele nicht überflüssig.

Marrast legte am 20. Juni 1846, einen Tag vor der Junischlacht, dem Verfassungsausschuß der französischen Nationalversammlung einen

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten?

61

Entwurf vor, dessen Art. 132 zur Garantie des Rechtes auf Arbeit u.a. die Bestimmung enthielt:

«Ausführung großer, dem Gemeinwohl dienender Arbeiten durch den Staat, um bei Arbeitslosigkeit die

Arbeitslosen zu beschäftigen.»

Vgl. Dr. A. Menger, «Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag», Verlag Cotta, 1904, S. 24. Der Text wurde dann mit ein paar kleinen Abänderungen in die Verfassung vom 4 November 1848 aufgenommen.

Die von Marrast geforderten neuen öffentlichen Arbeiten waren des *einzig*e damals in der großen Öffentlichkeit bekannte Mittel, um das Recht auf Arbeit zu verwirklichen, und es erschien daher ganz logisch, die Pflicht des Staates zur Ausführung solcher Arbeiten in der *Verfassung* zu verankern.

Für die Geschichte des Rechtes auf Arbeit wichtiger als die Anregung Marrast's ist aber eine Rede Bismarcks im deutschen Reichstag vom 21. Oktober 1878.

Bismarck erklärte in dieser Sitzung zum sehr großen Erstaunen aller Deputierten:

«Ja, ich erkenne ein Recht auf Arbeit unbedingt an und stehe dafür ein, solange ich auf diesem Platz sein werde. Ich befinde mich dabei nicht auf dem Boden des Sozialismus ..., sondern auf dem Boden des **Preußischen Landrechtes**, in dem es heißt:

«Dem Staate kommt es zu, für die Ernährung und Verpflegung derjenigen Bürger zu sorgen, die sich ihren Unterhalt nicht selbst verschaffen und denselben auch nicht von andern Personen, welche nach besonderen Gesetzen dazu verpflichtet sind, erhalten können. — Denjenigen, welchen es nur an Mitteln und Gelegenheit, ihren und der Ihrigen Unterhalt zu verdienen, mangelt, sollen Arbeiten, die ihren Kräften und Fähigkeiten angemessen sind, angewiesen werden.» (Teil II, Tit 19, §§ 1, 2.)

Der Kanzler hätte noch den § 6 zitieren können:

«Der Staat ist berechtigt und verpflichtet, Anstalten zu treffen, wodurch der Nahrlosigkeit seiner Bürger vorgebeugt, und der übertriebenen Verschwendung gesteuert werde.»

Der Kanzler fuhr dann fort und erinnerte an die staatliche Arbeitsbeschaffung in Preußen i.J. 1848.

Er sagte

u.a.:

«Wer erinnert sich nicht noch der Rehberger (Anm.: Die Rehberge bei Berlin enthalten ein paar Steinbrüche) mit ihren roten Hahnenfeder und ihren langen Stiefeln ? Da hat der Staat es für seine Pflicht gehalten, diesen Leuten ... Arbeit zu verschaffen. Wenn ähnliche Notstände eintreten, so, glaube ich, ist der Staat noch heute verpflichtet, und der Staat hat so weitreichende Aufgaben, daß er dieser seiner Verpflichtung, arbeitslosen Bürgern, die Arbeit nicht finden können, solche zu verschaffen, wohl nachkommen kann. Er läßt Aufgaben ausführen, die

62

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten ?

sonst aus finanziellen Bedenklichkeiten vielleicht nicht ausgeführt werden würden; ich will sagen, große Kanalbauten, oder was dem analog ist. Es gibt ja eine Menge außerordentlich nützlicher Einrichtungen anderer Art.»

Die Rede fehlt in mancher Sammlung der Reden Bismarcks. Die vorstehenden Bruchstücke sind entnommen dem Werk Dr. A. Mengers, «Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag», Seite 11 ff.

Hierzu eine kleine historische Anmerkung: Die §§ aus dem allgemeinen Preußischen Landrecht sind noch unter Friedrich dem Großen abgefaßt, aber der König starb, noch ehe sein Gesetzbuch veröffentlicht wurde. Die Publikation geschah erst mehrere Jahre nach seinem Tode, und nachdem die Reaktionäre Preußens, die Herren von 1806, ein paar wichtige Bestimmungen ausgemerzt hatten, vor allem solche, die gegen Privilegien des Adels, der Geistlichkeit und der hohen Beamten gerichtet waren. Vgl. den Kommentar zum Landrecht von Koch, Berlin 1853, Bd. I, Seite 1.

Und noch eine zweite, kleine, historische Anmerkung: Wenigstens dreimal innerhalb von 100 Jahren sind in Preußen auf dem Wege friedlicher Gesetzgebung Sozialreformen durchgeführt worden, die in Frankreich zum Teil erst nach blutigem Bürgerkrieg erreicht wurden. Feudalismus und Zunfttyrannie wurden von 1808 bis 1810 durch Stein und Hardenberg beseitigt, ohne daß ein Tropfen Blut dabei floß. (Taine schätzt die Anzahl der Opfer der französischen Revolution auf etwa eine halbe Million.) Gleichzeitig erhielten Gemeinden und Provinzen eine Selbstverwaltung, ungefähr so weitgehend, wie nach einer Äußerung von Bismarck die Pariser Kommune sie im März 1871 forderte, aber *nicht* erhielt; in den Straßenkämpfen und den folgenden Metzereien verlor dann die Kommune fast so viele Tote wie Deutschland im ganzen Krieg von 1870/71. Auch das Recht auf Arbeit, das in der Junischlacht von 1848 mit einem Opfer von 15 000 Toten nicht durchgesetzt wurde, hatten nach Obigem die preußischen Arbeiter schon 50 Jahre vor der Junischlacht durch ein Gesetz des Großen Königs von wenig Zeilen. Niemand wird diesen Hinweis mißverstehen, als ob

darin irgend etwas gegen Frankreich gesagt sein könnte. Aber die Franzosen, wie nur irgend ein Volk stets bereit, für edle und große Ziele ihr Blut fließen zu lassen, müssen die wenigen Beispiele der Geschichte kennen, wo solche Ziele **ohne** Blutvergießen erreicht wurden, sie sollten es gerade jetzt, wo wieder einmal an allen Enden ihres Landes die Arbeitslosen zum Aufstand aufgerufen werden, während ihr Landsmann Milhaud ihnen einen Vorschlag darlegt, der nur aufmerksam angehört zu werden braucht, um erkennen zu lassen daß er das bietet, **was im Grunde alle wollten**. Dieser Vorschlag erfordert — außer ein wenig Tinte und Papier — kein anderes *Opfer*, als eben **Aufmerksamkeit** und das Fahrenlassen einiger **Vorurteile**, im übrigen **aber weder Blut noch Geld!** (J.Z.: Die letzten beiden Worte von mir gesperrt.)

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten?

63

d) Das Recht auf Arbeit in der Verfassung.

Marrast und Bismarck — politisch gewiß Antipoden — stimmten doch darin überein und hatten auch recht, wenn sie meinten, das Recht auf Arbeit müsse *konkret* formuliert sein, wenn es Wert haben soll. Der Arbeitslose muß wissen, wie er es anzustellen hat, um sein Recht geltend zu machen. Wenn man aber das Recht auf Arbeit als ein Recht auf Anstellung bei öffentlichen Arbeiten bestimmen will, dann geschieht es unvermeidlich, daß bei Krisen sehr großen Ausmaßes die Anstellung *aller* Arbeitslosen bei neuen öffentlichen Arbeiten die Kräfte auch des mächtigsten Staates übersteigt. Das Recht auf Arbeit muß daher in anderer Weise festgelegt werden, wie als Anrecht auf Beschäftigung beim Staat. An anderer Stelle dieses Aufsatzes ist dargelegt, daß ein **wirksames** Recht auf Arbeit nur eine **Erweiterung** des **Koalitionsrechts** sein kann, und daß in Zukunft die Bürger eines Landes das Recht haben müssen, Arbeitsbeschaffungsbanken auf Gegenseitigkeit zu gründen und zwar nach den Grundsätzen Milhauds. Es ist ferner dargelegt, daß es hierzu keiner neuen Gesetze bedarf, sondern daß die Aufhebung einiger schlechter alter Gesetze genügt. Darüber hinaus aber könnte sehr wohl noch einiges geschehen, um **dem Staate** und überhaupt den Behörden zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mehr Bewegungsfreiheit zu geben.

Es ist bis jetzt anscheinend nur von sehr wenigen bemerkt, daß die **Behörden selbst** durch alte Gesetze und Verordnungen ebenso behindert sind wie die Arbeitslosen. Wenn z.B. jetzt eine große Stadt Frankreichs oder Englands eine Arbeitsbeschaffungsanleihe **nach den Grundsätzen Milhauds** aufnehmen wollte, so dürfte sie dies nicht ohne Genehmigung der Regierung. Diese Genehmigung aber wird wahrscheinlich auch an allerhand Paragraphen scheitern. Hier müßte die Verfassung vieler — vielleicht aller — Länder den Behörden mehr Befugnisse verleihen, als sie jetzt haben.

Milhaud hat als erster auf die Bedeutung des **Zahlungsmittels** bei der Auflegung von Arbeitsbeschaffungsanleihen hingewiesen. M. sagt darüber z.B. in den Annalen, Heft II/1933, Seite 193, folgendes:

«Nehmen wir an, der Staat habe beschlossen, ein Programm öffentlicher Arbeiten durchzuführen! Er gibt zu diesem Zweck Schuldverschreibungen aus. Ein Teil der Zeichner **zeichnet nun seinen Anteil mit Gutscheinen, etc.**»

Diese wenigen Worte enthalten ein völlig neues Anleiheprinzip, ein Prinzip, welches durchgeführt werden muß, wenn die Anleihe wirklich **arbeitschaffend** wirken und nicht nur eine **Umschichtung** von Arbeitsgelegenheit bewirken soll. Nach den Gesetzen fast aller Länder können aber Anleihen, die mit Gutscheinen zu zeichnen sind, nicht aufgelegt werden, am wenigsten vom Staat, von

Provinzen, von Gemeinden, kurz, von der öffentlichen Hand. Die Verfassung sollte aber den Behörden

64

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten ?

gerade **solche** Anleihen ohne Einschränkung erlauben, mag die Aufnahme aller **anderen** Arten von Anleihen auch von allerlei Genehmigungen abhängig sein. Die betr. Bestimmung in der Verfassung könnte etwa lauten:

«Körperschaften öffentlichen Rechts sind befugt, zur Erhöhung des Beschäftigungsgrades der in ihnen vereinigten Bürger nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen Anleihen ohne die sonst bei der Aufnahme von Anleihen erforderlichen Genehmigungen der Volksvertretungen oder der Aufsichtsbehörden aufzunehmen. Das Gesetz bestimmt, welches Maß von Arbeitslosigkeit festgestellt sein muß, bevor die Körperschaft ihre Befugnis zur Aufnahme einer Anleihe ausüben kann. Insoweit gesetzliche Bestimmungen fehlen, sind die Vorschriften des Arbeitsministeriums maßgebend. Eine ausdrücklich zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung aufgenommene Anleihe wird durch bei ihrer Aufnahme unterlassene Formalitäten nicht rechtsungültig, jedoch kann sie nach der Feststellung der Unterlassung vom Anleiheschuldner zu jeder Zeit in gesetzlichen Zahlungsmitteln zurückgezahlt werden. Bei der Zeichnung einer nach diesem Artikel der Verfassung aufgelegten Arbeitsbeschaffungsanleihe darf die Möglichkeit nicht ausgeschlossen werden, daß zugunsten des Anleiheschuldners von den Zeichnern in Geldwert bemessene Ansprüche auf Waren und Dienstleistungen zur Verfügung gestellt werden und zwar durch Verrechnung und ohne Zuhilfenahme gesetzlicher Zahlungsmittel. Die Körperschaften dürfen zu diesem Zweck in Zeitabständen von höchstens einer Woche Verrechnungsscheine, welche wie Geld gestückelt sind, zur Bezahlung der ihnen durch die Arbeitsbeschaffung erwachsenden Ausgaben emittieren; die Verrechnungsscheine sind unabhängig von ihrem Verkehrswert bei der Zeichnung der Anleihe wie Geld und zum Nennwert anzunehmen. Die Körperschaften sind befugt, sich bei der Begebung von Arbeitsbeschaffungsanleihen der Hilfe von Kaufleuten, Geldinstituten und anderer geeigneter Stellen zu bedienen und die von diesen ausgegebenen Verrechnungsscheine bei der Zeichnung der Anleihe in Zahlung zu nehmen.»

e) Noch einige Bemerkung über *große* öffentliche Arbeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Außer der im Vorstehenden erörterten günstigen Meinung der Menschen von der Leistungsfähigkeit des Staates als Helfer im allgemeinen liegt der Forderung, *große* öffentliche Arbeiten, «welche die Arbeitsgelegenheit nicht verzetteln», noch eine günstige, aber unkritische Meinung von den Vorteilen des *Großbetriebes* gegenüber dem *Kleinbetrieb* zum Grunde.

(Noch fehlt uns der ökonomische *Kant*, der uns das Analogon zu den «Prolegomena» des großen Denkers schreibt und die Bedeutung der «Urteile a priori» in der Volkswirtschaft darlegt)

Aber der Vorteil, im Verhältnis zur aufgewendeten

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten?

65

Arbeitskraft verhältnismäßig **viel Produkte zu liefern**, der den richtig organisierten Großbetrieb vor einem Kleinbetrieb auszeichnet, ist ganz und gar verschieden von dem hieraus voreilig gefolgerten Vorteil, **verhältnismäßig viel Arbeitskraft zu beschäftigen**. **Gefolgert** ist hier gewiß zuviel gesagt. Das **Urteil** ist an der hier gebildeten Meinung ganz unbeteiligt, und wahrscheinlich ist sogar diese

Meinung nur durch das bewirkt, was man in der theoretischen Logik eine «Klangassoziation» nennt. Das Irrige ihrer Meinung kommt den Arbeitern und den Politikern denn auch sofort zum Bewußtsein, wenn der Staat einmal mit der Arbeitsbeschaffung ernst macht. Dann fällt ihnen sofort ein, daß im Großbetrieb ja Arbeitskräfte *erspart* werden, daß dies sogar ein ganz wesentlicher technischer Vorteil des Großbetriebes ist, und daß dieser Vorteil seit Jahrzehnten, ja seit Jahrhunderten, dem Großbetrieb zum *Vorwurf* gemacht wird. Dieselben Leute, die gestern noch eine Arbeitsbeschaffung im *Großen* durch den Staat forderten, z.B. durch *große* Bauten, *große* Kanäle, *große* Meliorationen, etc., die dringen nun darauf, daß die betreffenden Arbeiten in möglichst viel **kleine** Arbeiten aufgeteilt werden, so daß sogar Maschinen nach Möglichkeit ausgeschaltet werden (worauf nach Sueton's. Bericht anscheinend schon der Kaiser Vespasian hielt), daß die Arbeiten an möglichst viel **kleine** Unternehmer vergeben werden, etc., und überall, wo die Betreffenden zu befehlen haben, da «verzetteln» sie wirklich die Arbeit, soweit sie können.

(J.Z.: Grossbetriebe ersparen Arbeitskräfte nur dann, wenn sie entweder auf oder nur etwas unter oder über ihrer optimalen Grösse liegen oder wenn sie genügend dezentralisiert sind. Ansonsten verschwenden sie Arbeitskräfte, wie es die grossen staatlichen und privaten Bürokratien beständig tun. J.Z., 13.3.04.)

Die Inangriffnahme **großer**, neuer Arbeiten, wie z.B. neuer großer Eisenbahnlinien, hat auch — wenn die Finanzierung *nicht* nach den Grundsätzen Milhaud's erfolgt, sondern in der hergebrachten Weise — eine üble Auswirkung, die bisher zu wenig erörtert wurde. Solche Arbeiten entziehen nämlich *ändern* Wirtschaftsgebieten Betriebskapital, während die Milhaud'sche Methode überhaupt kein Kapital **entzieht**, sondern nur «Ladenhüter» zu *Kapital macht*. (Eine völlig neuartige Methode der Kapitalbeschaffung, dabei die wirksamste von allen!)

Mit anderen Worten, große Anleihen, nach der üblichen Methode aufgelegt, bewirken — genau wie Steuern — nur eine *Umschichtung* von Kaufkraft, schaffen aber keine **neue**. (Vgl. hierzu ein paar besonders gute Bemerkungen Milhaud's in den Annalen, Heft II/1933, S. 209.)

Ältere Erfahrungen über die Auswirkungen großer Arbeiten liegen vor. Viele erinnern sich z.B. der fast unglaublichen Arbeitslosigkeit in Paris, nachdem die Gebäude zur Weltausstellung von 1900 aufgeführt waren, eine Arbeit, die doch zum Teil gerade deshalb unternommen war, **um** damit Arbeitsgelegenheit zu beschaffen. Ferner: Im Jahrbuch für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, I. Jahrg., (187980), 2. Hälfte, S. 337, findet sich in einem Aufsatz von Hermann Greulich folgende Bemerkung:

«Als der Eisenbahnbau in der Schweiz einen gewissen Aufschwung nahm, und die Eisenbahngesellschaften an ihre Aktionäre 7 %, 8 %

66

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten ?

und 9 % Dividende zahlten, da wandte sich ein großer Teil des Kapitals dieser verlockenden Spekulation zu, und für die **Bauern begann eine große Hypothekennot.**»

Daß diese Hypothekennot der Bauern auch ihre *Kaufkraft* geschwächt und dadurch indirekt auch viele schweizer Gewerbetreibende geschädigt hat, kann man wohl annehmen, obwohl Greulich nichts darüber sagt.

Ähnliche, von den Zeitgenossen allerdings unbeachtet gebliebene Verhältnisse scheinen in ganz Europa zur Zeit des Baues der Eisenbahnen geherrscht zu haben. Die Krise von 1847 — die Mutter der Revolution von 1848 — ist gewiß zum Teil durch die Eisenbahnbauten bewirkt worden, die den

Handwerkern und den Bauern massenhaft Kapital entzogen. Überall hören wir von Geldnot bei den Landwirten und den Handwerkern, während zeitweilig große Massen von Arbeitern gute Beschäftigung hatten.

Was man damals verkannte und im allgemeinen auch heute noch verkennt, das ist die ganz wesentliche Bedeutung des *Zahlungsmittels* bei Begebung einer Anleihe. Wenn die Anleihe in LegalTenderGeld gezeichnet werden muß, dann ist die Gefahr groß, daß die Summe der vorhandenen Arbeitsgelegenheiten durch die Anleihe nur *umgeschichtet* wird. Dieser Übelstand wird aber vermieden, wenn man die Zeichnung in der Weise erlaubt, daß die Zeichner nicht Geld, sondern einen in Geldwert ausgedrückten Anspruch auf Waren oder Dienstleistungen zur Verfügung stellen; inzwischen muß dann ein Papiergeld mit freiem Kurs ausgegeben werden, das jedoch bei den Anleihezeichnern und beim Fiskus zu jeder Zeit zu pari anzubringen ist. Das Papiergeld ist dann, nachdem es beim Anleihezeichner oder beim Fiskus eingegangen ist, zu vernichten.

G. EINIGE BEMERKUNGEN ZUR THEORIE MILHAUD'S ÜBER ARBEITSBESCHAFFUNG DURCH EINKAUFSSCHEINE.

I. Das Milhaud'sche System und der freie Markt für Waren, Dienstleistungen und Zahlungsmittel.

a) **Moderne Tendenzen, den freien Markt auszuschalten.**

Der freie Markt hat jetzt eine «schlechte Presse». Da die große Entwertung der Güter, der Arbeitskraft und vieler Arten von Papiergeld sich auf dem freien Markt vollzog, so halten heute die meisten den freien Markt für die eigentliche Ursache der Krise. Kommunisten, AntiKommunisten, Parteien und Regierungen sind daher im allgemeinen ganz einig darin, daß jetzt für möglichst viel Waren von amtswegen zwar nicht gleich der **Markt** aber doch der **Marktpreis** beseitigt und ein **fester Preis** angesetzt werden müsse.

(J.Z.: **Ohne volle monetäre und finanzielle Freiheit** ist der "freie" Markt eben **kein freier Markt**, auch dann nicht, wenn er in jeder anderen Hinsicht bereits frei ist. J.Z., 13.3.04.)

Auch die **Arbeitskraft** sollte nach

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten?

67

allgemeiner Meinung in Zukunft keinen **Marktpreis** mehr haben und, wenn es sein könnte, überhaupt nicht mehr **gehandelt** werden. Die Arbeiter, die Arbeitgeber, die Kirchen und die Parteien sind hierin einig, wenn auch jeder vor der **letzten** Konsequenz dieses Standpunktes, nämlich der **feudalistischen** Regelung des Arbeitsverhältnisses (die unvermeidlich halbkommunistisch ist) zurückscheut, und daher bereit ist, Konzessionen zu machen. Die Arbeiter verlangen daher nur einen Minimallohn, nicht einen Normallohn. Die Arbeitgeber verlangen auch keinen Normallohn, aber doch einen Maximallohn, die katholische Kirche, indem sie den Arbeitsmarkt als mit der Menschenwürde unvereinbar erklärt (Encykl. «Rerum Novarum», No. 16, Encykl. «Quadragesimo Anno», S. 64/65 der autorisierten, deutschen Ausgabe) verlangt, um dem Handel mit Arbeitskraft ein Ende zu machen, die Einrichtung von «Ständen» («collegia» oder, «corpora»), ohne allerdings über deren Verfassung Einzelheiten vorzuschlagen. In den beiden Encykliken offenbart sich der wissenschaftliche, vorurteilslose und volksfreundliche Geist der beiden Päpste Leo XIII. und Pius XI, diese Anerkennung kann aber nicht hindern festzustellen, daß sie — weil ihnen die von Milhaud

ans Licht gebrachten Erkenntnisse fehlten — die richtige Lösung des Problems, ja eigentlich sogar die richtige Auffassung von der Natur des Problems, verfehlt haben. Trotzdem werden die beiden Encykliken in der Geschichte der Lösungsversuche der sozialen Frage ihren Platz behaupten, weil sie deutlicher als alle anderen zeigen, wohin jeder Lösungsversuch der sozialen Frage führen muß, der zwar das vorliegende Tatsachenmaterial berücksichtigt und die anerkannten Grundsätze der Moral, nicht aber die Grundsätze Milhaud's.

Aber, die Bestrebungen, den freien Markt, einschließlich des freien Arbeitsmarktes auszuschalten und für die Arbeitskraft Preistaxen festzusetzen, wie für Kohle und Seife, darf man nicht nur rein volkswirtschaftlich beurteilen. Es kann wirklich nicht als Symptom eines gesteigerten Gefühls vom eignen Wert angesehen werden, wenn heute Millionen von Menschen nicht nur sich ganz stumpfsinnig verbieten lassen, überhaupt mitzureden, wenn über ihren ArbeitsEntgelt verhandelt wird, und erst recht nicht, wenn sie zuletzt sogar dahin kommen, ein solches Verbot selbst zu fordern und wirklich jeden als Aufwiegler denunzieren, der es wagt, eine eigne Meinung hierüber zu äußern. Beispiele einer solchen Selbsterniedrigung der arbeitenden Klassen (es sind nicht etwa nur Fabrikarbeiter gemeint) finden sich seit dem Kriege in fast allen Ländern, vor allem aber ist die Veränderung der Mentalität der russischen Arbeiter seit 1917 auffallend. Vielleicht wird eine künftige Soziologie diese Veränderung erklären.

68

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten ?

b) Eine Vermutung über die Ursache der geringen Einschätzung der Nachfrage als sozialen Faktor.

Eine der Ursachen der Hilflosigkeit der Menschen bei der Verwertung ihrer eignen Arbeitskraft ist offenbar die große **Abstraktheit** der Kategorie «Nachfrage». Ob dieser Kategorie eine ausgebildeter Zellenkomplex im Gehirn des Durchschnittsmenschen entspricht, kann man bezweifeln. Das Wort «Nachfrage» selbst, obwohl in der Schriftsprache häufig, ist doch der Umgangssprache des eigentlichen Volkes ganz fremd, ein Umstand, der bisher wohl noch nicht beachtet wurde. Anders die Kategorie «Angebot», von der das Volk eine **konkrete** Vorstellung hat, und die sogar in die Poesie Eingang gefunden hat.

(Thomas Hood: «O God ! that bread should be so dear, and flesh and blood so cheap!»)

Die Kategorie «Angebot» tritt ja auch überall deutlich genug in die Erscheinung: Als Schaufensterinhalt, als wichtigster Bestandteil des Textes der Zeitungen, als Ansammlung der Arbeitslosen vor den Arbeitsämtern. Die **Nachfrage** aber äußert sich nirgendwo **sichtbar**, und wo sie einmal sichtbar zu werden *scheint*, wie in den «Schlangen» der Käufer in Notzeiten vor den Läden, da tritt viel mehr die *Not* in die Erscheinung als die Kategorie *Nachfrage*.

Dieser Bemerkung könnte man allerdings die andere entgegensetzen, daß die Menschen doch schon seit Jahrtausenden kaufen und verkaufen, und daß daher doch eigentlich Zeit genug gewesen sei, um in den Köpfen einige Gehirnzellen für die Kategorie «Nachfrage» auszubilden. Man muß aber bedenken, daß zwar seit Hunderten von Generationen gekauft und verkauft wird, und es seit Dutzenden von Generationen sogar Märkte gibt, daß aber der größte Teil des Volkes, weil er aus Sklaven bestand, nichts damit zu tun hatte. Vorstellungen wie Angebot und Nachfrage konnten sich daher doch erst spät und nur bei relativ wenigen ausbilden und — was hier entscheidend ist — auf die gegenwärtige Generation vererben. Dazu die zahlreichen, obrigkeitlich festgesetzten Wertrelationen in alter Zeit und in neuerer, die — durch Jahrtausende hindurch immer wiederholt — schwerlich ohne Einfluß auf den Intellekt und die Begriffsbildung der Menschen geblieben sind; sie

sollten in der Praxis den Einfluß von Angebot und Nachfrage ausschalten, sie sollten die Vorstellung bewirken, daß der Wert der Dinge eben nicht von Angebot und Nachfrage abhängt, und haben sehr wahrscheinlich auch wirklich dazu beigetragen, daß der Begriff «Wert» in so vielen Köpfen das Element «Nachfrage» nicht enthält. Freilich kollidierte zu allen Zeiten eine solche Mentalität mit der Logik der Tatsachen, d.h. mit den wirklichen Käufen und Verkäufen; aber die Geschichte der Preistaxen durch die Obrigkeit zeigt, wie langsam und allmählich die Entwicklung von einem Markt mit vorgeschriebenen Preisen zu einem Markt ohne vorgeschriebene Preise vor sich gegangen ist. Durch diese Langsamkeit der Ent

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten?

69

wicklung ist gewiß nicht nur eine «logische» Association zwischen den Ideen «Wert» und «Taxe» erzeugt worden, sondern vor allem auch eine biologische Verbindung zwischen den Gehirnzellen für diese beiden Vorstellungen.

(J.Z.: Während jetzt alle Gehirnfunktionen immer noch nicht voll verstanden werden, schreibt man jetzt doch eher den Verbindungen zwischen GehirnZellen als den Zellen selbst einen Gedanken, Begriffs oder Ideengehalt zu. Wie diese Verbindungen geschaffen oder verhindert werden, in Bezug auf gewisse Begriffe, scheint immer noch nicht klar zu sein, obwohl grosse Mengen von Tatsachen beobachtet worden sind. Der wichtigste Teil des Menschenapparats ist immer noch weniger verstanden als z.B. die Arbeit des Herzens, des Magens oder der Leber. J.Z., 13.3.04.)

Die Sklaverei, in welcher seit vielen Jahrtausenden der größte Teil der Menschheit beständig lebte, schränkte nicht nur die Erkenntnisse von allem, was mit dem *Markt* zusammenhängt, auf eine Minderzahl ein, sondern bewirkte auch noch, daß die wenigen Erkenntnisse über den *Markt*, welche trotzdem zu den Massen gelangten, ihnen den Markt im ungünstigen Licht darstellten, ja, ihn als die eigentliche Ursache ihrer Sklaverei erscheinen lassen mußten. Jeder größere Markt hatte ja in alten Zeiten eine Sklavenabteilung, und **die** kannten die Sklaven. Hier konnten die Sklaven die Association zwischen den Kategorien «Nachfrage» und «Wert» selbst beobachten, aber unter Umständen, welche in ihnen den größten Abscheu vor dieser Association bewirken mußten.

Mit den vorstehenden Hinweisen auf die aus der «Sklavenzeit» — deren Dauer man mit 100 000 Jahren nicht überschätzen wird — ererbten Vorstellungen soll nichts für den Versuch **Nietzsche's** gesagt werden, die *Moral* durch eine Aufteilung in «Herrenmoral» und «Sklavenmoral» neu zu begründen, um so weniger, als Nietzsche wirtschaftliche Verhältnisse und Vorstellungen wenig in Betracht zog und vielleicht auch den nicht unwichtigen Umstand außer Acht ließ, daß die Männer der Herrenklasse sich von Zeit zu Zeit gegenseitig tot schlugen (im größten Umfang z.B. während der Völkerwanderung). Die Herrenklasse wurde dann oft aus der Slavenklasse neu ergänzt, anscheinend ohne daß die gesellschaftliche Moral dadurch verändert wurde, z.B. bei den Spartanern nach dem Peloponnesischen Krieg. Häufige Erhebungen von Sklaven zu Angehörigen der herrschenden Klasse sind auch noch für die skandinavischen Länder bezeugt durch Tacitus, «Germania», Kap. 25. Die «Herrenmoral» der Oberschicht ist dadurch offenbar nicht beeinflusst worden. Auch das «Herrenvolk» der Vandalen bestand nach den Bemerkungen von *Gibbon* offenbar zum größten Teil aus entlaufenen Sklaven und ähnlichem Menschenmaterial, das zu seiner Zeit einfach als «Gesindel» galt, von dem aber Genserich zum Entsetzen der damaligen Kulturwelt zeigte, was ein solches

«Gesindel» auszurichten vermag, wenn es gut geführt wird, entschlossen ist, seine Freiheit zu behaupten, gute Waffen hat und damit umzugehen versteht.

Es handelt sich bei den vorstehenden Bemerkungen über den bis jetzt nicht genügend gewürdigten Einfluß der Sklavenzeit auf die seelische Verfassung der Menschheit um etwas ganz anderes, vielleicht sogar tiefer Liegendes, als um die *Moral*. Es sollte gezeigt werden, daß einer Reform des Zahlungswesens, wie sie Milhaud vorschlägt, nicht

70

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten ?

nur einige «Irrtümer» der Menschen entgegenstehen, sondern eine besondere, **anererbte** Mentalität. Aufklärung allein wird diese Mentalität nicht besiegen, sondern das **Beispiel** derjenigen, welche die alte Mentalität überwunden haben, muß mitwirken. Ein solches Beispiel ist aber unmöglich, wenn die Gesetze eines Landes, einer kleinen Gruppe von Banken oder gar nur *einer* Bank das Monopol erteilen, Zahlungsmittel zu liefern.

c) Die öffentliche Meinung und der freie Markt für Zahlungsmittel.

Die altererbte Mentalität, wonach möglichst viel Werte von obrigkeitlichen Wegen fixiert und legalisiert werden sollten, zeigt sich wohl nirgendwo stärker als in dem allgemeinen Verlangen, die *Zahlungsmittel* dem freien Markt zu entziehen, und zwar fremde sowohl als einheimische. Charakteristisch ist, daß seit sehr vielen Jahren wohl keiner der zahlreichen Autoren, die neuartige Zahlungsmittel vorschlugen, auf einen «staatlichen Schutz» für seine Erfindung verzichten mochte, und zwar in der Form, daß jeder bestraft werden sollte, der wagt das neue Zahlungsmittel (J.Z. B. setzte "wagt" hierher.), im Verkehr geringer zu bewerten, als sein Erfinder es bewertet haben wollte. (Geschichtskenner werden nicht überrascht sein. Die Gesetze gegen das «Beschreyen» unterwertiger Münzen waren im Mittelalter zahlreich und furchtbar. Zur Assignatenzeit stand zuerst Zuchthausstrafe, später die Guillotine auf Unterbewertung der Assignaten. Einige neue Devisengesetze sind nicht viel anders, z.B. das — inzwischen aufgehobene — serbische von 1923, welches Todesstrafe [durch Aufhängen zu vollstrecken] für privaten Besitz von ausländischen Zahlungsmitteln androhte.)

Milhaud ist einer der *sehr* wenigen, die zu ihrer Erfindung nicht nur das Vertrauen haben, daß sie sich auf dem freien Markt halten werde, sondern die dafür den freien Markt sogar *fordern*. Dies bedeutet einen völligen Bruch mit der herrschenden Mentalität und Meinung. Nach dieser Meinung beruht der Wert des nicht durch einen Goldschatz gedeckten Papiergeldes ausschließlich auf einem **Staatsbefehl**. Wer das Papier geringer bewertet, als er soll, lehnt sich also gegen den Staat auf. Die moderne russische Auffassung darüber ist nicht anders als die in Japan und den meisten andern Ländern. Eine Währung durch ungünstige Beurteilung zu «diffamieren» ist nach dieser Auffassung durchaus **möglich**, und die Gefahr einer solchen Diffamierung ist (J.Z.: sei!) sogar sehr groß. In den Kapiteln über die Geldhoheit des Staates und über das Disagio ist über die Abwegigkeit dieser Auffassung noch einiges gesagt, so daß hier nicht darauf eingegangen zu werden braucht.

Milhaud verlangt für die von ihm erfundenen Einkaufsscheine den freien Markt, um ein *Sicherheitsventil* gegen Überemissionen zu haben. Diese Forderung bedeutet für unsere Zeit eine große Kühnheit. (Eine sehr große Kühnheit!!) Die Zeit verlangt, entsprechend ihrer

etastischen Grundeinstellung, vom Staatsbürger ein unbegrenztes **Vertrauen** zur Regierung oder zum jeweiligen Notenbankpräsidenten, daß sie das Papiergeld schon wertbeständig halten werden. Dieses Vertrauen ist nach allgemeiner Auffassung über die Stabilität einer Währung ganz wesentlich. Wer es zu erschüttern versucht, der gleicht dem Soldaten, der am Tage der Schlacht seinen Kameraden die Lage der eignen Armee in schwarzen Farben malt und ihnen dadurch den Mut nimmt. Der Glaube, daß eine gesunde Währung überhaupt durch die Äußerung einer ungünstigen Meinung über sie gefährdet werden könnte, wird allerdings von unsern Nachkommen nicht höher geschätzt, als wir den Glauben unserer Vorfahren einschätzen, daß die Wölfe ins Dorf fielen, wenn man von ihnen spricht.

Zum Glück ist die Forderung eines freien Marktes für Zahlungsmittel jeder Art nicht etwas ganz und gar Neues. Im Gegenteil: vor 100 Jahren war die Forderung verwirklicht, und die Erfahrungen mit dem freien Markt für Zahlungsmittel waren durchaus günstig. An vielen Börsen wurde vor 100 Jahren nicht nur für ausländisches Papiergeld, sondern auch für inländisches regelmäßig ein Kurs notiert (z.B. in Belgien). Man war sich damals klar bewußt, daß in dieser regelmäßigen Kursnotierung die stärkste Hemmung gegen einen Mißbrauch des Emissionsrechtes lag, vor allem durch Inflation.

(Hätte die russische Regierung i.J. 1914 einen freien Kurs der Rubelnoten erlaubt, so hätte das russische Volk schon in diesem Jahre die Rubelnoten als Zahlungsmittel abgelehnt, die russische Regierung hätte nicht gewagt, durch die Steuerschraube sich zu beschaffen, was die Notenpresse nicht leisten konnte, sie hätte Frieden gemacht, der Zar regierte vielleicht heute noch, und die Welt wäre — trotz des Zarismus — in einem besseren und hoffnungsvolleren Zustand als heute. Der russisch-japanische Krieg von 1904/05, den die Regierung überstand, wurde russischerseits **ohne** Zwangskurs finanziert. Vielleicht ist kein Problem unserer Zeit ernster zu nehmen, als der Zwangskurs der Noten.)

d) Die Freiheit der Märkte beim bisherigen Zahlungssystem.

Wenn es zum Wesen eines *freien* Marktes gehört, daß kein Angebot und keine Nachfrage einer Hemmung unterliegt, dann hat es bisher nur sehr ausnahmsweise einen wirklich freien Markt gegeben. Möglich, daß das **Angebot** sich zeitweilig frei äußern durfte, die **Nachfrage** durfte es ganz gewiß **nicht**. Die Nachfrage war bisher begrenzt u.a. durch die Menge des *Geldes* bei den Käufern, oder ihren Kredit, d.h., nach der herrschenden Meinung, die Menge des künftig von ihnen zu erwartenden Geldes. Milhaud's Erfindung der Einkaufsscheine ermöglicht es aber, daß künftig ganz unmittelbar der *Bedarf* als Nachfrage in die Erscheinung treten kann, ungehemmt durch viel oder wenig vorhandenes oder zukünftiges *Geld*. Die Tragweite dieser Veränderung

kann kaum überschätzt werden. Gewiß ist aber: Alles, was bisher gegen die Nachteile eines *freien* Marktes gesagt worden ist, gegen den Schaden der freien Konkurrenz, etc., das trifft in Wirklichkeit nur die Quasimärkte unter dem bisherigen Zahlungssystem. Über einen *wirklich* freien Markt **bestehen noch gar keine Erfahrungen**. Dies gilt z.B. auch für den *Arbeitsmarkt*.

Wenn die Arbeiter, die Regierungen, die Parteien und die Kirche (J.Z.: Er schrieb immer noch als wenn es nur eine gäbe! J.Z., 13.3.04.) heute so entschieden verlangen, daß die Arbeitskraft keine *Ware* mehr sein soll, so übersehen sie, daß die Arbeitskraft in Wirklichkeit noch höchst selten den Vorzug hatte, sich als echte Ware, d.h. im wirklich freien Markt, anbieten zu dürfen. Allenfalls kann man den alten Ausspruch gelten lassen, daß der Arbeitsmarkt ein freier Sklavenmarkt war, auf dem die Sklaven sich selbst verkauften. Was dem Arbeitsmarkt fehlte, und was auch allen andern Märkten fehlte, das war die Erlaubnis für den Verkäufer, etwas anderes als das bisher usuell gewesene **Geld** (usuuelles Geld im Sinn Karl Menger's) fordern zu dürfen. Usuell war bisher LegalTenderGeld und das Scheckgeld der Banken. *Nicht* usuell waren Anweisungen unmittelbar auf den Geldwert von Bedarfsgegenständen eines Arbeiterhaushalts oder gar unmittelbar auf den Geldwert von Arbeitskraft, wie es die Einkaufsscheine einer Milhaud'schen Arbeitsbeschaffungsbank sein würden. Wäre es dem Arbeiter erlaubt gewesen, als Entgelt für seine Arbeitskraft von ihm selbst emittierte oder doch akzeptierte, auf Geldwert lautende Anweisungen, basiert auf dem Milhaud'schen System, fordern zu dürfen, dann hätte er, anstatt eine Nachfrage nach *Geld* auszuüben, unmittelbar eine Nachfrage nach seiner eignen Arbeitskraft ausgeübt. Gerade das war ihm aber verboten; er war also auf dem Arbeitsmarkt alles andere als *frei*. Bemerkt zu werden verdient, daß auch die Arbeitgeber auf dem Arbeitsmarkt nicht *frei* waren, und zwar genau aus demselben Grunde wie die Arbeiter selbst, indem ihnen nämlich das Zahlungsmittel vorgeschrieben war. Die Arbeitgeber konnten nur ihr Angebot ein paar Tage lang **aufschieben** — ein allerdings sehr beträchtlicher, ja entscheidender Vorteil, *so* groß, daß er mit dem Vorteil der *Freiheit* am Arbeitsmarkt verwechselt wurde.

Was hier von der Ware Arbeitskraft ausgeführt worden ist, das gilt in geringerem Maße von allen andern Waren. Da das Zahlungsmittel dem Käufer und dem Verkäufer vorgeschrieben war, so waren beide in Wirklichkeit nicht auf einem *freien* Markt, sondern auf einem stark gehemmt, nur daß auch hier in der Regel der Käufer ein wenig länger *warten* konnte, als der Verkäufer, und dadurch wenigstens für ihn der Anschein einer gewissen Freiheit entstand.

(Was hier als hauptsächliche Blockierung des sonst freien Marktes beschrieben wird, nämlich das Verbot freier Konkurrenz im Angebot und der Annahme von Zahlungsmitteln und Wertmassen beschrieben wird, wird von denen, die nur **einige** der Auswirkungen dieses Verbotes auf die Zinssätze beobachten und für wichtig halten, als "Zinssperre" beschrieben. Dass es auch in wirklich freien Märkten noch viele und sogar hohe und ganz gerechtfertigte Zinsarten geben wird, und dass diese frei vereinbarte **Preise** darstellen, für wirkliche Dienstleistungen und nicht "unverdiente Einkommen", wird von denen, die alle Zinsen im Bauch und Bogen verurteilen, meist nicht verstanden. Sie sehen einige Symptome als das eigentliche Übel an, nicht die Hauptursachen und kommen daher zu absurden Forderungen wie: "zinsfreies Geld", "zinsfreien Kredit" und "Geld das nicht auf Schulden beruht". Betreffend das letzte Verlangen, da haben sie sogar Recht in Bezug auf Geldausgaben, die nur durch mittel oder langfristige Wertpapiere und Annahmewang und Zwangswert "gesichert" sind. Ohne diesen Zwang würde solches "Geld" schnell an Kurs verlieren und daher weitgehend abgelehnt werden, soweit es nicht noch eine andere SchuldFundierung hat, nämlich z.B. die Steuerfundation. Mit ganz oberflächlichen Begriffen und Voraussetzungen, nicht nur bei den Gesetzgebern, der Regierung, den Gerichten, sondern sogar bei den meisten Geldreformern, werden hier einige der wichtigsten Fragen des menschlichen Zusammenlebens ganz falsch "beurteilt". Jedoch haben die meisten der sonst guten Verteidiger von Zinssätzen meist keinen Unterschied gemacht zwischen Zinssätzen auf einem wirklich freien Markt und denen, die durch den monetären und finanziellen Despotismus beschränkte Märkte sind. Deshalb wurden ihren

Verteidigungs und Rechtfertigungsschriften nicht genügend Beachtung geschenkt, ganz besonders nicht von den meisten derer, die sich Geldreformer nennen. J.Z., 13.3.04.)

Für die Arbeiter muß entscheidend sein, daß sie durch das Milhaud'sche System einerseits und den wirklich freien Arbeitsmarkt anderer

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten?

73

seits die natürliche Nachfrage der Arbeitgeber nach Arbeit fast beliebig durch ihre eigne Nachfrage vergrößern können — beliebig, das heißt hier in dem Maße, wie sie überhaupt fähig sind, Arbeit zu leisten. Eine solche Einsicht muß die Arbeiter dahin bringen, daß sie — die Erlaubnis zur Anwendung des Milhaud'schen Systems vorausgesetzt — den freien Arbeitsmarkt zur Erringung günstiger Arbeitsbedingungen und besonders eines möglichst hohen Lohnes mehr schätzen werden, als irgend ein anderes Hilfsmittel, höher vor allem, als irgend eine Intervention der Regierung.

Noch haben die Arbeiter keine Vorstellung davon, daß sie die **Technik des Marktes** leicht dazu benutzen könnten, um das zu gewinnen, was die Theorie unter dem «**vollen Arbeitsertrag**» versteht. Wenn sich die Arbeiter allerdings, wie bisher, als freiwillige Sklaven auf den Markt hinstellen und stumpf abwarten, ob sich ein Käufer für sie findet, dann wendet sich die Technik des Marktes unvermeidlich *gegen* sie: wenn sie sich aber bewußt bleiben, daß sie auch **Konsumenten** sind, und die hierin liegenden, fast allmächtigen, wirtschaftlichen Kräfte nicht länger sinnlos verschleudern, dann werden sie den Markt anders einschätzen lernen. Die Arbeiter werden dann vor allem durch die tägliche Erfahrung lernen, daß der Markt ihnen fast spielend alles in die Hand gibt, was z.B. die russischen Arbeiter nach solchen Hekatomben von Menschenopfern *nicht* gewonnen haben und sehr viel mehr, als irgend ein russischer Fünf jahresplan auch nur zu versprechen wagt.

(J.Z.: Als Konsumenten könnten sie, z.B., wie B. oft betonte, selbst die Betriebe kaufen in denen sie arbeiten, wenigstens auf Teilzahlung erstreckt über einige Jahre und als Zahlungsmittel ihre eignen Industrieobligationen ausgebend und benutzend, während sie zur Rückzahlung dieser Wertpapiere ihre eigenen Gutscheine benutzen könnten. Da sie dann sofort für sich selbst arbeiten würden, statt für einen Arbeitgeber, würde ihre Produktivität wahrscheinlich so erhöht werden, dass sie mit einem Teil der gestiegenen Einnahmen die Industrieobligationen einlösen könnten. Mit anderen Worten, der Kauf der Betriebe hätte sie dann kein Opfer gekostet. Im Gegenteil, er wäre für sie gleich profitabel gewesen und das trotz der Zinsen, die sie an die Gläubiger ihrer Industrieobligationen zu zahlen hätten in ihren eigenen Gutscheinen. Zinsgegner und Gewerkschafter ignorieren solche Selbsthilfemöglichkeiten in den meisten Fällen. J.Z., 16.3.04.

Als das wichtigste Instrument der Marktbeherrschung aber werden sich die Milhaud'schen Einkaufsscheine in ihren verschiedenen Anwendungsgebieten zeigen. Indem ihr richtiges Funktionieren einen *freien* Markt einerseits erfordert, andererseits aber überhaupt erst ermöglicht, indem erst diese Scheine den Markt von der Fessel der Zahlungsmittelknappheit befreien, bereiten sie eine grundlegende Veränderung der seit ein paar Jahren im größten Teil der Welt herrschend gewordenen Wirtschaftsform vor, und knüpfen wieder an die großen, freiheitlichen Traditionen des 18. und 19. Jahrhunderts an.

e) Die Entstehung des Wertes durch freie Übertragbarkeit.

Einige Beobachtungen bei der Aufnahme der Vorschläge Milhaud's in der Öffentlichkeit geben noch zu folgenden Bemerkungen Anlaß.

Die Erlaubnis, Eigentumsrechte jeder Art frei übertragen zu dürfen, deren höchste Form der vollkommen frei übertragbare, Milhaud'sche Einkaufsschein sein würde, ist eine der allerwesentlichsten Grundlagen unserer Kultur, und ist dem Feudalismus sowohl als dem Kommunismus mehr als alles andere entgegengesetzt. Zwar gab es eine freie Übertragbarkeit wenigstens für einige Güter in jeder **Gesellschaft** neben auffallenden, mentalen und juristischen Hemmungen dieser Übertragbarkeit, in ältester Zeit und in neuester. (Bekannt ist der Einwand der Scho

74

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten ?

lastiker gegen die Übertragung von Werten in der Form verzinslicher Darlehen: «Man darf die *Zeit* nicht verkaufen, denn die *Zeit* ist Gottes Eigentum!» — als ob es von *diesem* Standpunkt aus betrachtet, überhaupt ein verkäufliches Privateigentum geben könnte; denn was ist **nicht** Gottes Eigentum?)

Eine vorurteilslose Betrachtung der (noch ungeschriebenen) **Geschichte der Übertragungsrechte** könnte wohl zu einer Anerkennung der tiefen und geistvollen Bemerkung Proudhons führen, daß alle sozialen Ideen zu **jeder** Zeit vorhanden seien, und daß die sozialen Veränderungen nur in dem zeitweiligen *Vorwiegen* der einen oder der andern Idee bestehen. (Proudhon, OEuvres, Bd. VI, S. 246, Ausgabe von 1868, Antwort P.'s auf den Brief Madol's vom 18.V.1848.) Dabei kann es geschehen, daß richtige Auffassungen auf einige, wenige und einflußlose Individuen beschränkt bleiben, und sogar bei diesen nur sporadisch Platz greifen.

Der an sich einfache, aber doch abstrakte Begriff einer freien Übertragbarkeit, und ferner der Begriff einer gesellschaftlichen Hemmung dieser Übertragbarkeit bedarf wohl noch einer Erläuterung. Hierzu diene zunächst die folgende, kleine Betrachtung über Vergangenheit und Zukunft des *Erbrechtes*.

Die Einstellung des Volksbewußtseins zum Erbrecht ist typisch für seine Einstellung zur Idee der freien Übertragbarkeit von Werten überhaupt. Die gegenwärtige Form des Erbrechts, wohl im wesentlichen auf dem römischen Recht beruhend, ist doch noch keineswegs ein Bestandteil der Volksmentalität geworden, und wird dazu vielleicht sogar noch einige Jahrhunderte gebrauchen. Wie neu ist doch eigentlich in Europa die allgemeine Erlaubnis, über sein Eigentum durch ein Testament frei verfügen zu dürfen, und wie zahlreich sind von jeher die Stimmen aus *allen* Parteien gewesen, die hiergegen protestiert haben! Es scheint sogar, daß seit Jahrzehnten fast *alle* Sozialreformer zur Erreichung einer besseren Verteilung des Volksvermögens vor allem eine «Reform» des Erbrechts, d.h. seine Einschränkung zugunsten des Staates, aber auch der Familie — wie im Mittelalter — fordern, in Unkenntnis darüber, daß es kein wirksameres, bequemeres und gleichzeitig friedlicheres Mittel gibt, um in kürzester Zeit eine möglichst gerechte Verteilung der Güter der Welt herbeizuführen, als den Milhaud'schen Einkaufsschein. Die großen MonopolEigentümer haben es immer verstanden und werden es immer verstehen, sich konfiskatorischen Gesetzen zu entziehen.

Gegen den Milhaud'schen Einkaufsschein aber sind sie wehrloser als die alten Raubritter gegen die Geschütze der Städte.

Wichtig zur Beurteilung der gegenwärtigen und künftigen Widerstände gegen die Einführung der von Milhaud vorgeschlagenen Reformen ist noch die Art, wie früher und gegenwärtig das Volksbewußtsein die freie Übertragbarkeit von Schuldforderungen auffaßt.

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten?

75

Dem älteren Rechtsbewußtsein war eine freie Übertragbarkeit von Schuldforderungen ganz fremd. Dem widerspricht es keineswegs, daß vereinzelt schon in sehr alter Zeit ganz moderne Übertragungsformen vorkommen, z.B. ein auf den Inhaber lautendes Orderpapier. (Buch Tobias, Kap. 5 Vers 3.) Das Verhältnis von Schuldner und Gläubiger war in alter Zeit ein rein persönliches, und ein solches, persönliches Verhältnis entspricht auch heute noch dem Volksbewußtsein. Die meisten Reformer möchten das Schuldverhältnis auch wieder zu einem persönlichen machen. Aus diesem Bestreben ergeben sich dann z.B. Forderungen wie etwa: die Inhaberpapiere ganz zu verbieten. Erst recht möchte man natürlich die *Börse* verbieten, als eine besonders vollkommene Einrichtung zur freien Übertragung von Werten, einer Einrichtung, in Wirklichkeit ebenso wichtig für die Volkswirtschaft wie die Eisenbahnen und gewiß wichtiger als das Radio und das Grammophon.

Aber die Leute aus dem Volke, besonders solche, die nie ein Börsenpapier gesehen haben, meinen: «Alles, was die Bewegungsfreiheit der "Kapitalisten" einschränkt, das dient zu *unserm* Vorteil, und was die Kapitalisten **weniger** verdienen, das muß *uns* ja zukommen.»

Wenn nur nicht in fast allen Ländern der Welt ein großer Teil der Parteiführer und sogar der Regierenden gerade den Kreisen entstammte, die *so* denken und fühlen!

Nichts ist wohl charakteristischer für die schon von Nietzsche und Spencer prophezeite Zunahme der kommunistischen Mentalität in der Welt — ja man kann schon sagen des Überwucherns der kommunistischen Instinkte — als die in fast allen Ländern erlassenen, neuen, gesetzlichen Einschränkungen der Übertragungsmöglichkeit von Gütern aller Art, von Waren, von Forderungen, von Zahlungsmitteln, von Grundstücken, von Wertpapieren, etc. Um so beachtlicher ist dafür allerdings die gerade in Rußland von den Kommunisten, höchst widerwillig, und nur unter dem unwiderstehlichen Druck der Verhältnisse gewährte Erlaubnis, die dort noch bestehenden, kümmerlichen Eigentumsreste auch **übertragen** zu dürfen.

Es handelt sich um keine geringe Sache. Die Übertragbarkeit von Werten macht sie erst zu Werten, und je weiter die Übertragbarkeit geht, desto größer ist die Wertsteigerung. (Bastiat, «L'échange».) **Stückelung** von Werturkunden und **Typisierung** der Stücke (alles was heute verboten oder erschwert ist), aber läßt erst die Übertragbarkeit und damit die Werte selbst ihr **Maximum** erreichen, wie wir beim Grundeigentum nach Einführung der **Pfandbriefe** sehen, bei den Wechseln (und dadurch bei den Waren) nach Einführung der **PrivatBanknoten**, und wie sich bei der **Arbeitskraft** nach der Einführung der **Milhaud'schen Einkaufsscheine** zeigen wird.

Die freie Übertragbarkeit der Werte war es, die den Jahrtausende

alten Stammeskommunismus der prähistorischen Menschheit zerbrach, und damit die Grundlagen unserer Kultur schuf. Freilich — im Blut sitzt uns dieser alte Kommunismus immer noch, und von Zeit zu Zeit bricht er atavistisch hervor. Er dürfte soziologisch so ungefähr das sein, was die Kirche von einem andern Standpunkt aus höchst passend Erbsünde nennt.

(J.Z.: Höchst passend und ererbte Sünde?? Den christlichen Sündenbegriff teilte B. nicht und schon gar nicht die Idee der kollektiven Verantwortung, hier, die Idee, dass eine Schuld, aus einen "Sünde" stammend, auch von Kindern, Enkeln usw. "ererb" werden könnte. Die Neigung zur geschlechtlichen Liebe ist natürlich ererbt, aber B. hatte deren freie Betätigung nie für "sündhaft" gehalten. J.Z., 15.3.04.)

Die Meinung, daß der *Wert* der Dinge auch in der arbeitsteiligen Gesellschaft nur durch *Arbeit* geschaffen würde, ist allerdings herrschend.

(Einige führen den Ursprung dieser Meinung auf Adam Smith zurück, aber mit Unrecht.)

Die Krise zeigt mit größter Deutlichkeit, daß leider Bastiat recht hat, und daß **nicht** die Arbeit es ist, welche Werte schafft, sondern erst die *Tauschmöglichkeit*. Nehmen wir (J.Z.: als Beispiel) den brasilianischen Kaffee! Ein großer Teil der Ernten der letzten Jahre wurde ins Meer geworfen und war weniger wert als Sand, hatte aber doch. Mühe und Arbeit gekostet. Was dem Kaffee fehlte, um etwas wert zu sein, das war die Tauschmöglichkeit. Dabei kann man sich (mit Adam Smith) sehr wohl einen *PariVerkehrswert* (natural value) der Waren und der Dienstleistungen vorstellen, der identisch ist mit dem Aufwand an Kraft, Mühe und Zeit, welchen sie kosteten, und daher unabhängig von den Veränderungen des Angebots und der Nachfrage, vor allem von nur durch Mißbrauch wirtschaftlicher Macht möglichen Veränderungen. Dieser Pariwert kann aber nur auf einem vollkommen freien Markte erzielt werden, und nicht, wie die Kommunisten meinen, durch seine Beseitigung. Der wirklich freie Markt hat sogar eine fast unwiderstehliche Tendenz, diesen Pariwert herzustellen, wie von Adam Smith und manchem anderen dargelegt wurde. Diese Einsicht hatten sie, obwohl sie noch nicht so deutlich wie wir heute erkannten: Zu einem **wirklich** freien Markt gehört auch die Abwesenheit aller Beschränkungen, über das Zahlungsmittel, ferner allseitige Kenntnis des wirklichen Angebots und der wirklichen Nachfrage. Eigentlich gehört dazu sogar noch die Kenntnis der für morgen und für übermorgen zu erwartenden Nachfrage, so daß das System der **Bestellungen** die Freiheit des Marktes nicht etwa. — wie man a priori meinen könnte — einengt, sondern sie vergrößert.

Ein irgendwie beträchtliches oder längere Zeit andauerndes **Überwiegen** des Angebots über die Nachfrage oder umgekehrt ist bei einem vollkommen freien Markt unmöglich, und zwar aus einem ähnlichen Grunde, aus welchem im offenen Meer selbst heftige Stürme den Wasserstand nur unbedeutend und auf kurze Zeit verändern.

Karl Marx hat die Bedeutung des freien Marktes für die Wertbildung nicht verkannt, aber anscheinend auch einen, für nichtkapitalistische Gemeinschaften maßgebenden Wert für möglich gehalten, der **nicht** die Voraussetzung des freien Marktes als integrierenden Bestandteil enthält, sondern von ihr ganz losgelöst ist. Die Meinung der Marxisten geht

jedenfalls dahin, daß ein solcher, nur durch den Arbeitsaufwand bestimmter Wert möglich sei. Dieser Meinung könnte man etwa folgendes entgegensetzen:

Nehmen wir den Fall, der scheinbar der Meinung der «Echangisten» am meisten entgegengesetzt ist, nämlich den Fall der isolierten Wirtschaft eines Einzelnen. Für einen ganz isoliert wirtschaftenden Menschen, wie Robinson auf seiner Insel, gibt es *keinen Markt*, und doch haben für ihn die verschiedenen Objekte auf der Insel, vor allem auch seine eignen Arbeitsprodukte, einen verschiedenen Wert. Diese Werte werden also anscheinend doch durch irgend etwas anderes als durch Angebot und Nachfrage bestimmt. Aber die Wirtschaft Robinsons hat mit der arbeitsteiligen TauschWirtschaft doch ein wesentliches, den Wert konstituierendes Element gemeinsam, die Möglichkeit nämlich, unter den verschiedenen Objekten *wählen* zu können. Auch Robinson muß, um sich ein bestimmtes Objekt anzueignen, wenigstens einen Augenblick lang alle andern sozusagen aufgeben, tauscht also gewissermaßen diese aufgegebenen Objekte für die angeeigneten ein. Dieses Element schafft einen so hohen Grad von Ähnlichkeit zwischen der Wirtschaft Robinsons und der arbeitsteiligen TauschWirtschaft, daß hervorragende Mathematiker (z.B. Jevons und Launhardt), von der Wirtschaft Robinsons ausgehend die für ihn geltenden Wertformeln zu allgemeinen Formeln des Tausches entwickeln konnten. Besonders gründlich, (*so* gründlich und deutlich, daß es hier gar nicht ausgeführt zu werden braucht) widerlegt die Wirtschaft Robinsons, gerade auch in der Darstellung von Defoe, den von einigen Marxisten (keineswegs aber von Marx) aufgestellten Satz, daß die auf ein bestimmtes Objekt wirklich verwendete **Arbeit** auch seinen wahren **Wert** bestimmt, und daß ein hiervon etwa abweichender **Verkehrswert** eben eine Verfälschung des wahren Wertes ist. Robinson's Wertskala ist, wie bei Launhardt nachzulesen wohl der Mühe wert ist, eine ganz andere.

So abstrakt diese Betrachtungen sein mögen, so konkret ist ihre praktische Anwendung. Hält man, wie die Marxisten (die man gelegentlich an das große Wort von Marx erinnern muß: "Moi, je ne suis pas Marxiste!") die *Arbeit* für die Quelle des Wertes, so ergibt sich daraus leicht die Forderung nach einem *Arbeitsgeld*. Aus der **richtigen** Definition des Wertes aber ergibt sich ein «**Tauschgeld**», wie es Milhaud vorschlägt.

(Eigentlich ist es gar kein Geld, wie Milhaud richtig bemerkt, während das Arbeitsgeld mit seinem Zwangskurs allerdings «Geld» ist, wenn auch ein sehr schlechtes.)

Es sei hier noch eine kleine, historische Betrachtung erlaubt über ein Zeitalter, wo die vorgeschrittene Kultur eigentlich ein Zahlungssystem, ähnlich dem von Milhaud, erforderte, die zurückgebliebene Technik aber nicht einmal das **Papier** zu Einkaufsscheinen geliefert hätte.

Das römische und später das byzantinische Reich hatte einen Zahlungsmittelbedarf, welcher per capita wahrscheinlich nicht geringer war, als der unserer Zeit. Eine höchst ausgebildete Jurisprudenz erlaubte auch eine freie Übertragbarkeit aller Werte, aber indirekt verhinderte es der Mangel an Papier und an Druckerpressen, daß alle Umsätze geschahen, die volkswirtschaftlich nützlich gewesen wären, ja — dieser Mangel verhinderte es, daß auch nur alle Zahlungen geleistet wurden, die nötig waren.

(Trotz großer Mengen von Metallgeld, die z.B. in Konstantinopel im 10. Jahrhundert dem Kaiser eine tägliche Einnahme von 20 000 Goldstücken ermöglichten. Vgl. Gibbon, Hauptwerk Bd. V, S. 455 in der Ausgabe der Every Man's Library. Nach Wirth, «Das Geld», enthielt ein byzantinisches Goldstück etwa 4,4 Gramm reines Gold, so daß man annehmen kann, Konstantinopel habe damals per capita nicht weniger zu den öffentlichen Einnahmen beigetragen als große Städte es heute tun.)

Die Erhebung von Sklaven zu freien Lohnarbeitern, von der Kirche sehr begünstigt, fand in Rom doch ihre natürliche Grenze an der Unmöglichkeit, die freien Lohnarbeiter zu *bezahlen*, d.h. ihnen einen Rechtsanspruch auf Metallgeld zu gewähren.

Der beständige und große Mangel an Zahlungsmitteln in der späteren Kaiserzeit und in Byzanz lähmte alles Wirtschaftsleben, und ebenso die militärische Kraft der Regierungen; er wurde dadurch zuletzt die eigentliche Ursache des Untergangs der römischen Reiches. *Gibbon* stellt die nachdenkliche Frage, was wohl aus Byzanz geworden wäre, wenn die persischen Mönche dem Kaiser Justinian aus China nicht Eier von Seidenwürmern, gebracht hätten, sondern anstatt dessen *Druckerpressen*, die es — nebst sehr gutem Papier — damals in China schon gab. (*Gibbon's Hauptwerk*, Bd. IV., S. 175 der Ausgabe der *Every Man's Library*.)

Diese Frage läßt sich vielleicht dahin beantworten, daß Byzanz nicht nur — wie *Gibbon* meinte — durch den Druck die wichtigsten Werke des Altertums aufbewahrt, und daß dadurch die «Renaissance» schon ein paar Jahrhunderte früher begonnen hätte, sondern daß Byzanz bei dem damaligen Stande seiner Rechtswissenschaft sehr wahrscheinlich auch bald zu Banknoten und einem guten Zahlungsmittelsystem gelangt wäre. Dadurch wären Zahlungsmittel, für beliebig viel Lohnarbeiter geschaffen worden, und die Sklaverei wäre allmählich verschwunden. Die Regierung hätte ein großes Heer unterhalten und den Türken entgegenstellen können. Die Erfindung hätte sich nach Westen hin verbreitet, und würde dort vielleicht noch größere Revolutionen bewirkt haben als in Byzanz. Die Weltgeschichte wäre in ihrem Gang ebenso beeinflußt worden, wie s.Zt. durch die Erfindung des Pulvers und des Kompasses.

(Nach *Wei Tao-Ming*, «*Le Cheque en Chine*», S. 5, gab es in China schon zur Römerzeit Banknoten. Andere meinen allerdings, die ersten, chinesischen Banknoten seien um 800 herum entstanden. S. *China Year-Book* 1933.)

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten?

79

Auch *H. L. Follin* führt den Untergang der antiken Welt auf ihre schlechten Finanzen zurück. (*La révolution du 4. Septembre*, pag. 189, Paris 1921) und verwechselt nicht, wie so viele andere Autoren, Symptome (Luxus, Dekadenz, Latifundien, etc.) mit den wahren Ursachen.

II. *Milhaud's* Vorschläge und der freie Goldmarkt.

Hier muß zunächst einem Mißverständnis vorgebeugt werden. In England verstehen viele unter «freiem Goldmarkt» die Verpflichtung der Notenbanken, angebotene Goldbarren zu einem vorgeschriebenen Preis mit Noten zu bezahlen und umgekehrt, Gold gegen Noten herzugeben. (Vgl. hierzu *Henry Meulen*, «*Free Banking*», zweite im Jahre 1934 erschienene Auflage des unter dem Titel «*Industrial Justice through Banking Reform*» 17 Jahre früher veröffentlichten, höchst wertvollen Werkes.)

Dieser Sprachgebrauch ist sonst nicht üblich. Unter einem freien Goldmarkt versteht man in der ganzen übrigen Welt die Erlaubnis, daß jeder beliebig viel Gold besitzen und es beliebig verwerten darf, daß er es also jedem andern zu einem ihm passend erscheinenden Preis anbieten darf, und umgekehrt, daß er jedem Goldbesitzer anbieten darf, ihm für sein Gold irgend etwas anderes zu geben, sei es, daß das Gold aus Münzen besteht oder aus Barren, aus Goldpräparaten, wie Chlorgold, oder aus Goldblättern, wie die Industrie sie gebraucht. Öffentlichkeit des Handels und Bekanntmachung der bezahlten, der angebotenen und der geforderten Preise ist für den freien Goldmarkt wesentlich.

Nur in diesem Sinne soll hier von einem freien Goldmarkt gesprochen werden. Die Verpflichtung von Notenbanken, ihre Noten jedem Vorzeiger in Gold einzulösen, (eine der verhängnisvollsten Beschränkungen des Bankwesens, auf die man je verfallen ist) hat mit dem freien Markt für Gold gar nichts zu tun, und erst recht nicht, die noch viel unsinnigere Verpflichtung, daß eine Notenbank zu jeder Zeit Gold gegen Noten ankaufen muß, Eine solche Verpflichtung ist in Wirklichkeit eine schwere *Störung* des Marktes für Gold, und es wäre sehr wohl zu erwägen, den Ankauf von Gold durch Notenbanken grundsätzlich zu verbieten. Etwas ganz anderes ist es aber, private Zahlungsmittel oder auch Staatspapiergeld auf dem wirklich freien Goldmarkt als Zahlungsmittel zuzulassen.

Die große Bedeutung eines freien Marktes für Edelmetall für die *Stabilität* der Währung, und ferner: daß der freie Goldmarkt alles leistet, was man von der Bereitwilligkeit der Notenemissionsstellen zur *Einlösung* ihrer Noten irrtümlich erwartet hat, das ist anscheinend bisher nur von einem einzigen «Praktiker» durchdacht worden, nämlich von dem chinesischen Finanzmandarinen *Wang Mao In*. Die Erinnerung an ihn wäre erloschen, wenn nicht Karl Marx im «Kapital» seiner gedacht hätte, allerdings ohne der eigentlichen Bedeutung der Vorschläge Wang's gerecht zu werden. Wir kennen die Vorschläge

80

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten ?

Wang's nur aus den ganz überaus abfälligen Kritiken des Kaiserlichen Finanzministeriums und einem durch dieses Ministerium veranlaßten öffentlichen Tadel durch ein kaiserliches Edikt in der chinesischen Staatszeitung (1854). Aber aus den Äußerungen seiner Feinde ergibt sich, daß Wang anscheinend der einzige, wirkliche Sachverständige der Regierung für Staatspapiergeld war.

(Daß die Parität von Banknoten auf dem freien Markt für Goldbarren die Sicherheit der NotenInhaber mindestens ebenso gut gewährleistet, wie die **Einlösbarkeit**, wird hervorgehoben von Henry Meulen in «Free Banking», S. 88.)

Der Wert des Goldes liegt für diejenigen, die es in Südafrika und anderswo aus der Erde herausholen, ganz ausschließlich in seiner Kaufkraft. Die Kaufkraft setzt in der Praxis allerdings voraus, daß das Gold von den Besitzern in den Münzwerkstätten umgeprägt wird, oder daß es die Goldbesitzer gegen papierne Zahlungsmittel umtauschen. Nach der Einführung des Milhaud'schen Systems wird der Umtausch von Gold gegen Einkaufsscheine akut. Der Umtausch kann natürlich entweder zu pari geschehen oder mit Agio oder mit Disagio. Alle drei Fälle sind für das Funktionieren des Milhaud'schen Systems wichtig.

Ein Agio der Einkaufsscheine gegen Gold wird allerdings nur selten und nur in bescheidenem Maße vorkommen, nicht häufiger und nicht in höherem Maße als früher ein Agio von Noten gegen Gold. Ein Agio ist in dem Maße möglich und wird auch gelegentlich eintreten, wie vollwertiger Einkaufsschein sich leichter *transportieren* läßt als Gold. Der Wertunterschied wird wohl — wie früher bei Noten — etwa 1/100 nicht übersteigen. Steigt er höher, so bezahlt eben jeder lieber mit Gold als mit Einkaufsscheinen, wodurch dann diese wieder im Werte sinken müssen.

Ein Disagio der Einkaufsscheine gegen Noten (J.Z.: Gold!) ist vor allem wichtig. Wenn etwa die Besitzer von Goldmünzen für einen Einkaufsschein im Nennwert von 100 Frs. nur 90 Frs. in Goldmünzen geben, so zeigt dies an, daß die Emissionsstelle sehr wahrscheinlich irgend einen Fehler gemacht hat, z.B., Leuten Kredite in Einkaufsscheinen gewährt hat, die den Kredit nicht verdienten, oder daß sie ihn zu allzugünstigen Bedingungen gewährt hat, vor allem auf zu lange Zeit.

(J.Z.: Ich bezweifle sehr, dass die vielen Fehler im gedruckten Buch alle oder meist auch in B.'s Manuskript waren. Das Manuskript ist aber leider verbrannt, bei einem Bombenangriff auf Berlin im Nov. 1943, mit seiner ganzen Bibliothek und mehreren anderen unveroeffentlichten Manuskripten von B. J.Z., 15.3.04.)

Bei einem Disagio der Einkaufscheine gegen Gold geschieht unweigerlich folgendes: Jeder, der einen Einkauf zu machen hat, erkundigt sich zunächst nach den Läden, welche der Emissionsstelle verschuldet sind, und welche daher die Einkaufsscheine wie Goldmünzen zum Nennwert annehmen müssen, obwohl die Scheine im Verkehr ein Disagio haben. Ein Strom von DisagioEinkaufsscheinen ergießt sich über diese Läden. Die Läden aber können die vereinnahmten Scheine nur an einer Stelle ohne Disagio anbringen, nämlich bei der Emissionsstelle, indem sie dort ihre Schulden bezahlen, welche sie — etwa zur Bezahlung von Löhnen

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten?

81

— aufgenommen haben. Das tun sie natürlich auch, und die Emissionsstelle vernichtet dann die Scheine.

Wenn sich nun **trotzdem** das Disagio im Verkehr hält, so ist dies nur möglich, wenn solche Läden, in denen der Besitzer die Scheine zum Nennwert anbringen könnte, den dann noch verbleibenden Besitzern nicht erreichbar sind, oder wenn solche Läden vielleicht sogar überhaupt nicht da sind. Daraus ergibt sich dann, daß die Emissionsstelle andern Leuten EinkaufsscheinKredite gegeben hat als solchen, die kurante Waren oder täglich gebrauchte Dienstleistungen *bereit* hatten. Nachdem sich das herausgestellt hat, wird die Emissionsstelle keine Geschäfte mehr machen können, niemand nimmt mehr Kredite bei ihr auf. Vielleicht muß die Stelle ihren Bankrott anmelden, und die ScheinInhaber erleiden einen Verlust. Vielleicht nehmen *später* solche Schuldner der Emissionsstelle die Scheine zu pari an, die ihr *langfristig* verschuldet waren, und dadurch kommt wieder alles in Ordnung. Gewiß ist aber, daß das erste, kleine Disagio für die Emissionsstelle und für das Publikum ein Warnungssignal ist. Ohne einen freien Goldmarkt kann das Signal aber nicht ertönen, und deshalb ist der freie Goldmarkt eine unerläßliche Voraussetzung für das gute Funktionieren des Milhaud'schen Systems und jedes andern Systems von zwangskursfreien Zahlungsmitteln (und *nur* solche schützen vor Inflation).

(J.Z.: B. trat auch für freie Wahl des Wertmasses ein, wollte also der Goldrechnung kein Privileg einräumen.)

Der **freie Goldmarkt** ist also gewissermaßen die Stelle, wo man die Scheine gegen Gold **einlösen** kann. Die ältere Theorie verlegte die Einlösungsstelle irrtümlich in die **Bank**.

Alle Gesetze und Verordnungen, wodurch der freie Goldmarkt eingeschränkt wird, müssen fallen. Aus vorstehendem ergibt sich aber auch, daß das Milhaud'sche System keineswegs einem effektiven Umlauf von Goldmünzen entgegensteht, ja ihn sogar begünstigt. Das freie Prägerecht der Privaten aber, welches man von jeher mit Fug als eine Hauptgrundlage der Goldwährung betrachtet hat, wird nach dem Milhaud'schen System ebenfalls nicht etwa beseitigt, sondern sogar erfordert. Die Stellungnahme des Systems gegenüber dem Gold und den Goldmünzen ist weiter keine, als **daß es Vorkehrungen gegen einen Mangel daran trifft**, und sogar jedem möglichen Mangel daran zuvorkommt.

III. Disagio von Zahlungsmitteln im freien Verkehr verglichen mit Inflation oder Devalvierung als Faktoren der Beschleunigung des Absatzes.

a) Dreierlei Arten von Disagio.

Ein papiernes Zahlungsmittel kann dreierlei Arten von Disagio erleiden, die volkswirtschaftlich von sehr verschiedener Bedeutung sind:

Durch schlechte Verwaltung der Emission, durch irrige Beurteilung im

82

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten ?

freien Verkehr und durch Hemmungen des Marktes.

Ein gutes, papiernes und zum allgemeinen Zahlungsverkehr geeignetes Zahlungsmittel muß vom Inhaber zu jeder Zeit zum Nennwert ohne Schwierigkeit anbringbar sein, sei es durch die Möglichkeit, sich in den Läden dafür etwas zu kaufen, oder Arbeitskraft damit zu bezahlen oder aber einen Gläubiger, wie z.B. den Fiskus oder seinen Hauswirt. Wenn die Stelle, welche das Papiergeld zu verwalten hat, nicht dafür sorgt, daß das Papiergeld vom Inhaber in dieser Weise verwertet werden kann, dann entsteht natürlich ein Disagio.

Die leichteste, bequemste und sicherste Art, Verwaltungsfehler rechtzeitig zu erkennen, besteht darin, daß das Papiergeld täglich und stündlich am freien Markt einer Schätzung unterworfen wird. Der freie Markt und jede Erleichterung für eine wirkliche Kursbildung und möglichst weitgehende Bekanntgabe der Kurse ist also die beste *Versicherung* des Publikums gegen Mißgriffe der Verwaltung.

Schon hingewiesen ist auf die Beschränkung des Marktes, m.a.W. auf die Beeinträchtigung seiner *Freiheit* dadurch, daß alle Gläubiger und Verkäufer ein bestimmtes Zahlungsmittel, z.B. Gold oder Banknoten, fordern dürfen, obwohl von diesem Zahlungsmittel nur eine bestimmte und relativ sehr kleine Menge da ist und da sein kann. Wo die Gläubiger solche Privilegien haben, da erhält das bevorzugte Zahlungsmittel, unvermeidlich von Zeit zu Zeit ein **Agio**, und alle andern Zahlungsmittel, obwohl bestens verwaltet, erhalten gleichzeitig ein entsprechendes Disagio. Es braucht an dieser Stelle nicht nochmals darauf eingegangen zu werden.

b) Wer wird durch das Disagio eines guten Papiergeldes geschädigt ?

Wenn ein **gutes** Papiergeld im freien Verkehr ein Disagio erfährt, so *kann* es nur dadurch sein, daß irgend welche Inhaber über seinen wahren Wert im Irrtum sind und es daher mit einem Abschlag weitergeben. Den **Schaden** hiervon trägt aber ausschließlich jener **Inhaber**. Das gilt sogar für den Fall, daß die Leute irrtümlich meinen, es lasse sich mit einem guten Papiergeld *spekulieren*, es daher mit Disagio abgeben und dann hoffen, im Trüben fischen zu können. Solche Spekulanten machen aber, wenn das Papiergeld *wirklich* gut; war, damit dem Publikum nur ein Geschenk. Es besteht daher nicht die geringste Veranlassung, solche Spekulationen zu verbieten. Eines Tages wird man das einsehen, und Baisse-Spekulationen in Zahlungsmitteln ebensowenig verbieten, wie man es heute verbietet Eisenbahnbillets zu pari zu kaufen und sie mit Disagio zu verkaufen. Die Bahn wird dadurch nicht geschädigt, und das Publikum erst recht nicht. Der «Spekulant» aber, der so «spekulierte», würde mit Recht als geistig nicht ganz normal, wenn auch nicht gerade als gemeingefährlich angesehen werden. (Anders wäre es allerdings), wenn die Bahn aus Angst vor einer «Billet-Inflation»

nur eine kleine Anzahl von Eisenbahn-Billets drucken ließe, und sich im übrigen — anstatt einfach die Nachfrage an ihren Schaltern zu befriedigen — nach «Eisenbahn-Indexzahlen», «Trendkurven», etc. richtete, wie es unsere Zentralnotenbanken tun oder doch nach der herrschenden Meinung tun sollten.)

(J.Z.: In normalen Zeiten müssten sich jedoch Eisenbahnen etc. auf die Menge der angebotenen Sitz und Stehplaezte beschraenken oder eben, dem Bedarf entsprechend mehr Wagen oder Busse einschieben. Ich habe es nach dem 2. Weltkrieg erlebt, dass Passagiere auf den Trittbrettern, Stossstangen und den Wagendaechern Platz finden mussten. Das war zwar gefährlich aber immer noch besser als mit Gepäck fuer Dutzende von Kilometern laufen zu müssen. Wir benutzten die Bahn z.B., um Gegenden zu erreichen, wo man noch Pilze finden konnte und um von Bauern Lebensmittel durch Tausch zu erwerben. Bei der Rückkehr wurden dann oft einige der eingetauschten Lebensmittel als "SchwarzmarktProdukte" von der Polizei beschlagnahmt! J.Z., 13.3.04)

Das im freien Verkehr entstehende Disagio eines an sich gesunden Zahlungsmittels schädigt also nur denjenigen, der den Wert des Zahlungsmittels unterschätzte, nutzt aber demjenigen, der den wirklichen Wert erkennt und es da in Ware oder in Dienstleistungen einlöst, wo es zu pari genommen werden muß (also vor allem in den Läden, welche dem Emissions-Institut verschuldet sind). Dadurch wirkt ein im freien Verkehr entstehendes Disagio eines an sich gesunden Zahlungsmittels absatzfördernd und im Anschluß daran arbeitsbeschaffend. Hier verdient das von Milhaud gegebene Beispiel Erwähnung, welches in den Annalen, Heft I/1933, S. 60, gegeben ist. Die Erweiterung dieses Beispiels zu einer allgemeinen Theorie des Disagio wäre ein herrliches Thema für eine DoktorDissertation !

c) **Disagio, Inflation und Devalvierung.**

Die Absatz fördernde Wirkung eines Disagios ist den Großhändlern und den Politikern nicht entgangen. Besonders im Außenhandel war diese Wirkung ja täglich zu beobachten. Man hat aber, entsprechend der in jenen Kreisen üblichen, unkritischen Denkungsweise (vgl. Adam Smith, Hauptwerk, Bd. I, S. 289 der «World Classics»), die im Außenhandel gemachte Erfahrung ganz unberechtigt verallgemeinert. Man hat gefolgert: wenn schon ein natürliches Disagio von einigen % im freien Verkehr so günstig wirkt, wie günstig muß dann erst eine Entwertung des Zahlungsmittels um viele % durch Inflation oder Devaluation wirken! Ein Schluß ähnlich wie: Wind hilft zum Segeln, wie muß nun erst ein Orkan helfen !!

Es braucht kaum darauf hingewiesen zu werden, daß das **Disagio** eines an sich gesunden und freier Kursbildung unterliegenden Zahlungsmittels im freien Verkehr und **künstliche Verschlechterung** eines mit Zwangskurs ausgestatteten Zahlungsmittels durch die Regierung zwei sehr verschiedene Dinge sind. Indem das Disagio das erstere Zahlungsmittel dahin treibt, wo es zum Nennwert angenommen werden muß, beschleunigt es den Güterumlauf und bewirkt unmittelbar darauf, indem die Güterbesitzer beim Emissions-Institut ihre Schulden zurückzahlen, daß das Zahlungsmittel mitsamt seinem Disagio aus dem Verkehr verschwindet.

(Daß das Emissions-Institut die zurückgekehrten Scheine vernichtet, genau wie die Bank von England, sollte in seinen Satzungen vorgeschrieben sein.)

Ganz anders wirkt eine Inflation oder eine Devalvierung. Zwar wird auch dadurch vorübergehend der Absatz von Waren

gehoben, aber in welcher Weise? **Eine** der Ursachen, weshalb Inflation und Devalvierung absatzsteigernd wirken, ist jedenfalls folgende: Preissteigerungen erfolgen, wie so viele Preisstatistiken gezeigt haben, bei Inflationen und Devalvierungen ganz **ungleichmäßig**. Oft sind zu Zeiten gestörter Währung in den Läden derselben Straße die Preise für die gleichen Waren verschieden, ja — man findet in großen Warenhäusern, daß die Preissteigerungen an den verschiedenen Lagern in verschiedenem Verhältnis erfolgen. Die Käufer bemerken solche Unterschiede sehr schnell; sogar Frauen und Kinder zeigen im Auffinden von Preisdifferenzen für die gleiche Ware in verschiedenen Läden oft erstaunliche Findigkeit. (*) Die Kauflust wird aber natürlich durch am selben Ort bestehende und gleichzeitig auftretende Preisunterschiede für die gleiche Ware in viel stärkerem Maße angeregt, als durch **im allgemeinen** niedrige Preise, bei denen aber das Vergleichsobjekt, um die Wohlfeilheit festzustellen, nicht anschaulich gegeben ist, sondern früheren, vergessenen Zeiten angehört (Nichts vergißt das Volk so rasch, wie Preise.) Durch die Ungleichmäßigkeit im Steigen der Preise wird der Absatz in denjenigen Läden, die sich der Inflation oder Devaluation am wenigsten angepaßt haben, am größten. Deren Lager ist dann rasch geräumt.

Zwar macht den Kaufleuten die Wiederbeschaffung der Waren Schwierigkeiten, aber das hat mit dem Absatz derjenigen Kaufleute nichts: zu tun, die nun an die Reihe kommen. Hierbei zeigt sich ein großer Unterschied in den Auswirkungen eines **natürlich** entstandenen **Disagios** und einer **künstlichen Entwertung**. Während das im freien Verkehr erzeugte Disagio **nicht einen einzigen Gläubiger benachteiligt**, schädigt die durch Inflation oder Devalvierung erzeugte Entwertung der Zahlungsmittel; **jeden Gläubiger**. Warum? Dem freien Verkehr überlassene, richtig verwaltete Zahlungsmittel ohne Zwangskurs werden im Falle eines Disagios vom Verkehr aus dem Verkehr entfernt, ähnlich wie ein gesunder Körper kleine Mengen von nicht zu stark wirkenden Giften leicht von selbst aus der Blutzirkulation entfernt. Künstlich inflationiertes oder devalviertes Papiergeld aber *bleibt* im Verkehr und kann von jedem Schuldner seinem Gläubiger aufgedrängt werden.

Ein im freien Verkehr erzeugtes Disagio eines an sich gesunden Zahlungsmittels hemmt auch in keiner Weise den langfristigen Kredit und die Herstellung von «Dauergütern». Inflationen und Devalvierungen aber hemmen oft genug selbst ganz dringend notwendige Arbeiten, wenn sie nicht unmittelbar dem Konsum dienen. Daher z.B. der Verfall von Schutzdämmen in Inflationszeiten, der in den letzten Jahren in China Millionen von Menschen das Leben kostete, und sogar in Deutschland nach Beendigung der Inflation einen Schaden von mehreren hundert Millionen Goldmark bewirkte, ganz abgesehen von dem Verlust an Menschenleben.

(*) (J.Z.: Das Gegenteil ist aber auch der Fall. Für Monate schon habe ich beobachtet, in dem BILO Laden in Moss Vale, dass er in derselben Abteilung und nahe beieinander, dieselbe Marke und Qualität von Bohnen in Tomatensosse anbietet, in Büchsen von 425 Gramm zu nur 35 cents, aber in Büchsen von 850 Gramm zu \$ 1.25! Anscheinend können viele Kunden nicht genügend rechnen, auch nach 8 bis 12 Schuljahren, oder sie teilen immer noch das alte Vorurteil, dass grössere Mengen immer billiger angeboten werden als kleinere, ohne es im Einzelfalle zu prüfen. Wenn das letztere

der Fall ist, dann handelt der Laden von seinem Standpunkt aus ganz vernünftig. Ich wies Verkäufer mehrfach auf diese Preissetzungs-Absurdität hin die Preise wurden daraufhin aber *nicht* geändert. Vielleicht glauben die Besitzer so zwei Arten von Leuten zufriedenzustellen: Diejenigen, die rechnen koennen und es auch tun und auch diejenigen, die bloss glauben, dass wenn sie in groesseren Mengen einkaufen, sie dann auch immer billiger kaufen würden. Aber auf Menschen als Vernunftwesen betrachtet wirft dieses Beispiel doch ein schlechtes Licht. Ich habe solche Preisdifferenzen auch in anderen Läden beobachtet. Andere sehr billige Sonderangebote, das gebe ich zu, verschwinden oft sehr schnell, kürzlich, bei ALDI, in Bowral, CD-burners fuer nur \$ 50., innerhalb von drei Stunden, wie mir ein Verkäufer sagte. J.Z., 13.3.04.)

IV. Nochmals die Laufzeit der Einkaufsscheine.

Die richtige Bemessung der Laufzeit der Gutscheine und überhaupt die rechtzeitige Zurückziehung der Scheine aus dem Verkehr erschien allen Beurteilern als eine besondere Schwierigkeit des MilhaudPlanes. Vgl. Annalen Heft II/1933, S. 263, und viele andere Stellen. Tatsächlich verdient dieser Punkt große Aufmerksamkeit, denn neben der **Warendeckung** soll vor allem eine genügend große Intensität des *Rückstroms* der Scheine ihre **Deckung durch metallisches Gold ersetzen**. Der Plan Milhauds ist aber auch hierin besser ausgearbeitet, als einige Kritiker meinten; außerdem ist der Plan «elastisch», so daß weitere Verbesserungen möglich sind, ohne die andern Einzelheiten des Planes zu stören. Hierzu noch ein paar Bemerkungen:

a) **Sicherung des Rückstroms der Einkaufsscheine durch eine nach Ablauf einer bestimmten Frist eintretende Wertverminderung.**

Eine solche Wertverminderung schlägt Milhaud in den Annalen, Heft II/1933, vor. Hiernach sollen die Scheine nach Ablauf einer bestimmten Frist nicht ganz und gar wertlos werden, sondern nur in bestimmten Fällen eine Wertverminderung von etwa 5 % bis 10 % erfahren, und zwar soll dieser Abzug in die Erscheinung treten, wenn die Scheine der Emissionsstelle eingereicht werden.

Dieser Vorschlag ist sehr verschieden von dem Vorschlag eines *Schwundgeldes*, etwa nach Art der in Wörgl in Umlauf gesetzten Scheine. Die Schwundgeld-Theoretiker verlangen eine *während* der Umlaufzeit eintretende Wertverminderung ihrer Scheine von etwa 1/1000 wöchentlich. Nach Milhaud soll der «Schwund» aber erst eintreten, nachdem die Scheine normalerweise längst zur Emissionsstelle hätten zurückgekehrt sein können, und nachdem anstelle der Scheine wahrscheinlich andere Zahlungsmittel zur Emissionsstelle gelangt sind und dort auf Umtausch warten. Ferner soll der «Schwund» nach Milhaud erst eintreten, nachdem auch die Ware, worin die Scheine einlösbar sind, wahrscheinlich ihrerseits einen «Schwund», nämlich durch Qualitäts-Verminderung, erfahren hat.

(Wenn ein Schuldner der Bank seine Waren nicht verkauft hat, die Ware durch langes Lagern verdorben ist, der Schuldner dadurch der Bank gegenüber zahlungsunfähig ist, und sich gleichzeitig herausstellt, daß Scheine thesauriert worden sind, anstatt zum Einkauf benutzt zu werden, so sollte die Bank die Scheine für kraftlos erklären und dem Schuldner einen entsprechenden Betrag seiner Schuld erlassen.)

Milhaud rechnet nicht mit 1/1000 Entwertung wöchentlich, wie die Schwundgeld-Theoretiker, sondern mit einem einmaligen Abzug in Höhe des 50 oder gar 100fachen davon, was natürlich ganz erheblich intensiver wirken würde. (Vielleicht würde später die Praxis ergeben, daß man mit geringeren Abzügen auskommt.)

86

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten ?

Indem Milhaud den «Schwund» auf den Augenblick des **Rückstroms** beschränkt, wo er volkswirtschaftlich unschädlich ist, die **Zirkulation** aber ganz davon verschont, hat er die SchwundgeldIdee auf ihr richtiges Maß zurückgeführt und gleichzeitig eine in der Praxis tragbare Form der technischen Durchführung angegeben. Indem er überhaupt die Idee eines nur beschleunigt **zirkulierenden**, im übrigen aber im Verkehr **verbleibenden** Zahlungsmittels, ersetzt durch den Vorschlag eines nach kurzer Zeit ganz aus dem Verkehr **verschwindenden** Zahlungsmittels, hat er die SchwundgeldIdee eigentlich erst **zu Ende gedacht**.

(Wenn der Ausdruck erlaubt ist; denn ganz offenbar hat keine der Theorien Silvio Gsell's bei dem Aufbau des Planes Milhaud's irgend eine Rolle gespielt.)

Da die Ideen der SchwundgeldTheoretiker auch in solchen Kreisen verbreitet sind, welche den Regierungen nahe stehen, und die daher ganz gewiß den Vorschlägen Milhaud's entgegenwirken werden, wo sie können, so sind noch folgende Bemerkungen darüber am Platze.

Die Grundidee ist: Das **Zahlungsmittel** muß öfters einen «Schwund» haben, damit es nicht thesauriert werden kann. **Geldforderungen** aber müssen mit einer Indexsicherung versehen werden, damit bei sinkenden Preisen die Schuldner nicht zuviel leisten müssen, und bei steigenden Preisen die Gläubiger nichts verlieren. Diese Idee ist in viele Köpfe so fest eingehämmert, daß es fast aussichtslos erscheint, die Betreffenden bekehren zu wollen. Der Schwund beim *Zahlungsmittel* ist schon erörtert, über die Indexsicherung aber ist folgendes zu sagen:

Das Ideal: Dem Gläubiger die Kaufkraft zu erhalten, ist undurchführbar. Zunächst erhält die Indexwährung, wenn sie alle Erwartungen erfüllt, nur der **Gesamtheit** der Gläubiger ihre Kaufkraft. Aber der **IndividualIndex** ist so verschieden vom **GesamtIndex**, daß damit fast nichts gewonnen ist, ausgenommen in Zeiten der Inflation. Bei welchem Grad von Divergenz zwischen Individual-Index und General-Index wird letzterer unbrauchbar?? Wenn man; das Maß anwendet, welches die Indexleute selbst anwenden, nämlich schon einige Prozente Wertunterschied für berücksichtigungswert erklärt, dann folgt eben daraus die Unbrauchbarkeit der ganzen Index-Methode in wenigstens 90 % aller Fälle.

b) Umtausch von «überfälligen» Einkaufsscheinen in langfristig kündbare Guthaben.

Wenn alle Schuldner der Emissionsstelle ihre Schulden pünktlich bezahlen, auch keine Bestellungen bei ihnen rückgängig gemacht werden, und wenn ferner diejenigen Schuldner der Emissionsstelle ihre Schuld in Landesgeld zurückgezahlt haben, denen etwa Gutscheine zur Rückzahlung fehlten, dann kann und sollte sogar die Emissionsstelle mit den "überfälligen", aber trotzdem mit der Bitte um Umtausch eingereichten Gutscheinen gar nichts anderes machen, als sie eben gegen das verein

nahmte Landesgeld umtauschen, wobei ein mehr oder weniger hoher Abzug recht und billig ist. Dieser Fall ist aber nicht der einzig mögliche. Unter den Kunden einer Arbeitsbeschaffungsbank werden häufig — vielleicht sogar immer — einige sein, die von der Bank gern einen längeren Kredit hätten, als ihnen die Bank ohne Gefährdung der Wertbeständigkeit ihrer Gutscheine gewähren kann, d.h. wenn sie nur nach dem Gutschein-Prinzip arbeitet und ohne andere Deckung der Gutscheine, als solche Waren und Dienstleistungen, die sofort gegen Gutscheine eingetauscht werden können. Unter den Schuldnern der Bank werden also auch solche sein, denen mit einer *Prolongation* ihrer fälligen Kredite gedient ist. Letzteres kann z.B. bei Fabrikanten vorkommen, die von einer unerwarteten Betriebsstörung, z.B. durch Streik oder Elementarschäden, betroffen wurden, oder bei denen Bestellungen rückgängig gemacht wurden. Solchen Bankkunden kann nun die Bank, ohne alle Schwierigkeit diejenigen Beträge als *langfristigen* Kredit zuwenden, die den über die Frist hinaus im Verkehr gebliebenen Gutscheinen entsprechen. Das aus dem langfristigen Kredit entstehende Guthaben aber schreibt die Bank demjenigen gut, welcher sich nach Ablauf der Frist mit überfälligen Gutscheinen an die Bank wendet, und die Bank bittet, die Gutscheine nachträglich verwerten zu dürfen. Das hätte dann folgendermaßen zu geschehen:

Wer nach 3 oder nach 6 Monaten, mit überfälligen Gutscheinen zur Bank kommt, der erhält eine Quittung über ein Guthaben, welches nur in dem Maß kündbar ist, wie es den von der Bank gewährten, langfristigen Krediten entspricht, und das außerdem, wenn es abgehoben wird, nur in Gutscheinen abgehoben werden kann.

In diesem Zusammenhang darf auch wohl auf das Beispiel der deutschen Rentenbankscheine hingewiesen werden. Diese Scheine konnten auf Grund von § 12 des Gesetzes vom 15. Oktober 1923 zu jeder Zeit gegen mit 5 % verzinsliche, wertbeständige Rentenbriefe umgetauscht werden. Diese Umtauschmöglichkeit sollte vor allem ein Sicherheitsventil bei einem Disagio der Rentenbankscheine sein, denn es war anzunehmen, daß bei einem etwaigen Disagio die Scheine gegen Briefe umgetauscht würden und dadurch mitsamt ihrem Disagio aus dem Verkehr verschwanden. Die Einrichtung könnte wohl mutatis mutandis auf Einkaufsscheine übertragen werden, und dadurch eine Möglichkeit geschaffen werden, daß die Scheine nicht nur bei Überfälligkeit, wo also ein Disagio unvermeidlich ist, sondern zu jeder Zeit, vor allem also auch im Falle eines Disagios während ihrer normalen Laufzeit, in verzinsliche Guthaben oder Obligationen umgetauscht werden können. An entsprechenden Anlagemöglichkeiten wird es der Emissionsstelle in der Regel nicht fehlen. **Wenn** diese Anlagemöglichkeiten allerdings doch fehlen, dann kann die Bank die Scheine nicht gegen Guthaben oder Obligationen umtauschen.

Eine zweite Möglichkeit der Verwertung des Gut

habens schlägt Milhaud in den Annalen, Heft II/1933, S. 263, vor: nämlich zu Vorauszahlungen auf Bestellungen bei Kunden der Bank. Eine Verpflichtung der Kunden, solche Bestellungen anzunehmen, müßte natürlich in den Satzungen oder in den Geschäftsbedingungen der Bank enthalten sein. Die Bestimmungen für diese besonderen Fälle wären wohl leicht auszuarbeiten. Jedenfalls müßte die Bestellfrist, genau wie die Kündigungsfrist der durch Einreichung von überfälligen Gutscheinen erworbenen Guthaben übereinstimmen mit der Leihfrist oder Prolongationsfrist, welche die Bank gewährt. Bei Vorauszahlungen auf Bestellungen müßte über die

Einzelheiten der Ausführung der Bestellung natürlich eine Vereinbarung zwischen dem Gutschein-Inhaber und demjenigen erfolgen, der die Bestellung annimmt.

(Wenn man sich vorstellt, daß die Bank volkswirtschaftlich betrachtet nur ein *Kontroll-Organ* ist, im übrigen aber die Rechtsbeziehungen volkswirtschaftlich nur zwischen den Gutschein-Inhabern und den Schuldnern der Bank stattfinden, die Bank also weder ein «Termin-Risiko» eingehen darf noch ein «commercielles Risiko», z.B. durch Bankrott ihrer Schuldner, so wird man bei der Formulierung von Geschäftsbedingungen keine großen Fehler machen.)

Die Guthaben bei der Emissionsstelle können verzinslich sein. Wenn man bedenkt, daß viele Sparkassen, auch englische Baugenossenschaften, Depositen bis herunter zu ganz kleinen Beträgen, z.B. einer Goldmark oder 1 Shill., annehmen, dann wird man in bezug auf den im einzelnen Fall gutschreibenden Mindestbetrag nicht allzu rigoros sein. Etwa 3 Mark könnte man wohl ohne Schwierigkeit als MindestEinlage bewilligen.

c) Verwertung von überfälligen Einkaufsscheinen zur Bezahlung von Schulden Dritter an die Bank.

Milhaud macht noch in Heft II/1933 S. 263, Zeile 11, auf eine besondere Möglichkeit der Verwendung von Gutscheinen aufmerksam, die Beachtung verdient, nämlich die Bezahlung von Schulden *anderer* an die Emissionsstelle. Es kommt z.B. einer mit Gutscheinen im Betrage von 1 000 Frs. zur Bank und erklärt sie zugunsten des Fabrikanten X einzahlen zu wollen.

(Wenn er selbst niemanden weiß, zu dessen Gunsten er eine Zahlung leisten könnte, so wird ihm die Bank ja leicht einen Schuldner namhaft machen können, dem eine solche Zahlung angenehm wäre. Sehr wahrscheinlich wird sich sogar jemand finden, z.B. ein Theater-Direktor oder ein Gastwirt, welcher der Bank erklärt: In *allen* solchen Fällen akzeptiere *ich*, wenn kein anderer vom Einzahler ausdrücklich gewünscht wird.)

Milhaud hat — entsprechend der ihm vorgelegten Frage — jene Möglichkeit nur für den Fall der Verwendung der Gutscheine am letzten Tage ihrer Laufzeit erörtert. Es besteht aber keine Schwierigkeit, diese besondere Art der Verwendung ganz allge

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten?

89

mein, also sowohl während der eigentlichen Laufzeit zuzulassen, als nachher, und dies in den Geschäftsbedingungen der Bank ausdrücklich zu bemerken. Hier zeigt sich übrigens eine Lücke in der bestehenden Gesetzgebung, wenigstens vom Standpunkt der Bank aus betrachtet: Der französische Code Civil, § 1236, welcher evt. hier anzuwenden wäre, lautet z.B.:

«Eine Verbindlichkeit kann durch jeden, der dabei interessiert ist, erfüllt werden, z.B. einen Mitschuldner oder einen Bürgen.

Die Verbindlichkeit kann sogar durch einen Dritten, der dabei *nicht* interessiert ist, erfüllt werden, vorausgesetzt, daß dieser Dritte im Namen und für Rechnung des Schuldners handelt, oder daß, wenn er im eignen Namen handelt, er nicht in die Rechte des Gläubigers eingesetzt worden sei.»

Ähnlich lautet der § 267, Abs. 1 des deutschen, Bürgerlichen Gesetzbuches:

«Hat der Schuldner nicht in Person zu leisten, so kann auch ein Dritter die Leistung bewirken. Die Einwilligung des Schuldners ist nicht erforderlich.»

Der § ist anscheinend dem des Code Napoleon nachgebildet, aber eleganter formuliert. Dem deutschen und dem französischen Gesetz fehlt jedoch die Bestimmung, daß in allen Fällen der Zahlende entsprechend seiner Zahlung einen Anspruch gegen den Schuldner erwirbt. Anders das Allgemeine Preußische Landrecht, welches in Teil I, Titel 16, § 50 dem Zahlenden einen solchen Anspruch einräumte. Jedenfalls müssen die Geschäftsbedingungen der Bank in allen Fällen Lücken wie die des Code Napoleon ersetzen. Die Geschäftsbedingungen könnten etwa bestimmen:

«Jeder Schuldner der Bank muß sich eine ganze oder teilweise Tilgung seiner Schuld durch andere gefallen lassen, wenn die Tilgung in Gutscheinen der Bank erfolgt. Der Schuldner ist verpflichtet, demjenigen, der seine Schuld bei der Bank tilgt, auf dessen Wunsch Waren oder Dienstleistungen zu übertragen, insoweit nicht von anderer Seite Bestellungen darauf vorliegen. Die Übertragung muß erfolgen, wenn ein Besteller die bestellte Ware des Schuldners der Bank nicht ordnungsmäßig abnimmt, oder wenn der Besteller ausdrücklich der Übernahme seiner Verpflichtungen aus der Bestellung durch andere zustimmt. Bestätigungen der Bank über Tilgungen seiner Schuld muß der Schuldner bei der Bezahlung von Waren von jedem wie bares Geld zum Nennwert annehmen. Der Schuldner ist auch verpflichtet, von dem Inhaber des Tilgungsausweises eine neue Bestellung anzunehmen, insoweit ihm dies nach seiner Geschäftslage zugemutet werden kann. In Zweifelsfällen entscheidet die Bank, ob eine solche Geschäftslage besteht. Für die Ausstellung von Tilgungs-Bestätigungen ist die Bank berechtigt von dem Über

90

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten ?

bringer der Gutscheine, durch deren Hingabe eine Tilgung erfolgt, eine Geschäftsgebühr zu verlangen. Jeder Tilgungsausweis muß einen Vermerk über den Tag erhalten, zu welchem er frühestens bei dem Schuldner in Zahlung gegeben werden kann. Der Tag muß von der Bank entsprechend der Fälligkeit der Leistungen des Schuldners an die Bank bestimmt werden, und zwar einerseits so, daß der Schuldner nicht früher zu leisten braucht, als nach seinen Abmachungen mit der Bank, andererseits so, daß der Zahlende die Scheine möglichst früh in Zahlung geben kann.»

Beispiel: Es reicht einer für 1 000 Frs. «überfällige» Scheine ein. Die Bank berechnet für den Umtausch zunächst eine Geschäftsgebühr von 20 Frs., so daß dem Einreichenden noch 980 Frs. verbleiben. Dann prüft die Bank ihre Bücher. Es ergibt sich, daß der Fabrikant, für dessen Rechnung gezahlt wird, am 1. des kommenden Monats 200 Frs. zu zahlen hat und ebenso 200 Frs. in den vier folgenden Monaten. Dann kann die Bank dem Einlieferer der überfälligen Gutscheine vier Scheine über je 200 Frs. geben, fällig in Abständen von je einem Monat und einen fünften, über 180 Frs., fällig nach 5 Monaten. Die Bank darf also nicht etwa einen Schein über 980 Frs. ausstellen, der vom Fabrikanten sofort angenommen werden muß, auch nicht einen über 980 Frs., der erst nach 5 Monaten angenommen werden muß.

V. Milhaud's Vorschläge und die französische Tradition im Zahlungsverkehr.

In seinem berühmten Werk «Die Banken», Leipzig 1854, teilt *Hübner* auf S.78 des I. Bandes folgendes mit:

«Es ist der große Vorzug des Verkehrs in Frankreich, daß Wechsel von Privatleuten dort ein ziemlich allgemeines Zahlungsmittel bilden, der Schneider nimmt von seinem Kunden ein Billet a

Ordre, gibt das dem Tuchhändler in Zahlung, der Tuchhändler zahlt den Fabrikanten damit, und dieser gibt es der Bank. Es ist dies eine äußerst zweckmäßige Einrichtung für den Verkehr, etc.»

Ein paar Jahrzehnte später bemerkt Dr. Eugen Kaufmann in seinem Werk, «Das französische Bankwesen», Tübingen 1911, S. 197:

«Selbst im kleinsten, gewerblichen Verkehr ist seine (des Wechsels) Verwendung als Kreditinstrument seit langer Zeit eingebürgert. Handwerker wie Krämer zahlen für ihre Bezüge allgemein mit kurzfristigen «billets à ordre»; vielfach werden, da die Gewährung von Buchkredit nicht üblich ist, selbst auf die nicht gegen bar einkaufenden Konsumenten 30tägige Mandate und im Verkehr der Landwirte untereinander Wechsel auf den nächsten Markttage ausgestellt, etc.»

Ähnliche Verhältnisse bestanden übrigens früher an vielen Orten des Rheinlands. Dort bemühte man sich, Wechsel von Kaufleuten, an die

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten?

91

man etwas zahlen wollte, möglichst billig zu erwerben, und gab dann die Wechsel an die Kaufleute, die sie natürlich wie bares Geld gegen sich, gelten lassen mußten. Ein Krefelder Bankier, der i.J. 1848 einige Monate lang deutscher Finanzminister wurde (J.Z.: Ein Vorfahre von Ulrich von Beckerath!), gewann durch systematische Vermittlung solcher Transaktionen ein bedeutendes Vermögen und tiefe Einblicke in die Volkswirtschaft, so daß er bis zu seinem i.J. 1870 erfolgten Tode als bedeutende, volkswirtschaftliche Autorität galt.

Hübner und Kaufmann sprechen über die Verwendung des Wechsels als *Zahlungsmittel* gegenüber dem Wechsels**schuldner** nicht, es ist aber kaum anzunehmen, daß man in Frankreich nicht ebenso wie im Rheinland darauf gekommen sein sollte. Nimmt man an, es sei der Fall, so wäre das Milhaud'sche System eigentlich nur der wissenschaftliche Ausbau dieser alten, französischen Volkstradition. Das von den Handwerkern geübte Verfahren wird durch die von Milhaud vorgeschlagenen Institute einerseits den Arbeitern zugänglich gemacht, indem nämlich die Wechsel durch die Institute gewissermaßen typisiert und passend gestückelt werden, so daß man sie zur Lohnzahlung verwenden kann, andererseits aber wird das Verfahren auch dem Außenhandel zugänglich gemacht, indem der Gläubiger, genau wie der französische Schneider, seinen eignen Verpflichtungsschein als Zahlungsmittel gegen sich gelten läßt, nachdem er Schuldner geworden ist.

In Deutschland scheint man die Vorzüge des französischen Zahlungsverkehrs besser gewürdigt zu haben, als in Frankreich selbst. Die Ursache davon war wohl, daß man sich in Deutschland für die Ursachen interessierte, weshalb Frankreich von fast allen großen Geldkrisen so ziemlich verschont geblieben ist. Man fand die Ursache in der Art, wie dank der Colbertschen Wechselordnung von 1673 große Kreise des französischen Volkes sich vom staatlichen Geld und vor allem vom Metallgeld zu emanzipieren wußten, so daß es ihnen nur noch als Wertmesser diente. Es sei ihnen hier eine Stelle aus Goethe's *Farbenlehre*, Didaktischer Teil, § 732, gewidmet, wo Goethe sagt, daß

«eine fortgesetzte Empirie, indem sie in allem Zufälligen umhergreift, den Kreis, in den sie gebannt ist, wirklich ausläuft, und sich als ein hohes Vollendetes dem Theoretiker, wenn er klare Augen und ein redliches Gemüt hat, zu seiner großen Bequemlichkeit überliefert.»

VI. Strukturelle Arbeitslosigkeit und die Vorschläge Milhaud's

Strukturelle Arbeitslosigkeit wird heute diejenige Art von Arbeitslosigkeit genannt, welche durch die Veränderung der Produktionsverfahren bewirkt ist, oder richtiger: bewirkt sein soll. Solche Veränderungen sind z.B. Veränderungen der Technik, insbesondere die vermehrte Anwendung von Maschinen, oder Bevölkerungszuwachs, sei es dauernder, sei es zeitweiliger, wie er durch die Zuziehung fremder Arbeitskräfte

92

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten ?

zur Durchführung großer Arbeiten entsteht, ein Zuwachs, der, nachdem die Arbeiten beendet sind, als Bevölkerungs-Überschuß erscheint, wenn die Arbeiter nicht das Recht haben, oder nicht genügend Initiative besitzen, sich nach dem von Milhaud vorgeschlagenen Verfahren selbst zu beschäftigen, und die Regierung selbst ebenfalls nichts unternimmt.

Die künftige Volkswirtschaftslehre wird die Frage zu beantworten haben, wieviel Personen sich wenigstens zu einer Bestell- und Zahlungsgemeinschaft mit eignem Zahlungsmittel vereinigen müssen, damit die vereinigte, wirtschaftliche Kraft groß genug ist, um allen Mitgliedern Arbeit zu verschaffen. Vermutlich würde eine Anzahl von 20 in einem kleinen Dorf schon ausreichen; 2 000 würden wahrscheinlich in den meisten Fällen genügen, und mehr als 20 000 würden gewiß nur ausnahmsweise nötig sein. Vorbedingung wäre:

1. daß die Mitglieder dicht genug beieinander wohnen;
2. daß die Mitglieder ihren Lebensunterhalt durch Vermittlung ihrer Gemeinschaft bei einer möglichst geringen Anzahl von Läden oder Handwerkern bestellen, möglichst am gleichen Wohnorte, wie die Mitglieder;
3. daß die Mitglieder für die Weitergabe ihrer Bestellungen sorgen. Einzelheiten darüber sind in Heft I/1934 der Annalen dargelegt. Die Mitglieder müssen also darauf halten, daß jeder Ladenbesitzer und jeder Handwerker seinerseits seinen Bedarf auf einige Zeit — vielleicht ein Vierteljahr — im voraus fest bestellt;
4. daß die Weitergabe der Bestellungen *noch* weiter verfolgt wird, so daß die Bestellungen in immer zunehmenden Umfang weiter gegeben werden, bis sie schließlich von den Stellen aufgenommen werden, die unmittelbar Arbeit zu vergeben haben;
5. daß die durch die Bestellungen bewirkte Nachfrage nach Arbeitskraft ausschließlich durch Mitglieder der Vereinigung befriedigt wird, soweit eine technische Möglichkeit dazu vorliegt;
6. daß alle Beteiligten, die Mitglieder sowohl als die Empfänger der Bestellungen, sich verpflichten, die Gutscheine der Vereinigung wie bares Geld zum Nennwert anzunehmen;

Wird so verfahren, dann werden die Mitglieder — ob 2000 oder 20 000 — wahrscheinlich nach einigen Wochen alle Arbeit haben, wenn auch wahrscheinlich nicht solche Arbeit, die sie gelernt haben. Jedenfalls aber ist für sie eine *zusätzliche* Arbeitsgelegenheit geschaffen, nicht etwa eine solche, die andern Arbeitenden weggenommen wurde.

Die neue Technik aber, welche gezeigt hat, daß sämtliche Arbeitsvorgänge in jeder Art von Produktion sich auf nur 40 bis 50 verschiedene Handgriffe zurückführen lassen, daß es also durch richtige Unterteilung des Arbeitsvorganges möglich sein muß, jede ungelernete Arbeitskraft in jeder Art von Gewerbe zu beschäftigen, diese Technik wird bei der Arbeitsbeschaffung vielleicht eine ebenso wichtige Rolle spielen,

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten?

93

wie das *banktechnische* Hilfsmittel des Gutscheins (Einkaufsscheins) . Die neue Technik der Unterteilung der Arbeitsvorgänge in ihre einfachsten Elemente, die man nicht eigentlich zu erlernen braucht, macht sehr zahlreiche Arbeiter zwischen 60 und 70 Jahren wieder so verwendungsfähig, daß sie mit Leichtigkeit ihren Lebensunterhalt selbst verdienen können, und zwar in einer täglichen Arbeitszeit von vielleicht 4 Stunden. Man könnte sich sehr wohl vorstellen, daß solche, heute als invalide geltenden Arbeiter sich zu besonderen Arbeitsgenossenschaften nach italienischem Muster (*cooperative di lavoro*) zusammenschließen und auf jede Armenunterstützung verzichten unter der Bedingung, daß man ihnen erlaubt mit Einkaufsscheinen (mit oder ohne Arbeitsbeschaffungsbank) zu zahlen. Diese Vorstellung wird man nicht als utopisch ablehnen, wenn man weiß, daß schon heute in manchen Gewerben, z.B. der Landwirtschaft in Dakotah und der Fisch-Konserven-Industrie in Norwegen, die Redensart gilt: Hier kann arbeiten, was nur «Augen und Hände» hat! Dabei schließt die neue Technik es keineswegs aus, daß einzelne Arbeiter, welche die Mühe einer Einübung nicht scheuen, doch 3 oder 4 Arbeitsvorgänge in ihrer Person vereinigen und dadurch leicht mehr verdienen, als ihr Ingenieur. Fast jede große Fabrik bietet solche Beispiele. **Wenn** der betr. Arbeiter seinen Platz verläßt, muß er allerdings durch 3 oder 4 «Ungelernte» ersetzt werden.

Schon diese, rein technischen Betrachtungen lassen ahnen, daß die in früherer Zeit allgemein herrschende Ansicht über den Zusammenhang zwischen Maschine und Arbeitsgelegenheit falsch war. Man verwechselte die durch die Zunftordnungen, Gewerbeordnungen, gesellschaftliche Verhältnisse, sehr oft auch durch die Indolenz der Arbeitslosen bewirkte Schwierigkeit die Beschäftigung zu wechseln, mit der Arbeitslosigkeit an sich.

Aus einzelnen Beobachtungen *Erfahrungen* abzuleiten, ist eine Fähigkeit, die dem Durchschnittsmenschen meistens fehlt.

(Über diese Fähigkeit hat *Savigny* in der zum ersten Male i.J. 1814 erschienenen Schrift «Vom Beruf unserer Zeit für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft» einige ganz überaus lesenswerte Seiten geschrieben. *Ein* Satz sei hier zitiert:

«Man muß das klare, lebendige Bewußtsein des Ganzen stets gegenwärtig haben, um von dem individuellen Fall wirklich lernen, zu können, und es ist also wieder nur der theoretische, wissenschaftliche Sinn, wodurch auch die Praxis erst fruchtbar und lehrreich erscheint.»)

Die Beobachtungen aus älterer Zeit über die Arbeitslosigkeit sind fast: ausnahmslos verfälscht durch Einflechtung von a priori gefaßten Meinungen über die Ursachen der Arbeitslosigkeit. Die Maschinen als mitwirkende Ursachen anzunehmen, lag dabei natürlich nahe. Bekannt ist, daß der Rat

von Danzig den Erfinder der «Bandmühlen», Anton Müller, heimlich ersäufen oder ersticken ließ, um eine «Freisetzung» von Ge

94

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten ?

sellen durch die neue Maschine zu verhindern. (Roscher, National-Ök., § 125, Marx, Hauptwerk, 4. Abschn., Anmerkung 194.) Eigentlich hatte aber schon unsern Vorfahren folgendes auffallen müssen:

Jedes Zeitalter findet, daß es selbst zu gute Maschinen hat und damit viel zu viel Produkte erzeugt, und jedes folgende ist erstaunt, daß die Vorfahren mit einer so primitiven Technik und mit einer so **geringen** Produktion auskamen; es erkennt auch klar, daß *früher* in der *Volkswirtschaft* einschließlich der Lagerware nicht etwa **zu viel** Kleider, Möbel und Waren jeder anderen Art vorhanden waren, sondern — gemessen am eignen Verbrauch — **zu wenig**.

Es wäre sehr verdienstlich, wenn einmal ein Kenner der älteren, volkswirtschaftlichen Literatur einige markante Äußerungen unserer Vorfahren über die früheren Wirtschaftskrisen und ihre mutmaßlichen Ursachen sammelte. Eine solche Zusammenstellung würde nicht nur großen, wissenschaftlichen Wert haben, sondern auch eine interessante Unterhaltungslektüre abgeben, welche die Tageszeitungen gewiß gern übernehmen würden. Aus der Zusammenstellung würde sich u.a. ergeben,

1. daß jede Generation *ihre* neueste Wirtschaftskrise für schwerer hält, als alle früher je dagewesenen;

2. daß in jeder Generation nur einige, wenige, von der Öffentlichkeit ganz unbeachtete Personen überhaupt Kenntnis von den Zuständen in früheren Wirtschaftskrisen haben;

3. daß jede Generation die gleichen Ursachen für die Wirtschaftskrise angibt, und insbesondere das «Überhandnehmen des Maschinenwesens in jetziger Zeit» dafür verantwortlich macht;

4. daß wirklich einige der früheren Wirtschaftskrisen weder an Intensität noch an Dauer der gegenwärtigen nachstanden, wie denn z.B. vor 100 Jahren in England manchmal der dritte Teil des Volkes arbeitslos war, und die i.J. 1873 ausgebrochenen Krise etwa 16 Jahre lang dauerte. (Lohn englischer Hochofenarbeiter i.J. 1873 = 8. 1/2 Sh. täglich, i.J. 1878 == 2. 3/4 Sh. Vgl. Übersichten der Weltwirtschaft von Neumann-Spallart, Jahrg. 1883/84, S. 48.)

Es wäre aber auch der Mühe wert, nicht nur die zu allen Zeiten **geäußerten** falschen Meinungen über das Wesen der Wirtschaftskrisen zu sammeln, sondern auch diejenigen Meinungen, die man gar nicht erst deutlich aussprach, weil sie bei allen in gleicher Weise vorhanden waren und als Selbstverständlichkeiten galten. Eine solche Meinung ist z.B. die, daß die **Summe der Arbeitsgelegenheit** in jeder Volkswirtschaft ein *gegebener*, und allenfalls durch die Allmacht der Regierung der Vergrößerung fähiger Faktor sei — ein Faktor, nicht etwa durch den **gesellschaftlichen Bedarf nach Produkten** bestimmt, sondern umgekehrt, ein Faktor der **seinerseits** die Möglichkeit bestimmt, die Gesellschaft mit

Produkten zu versorgen. Man stellte sich bisher im Volke, in der Wissenschaft und bei den Regierungen die Summe der Arbeitsgelegenheiten ungefähr vor, wie die Anzahl der Hektar fruchtbaren Bodens eines Staates oder die Anzahl der Plätze in einem Eisenbahnzug. Die Jahrzehnte alte Forderung der Arbeiter, bei Wirtschaftskrisen den noch verbliebenen Vorrat an Arbeitsgelegenheit möglichst gleichmäßig *aufzuteilen*, d.h. die allgemeine Arbeitszeit zu verkürzen und die «ersparten» Arbeitsstunden den Arbeitslosen zuzuwenden, evtl. unter Herabsetzung des allgemeinen Lohn-Niveaus, diese alte Forderung beruht ganz und gar auf der Vorstellung von einem *gegebenen* «Arbeitsvorrat», der in Notzeiten ebenso rationiert werden muß, wie Brot in einer belagerten Stadt.

Es ist eines der allergrößten Verdienste Milhaud's, diese Vorstellung auf ihre Grundlagen zurückgeführt zu haben. Dies leistete Milhaud, indem er zeigte, daß *ohne Einkaufsscheine* tatsächlich die Summe der Arbeitsgelegenheiten ein gegebener, nämlich mit der **Menge des umlaufenden Geldes** gegebener Faktor sei. Gleichzeitig aber zeigte Milhaud, daß *mit Einkaufsscheln* die arbeitsteilige **Produktion des eignen Lebensunterhalts** aller von der Krise Betroffenen eine unerschöpfliche Quelle von Arbeitsgelegenheit eines Volkes sein kann, ohne daß damit das umlaufende *Geld* der Menge oder dem Werte nach verändert zu werden braucht.

Noch ist die Lehre Milhaud's nicht ins Volk gedrungen. Das ist erklärlich und dem Volke verzeihlich. Aber seine Lehre ist auch noch nicht bis zu den **Regierungen** vorgedrungen. Das ist zwar auch erklärlich, aber keineswegs verzeihlich.

(J.Z.: Diese Bemerkung passt sehr wohl auch auf meine zwei Friedensbücher, schon in 1962 und 1975 geschrieben, und in meiner PEACE PLANS Serie veröffentlicht, viele Ideen von U. v. Beckerath vereinigend, und noch von keinem Regierungsmitglied und auch nur von wenigen Untertanen gelesen, obwohl sie wahrscheinlich das einzige Programm liefern zur Verhinderung des Atomkrieges oder eines Krieges mit biologischen oder chemischen Massenmordwaffen. Dieses Problem und seine Lösung ist den meisten Menschen immer noch allzu gleichgültig um alle Lösungsvorschläge genügend prüfen zu wollen. J.Z., 14.3.04.)

Ja — wenn die Staatslenker der Welt die Mentalität des großen, chinesischen Reformators Sun Yat Sen hätten! Sun demissionierte s.Zt. mit der ausdrücklichen Begründung, daß es ihm — wie er zu spät entdeckte — an Kenntnissen fehle, um die soziale Frage in positiver Weise ihrer Lösung näher zu bringen — welches wohl das ehrenvollste Motiv ist, aus welchem je ein Staatsmann die Regierung über ein Volk niederlegte! (Man vergleiche damit die Abdankung Sulla's, Diokletian's oder Karls des Fünften!)

Die Staatslenker der Welt sind mit ein oder zwei Ausnahmen weniger empfindsam. Die Summe der Arbeitsgelegenheit ist für sie immer noch eine *konstante* Größe. Entsprechend hat denn auch bis jetzt jede Regierung in der Praxis diejenige Stellung eingenommen, der Herriot (sonst anerkanntermaßen einer der klarsten Köpfe Frankreichs) in seiner Rede vom 6. Oktober 1934 Ausdruck gab:

«Ich habe es oft gesagt und sage es noch einmal: die Arbeitslosigkeit ist zum großen Teile eine Folge der Inflation an Arbeitskraft, die nach dem Krieg eingetreten ist, und die in Verbindung steht mit dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete. Wir können nicht gleichzeitig alle

unsere Landsleute beschäftigen und noch dazu die Fremden, die zugezogen sind, etc.»

(**Nicht** beantwortet hat Herriot die Frage, was denn nun zu geschehen hätte, wenn der Krieg *nicht* gewesen wäre, die Toten und Krüppel Frankreichs gesund und arbeitsfähig geblieben wären und gar noch Kinder gehabt hätten!)

Man sollte meinen, daß die verantwortlichen Leiter der Geschicke der Völker sich heute, wo ihr Grundirrtum in jeder Weise widerlegt ist, wohl einige Zurückhaltung in der Beurteilung der eigentlichen Ursachen der Wirtschaftskrise auferlegen könnten und vor allem aufhören sollten, offenbare *Folgen*, wie das Überangebot von Arbeitskräften, öffentlich als *Ursachen* hinzustellen. Aber schon bei der ersten Aufnahme der Vorschläge Milhaud's in der Öffentlichkeit zeigte es sich, daß die Leute nicht etwa ihre Ansichten über die «strukturelle» Arbeitslosigkeit entsprechend den ihnen eröffneten Einsichten änderten, sondern im Gegenteil diese Ansichten den Vorschlägen Milhaud's als *Argumente* für deren angebliche Unausführbarkeit entgegensetzten. Einige Bemerkungen über die Unhaltbarkeit der bisherigen Ansichten über die strukturelle Arbeitslosigkeit sind daher nicht überflüssig. Um diese Unhaltbarkeit darzutun, soll hier nach einer in der Mathematik wegen ihrer Einfachheit und Bequemlichkeit beliebten Methode verfahren und ein «Grenzfall» konstruiert werden. Mit der Erörterung dieses Grenzfalles sind dann die diesseits der «Grenze» liegenden Fälle implicite mit erörtert. Der Grenzfall kann ein reines Phantasiegebilde sein, er muß nur das Problem deutlich machen.

Nehmen wir zunächst den wichtigsten Fall, nämlich eine aufs Äußerste getriebene Anwendung von Maschinen. Stellen wir uns vor, daß *ein* Mensch — sagen wir Aladdin mit seiner Wunderlampe — alles, was die Menschheit braucht oder bisher erzeugt hat, ganz allein durch seine Wunderlampe herstellen kann, und zwar in einer Arbeitszeit von wenigen Minuten täglich. Aladdin kann also billiger als jeder andere produzieren, ja — er könnte eigentlich sogar alles umsonst abgeben. Aber weil ihm die paar Minuten, während welcher er die Lampe reibt, immerhin Mühe machen, so verlangt er eine Kleinigkeit dafür zum Entgelt. Nehmen wir ferner an, Aladdin brächte es außerdem fertig, sein Produkt den andern Erdbewohnern so anzubieten, wie heute Waren angeboten werden, also durch Vermittlung von Läden. Wäre dann die Lage der Menschheit so, daß sie wegen mangelnder Arbeitsgelegenheit nicht mehr existieren könnte?

Um das Problem nicht zu komplizieren wollen wir annehmen, daß Aladdin seine Waren den Läden in üblicher Weise auf Kredit lieferte, etwa mit einem «Ziel» von 3 Monaten. Was heißt das? Es heißt, Aladdin ist zufrieden damit, gesetzliche Zahlungsmittel zu erhalten, wenn

er im Augenblick auch noch nicht weiß, was er damit anfangen soll. Jedenfalls liegen jetzt die Aladdin'schen Waren in den Läden bereit zum Verkauf. Die Ladenbesitzer haben natürlich längst allen Fabriken, Handwerkern, etc. erklärt, daß sie nur noch von Aladdin beziehen werden, weil der billiger liefert als alle andern. Folge: Alle Arbeiter, Gesellen und Lehrlinge werden entlassen; alle Handwerker sind beschäftigungslos. Ein paar Tage oder gar Wochen lang geht aber trotzdem alles «normal». Wer noch gesetzliche Zahlungsmittel hat, der trägt sie in die Läden, und holt sich dafür

Ware. Wer keine Zahlungsmittel hat, leiht sich welche, oder er läßt sich etwas schenken, oder er stiehlt, genau wie heute. Nach kurzer Zeit aber sind alle Zahlungsmittel des Landes oder gar der Erde natürlich im Besitz Aladdins. Und **jetzt** beginnt das Problem !

Der für die Menschheit günstigste Fall wäre der, daß Aladdin die empfangenen Zahlungsmittel wieder **ausgibt** und sich irgend etwas dafür **kauft**. Allerdings ist es schwer auszudenken, *was* Aladin sich mit dem ihm übergebenen Geld kaufen sollte. Die Lampe liefert ihm ja alles im Überfluß. Aber vielleicht wird er irgend welche persönlichen Dienstleistungen kaufen, die ihm die Lampe nicht verschaffen kann. In diesem Falle wäre die Menschheit zwar in keiner sehr *würdigen* Lage, aber sie wäre nicht **arbeitslos**. Anders jedoch, wenn Aladdin die Zahlungsmittel *nicht* wieder ausgibt, sie also *thesauriert*. Die Menschheit steht dann da, ohne Geld, ohne Subsistenzmittel, eben *weil* sie kein Geld hat, außerdem arbeitslos und ohne Hoffnung, sich in absehbarer Zeit Geld zu verdienen.

(Eine Äußerung, wie die im «*Matin*» vom 22. November 1934, «... cette vérité éternelle que c'est le travail qui crée l'argent et non l'argent qui crée le travail», würde aber in dieser Lage keineswegs gleichgültig aufgenommen, sondern als ein Versuch zur Irreführung des Volkes über seine Lage angesehen werden, und der Verfasser der zitierten Zeilen würde sich vergeblich darauf berufen, daß im J. 1934 wirklich die allermeisten, wenn sie nicht gerade selbst arbeitslos waren, diese Meinung hegten.)

Zwei Auswege bieten sich: Der eine besteht darin, Aladdin totzuschlagen, seine Waren zu verbrennen, sein Geld zu konfiszieren, neu zu verteilen und dadurch den Status quo ante wiederherzustellen. Irgend ein Caesar, der das macht, oder wenigstens verspricht es zu machen, der wird sich schon finden. Es ist aber noch ein anderer Ausweg möglich, welcher allerdings etwas mehr Überlegung erfordert. Dieser Ausweg besteht **in der Anwendung des Milhaud'schen Systems**. Stellen wir uns vor, gegen den erwählten Caesar stände ein Pompejus auf. (Nebenbei: Fast alle Historiker unterschätzen die Größe und Bedeutung des *Pompejus*, der die von Sulla vernichtete Volksfreiheit wiederherstellte und sie durch

98

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten ?

genial geführte Defensivkriege gegen asiatischen Despotismus und innere Feinde mehrere Jahrzehnte lang verteidigte. Ob die Welt sich nicht besser befunden hätte, wenn *Caesar* mitsamt seinem Glück in dem bekannten Sturm ertrunken wäre, sollte doch einmal erörtert werden.) Stellen wir uns vor, Pompejus spräche also zum Volk:

Arbeitloses Volk! Liegt die **letzte** Ursache deiner Arbeitslosigkeit wirklich bei **Aladdin**? Mir scheint, sie liegt **anderswo**! Anstatt langer Erklärungen über deine Lage will ich lieber gleich sagen, was *ich* tun würde, wenn ihr mich zum Diktator gewählt hättet.

Zunächst würde ich Aladdin ein Ultimatum stellen. Ich würde ihm erklären: Wir sind durchaus bereit, deine Produkte anzunehmen, aber nicht zu den bisherigen Bedingungen. Wir sind bereit, uns deine Produkte schenken zu lassen, und den Rest unseres Daseins in Müßiggang zu verbringen. Wir sind aber auch bereit, deine Produkte zu bezahlen, wenn du darauf bestehst. Nur ist das bisherige Zahlungsmittel unmöglich geworden. Künftig mußt du entweder Milhaud'sche Einkaufsscheine annehmen, oder aber auf einen Austausch mit uns verzichten. Bestelle irgend etwas, was du haben willst. Wir werden es herstellen, und mit den Einkaufsscheinen kannst du es dann bezahlen. Wenn du

beides ablehnst, dann wird uns deine Gegenwart lästig sein. Wir werden dich als einen zugereisten Ausländer ansehen, werden von deinem Palast die gesetzliche Häuser-Steuer erheben, und von dem, was du dir mit der Lampe verschaffst, eine Einkommensteuer. Beide Steuern sind entweder in altem Geld oder in Milhaud-Scheinen zahlbar. Falls du versuchen solltest, dir solche Scheine durch deine Lampe zu beschaffen, so werden wir durch Vergleichung der Nummern auf den Scheinen ja dahinter kommen, und du wirst dich mit uns wegen Urkundenfälschung zu unterhalten haben.

Die bisher von dir vereinnahmten Zahlungsmittel kannst du behalten, wenn du willst. Wir sind nicht darauf angewiesen und in der Lage, jeden Mangel daran durch das Milhaud'sche System zu ersetzen. Antworte augenblicklich oder Wirtschaftskrieg mit den von Milhaud gelieferten Waffen !

So, o arbeitsloses Volk, würde ich, Pompejus, zu Aladdin sprechen ! Und wenn du mich aufmerksam angehört hast, so wirst du mir zugeben: deine Arbeitslosigkeit ist *nicht* «strukturell», sondern ebenso wie alle andere Arbeitslosigkeit, *nur* durch Unwissenheit über das Milhaud'sche System bewirkt, oder durch tyrannische Gesetze, die seine Anwendung verbieten. Die Aladdin'sche Lampe war nur eine «causa occasionalis» der Arbeitslosigkeit, nicht aber die *wirkende* Ursache.

So könnte Pompejus sprechen. Das Volk aber, wenn es seinen Führer ruhig anhört, wird nicht umhin können zu bemerken, daß ein Volk, welches die Erlaubnis hat, sich nach dem Milhaud'schen System zu

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten?

99

helfen, durch keinen sozialen oder technischen Fortschritt, ja nicht einmal durch Aladdin's Wunderlampe, arbeitslos gemacht werden kann; es kann dadurch *nur* gewinnen !

VII. Scheinbare Einwände aus der Wirtschaftsstatistik gegen die Vorschläge Milhaud's.

Daß die Krisen sich in Abständen von etwa 10 Jahren wiederholen, wurde natürlich früh bemerkt, z.B. auch von Marx im «Kapital», Kap. 23, VII. Aufl., S. 570. Einige mathematisch geschulte Beobachter wurden dadurch schon vor Jahrzehnten auf den Gedanken gebracht, daß der Zeitabstand von etwa 10 Jahren von einer Krise zur andern wohl irgend eine besondere Ursache haben könnte, die mit Kapitalismus oder ähnlichen «Ismen» nichts zu tun hat. Der erste, der sich hierüber mit voller Deutlichkeit äußert, scheint *Jevons* gewesen zu sein, in seiner Arbeit «The solar period and the price of corn», abgedruckt in dem 1 Jahr nach seinem Tode erschienenen, eine große Anzahl der allerwichtigsten Untersuchungen enthaltenden Sammelwerk «Investigations in Currency and Finance», London 1882 (2. Aufl. 1909, leider sehr verkürzt). So lächerlich es den Zeitgenossen von Jevons erscheinen mochte und wohl auch noch heute den meisten erscheint: *Wenn* es feststeht, daß die Wärmestrahlung der Sonne einer gewissen Periodizität unterliegt, wenn es ferner feststeht, daß diese Strahlung auf das genaueste (J.Z.: ??? Das steht eben nicht fest, obwohl oft der Versuch gemacht wurde einen solchen Zusammenhang zu beweisen. J.Z., 14.3.04.) mit der Häufigkeit der Sonnenflecken zusammenhängt, wenn man außerdem zugibt, daß die Sonnenstrahlung das Wetter beeinflusst, ja eigentlich erst macht, *dann* kann man auch zugeben, daß die *Ernte*, die ja vor allem vom *Wetter* abhängt, indirekt durch die Häufigkeit der Sonnenflecken beeinflusst wird, und damit in periodischen Abständen reichlich oder knapp ist. Der Ausfall der Ernte ist aber ein höchst bedeutender, sozialer Faktor. Er bestimmt die Kaufkraft der ländlichen Bevölkerung, also von mehr als 3/4 der Menschheit, ist aber auch für die Kaufkraft der städtischen Bevölkerung von großer Bedeutung. Diese Überlegung muß dazu führen, zunächst einmal zu prüfen, ob zwischen der

bekanntes Sonnenflecken-Perioden von durchschnittlich 11.1/9 Jahren, der Menge der geernteten Früchte, ihrem Preis, den Absatzkrisen und anderen sozialen Erscheinungen eine genügend große Korrelation stattfindet. Ergibt sich die Korrelation als groß genug, so wird man auf Grund der vorstehend dargelegten Erwägungen einen Kausalzusammenhang zwischen allen diesen Phänomenen vermuten dürfen.

Schon die Forschungen von Jevons, noch mehr aber die seiner Nachfolger setzten die zum Teil übrigens schon vom älteren Herschel vermuteten Zusammenhänge eigentlich außer allem Zweifel. (Vgl. das mit Unrecht vergessene Standard-Werk von Otto Schmitz «Die Bewegung der Warenpreise von 1851 bis 1902», Berlin 1903.)

100

Mus Arbeitsbeschaffung Geld kosten ?

Man könnte aus Forschungsergebnissen, wie sie Jevons geliefert hat, einen scheinbar gewichtigen Einwand gegen das Milhaud'sche System erheben. Man könnte nämlich sagen: *Wenn* es feststeht, daß ein der menschlichen Einwirkung so ganz und gar entzogener Faktor, wie die Sonnenstrahlung an der Periodizität der Krisen ganz offenbar beteiligt ist, was kann man dann von einem so einfachen, und auf die Sonnenstrahlung gar keine Rücksicht nehmenden Mittel, wie den Einkaufsscheinen für besondere Erfolge erwarten?

Dieser Einwand ist aber leicht zu widerlegen.

Daß die Ernten je nach der Sonnenstrahlung in einem Jahr reichlich und in einem andern knapp sind, das bedeutet in bezug auf das Milhaud'sche System nur, daß es *hieran* nichts ändern wird. Milhaud hat ja auch nie behauptet, daß die Annahme seines Systems das zur Wirkung haben werde, was man jetzt unter «konjunkturloser Wirtschaft» versteht. Die Auswirkung des Milhaud'schen Systems ist eine ganz andere. Unter diesem System wird — so sonderbar dies dem Merkantilisten erscheinen möge — eine *reichliche* Ernte *nicht* zur Folge haben, daß die Menschen sich *nicht* satt essen können, sondern es wird das Gegenteil der Fall sein: Anders ausgedrückt: Das System ermöglicht es, den Menschen die *Vorteile* aus einer reichlichen Ernte auch *zukommen* zu lassen. Die Nachteile aus einer *Mißernte* hebt es allerdings *nicht* auf; im Gegenteil: Anomalien, wie z.B. das Jahr 1872 mit seinen schlimmen Missernten, hohen Preisen (den höchsten des 19. Jahrhunderts) und **gerade infolge davon** hohen Beschäftigungsgrades, hohen Löhnen und allgemeinen Wohlstandes, *solche* Jahre wird es unter dem Milhaudschen Zahlungssystem nicht mehr geben.

Die Wirtschaftsstatistik liefert noch, einen andern, scheinbaren Einwand gegen das Milhaud'sche System. Es ist nämlich durch zahlreiche und sorgfältige Arbeiten nachgewiesen, daß zwischen Preissenkungen einerseits und Verminderungen des Beschäftigungsgrades andererseits, eine sehr genaue Korrelation besteht. Nicht nur kann man in Abständen von durchschnittlich etwa 11 Jahren eine Senkung sowohl des Preisniveaus als auch des allgemeinen Beschäftigungsgrades auf ca. die Hälfte (J.Z.: ???) feststellen, nein — auch viel geringere Preissenkungen zeigen sich statistisch als mit Senkungen des Beschäftigungsgrades verbunden. Man **könnte** hieraus folgenden Fehlschluß ableiten: Jene Statistiken zeigen doch, daß der Beschäftigungsgrad von ganz übermächtigen Einflüssen regiert wird, gegen die ein so einfaches Mittel, wie das System der Einkaufsscheine nicht aufkommt. Wozu da erst mit diesem System anfangen? Auch dieser Einwand, wenn er erhoben würde, träfe nicht das Richtige; er würde den ganz fundamentalen Unterschied zwischen dem alten Zahlungssystem und dem neuen verkennen. Unter dem alten System, übr

gens auch bei einer «managed currency», etwa nach den Forderungen von Keynes oder Cassel, ist die Menge der Zahlungsmittel *gegeben*. Der Bedarf der Produzenten, Händler, Arbeiter und Konsumenten hat keinen unmittelbaren Einfluß darauf. *Deshalb* unvermeidlich jener enge Zusammenhang zwischen Preissenkungen und Arbeitslosigkeit ! Unter dem neuen System ist aber die Menge der Zahlungsmittel *nicht* vom Bedarf der Produzenten, Händler, Arbeiter und Konsumenten unabhängig. Deshalb kann auch z.B. unter dem neuen System eine Preissenkung sehr wohl die Veranlassung zu einer Vergrößerung des Absatzes und damit einer verstärkten Nachfrage auch nach Arbeitskraft sein, *wird* es sogar sein.

(Unter dem alten System können zwar *niedrige* Preise den Absatz beleben, nicht aber *sinkende* Preise.) .

Die Einwendungen beruhen darauf, daß man bei den statistisch festgestellten Tatsachen stehen bleibt, auf eine Aufhellung der Zusammenhänge verzichtet und anstatt dessen einen naturgesetzlichen und unlösbaren Zusammenhang behauptet, wo doch nur ein künstlicher, durch einen Mißstand bewirkter und leicht aufzuhebender Zusammenhang vorliegt.

VIII. Das Milhaud'sche System und die Geldhoheit des Staates.

a) Widersprechen die Einkaufsscheine der Geldhoheit des Staates ?

Zu einer Zeit, wo nach allgemeiner Meinung «*Geld*» identisch war mit «*Münze*», da konnte man ohne Missverständnis die **Münzhoheit** des Staates **Geldhoheit nennen**. Heute ist das nicht mehr zulässig. Der ältere und wahre Begriff der Geldhoheit ist niemals besser ausgedrückt worden als im «Allgemeinen Preussischen Landrecht», welches unter dem Grossen Friedrich verfaßt und nach seinem Tode veröffentlicht wurde. Da heißt es im II. Teil, 13. Titel, §12:

«Das Recht, Münzen, Maaß und Gewicht.zu bestimmen, gehört zu den Majestätsrechten.»

(Vgl. auch Jastrow, Textbücher, Bd. 6, Seite 15.)

Der Zweck dieses Gesetzes und ähnlicher Gesetze in anderen Ländern war natürlich: ein möglichst unveränderliches *Münzwesen* dadurch zu erreichen, daß jedem anderen als dem Staat das Ausprägen von **Münzen** verboten wurde. Die Erfahrungen mit Privatmünzen waren ja von jeher schlecht; meistens wurden sie zu leicht ausgeprägt. Um *dies* zu verhindern, führte man das Münzmonopol ein.

Den Rabulisten unter den Staatsrechtlern fiel es nun nicht schwer, das *Münzmonopol* zur *Geldhoheit* zu erweitern und von da zum **Zahlungsmittelmonopol** zu gelangen. Auch viele neuere Geldtheoretiker — allerdings auch schon genug im 17. und 18. Jahrhundert — haben einfach Rechtsbegriffe, die für *Münzen* richtig (J.Z.: An anderer Stelle tritt er auch fuer Münzfreiheit ein und klart ihre Voraussetzungen. J.Z., 14.3.04.) und seit Jahr

hundertern anerkannt sind, auf *andere* Zahlungsmittel übertragen, ja sogar auf **Rechtsverhältnisse**, die mit jenen Zahlungsmitteln begründet wurden, vor allem **Schuldverhältnisse** aller Art und haben dem Staat das Recht zugeschrieben, zu jeder Zeit durch Währungsmanipulationen ganz nach Belieben Geldschulden abzuwerten und aufzuwerten. Ob nur Kritiklosigkeit die Ursache war oder etwas anderes, sei dahingestellt, gewiss ist aber, daß aus dieser ganz unzulässigen Übertragung der Rechtsbegriffe der **heutige** Begriff von der **Geldhoheit des Staates** entstanden ist, der vor allem auf ein **Zahlungsmittelmonopol** des Staates hinausläuft. Dieses Monopol gewinnt täglich in allen Ländern der Welt an Boden; seine Auswirkungen aber bedrohen die Volkswirtschaft jedes einzelnen Volkes. Die Wissenschaft kann demgegenüber nicht passiv bleiben. Aufgabe der Wissenschaft ist es vielmehr zu zeigen, daß dieses Monopol nicht durch ein einziges, volkswirtschaftliches oder politisches Ereignis gerechtfertigt wird, daß es seine Entstehung einem Mißverständnis verdankt, und daß seine Aufrechterhaltung entweder niedrigen, materiellen Interessen einer kleinen, bevorzugten Klasse entspringt oder aber einer staatsknechtischen Gesinnung, die sich jedoch als Loyalität und Patriotismus zu geben weiss, obwohl die beiden sehr entgegengesetzt ist.

(In Deutschland heissen Leute dieser Art «120 %ige», nachdem der Führer sie in einer besonders beachteten Rede so genannt und der öffentlichen Verachtung preisgegeben hat.)

Wenn die Wissenschaft das Zahlungsmittelmonopol des Staates in seiner ganzen Gefährlichkeit dargestellt hat, dann werden auch einsichtige Regierungen nicht verkennen, daß hier gewisse Leute versuchen, die Regierung mit Aufgaben zu belasten, die selbst für einen Marc Aurel zu groß gewesen wären. Die Regierungen werden dann erkennen, daß sie an jenem abscheulichen Monopol ebensowenig ein wirkliches Interesse haben, wie etwa an einem Monopol Brot zu backen oder Würste zu machen. Bäcker und Metzger werden hier immer mehr leisten, als der weiseste Regent. Hinzu kommt, daß nach der Ansicht vieler unter den Neueren die Verwaltung des Zahlungsmittelwesens unter Berücksichtigung des allgemeinen Preisniveaus erfolgen sollte. Dessen Feststellung ist aber ohne schwierige, mathematische Methoden nicht möglich. Kann man aber vom allerbesten Regenten, sei er ein König, ein Diktator oder ein konstitutioneller Minister, billigerweise verlangen, daß er ein Mathematiker ist ?? Einem Nicht-Mathematiker kann man aber die Währung nach neuerer Ansicht eigentlich nicht anvertrauen! Die logisch zu Ende gedachte Theorie vom Zahlungsmittel-Monopol des Staates hebt sich selbst auf, indem sie zu unmöglichen Forderungen gelangt.

Die neueste Geldtheorie hat aber gerade durch ihre mathematischen Formulierungen eine fast unwiderstehliche Autorität bei den NichtMathematikern, d.h. bei über 99 % der Menschen, auch der Urteilsfähigen

erlangt. Hinzu, kommt, daß einige ihrer Vertreter, wie Keynes, unbestritten zu den besten, und geistreichsten Mathematikern unserer Zeit gehören, deren rein mathematische Arbeiten gewiß noch nach vielen Jahrzehnten gelesen werden. Aber, so nützlich es ist, die Mathematik auf *einzelne* monetäre Probleme anzuwenden (wie z.B. die Pareto'sche Formel über die Höhe der Einkommen zur Prüfung der Absatzfähigkeit von Automobilen zu verwenden, oder die zahlreichen Indexformeln zur Feststellung des durchschnittlichen Geldwertes eines Landes), so unzulässig ist die Anwendung der Mathematik auf das Problem des Zahlungsmittelwesens überhaupt. Die Mathematik ist nicht

berufen, die wirtschaftlichen und rechtlichen Grundlagen des Zahlungsmittelwesens auch nur zu erörtern!

(Wie kläglich nehmen sich in den sonst so wertvollen und grundlegenden Werken von Gossen und Launhardt die Abschnitte über das Geldwesen aus, wo z.B. beide Autoren es nicht verstanden, zwischen Papiergeld mit Zwangskurs und ohne Zwangskurs zu unterscheiden !!) Auch ist immer noch richtig, was *Roscher* in seinen «Grundlagen», § 22, hierzu sagte.

Die Epicyklen des Ptolemäus erforderten ganz erheblich mehr Mathematik als das einfache System des Kepler, war es deswegen richtiger? War die Mathematik überhaupt berufen, zwischen P. und K. zu entscheiden?? Gewiss nicht !

b) Rechte des Menschen und Bürgers gegenüber dem Zahlungsmittelmonopol.

Im 17. und 18. Jahrhundert empfanden weite Volkskreise das uns heute kaum noch verständliche Bedürfnis, die Rechte des Menschen und Bürgers **gegenüber dem Staat** und umgekehrt die Rechte der Behörden, und besonders der obersten Regierungsgewalt, gegenüber den Untertanen, durch allgemeine Grundsätze festzustellen. Der Kenner der Geschichte weiss, welcher überaus tiefgehende Einfluß von der guten Formulierung solcher Rechte bei der Revolution von 1688 in England ausging, ferner bei der Amerikanischen Revolution von 1774,

(J.Z.: Gewöhnlich wird sie als in 1776 oder 1775 anfangend beschrieben aber kleine Anfänge gab es schon vorher. Deshalb wohl B.'s Wahl dieses Jahres. J.Z., 14.3.04.)

von den diversen Formulierungen der Französischen Revolution und von denen des Allgemeinen Preußischen Landrechtes.

Hierzu eine Zwischenbemerkung: Alles, was die Vorzeit in dieser Beziehung Gutes und Richtiges erdacht hat, findet sich vereinigt und zu einem bis jetzt nicht übertroffenen Systems des Völkerrechts erweitert in dem Werk «Nouveau Code de Droit International (New Code of International Law)» von Jerome Internoscia, New York 1910, einem in drei Sprachen gedruckten Band von 1003 Seiten.

(J.Z.: In einer frühen PEACE PLANS Ausgabe von mir reproduziert, aber bisher nur auf zu vielen Mikrofiche. J.Z., 14.3. 04.)

Vielleicht ist seit dem Corpus Juris Justinians kein Werk über die Rechtsverhältnisse in ihren verschiedenen Verzweigungen veröffentlicht, welches sich dem Werk Internoscia's an die Seite stellen liesse. Auffallenderweise blieb es ganz unbeachtet. Was

Internoscia im zweiten Buch des Werkes über die Abgrenzung der Rechte zwischen Mensch und Staat sagt, steht so hoch über den älteren Auffassungen, wie etwa die analytische Geometrie des Cartesius über der seiner Vorgänger. **Ein** ganz wesentliches Recht aber findet sich weder in den Erklärungen der Französischen Revolution noch bei Internoscia, es ist das Recht, welches die Amerikaner zur Zeit Washington's «The Right of Banking» nannten, ohne allerdings eine ganz klare Vorstellung davon zu haben: Es ist das Recht eines jeden mündigen Bürgers, sich selbst Arbeitsgelegenheit zu eröffnen dadurch, daß er sein Eigentum und seine Produkte andern Bürgern in der Form passend typisierter und gestückelter Schuldurkunden anbietet, welche er sich verpflichtet, bei Hergabe von Teilen seines Eigentums und seiner Produkte von ihrem Inhaber nach ihrem Nennwert anzunehmen, ferner das Recht, sich mit anderen Bürgern zu vereinigen zu dem Zwecke **gegenseitiger** Annahme solcher Schuldurkunden, und selbstverständlich mit der Pflicht, alle hierbei

entstehenden Vorgänge und Einzelheiten jeder Aufsicht zu unterwerfen, die nur irgendwie billigerweise gefordert werden kann.

(Das Right of Banking ist erwähnt von Prof. Bullock «Monetary History of the United States», New York 1900, Seite 81.) (J.Z.: Eine MikroficheAusgabe dieses Buches ist in PEACE PLANS 373375.)

Man kann vermuten, daß die Weltgeschichte einen anderen und besseren Verlauf genommen hätte, wenn die Befürworter jenes Rechtes in Amerika und in Europa (Horn, Courcelle-Seneuil, Coquelin und mehrere andere, auch Proudhon) dafür schon früh einen passenden Namen und eine prägnante Formulierung gefunden hätten. Auch litt die Anerkennung des Rechtes sehr unter einem großen, aber allgemeinen Irrtum der älteren Ökonomen, dem Irrtum nämlich, daß Noten sich unmöglich auf pari halten könnten, wenn sie nicht zu jeder Zeit auf Verlangen in Metall *einlösbar* wären. (J.Z.: Beim Herausgeber, nicht auf dem Goldmarkt! J.Z., 14.3.04.) Courcelle-Seneuil z.B., bei all seinen tiefen Einsichten, dem Esprit, mit dem seine Bücher geschrieben sind, und der Deutlichkeit, mit welcher er die sozialen Folgen einer Beseitigung des NotenMonopols darlegt, fordert doch immer das Recht «d'émettre des billets **payables à vue et au porteur**». Den Rechtsanspruch der Noteninhaber auf Einlösung hielt er nicht einmal für einen Schönheitsfehler, und doch ist dieser Fehler die letzte und eigentliche Ursache unserer Krise und Milhaud mußte ein ganzes System schaffen, um **diesen** Fehler zu beseitigen.

Immerhin hat die Schaffung zahlreicher, kleiner, lokal arbeitender Notenbanken da, wo sie zuerst in größerer Menge entstanden, nämlich in Amerika, fast unglaubliche, soziale und wirtschaftliche Auswirkungen gehabt. Besonders bemerkenswert ist dabei die lebhaftete Beteiligung der Frauen und der arbeitenden Klassen. Coquelin teilt in seinem Buch «Le Crédit et les Banques», Paris 1859, Seite 435, folgende Tabelle mit, als typisch für ganz Amerika:

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten?

105

Anteilseigner von 6 Notenbanken, zu Portsmouth in New Hampshire, gruppiert nach ihren Berufen.

	<u>Anteile</u>
Frauen	2 438
Arbeiter	673
Farmer und Landarbeiter	1 245
Sparkassen	1 013
Lehrer	630
Ein Privatmann	307
Stiftungen	548
Staat und Gemeinden	157
RegierungsAngestellte	438
Seeleute	434
Kaufleute	2 038
Agenten	191
Richter und Rechtsanwälte	377
Ärzte	336
<u>Geistliche</u>	<u>220</u>
Summe der Anteile	11 045

Ausgelöscht wurde diese Volksbewegung, welche zur Prosperität Amerikas mehr beitrug als irgend etwas anderes, durch den Bürgerkrieg von 1861/65. Damals wurden die Nationalbanken geschaffen, und auf die Noten «freier» Banken wurde eine Steuer von 10 % jährlich gelegt.

Wären die Völker rechtzeitig und mit Nachdruck darüber aufgeklärt worden, daß das Recht, Gutscheine in dem hier dargelegten Sinne auszugeben, nur die unerläßliche, banktechnische Seite des **Rechtes auf Arbeit** ist, und daß dieses Recht *dem Einzelnen* oder Vereinigungen zusteht, und keineswegs ein fiskalisches **Regal** sein darf, so würde die öffentliche Meinung heute mit unwiderstehlicher Gewalt von den Regierungen fordern, entweder sofort selbst etwas zu tun, um Milhaud's Vorschläge in die Praxis umzusetzen (Vorschläge, bei denen die Emission solcher Urkunden das Wesentliche ist), oder aber wenigstens andere nicht zu hindern, es an der Stelle der Regierungen zu tun.

«The Right of Banking», recht verstanden, hilft — einmal anerkannt (nicht nur, wie z.B. früher in der Schweiz, durch Lücken in der Gesetzgebung stillschweigend toleriert) — alle anderen Menschenrechte durchsetzen; ohne dieses Recht aber sind **heute** die andern **auch** nicht aufrecht zu erhalten. Die deutliche Einsicht hierin wird große soziale und politische Veränderungen bewirken, deren Ausmaß wahrscheinlich verhältnismässig die der französischen Revolution übertreffen wird.

Noch nehmen die Massen die Vorenthaltung des «Right of Banking»

106

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten ?

so gleichgültig hin, wie sie etwa ein Verbot hinnehmen würden, am Nordpol Paradiesvögel zu schießen; sie ahnen nicht, daß jenes Recht für sie irgend eine Bedeutung haben könnte; wenn ihnen aber die Ahnung aufgeht, so hat ein gewisser Teil der Welt alle Ursache zu erzittern — nicht vor dem «ehernen Tritt der Massenbataillone» — *damit* wird man fertig — auch nicht vor einer «kommunistischen Revolution», in welcher die Massen angeblich «nichts zu verlieren haben, als ihre Ketten» (Kommunistisches Manifest von 1847, Schluß), sondern vor seiner eignen Überflüssigkeit, die drastisch in die Erscheinung treten wird. In Rußland wird man ja die Agitation für dieses Recht verbieten und als Grund dafür vielleicht geltend machen, daß das Recht, Gutscheine nach dem hier dargelegten Prinzip auszugeben, geradezu identisch wäre mit dem Recht, aus dem kommunistischen Staate auszutreten (Vgl. hierzu Follin, «Paroles d'un Voyant»), und daß man daher logischerweise die GutscheinAgitation ebenso verbieten müsse, wie man im Jahre 1921 die Agitation für den Austritt aus dem kommunistischen Staat (gemeint war ein Austritt, ähnlich wie der Austritt aus der Kirche, also ohne Auswanderung) bei Todesstrafe verboten hat.

Anton Menger, ein ebenso gelehrter als geistreicher und mutiger Rechtswissenschaftler, schrieb vor 30 Jahren seine noch nicht vergessene Schrift: «Das bürgerliche Recht und die besitzlosen Klassen». Ein Recht hat aber Menger **nicht** erwähnt, das Recht nämlich, seine Forderungen und seine Schulden auf dem Wege der Kompensation austauschen und sich dafür die technisch beste Form selbst wählen zu dürfen. Der Handel hat dieses Recht längst und übt es im größten Umfang aus; er könnte ohne dieses Recht gar nicht bestehen. Die Arbeiter aber haben **nicht** das Recht, ihre Arbeitskraft und ihren Lebensunterhalt nach genau den Methoden auszutauschen, welche der Großhandel anwendet. Das Clearing ist den Arbeitern inbezug auf ihre Arbeitskraft verboten, und zwar fast in der ganzen Welt ! Die Beseitigung dieses Unrechts beginnt mit seiner Darlegung.

IX. Das Gresham'sche Gesetz und die Milhaud'schen Einkaufsscheine.

Gresham sprach ausschließlich von *Münzen*. I.J. 1558, als er seine Denkschrift für die Königin Elisabeth niederschrieb, (Jastrow, Textbücher, Band 4, Stück 29) gab es noch kein Papiergeld. Wenn also G. sagte «Bad money drives out good», so meinte er untergewichtige **Münzen**, die aber durch die Regierung für wertgleich den vollwertigen erklärt werden. Daß die Regel auch richtig ist, wenn anstatt einer schlechten **Münze** von der Regierung ein mit Zwangskurs versehener **Zettel** aufgedrängt wird, ist klar.

(J.Z.: Die Aufdrängung ist hier das grösste Übel, nicht die Schlechtigkeit eines solchen Geldes. Das Ablehnungsrecht und das Diskontierrecht für solches Geld wird dabei verweigert. J.Z., 14.3.04.)

Im übrigen besagt die Gresham'sche Regel nur, daß zum Zahlen *geeignetes* (J.Z.: fuer den Zahler, nicht den Zahlungsempfänger! J.Z., 14.3.04.) Geld das weniger *geeignete* vertreibt. Schlechtes Geld, z.B. Assignaten, eignet sich vorzüglich dazu um

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten?

107

einem inländischen Gläubiger aufgedrängt zu werden, während sich z.B. die SilberLivres sehr gut zu Zahlungen ins Ausland und zum Thesaurieren eignen. Sowie das schlechte Geld aber keinem *Annahmewang* (J.Z.: und Zwangswert!) mehr unterliegt, wird alles anders. Die Münzen werden dann nur noch nach ihrem Metallwert genommen, das Papiergeld nach dem Wert seiner wirklichen Deckung, möge sie in greifbarem Metall oder in greifbaren und kuranten Waren bestehen, oder, in der Bereitwilligkeit von Gläubigern, z.B. des Fiskus, sie für voll anzunehmen.

Milhaud'sche Einkaufsscheine sind durch Waren oder Dienstleistungen oder durch Annahmeverpflichtung von Gläubigern zu 100 % gedeckt. Im Falle eines Disagios im allgemeinen Zahlungsverkehr gibt es also zahlreiche Stellen, die sie trotz dieses Disagios zum Nennwert annehmen **müssen**. Die Einkaufsscheine sind daher kein «schlechtes» Geld, sondern gutes. Ja man *könnte* sich vorstellen, daß wenn eine Staatsbank so liberal Inflationkredite gewährt, wie es die Deutsche Reichsbank unter Havenstein getan hat (der Reichsbankdiskont betrug bis 27. Juli 1922 5 % p.a., als die Menge des umlaufenden Papiergeldes schon über 250 000 Millionen betrug), daß dann die Staatsbank in eine erfolgreiche Konkurrenz mit einer Bank nach Milhaud'schen Prinzipien treten würde, und daß **dann** die Milhaud'schen Scheine, weil sie **zu gut** sind, **von den Staatsnoten**, die schlecht, aber zum Ausplündern der Gläubiger sehr **geeignet** sind, verdrängt werden. Mögen uns die Götter bewahren!

(Vgl. hierzu die gute Kritik «Observer's» im Etoile, Annalen, Heft II/1933, S. 218, frz. Ausg. S. 46, engl. S. 200.)

X. Versicherung gegen Arbeitslosigkeit versus Sicherung der Arbeitsgelegenheit durch Einkaufsscheine.

Ein paar Worte der Kritik verdient noch die staatliche Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, um so mehr, als in vielen Ländern große, staatliche Anstalten zur Durchführung einer solchen Versicherung bestehen, die in normalen Zeiten Einnahmen von insgesamt vielen hundert Millionen Goldfrancs im Jahr haben.

Die Beiträge der Arbeiter und der Arbeitgeber zur Versicherung gegen Arbeitslosigkeit sind ihrer eigentlichen Natur nach eine *Steuer*. Daraus ergibt sich schon mit großer Wahrscheinlichkeit, daß bei Störungen im Geldwesen der Eingang dieser Sondersteuer den gleichen Hemmungen unterliegen wird, wie der Eingang aller anderen Steuern. Die laufenden Einnahmen einer Versicherungsanstalt gegen Arbeitslosigkeit aus Beiträgen werden also gerade dann vermindert, wenn man ihrer wirklich bedarf. Ähnliches gilt auch von den Reserven der Anstalt. Die Reserven werden ja nicht in barem Geld *aufbewahrt*, sondern bei irgend welchen Schuldnern *angelegt*. Tritt nun die Arbeitslosigkeit ein, so wird diesen Schuldnern das Kapital *gekündigt*. Besteht nun gleich

108

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten?

zeitig eine Zahlungsmittelkrise, wie wohl stets bei allgemeiner Arbeitslosigkeit, dann wird den betreffenden Schuldnern die Rückzahlung sehr schwer.

(Das Bestehen einer Zahlungsmittelkrise wird manchmal dadurch verschleiert, daß gleichzeitig die Großbanken in Verlegenheit sind, die ihnen infolge der Krise zahlreich zuströmenden, kurzfristigen Gelder anzulegen.)

War etwa die Reserve der Anstalt für Arbeitslosenversicherung bei Industriellen angelegt — oder zunächst bei Banken und von diesen bei Industriellen — dann kann es leicht geschehen, daß die Industriellen, um der Anstalt die Guthaben zurückzuzahlen, an den Löhnen sparen, d.h. Arbeiter entlassen müssen. Tritt das ein, dann kann man mit Recht sagen, daß die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit gerade zu Krisenzeiten zusätzliche Arbeitslosigkeit bewirkt. Es dürfte sich hier keineswegs um Phantasiegebilde handeln, obwohl detaillierte Untersuchungen zu dieser Frage noch nicht vorliegen.

Da wo mit Einkaufsscheinen bezahlt werden darf, ist die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit überflüssig.

Allerdings enthält der Gedanke einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit einen richtigen, wenn auch sehr versteckten, Kern. Manchmal ist es möglich, die Arbeitsgelegenheit in der Gegenwart einzuschränken, um sie in der Zukunft zur Verfügung zu haben. In diesem Falle müssen natürlich Mittel zur Finanzierung reserviert werden. Viele Arbeiten können z.B. anstatt im Sommer in Überstunden geleistet zu werden, auf die Wintermonate verlegt werden, wo stets eine Art von «struktureller» Arbeitslosigkeit einsetzt.

(J.Z.: Im Auftrage meines Vaters besuchte ich einmal, Anfang der fünfziger Jahre, Valdagno in Italien, zum grossen Teil die Stadt des Textilkönigs Marzotto, der den grössten Teil ihrer erwachsenen Einwohner beschäftigte. Ich sollte M. fuer das Ideen Archiv meines Vaters gewinnen, traf ihn aber nicht an, lernte aber seine Fabriken, landwirtschaftlichen und anderen Aktivitaeten etwas kennen. Er hatte auch viele Landarbeiter auf seinen Gütern. Im Winter wurden wenigstens ein Teil von ihnen dadurch beschäftigt, dass sie in einer Seifenfabrik arbeiteten, die das aus dem der Schafwolle gewonnen Fett, dass sich im Sommer angesammelt hatte, irgendwie konserviert, dann Seife fabrizierten. Er hatte wohl auch noch einige andere Fabriken eingerichtet, die nur im Winter arbeiteten. Ob diese Anlagen auch profitabel waren weiss ich nicht. Ich erfuhr aber von einem Schweizer, der mich herumführte, dass z.B. die guten Häuser, die durch eine eigene Baufirma von Marzotto gebaut wurden, etwa doppelt so viel kosteten, als dieselben Häuser gekostet haben würden,

wenn sie durch private andere Firmen gebaut worden wären. Übergrosse Betriebe sind oft so unökonomisch! J.Z., 14.3.04.)

Der berühmte Statistiker *Bowley* schätzte z.B. i.J. 1909, daß man in England von 1896 bis 1906 durch eine jahreszeitlich richtige Verteilung von Aufträgen der Öffentlichen Hand im Betrage von nur 4 Millionen jährlich (bei einem Gesamtaufwand von von 150 Millionen £ für öffentliche Arbeiten) ein sehr beträchtliches Maß von Arbeitslosigkeit hätte verhüten können. Vgl. Schriften der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Heft I, Berlin 1913, Herausgegeben von Dr. Ernst Bernhard. Aber auch bei der Reservierung eines Teiles der öffentlichen Arbeiten für die Wintermonate muß der Staatsmann prüfen, ob die Bezahlung der Arbeiten etwa aus im Sommer eingegangenen Steuern erfolgt. Geschieht dies, dann müssen die im Sommer eingehenden und im Winter ausgegebenen Steuern so angelegt werden, daß sie im Winter durch *Einkaufsscheine* flüssig gemacht werden, nicht etwa durch Geld. Die übliche Art der Anlegung von im Augenblick nicht gebrauchten Steuern bei Banken und die Anlegung, durch die Banken in Börsenkrediten, welche dann im Winter flüssig gemacht werden, muß im Winter wenigstens ebensoviel Arbeitslosigkeit neu schaffen, als die Winterarbeit selbst gutmacht.

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten?

109

XI. Das Wesen der sozialen Frage nach der Annahme der Vorschläge Milhauds.

a) Die bisherige Auffassung vom Wesen der sozialen Frage.

Aus der großen Fülle von *einzelnen*, sozialen Fragen, mit welchen die besten Geister der vergangenen 2 oder 3 Jahrhunderte sich beschäftigten, sind jetzt *zwei* Fragen als diejenigen anerkannt, welche gewissermassen alle anderen in sich schliessen, und deren Lösung die Vorbedingung zur Lösung der andern sozialen Fragen ist. Diese beiden Fragen sind:

1. Eine bessere Verteilung des Sozialproduktes,
2. Die Überwindung der Arbeitslosigkeit.

Allerdings haben sich sehr viele Sozialreformer — und wirklich nicht die unwissendsten unter ihnen — bemüht zu zeigen, daß diese beiden Fragen in Wirklichkeit nur **eine** Frage seien, und tatsächlich *sind* auch im letzten Grunde beide Fragen nur zwei Seiten *einer* Frage. Allzu primitiv ist es aber, einfach zu sagen: der «Kapitalismus» ist die Ursache sowohl der schlechten Verteilung des Sozialproduktes als auch der Arbeitslosigkeit, und weiter: die Frage, wie man *ihn* beseitigt, ist daher *die* soziale Frage. Die Leute, die so sprechen (**denken** ist zu viel gesagt, denn keiner von ihnen kann deutlich sagen, welche Begriffe er denn nun eigentlich mit dem Wort «Kapitalismus» verbindet), sind aber nicht einmal auf falschem Wege, sie sind überhaupt auf keinem Wege; sie verhindern aber, durch ihre scheinbar so «prinzipientreue» Ablehnung aller «Halbheiten», daß das Problem nun einmal an *einem* Punkt wirklich *angefast* wird. Auch wenn man sich scheinbar wissenschaftlicher ausdrückt und sagt: Der *Mehrwert* ist gleichzeitig die Ursache der geringen Löhne sowohl als auch der periodischen Arbeitslosigkeit, kommt man dem Problem nicht näher. Der Mehrwert, obwohl natürlich eine **Beeinträchtigung** der Arbeiter, erklärt doch nicht im geringsten ihre **Arbeitslosigkeit**. Nicht einmal Marx macht den Mehrwert für die Krisen verantwortlich, sondern in erster Linie die **Maschinen**. Die betreffende Stelle im «Kapital» verdient übrigens nachgelesen zu werden, weil sie

ein paar ganz auffallende Widersprüche aufweist. Im ersten Abschnitt, Kap. 3 b, «Zahlungsmittel» legt Marx das Wesen der Krise als einer «GeldHungersnot» ganz richtig dar, so daß Marx nur noch *einen* Schritt hätte weiter zu gehen brauchen, und er hätte neben der richtigen Erkenntnis des Problems auch seine Lösung gefunden. Aber eben diesen Schritt tut Marx *nicht*, sondern fängt plötzlich von etwas ganz anderem an, um im 7. Abschnitt, 23. Kap. No. 3 das Maschinenwesen zum Ausgangspunkt einer neuen Krisentheorie zu nehmen. Daß die alte Regel: «Simplex (J.Z.: Simplicitas?) veritatis sigillum» dabei bestätigt würde, kann man nicht behaupten.

Marx unterscheidet dreierlei: erstens die kontinuierliche Freisetzung von Arbeitern durch *neu* angeschaffte Maschinen, dann den Umstand, daß überhaupt mit Maschinen gearbeitet wird, wodurch es erst möglich wird, daß *heute* Millionen von Menschen gut beschäftigt und morgen die gleichen Millionen auf längere Zeit arbeitslos sind, und drittens die nach seiner Meinung sich durch Jahrzehnte fortsetzende Wirkung *früherer* Freisetzungen von Arbeitern durch Maschinen. (Kapitel VII. Aufl. von 1923, S. 571.) Marx behauptet, daß die früheren Freisetzungen sich in der Form von *periodischen* Repulsionen und Kontraktionen äußern müssen, wie in *jedem* dynamischen, abgeschlossenen System sich ein einmaliger Anstoß in der Form von dauernden, periodischen Bewegungen konserviert. Marx macht allerdings keinen Versuch, darzulegen, daß die menschliche Gesellschaft in *diesem* Sinne ein dynamisches System ist, dem also die *Anpassungsfähigkeit* fehlen würde, oder anders ausgedrückt: welches kein **Organismus** sein würde. Marx sagt: «Ganz wie Himmelskörper, einmal in eine bestimmte Bewegung geschleudert, dieselbe stets wiederholen, so die gesellschaftliche Produktion, etc.»

Die Periodizität der Krisen ist inzwischen, wie in einem früheren Abschnitt dargelegt, aus einer viel natürlicheren Ursache erklärt, als die Gleichsetzung der menschlichen oder auch nur der kapitalistischen Gesellschaft mit einem abgeschlossenen, dynamischen System sein würde. (Daß die Formeln der Wirtschafts-Mathematik für den Tausch, die Akkumulation, etc. viel Ähnlichkeit mit den Formeln der Dynamik haben, darf nicht dazu verführen, die Wirtschaft *nur* als ein dynamisches System aufzufassen.)

(J.Z.: Es gibt *wenigstens* etwa 150 Krisistheorien. Solange nicht alle ausreichend zusammengestellt, verglichen und kritisiert sind könnte ich mich nicht für irgendeine unter diesen entscheiden. Die meisten werden separat von ihren Anhängern vorgetragen oder als selbstverständlich angenommen, als ob es gar keine anderen Theorien oder Hypothesen dieser Art gäbe und als ob man es sich leisten könnte in einer so wichtigen Angelegenheit so unwissenschaftlich vorzugehen. J.Z., 14.4.04.)

Was aber die «Freisetzung» von Arbeitern durch Maschinen betrifft, so sind heute Länder wie Deutschland oder die Schweiz dahin gelangt, daß auf jede menschliche Arbeitskraft etwa 70 «eiserne Sklaven» kommen. Schon dieses Verhältnis von 1: 70 zeigt, daß die Maschinenkraft unmöglich menschliche Arbeitskraft *verdrängt* haben kann, sondern daß die ökonomische Bedeutung des Maschinenwesens eine ganz andere sein muß. In diesem Zusammenhang kann auch daran erinnert werden, daß ein Mensch im Durchschnitt etwa ein Drittel Kilowattstunde mechanische Arbeit täglich leisten kann, d.h. ein Arbeitsquantum, welches die Kraftwerke für etwa 10 Pfg. oder 20 Pfg. verkaufen.

Es ist das kaum zu überschätzende Verdienst Milhaud's, gezeigt zu haben, daß die Arbeitslosigkeit sehr wohl auch in der gegenwärtigen «kapitalistischen» Gesellschaftsordnung beseitigt werden kann, und daß man also nicht, wie die meisten Arbeiter meinen, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, *vorher* oder gleichzeitig die ganze soziale Frage lösen muß, also insbesondere keineswegs gezwungen ist, *vorher* oder gleichzeitig eine andere Verteilung des Sozialproduktes, etwa

durch Abschaffung des Mehrwerts, zu organisieren. Trotzdem darf man die Lösung Milhaud's nicht etwa als eine «halbe» bezeichnen. Der beste Weg zur vollständigen Lösung der sozialen Frage ergibt sich unmittelbar aus seinem System; anders ausgedrückt: es liefert den arbeitenden Klassen mächtige, notfalls von ihnen selbst — also ohne parlamentarischen Umweg — anzuwendende Hilfsmittel zur Herstellung einer gerechten Verteilung des Sozialproduktes, so daß die Politiker wahrscheinlich nicht dabei bemüht zu werden brauchen.

b) Eine bessere Verteilung des Sozialproduktes nach der Beseitigung der Arbeitslosigkeit.

Die Kritik der Verteilung des Sozialproduktes ist der ethische Ausgangspunkt des modernen Sozialismus. Dieser Ausgangspunkt schien durch eine traurige Wirklichkeit nicht nur gegeben, sondern sich geradezu aufzudrängen. Große Volksmassen auf der einen Seite, heute ganz arbeitslos und morgen für einen elenden, weit unter dem Existenzminimum liegenden Lohn arbeitend, und ein paar Überreiche auf der andern, Leute, die buchstäblich selbst nicht berechnen können, *wie* reich sie sind, und von denen manche, wie die Könige in alten Zeiten, einen «Maitre de plaisir» brauchen, der ihnen hilft, ihren Reichtum zu verschwenden — **der** Zusammengang schien doch klar. Er schien um so klarer zu sein, als ja doch nichts gewisser **scheint**, als daß die Reichen nichts konsumieren können, was das arbeitende Volk nicht vorher entweder ganz ohne ihre Mitwirkung produziert hat, wie Wein und Kuchen, oder unter geringer Beteiligung der Reichen, wie Gegenstände der Kunst. (Scheint !! In Rußland hatte die plötzliche Ausschaltung eines großen Teils der besitzenden Klassen aus dem Produktionsprozeß höchst unerwartete, ungünstige Folgen.) Und doch hat sich der Sozialismus schon in seinem ethischen Ausgangspunkt geirrt! Das arbeitslose Einkommen macht einen viel geringeren Teil des Volkseinkommens aus, als es den Anschein hat, und außerdem ist es nicht so, daß die Reichen das **zuviel** haben, was den Armen **fehlt**.

(J.Z.: Massenfabrikation produziert nicht fuer den Verbrauch der Reichen. Und selbst in Form von Kuchen köönnen sie nur eine sehr begrenzte Menge von Weizen gebrauchen. J.Z., 15.3.04.)

Als nach der Revolution von 1918 viele Sozialisten zur Regierung kamen, und als ihre Anhänger von ihnen eine sofortige «Sozialisierung» erwarteten, da begannen diese Sozialisten — wie es ja auch ihre Pflicht war — zunächst einmal zu *rechnen*. Zu ihrem sehr großen Erstaunen erkannten sie, daß der «Mehrwert» geringer war, als vielleicht die Kosten ausgemacht hätten, ihn zu «erfassen». Die Sozialisten verloren den Mut, begnügten sich mit einigen legislativen Kleinigkeiten, und ihre Gegner nutzten dann die völlige Unwissenheit der Sozialisten und des ganzen Volkes in allem, was das Zahlungsmittelwesen betrifft, zu Inflationen aus, von denen nur wenige Länder verschont blieben. Und doch wäre es schon damals möglich gewesen, durch eine Reform des Zahlungsmittelwesens (nicht einmal der Währung!!) das Einkommen der arbeitenden Klassen mindestens zu ver

doppeln, und nebenbei noch die arbeitslosen Einkommen beträchtlich zu vermindern.

Prof. Ruhland, kein Sozialist, schätzte vor dem Kriege das arbeitslose Einkommen in Deutschland auf etwa 9 Milliarden Mark. Diese Schätzung dürfte aber zu hoch gewesen sein. Nach einer im Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich, Jahrgang 1933, Seite 495, aufgestellten Schätzung ergab sich folgende Schichtung des Privateinkommens in Deutschland für das Jahr 1928, also für ein Jahr, wo die Produktivkräfte Deutschlands kaum geringer waren, als etwa im Jahre 1913.

	Einkommensstufen	Geschätztes Privat-Einkommen In Millionen RM
von	0 - 1 200	20 577
über	1 200 - 3 000	26 005
"	3 000 - 5 000	9 888
"	5 000 - 8 000	6 239
"	8 000 - 12 000	2 849
"	12 000 - 16 000	1 410
"	16 000 - 25 000	1 698
"	25 000 - 50 000	1 706
"	50 000 - 100 000	1 295
"	100 000	
		<u>72 677</u>

Die Einkommen in den höheren Einkommenstufen, an die man bei arbeitslosen Einkommen zuerst denkt, machen viel weniger aus, als man a priori glauben sollte. Allerdings ist die Statistik, wie alle derartigen Statistiken, nicht genau — worauf auch das Amt selbst hinweist — aber einen Anhalt gewährt sie doch.

Das Amt hat noch für das noch für das Jahr 1928 eine andere Statistik aufgestellt, die gleichfalls zeigt, daß das *Kapital* einen geringeren Anteil am Volkseinkommen hat, als viele glauben.

<u>Einkommensquelle</u>	<u>Privateinkommen i.J. 1928 in Millionen</u>
Land, und Forstwirtschaft	5 816
Handel und Gewerbe	12 187
Lohn und Gehalt	42 621
Kapitalvermögen	2 784
Vermietung und Verpachtung	836
Renten und Pensionen	8 433
	<u>72 677</u>

(Wirtschaft und Statistik, Jahrg. 1934, S. 612.)

Die prozentuale Verteilung weicht nicht sehr ab von derjenigen des

Volkseinkommens in USA i.J. 1925, mitgeteilt von Milhaud in den Annalen, Heft 11/1933, S. 184.

Der Anteil des reinen Arbeitseinkommens würde also, wie diese Statistiken zeigen, nicht in dem von sehr vielen Sozialisten erwarteten Maße zunehmen, wenn es jetzt gelänge, das im sozialistischen Sinne arbeitslose Einkommen dem Arbeitseinkommen zuzuschlagen. Die Bedeutung der arbeitslosen Einkommen wird aber auch noch insofern überschätzt, als sie nicht etwa die *Ursache* der durch die obigen Zahlen ausgedrückten Verteilung des Sozialproduktes sind. Nicht deswegen bleiben im Winter viele Proletarierwohnungen ungeheizt, weil die Millionäre zuviel Kohlen verbrauchen! Im Gegenteil, es bleiben *noch* Kohlen übrig, welche die Bergwerke gern den Proletariern verkaufen würden, wenn sie nur wüßten, wie. Was aber von Kohlen gilt, das gilt natürlich von *jedem* Gut, welches die Wohlhabenden verbrauchen. Dieser Güter *fehlen* nicht etwa deswegen in den Haushaltungen der Proletarier, weil die Wohlhabenden zuviel davon hätten, sondern es sind noch viel zu viel dieser Güter in den Läden vorhanden und verderben dort täglich in großen Mengen. Wenn man das zugibt, dann muß man anerkennen, daß nicht eigentlich eine neue **Verteilung** des Sozialproduktes das Problem ist, sondern etwas ganz anderes, etwas, das man wohl eher als «Erschließung» des Sozialproduktes bezeichnen könnte.

Der Fabrikarbeiter, der vielleicht erst gestern eine Lohnerhöhung durchgesetzt hat, von der sich voraussehen läßt, daß sie die Dividende der Aktiengesellschaft, die ihn beschäftigt, herabsetzen wird, kann sich in diese Gedankengänge natürlich nicht hineinfinden. Für ihn liegt ganz klar auf der Hand, daß er und sein Arbeitgeber sich in das Sozialprodukt zu teilen haben, und daß der eine um so mehr hat, je weniger der andere bekommt. Aber der Fabrikarbeiter irrt. Nicht das **Produkt** wird zwischem ihm und dem Arbeitgeber verteilt, sondern *das Geld*, welches das Produkt erst erschließt, d.h. welches eine Anweisung auf einen Anteil am Produkt ist. *Geld* ist bis jetzt immer knapp gewesen, und mußte es sein. Erst diese Knappheit bewirkt die gegenwärtige, schlechte Verteilung des Sozialproduktes, eine so schlechte Verteilung, daß die Bezeichnung «ungerecht» noch zu gut dafür ist, denn der Mangel des einen ist nicht einmal der Vorteil des anderen.

Hier setzt nun die von Milhaud angebahnte Reform ein, eine Reform der Gesellschaft sowohl als der Auffassung von den sozialen Zusammenhängen. Zahlungsmittel werden nach der Durchführung der Reform *nicht* mehr knapp sein, d.h. sie stehen immer in dem Maße zur Verfügung, wie bestellte Produkte hergestellt werden können. Damit aber ist für die arbeitenden Volksklassen ein Zugang zu einer so großen Gütermenge eröffnet, daß der gegenwärtige Verbrauch der Bezieher von arbeitslosem Einkommen dagegen ganz geringfügig erscheint, *so*

geringfügig, daß es sich gar nicht lohnt, von Gesetzeswegen einen Angriff auf diese Bezieher zu unternehmen. Andererseits aber werden die meisten Bezieher von arbeitslosem Einkommen, die bisher in Wirklichkeit eben von der Knappheit des Geldes bei den anderen Einkommensbeziehern lebten, durch eine Reform im Sinne Milhauds ihres wichtigsten Privilegs beraubt.

(**Privileg** ist eigentlich nicht die richtige Bezeichnung. Es ist ein **Vorzug**, ähnlich wie ihn die Sachwertbesitzer in Inflationszeiten haben, ein Vorzug, von dem die Sachwertbesitzer zu solchen Zeiten selbst nicht recht wissen, wie sie dazu kommen, um den sie sich ja auch nicht bemüht haben,

und der ihnen bei Stabilisierung der Währung wieder entgeht, ebenfalls ohne daß die Sachwertbesitzer recht begreifen, wie es zugeht. Dabei verlangt die öffentliche Meinung in Inflationszeiten beständig eine «Erfassung der Sachwerte», und betrachtet die Sachwert-Besitzer beinahe als Feinde der Gesellschaft. Zu diesem Privileg des Sachwertbesitzer in Inflationszeiten ist das Prinzip der Geldbesitzer ein genaues Analogon.)

Gewiß wird auch nach der Aufhebung des Geldmonopols ein Rest von ungerechter Verteilung des Sozialprodukts verbleiben, aber dieser Rest kann mit verhältnismäßig einfachen Mitteln auf ein Minimum reduziert werden.

Einem heute zwar nicht mehr modernen aber doch mit Unrecht vergessenen Denker, *Theodor Hertzka*, ist dies nicht entgangen; er argumentierte etwa so:

Wenn es jedem freistünde, einen Betrieb oder eine Gemeinschaft zu verlassen, wo seine Dienste seiner Meinung nach nicht ausreichend vergütet werden, und wenn es ihm freistünde, dafür in andern Betrieben zu arbeiten oder in anderen Gemeinschaften, deren Regeln und sonstige Verhältnisse ihm eine bessere Vergütung versprechen, oder aber ganz für sich zu arbeiten, dann brauchte man die Gerechtigkeit der Verteilung des Sozialproduktes nicht noch eigens zu organisieren. Die **Freizügigkeit** allein würde dann die Gerechtigkeit nach und nach herstellen, einfach dadurch, daß die Orte verlassen werden, wo Ungerechtigkeit herrscht.

Hertzka hat diesen Gedanken in einigen zwar vergessenen, aber doch sehr gründlichen Schriften ausgearbeitet, Schriften, die eine zukünftige Sozialgesetzgebung berücksichtigen muß, wenn sie Brauchbares schaffen will. Jener Meinung hat man entgegengehalten, daß sie utopisch sei; denn — so erwiderte man — die Kapitalisten werden stets dafür sorgen, daß es den Arbeitenden, eben *nicht* freisteht, die Betriebe, wo sie zu schlecht bezahlt werden, zu verlassen. Da den Kapitalisten der Boden gehört — so fuhr man fort — so können sie jedem den Zutritt zum Boden verweigern, der ihnen zu «begehrlich» erscheint; und da den Kapitalisten außerdem das Geld gehört, so können sie jedem Arbeitenden seinen Aufenthaltsort vorschreiben, indem sie erklären: da und da bekommst du Geld ausgezahlt, sonst nirgendwo! Sie können auch, da sie Herren des Geldes

sind, jedem seinen Anteil am Sozialprodukt nach ihrem Belieben zumessen. Es gilt also, die Macht der Kapitalisten zu brechen. Ist aber diese Macht erst gebrochen, dann stehen andere und wirksamere Mittel zur Verfügung, um das Sozialprodukt gerecht zu verteilen, als blosse Freizügigkeit. Diese Argumentation verkennt aber, wie sich aus den vorhergehenden Betrachtungen ergibt, den Kernpunkt des Problems.

Die letzte Ursache der gegenwärtigen, schlechten Verteilung des Sozialproduktes ist die Verfassung des Zahlungsmittelwesens in der ganzen Welt, wonach es den arbeitenden Klassen (wozu ja nicht nur die Fabrikarbeiter gehören) verboten ist, ihre Arbeitskraft gegen passend gestückelte und typisierte Anweisungen auf den Geldwert ihres eignen Arbeitsprodukts zu verkaufen. Der Verkauf ist ihnen nur gegen *Geld* («exclusive currency» nach W.B. Greene's sehr passender Bezeichnung) erlaubt, wodurch dann für sie — die immer nur nach dem allerersten Eindruck urteilen — allerdings der Anschein entsteht, als ob ihr Geldgeber auch der *Herr* des Geldes sei. Aber die «Kapitalisten» sind sogar weniger «Herren des Geldes» als die Arbeiter selbst; denn die Arbeiter haben unter allen Umständen und von gesetzeswegen *bares Geld* zu bekommen, während der «Kapitalist» in der Praxis mit jeder Art von Geldersatz zufrieden ist. Überhaupt — «Herren des Geldes» — als ob nicht derjenige «Herr des Geldes» wäre, der es gerade besitzt, und als ob es ein **Klasse** von Geldherren

gäbe, so wie es früher eine **Klasse** von Feudalherren gab!! Die Sprache des Volkes ist seine schlimmste Fessel!

c) Die Befreiung der Arbeit.

In dem Augenblick, in dem die Arbeiter das Recht haben, ihre Arbeitskraft anders als gegen *Geld* zu verkaufen und sich dieses Rechtes auch bedienen, fallen für die Geldbesitzer (seien sie nun Herren oder Sklaven des Geldes) alle *Privilegien* fort, welche sie bisher gegenüber dem Nicht-Geldbesitzer hatten. Die besitzlosen, aber doch im Besitz ihrer Arbeitskraft befindlichen Volksklassen stehen dann nicht mehr den Besitzern von *Geld* gegenüber, darauf angewiesen, sich mit diesen Besitzern zu verständigen oder zu hungern, sondern sie stehen nur noch *Sachwert-Besitzern* gegenüber, d.h. Besitzern, der Produktionsmittel, des Bodens und der Vorräte.

In dieser neuen Situation kommt nun den arbeitenden Klassen eine sozial höchst wichtige, von den revolutionären Sozialisten aber ganz unbeachtete Tatsache zu Hilfe: Die Besitzer der Häuser, der Werkstätten und der Vorräte **wollen** nicht nur ihren Besitz verwerten, sondern die allermeisten **müssen** es sogar. Zwar hat *Henry George* mit Recht darauf hingewiesen, wie leicht z.B. die Bodenbesitzer sich untereinander verständigen **könnten**, um durch ihr Bodenmonopol zur absolut herrschenden Klasse zu werden, die — wenn sie will — den andern Klassen sogar ihre Religion vorschreiben kann. Auch wäre es ein übertriebener

116

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten ?

Sozial-Pazifismus, wenn man nicht zugeben wollte, daß ein solches Vorgehen der Bodenbesitzer die Gesellschaft sowohl als den Einzelnen zu jeder Art von Widerstand berechtigte; aber die Erfahrung zeigt doch daß die Bodenbesitzer sich eben *nicht* untereinander verständigen und zu gemeinsamen Aktionen viel weniger geneigt und fähig sind, als z.B. die Fabrikarbeiter. Was folgt daraus? Sowie die Besitzer des Bodens, der Produktionsmittel und der Vorräte sich erst einmal an die Vorstellung von **Gutscheinen** als Zahlungsmittel gewöhnt haben (und die arbeitenden Klassen sich in erster Linie als *Zahler* fühlen, und nicht als Zahlungs-Empfänger!), sowie dies also eingetreten ist, werden die Besitzer den Boden, die Produktionsmittel und die Vorräte den arbeitenden Klassen zur Benutzung überlassen und als Vergütung die Gutscheine annehmen.

Hierbei ist nun noch eine weitere und sehr wichtige Tatsache zu berücksichtigen. Den meisten Menschen ist nur die nächste Zukunft von Wichtigkeit; was nach einigen Jahren geschieht oder gar nach ihrem Tode, ist ihnen gleichgültig. Die meisten Bodenbesitzer und Fabrikbesitzer werden also geneigt sein, gegen eine kleine Erhöhung der von ihnen für die bloße Benutzung geforderten Vergütung auch das *Eigentum* am Boden und an den Produktionsmitteln zu übertragen. Prof. Graham hat in den *Annalen*, Heft II/1933, hierzu Vorschläge gemacht, und in Heft I/1934, S. 55, sind noch einige Betrachtungen über die Tragweite dieser Vorschläge angestellt. Gerade die Krise, mit ihrer Entwertung aller Betriebe, ist Plänen, wie denen Grahams, günstig.

Die Neigung der Bodenbesitzer, **möglichst viel** aus ihrem Boden herauszuholen und den Besitz gegen eine sichere Rente umzutauschen, ist sozial von größter Bedeutung. Im Mittelalter benutzten zahlreiche Leibeigene diese Neigung, um sich gegen eine kleine Rente die persönliche Freiheit zu erkaufen. Es zeigte sich, daß die so gewonnene Freiheit den Nachkommen durch Jahrhunderte hindurch erhalten blieb, während die **Aufstände** der Bauern fast immer eine Verschlimmerung ihrer

Lage zur Folge hatten. Fast als eine Fortsetzung jener mittelalterlichen Vorgänge erscheint die Geschichte der italienischen Pachtgenossenschaften, zu denen sich italienische Landarbeiter organisierten, nachdem sich alle Arten von Sabotage, «direkter Aktion» und sogar von Mord und Totschlag als nicht zum Ziele führend erwiesen hatten. (Vgl. Preyer, «Die Arbeits und Pachtgenossenschaften Italiens», Jena 1913.) (J.Z.: Verfilmt in PEACE PLANS No. 846.)

Ohne ein Zahlungs-System nach den von Milhaud aufgestellten Grundsätzen konnten aber diese Genossenschaften ihr Ziel nicht erreichen, und die so hoffnungsvoll begonnene Entwicklung scheint jetzt wirklich zum Stillstand gekommen zu sein. (J.Z.: Sie wurden meist von Mussolini's Banden zerstört, da sie Zentralen des Widerstandes gegen Mussolini waren. J.Z., 14.3.04.)

Wenn die Genossenschaften aber die Erlaubnis bekommen, ihre Zahlungen nach dem Milhaud'schen System zu leisten, so *kann* Italien für die Lösung der sozialen Frage das werden, was es für das *Rechtswesen* vor 2 000 Jahren gewesen ist. Ein Tip für Mussolini!, der wohl

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten?

117

einen Teil des Dankes, den er den Schöpfern des "fascio" (vgl. Preyer) schuldet, dadurch abstaten könnte, daß er ihnen das Recht verleiht, nach dem Milhaud'schen System zu zahlen.

Mit dem Milhaud'schen Zahlungssystem können die arbeitenden Klassen das arbeitslose Einkommen **zeitlich begrenzen**, so daß es etwa 30 Jahre nach seiner Einführung ein eigentlich arbeitsloses Einkommen im Sinne von «Mehrwert» nicht mehr zu geben braucht. Was dann noch an arbeitslosem Einkommen bleibt, das sind Reste der «Differential-Rente» Ricardo's. Diese Reste sind nicht so bedeutend, daß sie zu gewaltsamen Maßnahmen herausfordern, sie sind auch nichts, mit dem nicht ebenfalls im Wege freier Vereinbarung fertig zu werden wäre.

Und die Arbeitgeber? Die in dieser und gewiß noch in der nächsten Generation geringe Fähigkeit der Arbeiter, wirtschaftliche Organisationen aufzubauen, und dazu ihr großes Bedürfnis sich führen zu lassen, gewährt den Arbeitgebern **nach** der Reform des Zahlungsmittelwesens größere Möglichkeiten als sie jetzt haben. Insbesondere könnte man sich vorstellen, daß intelligente Arbeitgeber sich jetzt schon damit beschäftigen, ihre Betriebe in Produktiv-Genossenschaften umzuwandeln, und selbst Leiter davon zu werden. Oft werden sie dann, ohne beneidet zu werden, in der Form von Gehalt und Gewinnanteil mehr verdienen, wie heute in der Form von «Mehrwert», der sie verhaßt macht.

Es verdient wohl in diesem Zusammenhang erwähnt zu werden, daß *Fourier*, dem keineswegs kaufmännischer Blick fehlte, in seinen Phalansteren das Sozialprodukt so verteilen möchte: Dem Kapital $4/12$, der Arbeit $5/12$ und dem Talent $3/12$. Rodbertus, gleichfalls ein führender, sogar extremer, aber kaufmännisch geschulter Sozialist, will von 10 Millionen Arbeitsstunden drei auf den Arbeitslohn verwenden, eine auf den Staatsbedarf und sechs auf Grundrente und Kapitaleinkommen. (Anton Menger, «Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag». 3. Aufl., S. 66 und 89.)

Der Anteil der Arbeit am Sozialprodukt wäre nach diesen Sozialisten sogar geringer, als er heute nach der Einkommens-Statistik wirklich ist.

Jedenfalls aber ergibt sich, daß schon in alter Zeit der wissenschaftliche Sozialismus keineswegs eine Verminderung des Einkommens der Arbeitgeber forderte, sondern — genau wie heute — nur Leistungen von ihnen verlangte und sogar ernstlich erwartete, welche ein hohes Einkommen wert sind. Auch wird der wissenschaftliche Sozialismus ja nicht die grundlegenden Forschungen *Pareto's* ignorieren wollen und können, welche zeigten, daß ein ganz einfaches, mathematisch leicht

darstellbares, soziales *Gesetz* die Schichtung der Einkommen regiert. Auch die Tabelle der deutschen Einkommen für das Jahr 1928 zeigt auf den ersten Blick, daß sie durch eine einfache Formel darstellbar wäre. Das Gesetz hat sich bekanntlich in der Anwendung auf mittelalterliche Steuerlisten ebensogut bewährt wie bei ganz modernen, bei den Einkommen

in kleinen Landesteilen so gut, wie in großen Ländern. Sehr wahrscheinlich würde es sich sogar bei der Schichtung der Einkommen im gegenwärtigen Rußland bestätigen. Daß in der Schichtung nicht nur einfach soziale Ungerechtigkeiten zum Ausdruck kommen, sondern daß die Formeln Pareto's und seiner Nachfolger der mathematische Ausdruck gewisser **Führereigenschaften** sind, die bei den Menschen ungleich verteilt sind, gar nicht unähnlich der körperlichen Größe, deren Extremwerte ja ebenfalls einem mathematischen Gesetz gehorchen, (Vgl. Fechner, Kollektivmasslehre), das alles wird der wissenschaftliche Sozialismus ja gleichfalls weder verkennen wollen noch können. (Vgl. hierzu die mathematischen Erörterungen von Prof. Dr. W. Winkler, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, IV. Aufl., Artikel «Einkommen».)

Man könnte sich auch vorstellen, daß intelligente Bankiers sich jetzt schon damit beschäftigen, die Umwandlung der Betriebe in Genossenschaften zu betreiben, allen Parteien dabei mit Rat und mit ausgearbeiteten Geschäftsplänen zur Seite zu stehen und schließlich den Geldverkehr der neuen Genossenschaften zu übernehmen.

Noch eine, keineswegs utopische Möglichkeit verdient hier erwähnt zu werden. Eine gut durchgeführte, moderne Betriebsorganisation verlangt wenigstens den dreifachen Aufwand an Verwaltungsarbeit wie im Durchschnitt in einer Fabrik vor 30 Jahren geleistet wurde. Ein Teil dieser Verwaltungsarbeit kann ohne ein beträchtliches und ausgebildetes Organisationstalent nicht geleistet werden, worüber man die Schriften von *Taylor* nachlesen möge. Diese scheinbar so mechanische Verwaltungsarbeit verlangt sogar ein hohes Maß von *Bildung*, und ein Praktiker wie Ford, hält sehr darauf, daß seine Verwaltungsbeamten wissen, wann ungefähr Hannibal gelebt hat, und wodurch sich Caesar so verhasst gemacht hat. **Warum** diese Art von Bildung die Fähigkeit, die tägliche Arbeit einer Fabrik unter deren Arbeiter richtig zu verteilen, so erhöht ??? Mögen's die Psychologen ergründen! Ford begnügt sich mit der Tatsache und verlangt von seinen Leuten eben Bildung! Aber aus den amerikanischen Beobachtungen über die Eignung von Fabrik-Organisatoren scheint sich doch zu ergeben, daß hier ein unbegrenztes Feld für unseren **akademischen Nachwuchs** ist, ein Feld, das — einmal erschlossen — dauernd mehr gut bezahlte Kräfte beanspruchen wird, als die Universitäten ausbilden können. Damit wäre aber auch das Problem der **arbeitslosen Studenten und Akademiker** gelöst, scheinbar ein untergeordnetes Teilproblem, in Wirklichkeit eines der allerwichtigsten. Keine soziale Gruppe hat sogar *mehr* durch die Einführung des Milhaud'schen Zahlungssystems zu gewinnen, als gerade diese.

(Seit vielen Jahrzehnten machen die europäischen Firmen in China die Erfahrung, daß gerade Leute mit klassischer Bildung, die den Kong Fu Tse auswendig können, als Verkäufer, Bureauangestellte, etc. sehr viel mehr und Besseres leisten, als die NurPraktiker.)

XII. Wozu ein Außenhandelsamt?

Mit dem Wort «Außenhandelsamt» kann man sehr verschiedene Begriffe verbinden. Die meisten Reformatoren verlangen ein Amt, welches nach russischem Muster den Außenhandel diktatorisch leitet. Auch die sehr zahlreichen Vorschläge (seit der ersten Einführung der Waren-Kompensation durch Neurath), den Außenhandel möglichst weitgehend auf Kompensations-Grundlage zu stellen, sehen fast alle deswegen ein *Amt* vor, um bei Reibungs-Widerständen gleich die Autorität des Staates einsetzen zu können. Man denkt dabei an Fälle, wo etwa eine Regierung das Kompensieren und überhaupt das Zahlen verbietet, nachdem ihre Untertanen große Lieferungen aus dem Ausland erhalten haben, und wo allerdings manchmal Vergeltungsmaßnahmen angebracht sind. Die Motive, aus denen Milhaud ebenfalls ein Amt mit der Durchführung seiner Vorschläge betrauen will, sind aber offensichtlich anderer Art. Es scheint, daß Milhaud hauptsächlich deshalb ein *Amt* wünscht, weil Verpflichtungsscheine, von einem Amt emittiert, gewiß mehr internationales *Vertrauen* finden würden, als private Verpflichtungsscheine, womöglich noch von einer kleinen, von unbekanntem Leuten errichteten Bank — wenigstens im Anfang. Im übrigen rechnet Milhaud auf einen freiwilligen Anschluß einsichtiger Firmen, will also im Gegensatz zu fast allen andern, die ein internationales Clearing vorschlagen, auf Zwang verzichten.

Diese verschiedene Einstellung ist u.a. auch in der gänzlichen Verschiedenheit der Vorschläge Milhauds von fast allen andern Vorschlägen über die Warenkompensation begründet.

Milhaud verlangt *nicht*, daß nun die Ware selbst ein **Zahlungsmittel** sein soll, sondern er will ein **neues Zahlungsmittel**, nämlich den frei übertragbaren Einkaufsschein, schaffen, der auf **Geld** lautet.

Fast alle andern verlangen im scharfen Gegensatz dazu, daß gerade die **Ware ein Zahlungsmittel** sein soll, und daß keinesfalls daneben noch *andere* Zahlungsmittel zur Erfüllung der betreffenden Geschäfte verwendet werden.

Das gewöhnliche Kompensationsgeschäft, so wie es jetzt in Dutzenden von Staatsverträgen vorgesehen ist, kann also eigentlich nicht als Vorstufe zu den Einkaufsscheinen Milhaud's angesehen werden. Gemeinsam haben diese Geschäfte mit dem von Milhaud vorgeschlagenen Verfahren nur etwas *Negatives*, nämlich die Vermeidung des Goldes und der Devisen als Zahlungsmittel.

(Als ein praktischer Beweis dafür, daß diese Vermeidung überhaupt möglich ist, tragen sie natürlich auch dazu bei, Milhaud's Theorie zu bekräftigen.)

Ferner ist die Unzulänglichkeit der zweiseitigen und der mehrseitigen Kompensationsgeschäfte einerseits und die Bequemlichkeit des mit *Geld* durchgeführten Handels andererseits offenbar für Milhaud die Veranlassung gewesen, ein Verfahren auszu-

denken, welches die **Vorzüge** der beiden Verfahren **vereinigt** und gleichzeitig ihre **Nachteile vermeidet**. Aber von denjenigen Ländern, die *heute* noch, nachdem die Vorschläge Milhaud's in detaillierter Form vorliegen, ihren Außenhandel in der primitiven Form der ersten Kompensationsgeschäfte der Kriegezeit betreiben wollen, kann man nicht sagen, daß sie sich damit den Ideen Milhaud's nähern.

Wenn man nach einem Analogon sucht, welches positiv die praktische Brauchbarkeit eines nicht in Metall einlösbaren und dazu der Kursbildung des freien Marktes unterworfenen Zahlungsmittels zeigt, so sollte man sich nicht auf das gegenwärtige Waren-Kompensations-Geschäft berufen. Besser geeignet wären etwa der deutsche Verrechnungsscheck auf Grund des § 14 des Scheckgesetzes von 1908 oder gewisse Arten von «Handels-Billets» im alten Preußen.

Verrechnungsschecks, also Schecks, welche der Inhaber *nur* durch Verrechnung verwerten kann, waren in Deutschland schon lange vor 1908 gebräuchlich. Hätten die deutschen Regierungen nach der Revolution von 1918 nicht zwecks Durchführung der Inflation ihre Notgeld-Gesetzgebung geschaffen, so wäre in Deutschland die Emission von Milhaud'schen Einkaufsscheinen auf privatem Wege möglich gewesen. (Vgl. hierzu Annalen, Heft I/1934, S. 97.)

Im alten Preußen gab es zwar noch keine Verrechnungsschecks, aber das Allgemeine Landrecht enthielt im II. Teil, 8. Titel, § 751, folgende, interessante Bestimmung:

«Verschreibungen, worin dem Schuldner die Wahl, entweder Geld zu zahlen, oder Waren zu liefern, gelassen wird, sollen nicht als Wechsel gelten.»

Es ist ein wahres Unglück gewesen, daß das Landrecht diesen Scheinen die Wechselfähigkeit absprach, und daß die Juristen diesen Fehler nicht erkannten. Die Folge war, daß der Handel wenig Gebrauch von der Institution machte, und sie später ganz in Vergessenheit geriet. Durch die Allgemeine Deutsche Wechselordnung von 1849 wurden dann — um das Unglück voll zu machen. — alle Bestimmungen des Landrechtes über Wechsel aufgehoben, und von den Verschreibungen, die doch im wesentlichen den Milhaud'schen Einkaufsscheinen entsprachen, war nie wieder die Rede. Die Gesetze des Großen Königs waren hier, wie in vielem andern, der Entwicklung um mehr als ein Jahrhundert vorausgeeilt, und wurden abgeschafft, anstatt vervollkommnet zu werden.

Verrechnungsschecks nach deutschem Scheckrecht sind übrigens ganz verschieden vom englischen «crossed cheque» und dem französischen «chèque barré», die beide auf Verlangen einlösbar sind, wenn auch nur bei Präsentation durch eine Bank.

Gegen Schuldnerländer, die eine Zeitlang den Import gestatten, und dann ihren Untertanen verbieten, ihn durch Kompensation zu begleichen (man kann nicht umhin, dabei an Rumänien zu denken), gibt es übrigens

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten?

121

ein sehr viel einfacheres Mittel als alle Handelsbeschränkungen durch **Handelsämter**. Dieses Mittel liegt auf dem Gebiet des **Zivilrechtes**. Eine Regierung, die ihre Untertanen vor künftigen Expropriationen, begangen durch Verweigerung der Kompensation, schützen will, braucht nur eine Verordnung zu erlassen, wie folgt:

«Gläubiger, welche in dem Lande YXZ ihren Wohnsitz haben, können ihre Forderungen bei Gerichten unseres Landes nur einklagen, insofern die Forderungen nach den ihnen zum Grunde liegenden Abmachungen nicht in barem Geld erfüllt zu werden brauchen oder in der Abtretung von Guthaben, die ihrerseits in barem Geld abgehoben werden können. Jedoch ist auch bei solchen

Forderungen eine Klage daraufhin zulässig, daß der Schuldner verpflichtet ist, die Urkunde über die Forderung wie bares Geld in seinem Zahlungsverkehr anzunehmen, nachdem die Forderung fällig geworden ist.

Ist der Gläubiger berechtigt, Teilleistungen zu verlangen, und sind besondere Urkunden über die Teilansprüche nicht ausgestellt worden, so ist der Gläubiger berechtigt, über den Teilbetrag eine Quittung auszustellen und die Annahme der Quittung durch den Schuldner im Zahlungsverkehr des Schuldners so zu verlangen, als ob die Quittung bares Geld wäre. Der Gläubiger hat dabei Anspruch auf alle Erleichterungen, welche Schuldner dieses Landes ihren Gläubigern zu bieten pflegen, insbesondere auch darauf, daß sie den Verkehr mit den Schuldnern durch eine inländische oder ausländische Bank abwickeln dürfen.»

Zu diesem Gesetz wären dann Ausführungsbestimmungen zu erlassen, wonach z.B. Wechsel, ausgeloste Anleihestücke, Zinsscheine u. dgl. an die Gläubiger jenes Landes nicht mehr in bar gezahlt zu werden brauchen. Wechsel von Handelshäusern brauchte also das betr. Handelshaus nur in der Weise zu realisieren, daß es die Wechsel wie bares Geld in Zahlung nimmt, wenn ihm etwas abgekauft wird, oder Schulden aus früheren Verkäufen damit bezahlt werden, m.a.W., so als wenn die Wechsel den in Heft I/1934 der Annalen, S. 47, vorgeschlagenen Text hätten. Eisenbahnen werden Zinsscheine ihrer Anleihen nicht in bar auszahlen, aber die Scheine bei der Bezahlung von Frachten und beim Kauf von Fahrkarten wie bares Geld annehmen.

Darauf kann das in Zahlungsverzug befindliche Land ja mit einer Vergeltungsmaßnahme antworten, und bei sich selbst das entsprechende Gesetz gegen Gläubiger aus dem andern Lande erlassen. Dann aber sind alle Vorbereitungen zu einem Außenhandel auf Grund der Milhaud'schen Vorschläge geschaffen, und keinesfalls kann je wieder die Handelsbilanz eines der beiden Länder durch seinen Handelsverkehr mit dem andern aktiv oder passiv werden; die Handelsbilanz wird dann vielmehr immer ausgeglichen sein.

XIII. Schuld einzelner Wirtschaftsführer?

Die im Volke sehr verbreitete Meinung, daß einzelne Wirtschaftsführer absichtlich die Krise herbeigeführt hätten, findet in der Wirklichkeit keine Bestätigung. Trotzdem kann man natürlich nicht sagen, daß gewisse, oft genannte Personen schuldlos seien. Roosevelt z.B. hat zwar gewiß in gutem Glauben gehandelt, ob er sich aber heute selbst von jedem Vorwurf freisprechen wird, nicht doch *voreilig* gehandelt zu haben, sei dahin gestellt.

Wie schon *Kant* dem Sinne nach bemerkte, sind alle moralischen Urteile Wahrscheinlichkeitsurteile, und außerdem ist der Schluß: «post hoc, ergo propter hoc» von allen der unsicherste. Wie ohnmächtig manchmal sogar Notenbankdirektoren gegenüber dem Mißbrauch des Notenbankmonopols durch die Regierung sind, zeigt das Beispiel Havensteins, Präsident der deutschen Reichsbank. Als der schwerste, politische Druck von Deutschland gewichen war, wollte Havenstein die Inflation beenden und schrieb sogar selbst Aufsätze gegen die Inflation. In einem Aufsatz prägte er das berühmt gewordene Wort vom «trockenen Bolschewismus» durch die Notenpresse, es half aber alles nichts. Aus irgend einer noch nicht aufgeklärten Ursache war Havenstein nicht mehr Herr im Hause. Ein Beispiel wie dieses sollte zur Zurückhaltung bei der Beurteilung der Leistung einzelner Notenbankdirektoren mahnen. Im Heft I/1934 der Annalen ist

z.B. der deutsche Reichsbankpräsident Luther als ein angeblich Mitschuldiger an der Krisis in Deutschland angegriffen worden. Aber die Krisis hatte ihre Ursache in Einrichtungen, die Luther nicht geschaffen hat. Da, wo Luther wirklich Bewegungsfreiheit hatte, erwarb er sich die allergrößten Verdienste nicht nur um die deutsche Volkswirtschaft, sondern um die Weltwirtschaft. Einige davon sollen hier kurz angegeben werden.

Während der ganzen Amtszeit Luther's als Reichsbankpräsident liefen sehr mächtige Leute Sturm gegen die deutsche Währung; man warf ihm vor, daß er die Wirtschaft dem «Phantom einer stabilen Währung» aufopfere, man übte den allerstärksten Druck auf ihn aus; seine Nerven hielten aber stand ! Die Kollegen Luthers in England, in Amerika und in vielen andern Ländern zeigten weniger Widerstandskraft. Luther aber übergab seinem Nachfolger die deutsche Währung unversehrt, wie er sie übernommen hatte. Welche Bedeutung aber eine stabile, deutsche Währung für die Weltwirtschaft hat, braucht hier nicht dargelegt zu werden.

Als i.J. 1923 die Mark auf den millionsten Teil eines Millionstels gesunken war, als die gesellschaftliche Ordnung und die politische im Begriffe waren, sich aufzulösen, da schuf Luther, der damals Finanzminister war, die *Rentenmark*, welche Deutschland rettete, und damit Europa und der Welt schwere Verwicklungen ersparte. Die Rentenmark ist das

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten?

123

Beispiel einer binnen wenigen Tagen ohne Gold geschaffenen Goldwährung und ist wohl eine retrospektive Betrachtung wert

Die Rentenmark hatte weder einen erzwungenen Kurs noch brauchte sie überhaupt im Verkehr als Zahlungsmittel angenommen zu werden, und war dadurch inflationssicher. Sie war *nicht* in Gold *einlösbar*, obwohl sie auf Gold lautete. Ihre Sicherung bestand in der Steuerfundation (§ 14 No. 3 des Ges.), d.h. alle öffentlichen Kassen nahmen sie zum Nennwert an, gleichgültig, welches Disagio sie etwa im Verkehr hatte. Da der insgesamt ausgegebene Betrag (2 000 Millionen) nur etwa der damaligen Einnahme der öffentlichen Kassen für 2 Monate entsprach, so war der von Lorenz von Stein angegebene «Sicherheitskoeffizient» nämlich: Gesamtmenge des Staatspapiergeldes nicht mehr als etwa 1/3 bis 1/2 eines Jahresbedarfs der öffentlichen Kassen — bei weitem noch nicht erreicht.

Um der Volksmeinung eine Konzession zu machen, wurde im Gesetz von einer Sicherung durch den Grund und Boden gesprochen, aber gleichzeitig durch das Gesetz dafür gesorgt, daß keiner etwa Grund und Boden für die Rentenscheine hergeben mußte. Den Grundbesitzern und den Industriellen wurde eine kleine, jährliche Abgabe auferlegt, die man aber dann nicht einhob, weil sie sich natürlich als zur Sicherung der Währung überflüssig herausstellte. Eine «AuffangOrganisation» wurde dadurch geschaffen, daß jeder Rentenbankscheine gegen eine auf Gold lautende, mit 5 % p.a. verzinsliche, langfristige Anleihe, d.h. eine Rente, umtauschen konnte. Bei einem Disagio der Scheine — sagen wir von 3 % oder mehr — mußte dies natürlich dazu führen, daß mit den Scheinen die Rente gezeichnet wurde, wodurch dann die Scheine mitsamt ihrem Disagio aus dem Verkehr verschwanden. Die Sicherung stellte sich als überflüssig heraus, von der Umtauschmöglichkeit wurde fast kein Gebrauch gemacht.

Die neue Währung hätte kaum besser konstruiert sein können, und wenn ein Finanzminister etwa einmal in ähnliche Lage kommen sollte, so wäre ihm das deutsche Rentenbankgesetz zum Studium

zu empfehlen. Luther hat öffentlich anerkannt, daß andere einigen Anteil an "dem Zustandekommen der RentenmarkWährung hatten, insbesondere erkannte er auf Seite 73 seiner Broschüre «Feste Mark, Solide Wirtschaft», Berlin, 1924, dankbar an, daß Schacht seinen anfänglichen Widerstand gegen die Rentenmark nicht fortsetzte. Das abfällige Urteil über Luther in den Annalen, Heft I/1934, dürfte ein ganz vereinzelt sein, da die Verdienste Luther's in Deutschland sehr wohl bekannt und in weiten Kreisen, vor allem auch von Schacht selbst, seinem Nachfolger, anerkannt sind.

XIV. Die Mentalität der Arbeiter und ihre bewußte Teilnahme am Zirkulationsprozeß.

Wenn man in Erwägung zieht, daß die Arbeiterklasse Europas viele Jahrhunderte lang einer Religion zugetan war und zum Teil noch ist, welche in ihrem eignen Milieu, d.h. innerhalb, der arbeitenden Klasse selbst entstand, einer Religion, welche ausdrücklich nicht nur die habituelle **wirtschaftliche** Armut der arbeitenden Klasse, sondern auch ihre *geistige* (Matth. 5 Vers 3) als einen metaphysischen *Vorzug* betrachtet, wenn man ferner bedenkt, daß in vergangenen Jahrhunderten die Formen desjenigen Teiles der Regierung, mit welchem der Arbeiter fast allein in Berührung kommt, nämlich der Justiz, jahrhundertlang ganz überaus gewalttätig und grausam waren, ferner, daß die Eindrücke hiervon unmöglich ohne Einwirkung auf das geblieben sein können, was man heute «Erbmasse» nennt, dann wird man über die sich gegenwärtig zeigende **Mentalität** eines großen Teiles der europäischen Arbeiterklasse nicht mehr verwundert sein. Ohne diese Erklärung könnte, es wohl auffallen, wie mißtrauisch die Arbeiter gegen jeden Reformvorschlag sind, der nicht von vornherein die **Vergewaltigung** irgend einer Volksklasse vorsieht, der ferner irgendwie an das Denkvermögen und die eigne, wirtschaftliche Initiative der Arbeiter appelliert. Im Zusammenhang mit dieser Mentalität steht es natürlich, wenn die Arbeiter auf der andern Seite sich nicht im geringsten bedrückt dadurch fühlen, daß gewisse, alte Gesetze ihnen sogar das Recht auf diese Initiative geradezu absprechen, ja — daß sie diese Gesetzgebung kaum kennen und sich jedenfalls nicht dafür interessieren. Das Ergebnis der bisherigen, geschichtlichen und ökonomischen Entwicklung ist jedenfalls, daß die Arbeiter die eigentliche Ursache des auf ihnen lastenden Druckes völlig verkennen, diese Ursache nur in gewissen, allerdings auffallenden Einzelheiten des *Produktionsprozesses* sehen, und verkennen, daß sie sich entweder in den *Zirkulationsprozeß* einzuschalten haben, oder ihre Enkel, vielleicht sogar schon sie selbst, auf den Stand ihrer leibeigenen Vorfahren etwa i.J. 1500 herabsinken werden.

(J.Z.: In einigen der kommunistisch regierten Länder ist das geschehen. J.Z., 16.3.04.)

Wie wenig der **Produktionsprozeß** die vom Marxismus erwartete, politische und ökonomische *Schulung* zu bewirken vermag, zeigte sich bei den wenigen Gelegenheiten, wo die Arbeiterklasse wirklich die Macht in Händen hatte, wo sie es aber nicht im geringsten verstand, sie zur Verbesserung ihrer Lage zu gebrauchen, am auffallendsten vielleicht in der Pariser Kommune von 1871. Ein Dekret der Kommune überantwortete die still liegenden Betriebe der Stadt (d.h. beinahe alle) den Arbeitern. Es wird aber nicht von einem einzigen Fall berichtet, wo Arbeiter versucht hatten, einen Betrieb auf eigne Verantwortung und aus eigener Initiative wieder in Gang zu bringen. Ein Gefühl, den Besitzern der Betriebe durch die Okkupation Unrecht zu tun, war gewiß

nicht die Ursache, welche sie hinderte, denn ein solches Gefühl war bei der Mehrheit der Pariser Arbeiter im April 1871 schwerlich vorhanden. Die einzige, wirklich positive Idee der Kommune, welche sie zur Versorgung der Pariser Arbeiter entwickelte, war die Aufforderung an die Bank von Frankreich, der Kommune täglich bis zu etwa 800 000 Frs. vorzuschießen, welches bekanntlich auch geschah.

(Daß Jourde, der Finanzkommissar der Kommune, die ihm anvertrauten Finanzen im übrigen nicht nur absolut ehrlich, sondern sogar fast genial verwaltete, auch die Vorschüsse der Bank von Frankreich zum Teil zurückzahlte, ist inzwischen auch von den Gegnern der Kommune anerkannt, aber sozialistische Ideen hat J. dabei nicht verwirklicht.)

Auffallend ist, daß die Agrarrevolutionen in den letzten Jahrzehnten im allgemeinen von größerem wirtschaftlichen Verständnis getragen waren, als die Erhebungen der städtischen Arbeiter. Die Errichtung vieler **Pachtgenossenschaften** in Süd und in Mittel-Italien, wodurch die Lage so vieler tausender von Familien so überraschend verbessert wurde (eine wahre «renaissance latine»), geschah z.B. in den 90er Jahren unter solchen Umständen, daß die Abtretung des Landes an diese Genossenschaften durch die Latifundien-Besitzer nicht sehr freiwillig war; aber die Art, wie die Bauern und die Landarbeiter dabei vorgingen, wie sie überall die Form des Pachtvertrages wählten, anstatt sich zu Expropriationen hinreissen zu lassen, wie sie dann nachher das gewonnene Land in gemeinsam zu bearbeitendes Land und in familienweise zu bearbeitendes aufteilten, wie sie sich selbst neue, sehr zweckmäßige Arbeitsordnungen gaben, auch um den Absatz ihrer Produkte bemüht waren, das zeigt doch ein ganz anderes, intellektuelles und moralisches Niveau als z. B. die «Besetzung der Betriebe» i.J. 1922 in Italien, wodurch augenblicklich der Beschäftigungsgrad in diesen Betrieben auf Null sank, und welche die eigentliche Ursache des Erfolges der faschistischen Gegenrevolution war. Dabei hatten die Industriearbeiter einen Jahrzehnte langen «kapitalistischen Schulungs-Prozeß» hinter sich, die Landarbeiter aber nicht, konnten meistens sogar nicht einmal lesen und schreiben, und produzieren taten sie nicht viel anders als ihre Vorfahren zur Zeit der alten Gracchen.

Bei den Industriearbeiter-Bewegungen der gegenwärtigen Geschichtsperiode, angefangen von der 1848er Revolution bis zur russischen Revolution von 1917 und den Arbeitslosen-Unruhen der neuesten Zeit, sind die Traditionen aus der *Zunftzeit* unverkennbar. Eine der allerersten Forderungen der Pariser Arbeiter war z.B. i.J. 1848, daß die «ortsfremden» Arbeiter sofort Paris zu verlassen hätten, ferner das Verbot für Frauen, sich durch eigne Arbeit selbst zu ernähren. Neben diesen echt zunftmäßigen Forderungen nehmen sich allerdings die gleichzeitig erlassenen Verbrüderungs-Manifeste, an die Arbeiter der ganzen

126

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten ?

Welt gerichtet, sonderbar genug aus. Nachdem wir aber i.J. 1918 erlebt haben, wie da in manchen Arbeiterversammlungen vom selben Redner gleichzeitig beantragt wurde, die «Sofortige Übernahme der Macht durch die Arbeiterklasse» zu erklären, und — «um zu zeigen, daß es Ernst sei, noch heute abend die Weiber aus den Betrieben der Firma X. herauszuholen», werden wir über die Vorgänge im Jahre 1848 nicht allzu erstaunt sein.

(J.Z.: Ich las irgendwo, dass die Pariser Arbeiter von 1848 recht enttäuscht waren, als nach ihrem Beschluss, "fremde" Arbeiter aus Paris auszuweisen, etwa ebensoviel als Paris stammende Arbeiter

aus anderen Gegenden Frankreichs nach Paris ausgewiesen wurden. In Broken Hill, NSW, Australian, bestand eine Zeitlang eine Bestimmung, dass oertlich nur solche Leute beschäftigt werden dürfen, die schon wenigstens 5 Jahre in Broken Hill ansässig waren! Und heute sperrt man "illegale Immigranten" eher in Konzentrationslager ein als sie in Australien frei arbeiten zu lassen. Die "freie Welt" ist überall noch allzu unfrei und "zünftig", obwohl die Gewerkschaften immer weniger Mitglieder haben. Ihre "Ideen" sind immer noch die populärsten. J.Z., 14.3.04.)

Die Idee der *Zunft* beruht im wesentlichen darauf, alle **auszuschliessen**, die nicht zur Zunft gehören, andererseits aber auch nicht zu dulden, daß einer *nicht* zur Zunft gehört, im übrigen aber die Anzahl der Mitglieder der Zunft möglichst *klein* zu halten. Genau das aber haben die in neuester Zeit von den Arbeitern geforderten oder erkämpften Gesetze zum Ziel: wie z.B. Beschränkung der zugelassenen Arbeiter, Unterdrückung der «Schwarz-Arbeit», Verlängerung der Schulzeit, um den Arbeitsmarkt von jugendlichen Arbeitern zu entlasten, Pensionierung der über 60 Jahre alten Arbeiter, um den Arbeitsmarkt von alten Arbeitern zu entlasten, Beschränkung der Anwendung von Maschinen, etc.

(J.Z.: Auch hier schwanken die Regierungsmassnahmen zwischen "stop und go!" Als ich im Jahre 1988, im Alter von 55 freiwillig in den Ruhestand trat, mit einer verminderten Rente, da war das eine von der Regierung begünstigte Massnahme. Jetzt aber versucht man die über 60 und sogar die über 65 Jahre alten wieder zurück zur Arbeit zu verlocken, durch besondere Steuerkonzessionen. J.Z., 14.3.04.)

Genau das Gegenteil einer solchen Mentalität zeigte sich bei den italienischen Landarbeitern gegen Ende des 19. Jahrhunderts und zu Anfang des 20. Vielleicht zum ersten Male in der Geschichte der Arbeiterbewegung überhaupt zeigte sich hier eine klare Einsicht, daß die Arbeitsgelegenheit nichts Feststehendes und Gegebenes ist, sondern etwas, das neu geschaffen und erweitert werden kann, und zwar ohne daß man gleichzeitig die Arbeitsgelegenheit *anderer* entsprechend vermindert. Der Wert dieses Fortschritts wird nicht dadurch vermindert, daß das Arbeitsinstrument, nämlich der Grund und Boden, jedem vor Augen lag, und dadurch auch die *technische* Seite der Arbeitsgelegenheit; **scheinbar** war also das Vorgehen der italienischen Landarbeiter **naheliegend**. Von der Einsicht in die **technischen** Möglichkeiten, ihre Arbeitskraft anzuwenden, bis zum Erkennen der ökonomischen Seite des Problems und der rechtlichen ist aber ein *sehr* weiter Schritt, und gerade den haben die italienischen Landarbeiter getan. Eine besondere Bedeutung gewinnen die heute halb vergessenen Ereignisse, welche vor einem Menschenalter in der italienischen Landwirtschaft stattfanden, noch durch folgendes: Ganz spontan entstanden völlig neue, und wie sich zeigte, sehr wirksame, ja unwiderstehliche Formen des wirtschaftlichen Kampfes. Eigentlich fand nicht einmal mehr ein Kampf statt. Indem die Landarbeiter mit den Latifundien-Besitzern über Gegenstände verhandelten, welche die Besitzer bisher ausschließlich mit ihresgleichen verhandelt hatten, nämlich über die Verwertung des Landes, war mit einem Male eine wirkliche Gleichheit der beiden Parteien hergestellt, in viel höherem Grade, als es durch die siegreichste Jacquerie hätte geschehen können.

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten?

127

Das einfache Angebot der Landarbeiter, den Boden in Pacht zu nehmen und die öffentliche Bekanntmachung dieses Angebots machte die Landarbeiter zu Herren der Lage. Nicht mehr stand der

Landbesitzer als der *Geldgeber* da. Im Gegenteil, die Landarbeiter waren es, die *ihm* Geld versprochen. Keine *Lohnerhöhung* wurde erörtert. Der Aberglaube, auf welchem das gesamte industrielle System der letzten Jahrhunderte beruht, der Aberglaube der arbeitenden Klasse nämlich, daß die Arbeitgeber eine Art wirtschaftlicher Medizinmänner seien, fähig — und außer ihnen *niemand* fähig — **Werte** in *Zahlungsmittel* zu verwandeln, dieser Aberglaube war überwunden.

Die Ursache der geringen Höhe der damals in den Not-Distrikten Italiens gezahlten Landarbeiterlöhne (oft nur 20 Centesimi täglich) wurde erkannt; und aus dieser Erkenntnis erwuchs der Entschluß, aus eigener Kraft eine Verbesserung der eignen Lage zu versuchen, also nicht mehr die «Bosheit der Herren» bei den himmlischen Mächten zu verklagen, auch nicht an ein weit entferntes Ministerium zu appellieren und noch viel weniger auf das Wunder einer Weltrevolution zu warten, sondern einfach an Ort und Stelle das selbst zu leisten, was die Unfähigkeit der herrschenden Klasse nicht zu leisten vermochte.

Die Bewegung scheint jetzt zum Stillstand gekommen zu sein. Das war zu erwarten, wenn auch aus ganz anderen Gründen, als der «revolutionäre», d.h. der **wirtschaftlich inaktiv** gebliebene Teil der Arbeitet damals prophezeite. Die von den Landarbeitern abgeschlossenen Pachtverträge sahen als Leistung an die Latifundien-Besitzer *Geld* vor, d.h. ein Gut, welches nur bei günstigen, wirtschaftlichen Zufällen zu beschaffen war. Die Umstellung der bestehenden Pachtverträge auf Milhaud'sche Einkaufsscheine ist daher jetzt notwendig und ebenso der Abschluß neuer Verträge auf dieser Grundlage. Wenn — wie doch zu hoffen ist — die vor einem Menschenalter vorhanden gewesene Mentalität der italienischen Landarbeiter noch vorhanden ist, so wird es nur eines Hinweises auf das neue Zahlungssystem bedürfen, um die Bewegung auf der von Milhaud geschaffenen Grundlage weiter zu tragen.

(J.Z.: Leider genügt meist der blosse Hinweis auf gute Ideen noch nicht um genügend Leute zu finden, sie zu verwirklichen. Einen ausreichenden und ganz freien Markt fuer Ideen und Talente gibt es leider noch nicht, wofuer das Leben und die Arbeit von Ulrich von Beckerath selbst einen tragischen Beweis liefern. Über einen wirklichen Ideen-Markt und einen für Talente siehe insbesondere PEACE PLANS 20 & 183. J.Z., 14.3.04.)

Die schon im ersten Stadium der Bewegung gewonnene Erkenntnis, daß die *Genossenschaft* (nicht die Gewerkschaft, und noch viel weniger eine der vor Jahrzehnten gerade in Italien so häufigen Geheim-Organisationen) die der Arbeiterschaft angemessenste, wirtschaftliche Organisationsform ist, wird sich in dem Maße vertiefen, wie ihre bewußte Einschaltung in den Zirkulationsprozeß zunimmt. Die Kredit-Genossenschaft, jetzt schon bekannt und oft angewendet, wird neue Aufgaben übernehmen. Eines Tages wird sie das kapitalistische Bankwesen ersetzen, ähnlich wie die Produktivgenossenschaft die kapitalistische Aktiengesellschaft ersetzen wird.

H. EINIGE TECHNISCHE UND RECHTLICHE EINZELHEITEN ZUR EMISSION VON EINKAUFSSCHEINEN.

In Heft I/1934 der Annalen hatte ich einige technische und rechtliche Einzelheiten für die Emission von Einkaufsscheinen vorgeschlagen, besonders auch für den Fall, daß der Staat selbst sich nicht

damit befassen will oder kann, eben deshalb aber die Emission nicht verbietet. Hierzu habe ich noch von mehreren Seiten wertvolle Verbesserungsvorschläge erhalten, die ich im Nachstehenden bekannt geben möchte.

In der Präambel zu den Geschäftsbedingungen müßte deutlicher, als es in dem Aufsatz in Heft I/1934 geschehen ist, zum Ausdruck gebracht werden, daß die Arbeitsbeschaffungsbank (ABB) unter keinen Umständen andere Sicherheiten für ihre Gutscheine annimmt, als solche, die *sofort* entweder in verkaufsbereiten Waren oder in Dienstleistungen oder zur Bezahlung von fälligen Schulden realisiert werden können. Wenn derjenige, der die Gutscheine von der ABB entleiht, selbst solche **zu jeder Zeit** verwertbare Sicherheiten nicht zu stellen vermag, so muß ein Bürge es für ihn tun.

Künftig verkaufsbereite Waren, oder für die *Zukunft* versprochene Dienstleistungen, oder *künftig* fällige Guthaben kann die ABB also **nicht** als Sicherheiten annehmen, z.B. nicht Maschinen, die erst nach 6 Monaten fertig sind, nicht Schiffsraum, der erst nach Wochen verfügbar ist, nicht Mieten, die erst nach Monaten fällig sind. Es ist nicht Aufgabe der Emissionsabteilung einer ABB, den Austausch von erst **künftig** vorhandenen Gütern gegen in der **Gegenwart** vorhandene Güter zu vermitteln.

Wenn die Definition von *Henry Meulen* richtig ist: «*Credit* is that which brings into commerce the **present** worth of a **future** profit» (Free Banking, pag. 62) (*) — und diese Definition ist richtig (J.Z.: Ich bin überzeugt, dass Henry Dunning Macleod praktisch dieselbe Definition schon lange vor Meulen geliefert hat, in der Form: "Credit is the present value of a future good.", kann aber gegenwärtig die betreffende Stelle in seinen Werken nicht finden. J.Z., 14.3.04.)

— dann gewährt die Emissionsabteilung einer ABB keine *Kredite* im volkswirtschaftlichen Sinne, mag sie auch zu ihrer Sicherheit die **Rechtsformen** des Kredits in Anspruch nehmen. Volkswirtschaftlich gesehen *verleiht* die ABB ihre Gutscheine, wie eine Eisenbahn ihre Waggons **verleiht**, ein *Darlehen* liegt aber volkswirtschaftlich nicht vor, sondern nur rechtlich. Und um es zu wiederholen: wenn die ABB sich trotzdem auch eine Abteilung für **langfristigen Kredit** angliedert, so finanziert sie auch — wie im Heft I/1934 ausgeführt —, diesen langfristigen Kredit nicht **unmittelbar** mit ihren Gutscheinen, sondern nur **mittelbar** und zwar mit **sofort** verfügbaren Dienstleistungen oder **sofort** fälligen Guthaben, welche andere Personen ihr zu diesem Zwecke langfristig zur Verfügung stellen, und zwar indem sie sich verpflichten, jedem Überbringer eines Gutscheins Waren und Dienstleistungen für den Gutschein zu verkaufen, dann aber den Gutschein an die ABB abzuliefern.

Die ABB muß auch eine Gefahr vermeiden, welche die alten Privatnotenbanken immer nur mit großer Schwierigkeit vermieden haben, und

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten?

129

welche den älteren Kritikern keineswegs entgangen ist. Vgl. zum folgenden besonders die Ausführungen über die Proudhon'sche Volksbank von W.B. *Greene* in «Mutual Banking», Boston und New York 1870, eine Schrift, die wahrscheinlich verschollen wäre, wenn Henry Meuten sie nicht einer unverdienten Vergessenheit entrissen hätte. Die Gefahr liegt in folgendem: Wenn sich eine Notenbank darauf beschränkt, *Wechsel* von als solvent bekannten Personen als Sicherheit anzunehmen, dann kann es ihr leicht passieren, daß zehn an sich ganz solvente Zwischenhändler Wechsel aufeinander ziehen, deren eigentliche Grundlage aber immer ein und dieselbe Ware ist, z.B.

eine Schiffsladung Baumwolle, so daß etwa zehnmal mehr Papiergeld in den Verkehr kommt, als volkswirtschaftlich richtig ist. Eine solche Operation braucht nicht unter allen Umständen mit einem Verlust zu enden. Wenn aber der Zwischenhändler mit den von der Bank entliehenden Noten nicht **sofort** seinen Lieferanten bezahlt und dieser mit den empfangenen Noten nicht sofort **seinen** Lieferanten, dann können die zehn Zwischenhändler nachher ihre Schulden nur aus solchen Einnahmen bezahlen, die aus anderen Quellen fließen, wie aus dem Verkauf der zwischen ihnen gehandelten Schiffsladung Baumwolle. **Bis** solche Einnahmen fließen, wird in der Regel **Zeit** vergehen. Angenommen, es verginge nur ein Tag mehr, als die **sofortige** Rückzahlung mit den empfangenen Noten erfordert, so kann es geschehen, daß gerade an *diesem* Tage das Publikum gegen die Noten mißtrauisch wird und sie alle an diesem einen Tag verwerten will. Diese Verwertung ist dann aber nicht möglich, weil keine Stelle da ist, die *verpflichtet* wäre, für die Noten Waren herzugeben oder Dienste zu leisten. Von Metalldeckung soll hier nicht gesprochen werden, denn die versagt, wenn sie nicht 100 %ig ist, erfahrungsgemäß immer gerade dann, wenn sie gebraucht wird. Die Zwischenhändler unseres Beispiels, von denen die Notenbank an sich verlangen könnte, daß sie die Noten zu pari annehmen und Baumwolle dafür verkaufen, können, nach den obigen Voraussetzungen die Noten *nicht* aufnehmen, weil sie die Baumwolle längst verkauft haben. Eine richtig geleitete Notenbank darf eben, genau wie eine Arbeitsbeschaffungsbank nur Schuldner haben, welche in der Lage sind, mit ihren Vorräten und Dienstleistungen oder ihren Guthaben zu jeder Zeit die Noten bis zum Betrage ihrer Schuld einzulösen, und wenn sie es nicht können, dann müssen Bürgen da sein, welche diese Pflicht für sie übernehmen.

(Für die Bürgschaft mögen die Bürgen eine Vergütung fordern, die dann vielleicht rein juristisch betrachtet, ein **Zins** wäre. Es wäre aber sehr zu erwägen, ob nicht **jede Kreditbank** bei recht vielen Ladengeschäften ihres Geschäftsbezirkes eine Bürgschaft in dieser Weise nehmen sollte, so daß also die Ladengeschäfte sich z.B. durch Aushang im Schaufenster zur Annahme von Schecks der betr. Bank, etwa während des nächsten Vierteljahres, ver

130

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten ?

pflichten. Manche den Banken ungelegene Kündigung von Depositen würde dadurch vermieden). In dem vorliegenden Beispiel der zehn Zwischenhändler würde ein Zins von 100 % ganz offenbar nicht genügen, um das kleinste, denkbare Risiko aus «ZwischenhändlerWechseln» zu übernehmen, denn kleiner als eine Verzögerung des normalen Notenumlaufs um *einen* Tag kann man das Risiko wohl nicht einschätzen. Das kommerzielle Risiko der Illiquidität ist von jedem anderen qualitativ ganz und gar verschieden und ist durch keinen noch so hohen Zins auszugleichen.

Das hier keineswegs übertrieben dargestellte Risiko einer Emissionsbank aus ZwischenhändlerWechseln kann aber nicht entstehen, wenn jeder Entleiher gegenüber der Bank *verpflichtet* ist, jede Einnahme, welche nicht unmittelbar zu dringend notwendigen Ausgaben gebraucht wird, für Rückzahlungen an die Emissionsbank zu verwenden.

In den Erläuterungen zu den Geschäftsbedingungen müßte angegeben sein, in welcher **Reihenfolge** die Ausgaben eines Schuldners einer ABS als "dringlich" zu betrachten sind, und insbesondere einen *Vorrang* vor Rückzahlungen an die ABB haben. Die Reihenfolge könnte etwa sein: Steuern, Löhne, Versicherungsprämien, Mieten, Ausgaben wie z.B. für Elektrizität, Gas, etc., und *dann* Rückzahlungen an die ABB aus den erfolgten Einnahmen.

In dem Entwurf zu Geschäftsbedingungen, Heft I/1934 der Annalen, ist nur von einem **Recht** der Entleiher gesprochen, Gutscheine zu jeder Zeit zurückzugeben. Dieses **Recht** genügt also nicht und ist durch die Verpflichtung der Schuldner zu ersetzen, Rückzahlungen zu leisten, sobald sie technisch möglich sind.

Von befreundeter Seite wurde ich noch auf weitere Möglichkeiten einer beträchtlichen Verbesserung der Geschäftsbedingungen einer ABB angewiesen. U.a. wurde darauf hingewiesen, daß es nur ausnahmsweise zweckmäßig sei, dem Entleiher selbst die Gutscheine zu übergeben, ausser wenn sie zur Lohnzahlung verwendet werden. Viel besser sei es, die Gutscheine den *Gläubigern* des Entleihers zu übergeben. Dieses Prinzip ist auf andern Gebieten seit langer Zeit bestens bewährt. Die von Friedrich dem Großen gegründeten Versicherungsanstalten zahlten z.B. das Geld für die Brandschäden direkt an die Maurer, welche das abgebrannte Gebäude wieder aufbauten, oder an die Ziegeleien, welche die Backsteine dazu lieferten, etc. Die Gefahr von Mißbräuchen war dadurch sehr vermindert. Ähnlich verfuhr man im alten Preußen bei Unterstützungen des Staates im Falle von Überschwemmungen und Hagelschlag. Die Beschädigten konnten sich zum Ersatz für die zerstörten Güter andere Güter kaufen; die Bezahlung erfolgte dann unmittelbar an die Lieferanten durch den Staat. Auch die Baugenossenschaften verfahren sowohl in den angelsächsischen Ländern als in Deutschland

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten?

131

meistens in ähnlicher Weise. Wenn einem Mitglied ein Darlehen bewilligt wird, so erhält das Mitglied nicht den Betrag bar ausgezahlt, sondern es hat seine Rechnungen bei der Genossenschaft einzureichen. Die Zahlung erfolgt dann durch die Genossenschaft. Hypothekenbanken verfahren in Deutschland meistens ebenso.

Gegen die Gutscheine der ABB wurde der gleiche Einwand erhoben, der gegen die Milhaud'schen Einkaufsscheine erhoben wurde, der Einwand nämlich, daß der Inhaber solcher Scheine dem Risiko einer *Preissteigerung* nach der Emission ausgesetzt sei. (Als ob der Inhaber von Goldstücken nicht ein ganz analoges Risiko trüge!) Milhaud hat auf den Einwand genügend geantwortet. Immerhin könnte man zur Beruhigung der ScheinInhaber noch bestimmen, daß die Entleiher keine (*) Preiserhöhungen ohne Genehmigung der ABB vornehmen dürfen, solange sie noch der ABB verschuldet sind. Der Besitzer von Einkaufsscheinen steht dann allerdings besser da, als der Besitzer von Goldstücken.

(*) (J.Z.: Überhaupt keine? Das würde zu weit führen. Gemeint sind wohl nur *allgemeine* Preiserhöhungen in seinen Angeboten. J.Z., 14.3.04.)

Zu dem Entwurf von Geschäftsbedingungen einer ABB im Heft I/1934 der Annalen wurde noch bemerkt, daß auch bei einer rein lokal arbeitenden Emissionsbank eine Thesaurierung der Scheine möglich sei, und daß die Bedingungen jedenfalls die technische Unmöglichkeit eines rechtzeitigen Rückstromes der Scheine zur ABB vorsehen müssen. Die Bemerkung ist richtig, In die Geschäftsbedingungen müssen daher, genau wie es Milhaud für die von ihm vorgeschlagenen Zahlungsmittel verlangt, Bestimmungen über die Begrenzung der Laufzeit der Scheine eingefügt werden. Außerdem aber muß dem Entleiher von Scheinen einer ABB die Möglichkeit gegeben werden, sich von seiner Rückgabepflicht zu befreien, wenn die Erfüllung dieser Pflicht technisch unmöglich geworden ist. Eine Bestimmung wie folgt würde wohl dieser Lage entsprechen:

«Wenn nach dem pflichtgemäßen Ermessen der Geschäftsleitung der ABB ein Entleiher ihrer Gutscheine diese Gutscheine deshalb nicht zurückgeben kann, weil sie offenbar vom Publikum zurückgehalten werden, und wenn der Entleiher der ABB auch keine anderen Zahlungsmittel liefern kann, weil offenbar eine Thesaurierung von Zahlungsmitteln besteht, so ist die ABB zu folgenden Maßnahmen berechtigt:

I. Die ABB kann dem Entleiher die Verpflichtung auferlegen, vom folgenden Tage an seine Waren oder Dienstleistungen mit einem Preisabschlag bis zu 1/10 denjenigen anzubieten, die mit Gutscheinen der ABB bezahlen.

II. Die ABB kann den Entleiher ermächtigen, auf Kredit zu verkaufen, indem sie mit ihm die Verkaufsbedingungen vereinbart. Die dadurch beim Entleiher entstehenden Guthaben kann die ABB als Zahlungsmittel annehmen, falls die Käufer Kunden der ABB sind.

132

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten ?

III. Die ABB kann sich vom Entleiher eigne Einkaufsscheine des Entleihers nach einem von ihr bestimmten Formular liefern lassen, welche also der Entleiher wie Geld in seinem Betriebe annimmt. Wenn die ABB so verfährt, so muß sie aber vom Entleiher ein Aufgeld fordern, hoch genug um die von ihr geschätzten, voraussichtlichen Kosten der Zurückziehung der eignen Scheine der ABB aus dem Verkehr zu decken. Das Aufgeld kann ebenfalls in den Einkaufsscheinen des Entleihers bezahlt werden.

IV. Die ABB kann die Leihfrist verlängern, wenn zu der betreffenden Zeit die Gutscheine gegenüber dem Golde kein Disagio haben, und ein solches Disagio auch nicht zu erwarten ist.

In den im Heft 1/1934 der Annalen vorgeschlagenen Geschäftsbedingungen ist nicht bestimmt genug zum Ausdruck gebracht, daß die ABB jeden Entleiher ihrer Gutscheine verpflichten müßte, **Bestellungen** **anzunehmen** und zwar von allen solchen Personen, die dem Entleiher eine Bezahlung in Gutscheinen in sichere Aussicht stellen können, evtl. auch eine Bezahlung in anderen Zahlungsmitteln mit einem angemessenen Aufgeld. Im Zweifel muß die ABB über die Verpflichtung zur Annahme einer Bestellung durch den Entleiher entscheiden.

In dem Entwurf zu Geschäftsbedingungen in Heft I/1934 der Annalen ist von **Wechseln** als Sicherheit einer ABB gesprochen. Es hätte noch erwähnt werden müssen, daß Verpflichtungsscheine, wie auf S. 47 von Heft I/1934 angegeben, den Wechseln gleichzuachten sind, d.h. Verpflichtungsscheine, die nicht in Geld eingelöst, sondern vom Aussteller nur bei Zahlungen an ihn selbst wie Geld zum Nennwert angenommen werden.

Es wäre nicht allzu schwierig, die in Heft I/1934 vorgeschlagenen Geschäftsbedingungen zur Finanzierung *langfristigen* Kredits so zu erweitern, daß sie auf eine Bank passen, welche nach dem Vorschlag Milhauds öffentliche Arbeiten **in verschiedenen Ländern** finanziert, und zwar mit solchen Produkten finanziert, die in irgend einem Lande infolge der Krisis entweder gar nicht zu verkaufen sind oder nur mit Verlust. Eine solche Bank würde in verschiedenen Währungen arbeiten müssen. Die Währungen einiger Länder werden aber mit Mißtrauen betrachtet. Daher müßte die Bank versuchen, die Verpflichtungen zur Rückzahlung der durch sie vermittelten Kapitalien

ausschließlich auf bestimmte Gewichtsmengen Feingold abzustellen, z.B. auf ein Gramm Feingold als Einheit. (1 Gramm Feingold = 1 Doro nach Follin's Vorschlag.). Eine solche Art der Verschuldung ist allerdings nicht überall erlaubt. Einwohner der betreffenden Länder kommen dann eben als Schuldner nicht in Betracht. Als Lieferanten bzw. Kapitalgeber aber können sie sehr wohl in Betracht kommen.

Nehmen wir an, es sollte in China eine Luftschiffahrtslinie mit Kaffee

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten?

133

Vorräten finanziert werden, die in Brasilien wegen der Krise schwer verkäuflich sind.

(Der *Krise* wegen, also weil die Devisen fehlen, um den Kaffee zu kaufen, die Interessenten sich aber nur deswegen die Devisen nicht beschaffen können, weil **ihren** Abnehmern *ebenfalls* die Devisen fehlen. Wirklich *zuviel* produzierter Kaffee — den es aber wohl in der Geschichte der Volkswirtschaft noch nicht gegeben hat — wäre als Handelsobjekt auch für eine Milhaud-Bank ungeeignet.)

Wenn nun Brasilien solche Kaffee-Vorräte besitzt, und wenn es bereit ist, lieber für den Kaffee Ansprüche gegen eine chinesische Transportgesellschaft einzutauschen, als den Kaffee ins Meer zu werfen, dann könnte eine nach den Grundsätzen Milhauds arbeitende Bank zwischen China und Brasilien etwa in folgender Weise vermitteln.

Wenn die chinesische Gesellschaft — sagen wir zur Einrichtung eines Flugdienstes zwischen Peiping und Kanton — eines Kapitals etwa im Werte von 50 Millionen Gramm Feingold bedarf für Flugzeuge, Reparaturwerkstätten, Flugplätze, etc., dann könnte die Gesellschaft zunächst einmal 1 Million Zertifikate ausgeben, jedes Zertifikat über 50 Gramm Feingold, und ungefähr mit folgendem Text:

«Zertifikat.

Die Luftschiffahrts-Gesellschaft Peiping-Kanton nimmt dieses Zertifikat, nachdem es ausgelost und die Auslosung gehörig bekannt gemacht worden ist, wie bares Geld an bei Bezahlung von Passagieraten, Frachten und allen sonstigen Zahlungen, welche die Gesellschaft empfängt, und zwar entsprechend dem zuletzt bekannten Kurse des Goldes an der Börse zu Shanghai. Die Gesellschaft wird bei der Annahme keinen Unterschied zwischen Zertifikaten und Bargeld machen, gleichgültig welches der Verkehrswert oder Börsenkurs der Zertifikate ist.

Diesem Zertifikat sind angehängt Zinsscheine, die im Abständen von je einem Vierteljahr mit dem Wert von je 1 Gramm Feingold fällig werden. Die Gesellschaft nimmt die Zinsscheine nach der Fälligkeit ebenso an, wie die Zertifikate selbst. Die Verzinsung entspricht also einem Zinssatz von 8 % jährlich (ohne Zinseszins) vom Nennwert.

Die Gesellschaft verpflichtet sich, die Auslosung entsprechend einer Laufzeit der Anleihe von 10 Jahren (40 Quartalen) vorzunehmen und zwar entsprechend dem von der Milhaudbank zu aufgestellten Auslosungsplan.

Die Gesellschaft ist berechtigt, die Auslosung in Serien vorzunehmen, entsprechend den bei der Emission der Anleihe gebildeten Serien. Jede Serie ist so ausgestaltet, daß vierteljährlich ein Betrag von wenigsten 3.655575 % des ursprünglichen Nennwertes der Serie durch Auslosung und fällige

Zinsscheine als Zahlungsmittel gegen die Gesellschaft angewendet werden kann. Die Gesellschaft ist auch berechtigt, die Zertifikate aufzukaufen. Aufgekaufte und vernichtete Zertifikate gelten

134

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten ?

als ausgelost, sowie die Vernichtung gehörig bekannt gemacht worden ist. Wenn die Gesellschaft in einem Vierteljahr einen größeren Betrag aufkauft und vernichtet als 3,655575 %, so ist sie berechtigt, später entsprechend weniger auszulösen.

Ein Anspruch der Inhaber der Zertifikate oder der Zinsscheine auf Bareinlösung besteht nicht, sondern es besteht nur der oben bezeichnete Anspruch auf Verwendung der Stücke als Zahlungsmittel.

Die Bezahlung mit Zertifikaten und Zinsschemen für Rechnung anderer ist zulässig; auch können damit Vorauszahlungen für eigne und fremde Rechnung geleistet werden, zu einem «Herausgeben» bei der Einzahlung ist die Gesellschaft aber nicht verpflichtet.

Zertifikate oder Zinsscheine, welche binnen einem Jahre nach der Fälligkeit nicht bei der Gesellschaft eingereicht worden sind, können während der nächsten drei Jahre noch in folgender Weise verwendet werden:

Die Gesellschaft nimmt die Stücke an bei Inanspruchnahme der Dienste der Gesellschaft, wenn der Inhaber solche Plätze damit bezahlt, welche andernfalls unbesetzt blieben oder solchen Frachtraum, welcher andernfalls unbenutzt bliebe. Ferner nimmt die Gesellschaft während der nächsten drei Jahre die Stücke an, wenn sie Material verkauft, ferner wenn andere Stellen, z.B. Finanzämter oder Lieferanten, von Betriebsstoff (Benzin) oder Flugzeugen ihrerseits bereit sind, die Stücke anzunehmen.

Nach Ablauf der drei Jahre entscheidet die Gesellschaft über die weitere Annahme nach freiem Ermessen.

Falls innerhalb einer 10jährigen Laufzeit der Anleihe die Preise für die Dienste der Gesellschaft erhöht werden, hat der Inhaber eines Zertifikates das Recht, den Umtausch gegen ein anderes Zertifikat zu verlangen, dessen Nennwert entsprechend den Preiserhöhungen ebenfalls erhöht ist. Die Gesellschaft ist berechtigt, eine vorläufige Erhöhung des Nennwertes durch einfache Überstempelung vorzunehmen.

Die Gesellschaft ist berechtigt aber nicht verpflichtet, die Legitimation des Inhabers zu prüfen.»

Aufgabe der Bank wäre es nun, genügend viel Personen oder Firmen zu finden, welche, ebenso wie die brasilianischen Kaffee-Lieferanten die Zertifikate sofort wie bares Geld annehmen. Die Anzahl dieser Personen muß so groß sein, und ihre Bereitschaft zur Annahme so weitgehend, daß eine genügende Verwertbarkeit der Zertifikate entsteht, um die Lieferanten von Flugzeugen, von Benzin und anderen Artikeln, welche die Gesellschaft gebraucht, ebenfalls zu veranlassen, die Zertifikate wie bares Geld anzunehmen, allenfalls mit einem kleinen Abschlag, sagen wir von 1 % oder 2 %. Aufgabe der Bank wäre es dann noch, auch diesen Lieferanten bei der Verwertung der Zertifikate zu helfen und

dafür zu sorgen, daß die Zertifikate zuletzt nach Brasilien gelangen, dessen Kaffee zunächst das eigentliche Einlösungsgut der Zertifikate ist.

Ein Schein, für den man in Brasilien Kaffee kaufen kann, wie mit barem Geld, der hat in allen solchen Ländern denselben Wert wie bares Geld, die bisher Kaffee aus Brasilien bezogen haben, aber jetzt, wegen fehlender Devisen, keinen mehr beziehen können. Der Schein hat ferner für *fast* alle diejenigen Länder Wert, welche Brasilien bisher mit Maschinen, Textilien, Musikinstrumenten, Filmen, Eisenwaren, etc. beliefert haben, die aber jetzt keine Bezahlung von Brasilien bekommen können, weil Brasilien nicht mehr genug Devisen hat, um diese Dinge zu bezahlen. Die auf Gramm Feingold lautenden Zertifikate, für die man aus Brasilien zu jeder Zeit Kaffee beziehen kann, werden aber sehr viele Personen, die nach Brasilien exportieren möchten, als Devisen anerkennen und daher als Zahlungsmittel annehmen.

(Der jetzt überall herrschende Aberglaube, der Welthandel müsse mit Devisen bezahlt werden und wäre auch vor dem Kriege mit Devisen bezahlt worden, ist es also, welcher der Bank eine Gelegenheit gibt, sich einzuschalten und «Ersatz-Devisen» zu liefern.)

Weitere Aufgabe der Bank ist es dann, möglichst viel Interessenten die vielseitige Verwendbarkeit der Zertifikate klar zu machen und sie zu veranlassen, die Zertifikate gleichfalls wie Geld anzunehmen. Nach einigen Wochen wird es der Bank vielleicht gelungen sein, außer den brasilianischen Kaffee-Produzenten folgende Akzeptanten für die Zertifikate gefunden zu haben:

1. Ein paar englische Maschinenfabriken;
2. ägyptische Baumwoll-Lieferanten;
3. ein paar Weizen-Lieferanten in Dakotah;
4. mexikanische Silber-Lieferanten;
5. chinesische Teehändler und andere Großkaufleute, die jetzt schon fast niemals mit *Geld* bezahlt werden, sondern mit irgend welchen Verpflichtungsscheinen, die sie erst zu Geld machen müssen, für welche also die hier anzustellenden Überlegungen nichts Ungewohntes sind.

Wenn erst einmal ein Weizenlieferant in Dakotah die Scheine, annimmt, so werden daraufhin viele Mühlen in Chikago die Scheine ebenfalls annehmen, daraufhin aber wahrscheinlich sogar einige Einzelhändler. Nicht anders wird es in Mexiko sein. Scheine, die ein Silberbergwerk, annimmt, kann man praktisch in ganz Mexiko in Zahlung geben, wenn die Annahme durch das Silberbergwerk erst einmal bekannt ist. Entsprechendes gilt von der Annahme durch die anderen Großhändler, die — einmal von ihnen zugestanden— fast von selbst einen immer größer werdenden Kreis von immer mehr Akzeptanten schafft. Zuletzt werden sogar Banken die Annahme der Scheine nicht ablehnen. Wenn es aber *soweit* ist, dann werden auch die Lieferanten von Flugzeugen, von Benzin, etc, nicht zögern, für die Zertifikate *ihre* Waren zu liefern, falls es die Regierung nicht etwa verbietet. Sogar die Möglichkeit, daß die eine

oder andere Zentralnotenbank die Scheine als Devisen anerkennt und Noten dafür gibt, ist nicht ausgeschlossen. Die Transaktionen würden dadurch natürlich erleichtert. Vor allem müßte angestrebt werden, daß die brasilianischen Banken die Scheine als Devisen anerkennen, und brasilianische,

verkehrsübliche Zahlungsmittel dafür liefern. Die Kaffeebesitzer wären dadurch in der Lage, auf Grund der Scheine sofort Löhne und Steuern bezahlen zu können.

Das Endergebnis der Transaktion wird folgendes sein. Die Flugzeugfabrik hat die Scheine an eine Bank ihres Wohnsitzes weiter gegeben, z.B. diejenige, mit welcher sie auch sonst zu arbeiten pflegt, natürlich ohne sich darum zu bekümmern, was diese Bank damit macht. Die Bank sucht sich in erster Linie Abnehmer, die irgendwelche Zahlungen nach Brasilien zu leisten haben. Die MilhaudBank wird sie dabei mit Auskünften auf Grund ihrer in den vergangenen Wochen erworbenen Beziehungen unterstützen. Vor allem werden KaffeeImporteure die Scheine gern erwerben; sie haben dann endlich ein in Brasilien anzubringendes Zahlungsmittel, welches ihnen bisher fehlte. Schließlich landen die Scheine bei den brasilianischen KaffeeBesitzern.

Ein paar Monate später entsteht in *China* eine —wenn auch nicht große — Nachfrage nach Zertifikaten sowohl als nach Zinsscheinen. Die chinesische Gesellschaft wird nämlich an ihren Schaltern chinesische Dollars und andere, in China kurante Zahlungsmittel vereinnahmen. Hiervon wird sie gern einen Teil zum Ankauf derjenigen Zertifikate und Zinsscheine aufwenden, welche irgendwo in der Welt billiger als zu pari zu haben sind. Auch alle diejenigen, welche die Dienste der chinesischen Gesellschaft in Anspruch nehmen, werden versuchen, sich unter pari stehende Zertifikate und besonders Zinsscheine zu verschaffen, um sie bei der Gesellschaft zu pari anzubringen und dadurch das Disagio zu verdienen, Durch diese Nachfrage seitens der chinesischen Gesellschaft sowohl als ihrer Kunden wird die Parität der Zertifikate auf allen Weltmärkten rasch wiederhergestellt sein, wenn sie einmal irgendwo unterschritten werden sollte. Da aber die Zertifikate beständig oder fast beständig auf pari stehen werden, so haben auch nach allen Erfahrungen des Wertpapierhandels die brasilianischen Kaffee-Besitzer die Möglichkeit, die Zertifikate im Verlauf einer relativ kurzen Zeit irgendwo in der Welt abzusetzen. Wahrscheinlich wird sogar China selbst die Zertifikate aufnehmen, obwohl jetzt viele chinesische Ökonomen meinen, daß China nur sehr geringe Anleihebeträge aufbringen könnte. (Sie wissen nicht, daß das Zahlungsmittel für die Aufbringung von Leistungen entscheidend ist. China, dem jetzt die Aufbringung von 100 Millionen Jüan in **Silber** schwer fällt, kann sehr leicht 1000 Millionen nach obiger Methode aufbringen.)

In dieser Weise, die hier natürlich nur in ihren wichtigsten Grund

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten?

137

zügen angedeutet werden kann, wird es möglich sein, eine Anleihe zum Bau chinesischer Flugzeuge mit brasilianischem Kaffee zu zeichnen.

Der Vorschlag Milhau's, mit den infolge der Krise unverkäuflichen Produkten eines Landes Anleihen zur Durchführung öffentlicher Arbeiten in anderen Ländern zu finanzieren (Annalen Heft I/1933, Seite 67) kann seiner Bedeutung nach kaum hoch genug eingeschätzt werden; er eröffnet völlig neue, weltwirtschaftliche Horizonte. (Es braucht hier natürlich nicht dargelegt zu werden, daß er nicht auf die Verwendung eines einzelnen Gutes, z.B. Kaffee, beschränkt ist.)

Sonderbarerweise ist der Vorschlag Milhau's ganz unbeachtet geblieben; jedenfalls sind Meinungsäußerungen über seine Durchführung nicht bekannt geworden.

Nach dem obigen Vorschlag ist die MilhaudBank ausschließlich Vermittler; eigne Verpflichtungsscheine gibt sie nicht aus. Eine solche Vermittlungstätigkeit könnte natürlich auch von anderen Stellen als von Banken unternommen werden, z.B. von einem großen, international als zuverlässig bekannten Handelshaus. Zur Not könnte die chinesische Gesellschaft sogar selbst um den Absatz ihrer Zertifikate besorgt sein, nachdem sie in Brasilien eine «Rückversicherung» dafür erhalten hat. (Daß amerikanische Baumwolle, malayisches Zinn, afrikanischer Gummi und vieles anders sich ebenso gut eignet, wie brasilianischer Kaffee, braucht hier nicht dargelegt zu werden.)

Man könnte sich den unwahrscheinlichen Fall vorstellen, daß die brasilianischen KaffeeLieferanten sich auf das Geschäft nur einlassen wollen, wenn sie aus dem Erlös des verkauften Kaffees sofort Löhne, Mieten, Steuern und andere Ausgaben bezahlen können. Das würde die Transaktion schwieriger machen, da Arbeiter, Hausbesitzer und Finanzämter kleiner Gemeinden keine Zertifikate über 50 Gramm Feingold als Zahlungsmittel annehmen können. Unmöglich wäre die Transaktion aber auch dann nicht, wenn nur in Brasilien die Erlaubnis besteht, eine Bank nach den in Heft I/1934 der Annalen dargelegten Grundzügen zu errichten.

Diese Bank hätte sich mit brasilianischen Gewerbetreibenden, mit Arbeitern, mit Ladenbesitzern und andern für den Waren-Einzel-Handel in Betracht kommenden Personen zu verständigen, dahingehend, daß sie wie Geld gestückelte Noten der Bank annehmen. Die neue Bank wäre dann eine Arbeitsbeschaffungsbank im Sinne der Ausführungen in Heft I/1934 der Annalen. Die Sicherheiten der ABB wären zunächst die chinesischen Zertifikate, dann eine mit der ABB zu vereinbarende Verpflichtung der Kaffee-Lieferranten, auch für die Gutscheine der Bank Kaffee zu liefern. Die Gutscheine der ABB würden auf Milreis lauten. Ein Währungsrisiko könnte aber für die ABB daraus nicht entstehen, da wohl der Milreis verschlechtert werden kann, nicht aber das Gramm Feingold. Einzelheiten brauchen hier nicht dargelegt zu werden. Wahrscheinlich genügen die

bestehenden Banken Brasiliens, um die Transaktion durchzuführen. Es würde nur von ihnen abhängen, ob sie mitwirken wollen oder nicht; ihr Gewinn könnte sehr bedeutend sein.

Sehr beachtenswert ist noch eine Anregung Milhau's in Bezug auf die commercielle Berichterstattung, deren Durchführung zur Verwirklichung eines wirklich *freien* Marktes unerlässlich ist, nämlich die Bekanntgabe der tatsächlich am Markt befindlichen Warenmengen nebst den zugehörigen Kursen. Es müßten also nicht nur, wie es jetzt schon öfters geschieht, die wirklichen Umsätze bekannt gegeben werden, sondern auch die Mengen der angebotenen nebst der Menge der unverkauft gebliebenen Waren und den gefordernten Preisen, dazu die Orte der Lagerung, wenn es sich um Weltmärkte handelt, damit der Interessent die Fracht abschätzen kann. Entsprechend müßte nicht nur die befriedigte Nachfrage bekannt gegeben werden, sondern auch die unbefriedigt gebliebene nebst den Nachfragepreisen. Dasselbe Prinzip, könnte auch zur Belebung der Wertpapierbörse dienen. Wie oft geschieht es jetzt, daß die Besitzer von Wertpapieren selbst zu wirklichen Haussezeiten ihre Papiere nicht zu den im Kurszettel bekanntgemachten Kursen verkaufen können. Dadurch wird ein oft unberechtigtes Mißtrauen gegen die Kurse erweckt. Würde aber das wirkliche Angebot und die wirkliche Nachfrage nebst den von den Interessenten bestimmten Limiten ehrlich im Kursblatt bekannt gegeben (an der Börse selbst kennt man sie ohnehin), so würde dieses Mißtrauen verschwinden; ganz gewiß würden auch die Umsätze auf solche Nachrichten hin steigen.

Beachtung verdient auch die von Milhaud vorgeschlagene, nach seiner Mitteilung auch längst praktisch bewährte, aber nicht oft angewendete Methode der Festsetzung von Kursen. (Annalen I/1933, Seite 59.)

Die Gesetzgebung müßte das ihrige dazu tun, um einer Bank den Betrieb zu ermöglichen, welche zum Ziel hat, die unverkäuflichen Vorräte des Landes in arbeitschaffendes Kapital zu verwandeln. Eine erschöpfende Aufzählung aller nötigen, gesetzlichen Reformen ist hier natürlich nicht möglich. Wahrscheinlich wird es sich sogar erst beim praktischen Betrieb der Bank herausstellen, welche gesetzlichen Bestimmungen, an die man vorher gar nicht dachte, im Wege stehen. (Jefferson, der Mitbegründer der amerikanischen Union, verlangte, daß kein Gesetz länger in Kraft sei, als der Lebensdauer einer Generation entspricht, also ungefähr 30 Jahre. Der Staatsmann, der eine solche Bestimmung in die Verfassung seines Landes hineinbringt, wird *sehr* viel für den Fortschritt seines Landes tun.)

Zunächst müßte natürlich durch eine Verordnung bestimmt werden, daß der Handel mit Einkaufsscheinen und mit Zertifikaten, wie sie vorstehend skizziert sind, völlig frei ist, und keinem der vielen tausende von

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten?

139

Devisengesetzen unterliegt, die in den letzten Jahren in allen Teilen der Welt erlassen worden sind.

In Anbetracht der überaus bedeutsamen, sozialen Wirksamkeit der Bank könnte der Staat auch sehr wohl bestimmen, daß sie bei Konkursen, gerichtlichen Vergleichen etc. ein Vorzugsrecht vor anderen Gläubigern hat. Eine solche Bestimmung wäre kein Novum, denn die Zentralnotenbanken haben ein solches Privileg seit vielen Jahrzehnten, ähnlich viele andere Staatsbanken. Da, wo das neue Privileg mit älteren kollidiert, da möge das ältere vorangehen. Die Kollision wird selten genug eintreten, denn die Wirkungs-Sphäre der neuen Bank liegt ganz außerhalb derjenigen anderer Banken.

Besonders wichtig wäre eine Bestimmung, wonach alle Gesetze über den *Schutz von Schuldnern* anlässlich einer Krise keine Anwendung finden dürfen auf solche Schulden oder Verpflichtungen, deren Erfüllung der Gläubiger **nicht in Geld** verlangt, sondern die der Verpflichtete durch **eigne Leistungen**, ohne die Zuhilfenahme von Geld und nach dem Milhaud'schen Prinzip bewirken kann. Zertifikate, wie die oben beschriebenen, müßten also von jeder Gesetzgebung über den Schutz von Schuldnern in Krisenzeiten ausgenommen sein. Tatsächlich bedürfen die Schuldner derartiger Zertifikate auch keines Schutzes gegen Krisen.

I. DIE PRAKTISCHE DURCHFÜHRUNG DER VORSCHLÄGE MILHAUD'S.

I. Was kann der Einzelne tun, um etwas zur Verwirklichung der Vorschläge Milhaud's beizutragen ?

a) **Der Arbeitnehmer.** — Er kann vor allem seinem Arbeitgeber erklären, daß er auf das ihm gesetzlich zustehende Recht, bei der Entlohnung gesetzliche Zahlungsmittel zu verlangen, verzichten würde, wenn ihm der Lohn in Milhaud'schen Einkaufsscheinen ausgezahlt würde.

Eine solche öffentlich bekannt gemachte Erklärung der Belegschaft *einer* Fabrik oder der Beamten *einer* Behörde würde mehr wirken, als Zentner von Literatur. Wenn der Arbeitnehmer einem größeren Betriebe angehört, so kann er auch mit seinen Kameraden über die Möglichkeit sprechen, sich als Genossenschaft zu konstituieren, dem Besitzer den Betrieb abzukaufen oder abzupachten, und dabei Milhaudsche Einkaufsscheine als Zahlungsmittel zu verwenden. Indem der Arbeitnehmer hierüber mit seinen Kameraden möglichst oft und eingehend spricht, sich und andern den ganz grundsätzlichen Unterschied zwischen einer Bezahlung in *Geld* klar macht, wirkt er im besten Sinne des Wortes revolutionär, mögen auch die Anhänger von Marx ihn einen «Kleinbürger» nennen oder einen «Schrittmacher der Reaktion».

(Welcher Arbeiter hat je darüber nachgedacht; daß wenn die Belegschaft einer Fabrik oder eines großen Gutes dem Besitzer vierteljährlich 1/50 vom Wert der

140

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten ?

Unternehmung bezahlte und zwar 79 mal, dann die Belegschaft Eigentümer der Unternehmung wäre, falls der Besitzer mit einem Zins von 1 1/4 % vierteljährlich auf die jeweilige Restschuld zufrieden ist? Die Arbeiter werden solche höchst unmarxistischen Erwägungen anstellen oder nach 100 Jahren schlechter dastehen als heute chinesische Kulis.)

(J.Z.: Eine für B. typische Übertreibung. Selbst in den heute typischen "kapitalistischen" Ländern werden Arbeitnehmer nicht so schlecht bezahlt, sondern gut genug, um viel Geld für Trinken, Rauchen, Reisen, Wetten, Kleidung und Luxus ausgeben können und sie sind auch nicht ausgemagert wie Kulis sind, sondern leiden eher an Übergewicht. Aber ihr in voller Wirtschaftsfreiheit mögliches Einkommen haben sie noch nicht erreicht, abgesehen von einigen Privilegierten, zu denen, für lange Zeit, z.B. Hafendarbeiter gehörten. J.Z., 14.3.04.)

v) **Der Arbeitgeber.** — Er kann die Arbeiter darauf aufmerksam machen, daß ihr Privileg, *Geld* bei der Lohnzahlung zu erhalten, sie sehr viel mehr schädigt als ihnen nutzt. Er kann ihnen zeigen, daß sein Einfluß auf den Umlauf des *Geldes* fast gleich Null ist, und daß weder er, noch der mächtigste Trust, noch die Regierung selbst es herbeischaffen kann, wenn es einmal die gewohnten Wege der Zirkulation verlassen hat. Der Arbeitgeber kann im Anschluß daran den Arbeitern das Wesen eines Milhaud'schen Einkaufsscheines erklären, er kann ihnen darlegen, daß dieser Schein das einzig wirklich wirksame Mittel gegen mit Arbeitslosigkeit verbundene Krisen ist und kann den Arbeitern klar machen, daß er selbst Zahlungen in Einkaufsscheinen nur dann in der Lage ist entgegenzunehmen, wenn er Löhne in Einkaufsscheinen bezahlen kann. Besser als die Arbeiter selbst es sich deutlich machen können, kann er ihnen erklären, daß sie ihren Lebensunterhalt ebensogut mit Milhaud'schen Einkaufsscheinen einkaufen können, wie mit Geld. Der Arbeitgeber kann sogar — um das Mißtrauen der Arbeiter zu besiegen — noch weiter gehen und sich bereit erklären, von ArbeiterKonsumVereinen emittierte Einkaufsscheine bei der Bezahlung der Fakturen seines Unternehmens anzunehmen, wenn die Arbeiter solche Einkaufsscheine bei Lohnzahlungen annehmen wollen. Der Arbeitgeber kann den Arbeitern von sich aus die Erwerbung seines Unternehmens durch Ratenzahlungen — zu leisten in Milhaud'schen Einkaufsscheinen —

vorschlagen und den Übergang seiner sozialen Stellung (nicht mehr *Herr* eines Unternehmens, sondern *Führer* einer Gefolgschaft) so vorbereiten, daß seine eigne Lage dabei nicht etwa verschlechtert, sondern im Gegenteil in jeder Hinsicht verbessert wird.

c) **Der Arbeitnehmer in gehobener Stellung** (AbteilungsChef, Vorarbeiter, Meister). — Er kann noch viel leichter als der Arbeitgeber die Arbeiter über den schweren Druck aufklären, welchem Arbeitnehmer durch das gegenwärtige Zahlungssystem unterliegen.

Hoffentlich ahmen bald alle Länder die deutsche Einrichtung häufiger **Betriebsversammlungen** nach, in welchen jeder Angehörige des Betriebes seine Meinung über Betriebsfragen frei äußern kann.

d) **Der Politiker.** — Er kann Gesetzentwürfe vorbereiten und vor allem einmal eine Zusammenstellung aller derjenigen Gesetze und Vorschriften seines Landes veranlassen, welche jetzt die Emission von Milhaud'schen Einkaufsscheinen verhindern. Der Politiker kann dann vorschlagen! daß zunächst einmal probeweise in einem bestimmten, kleinen

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten?

141

Gebiet (einem Gebiet mit möglichst viel Arbeitslosen) jene Bestimmungen suspendiert werden, um praktische Erfahrungen möglich zu machen.

e) **Der Kaufmann.** — Er kann durch Aushang in seinem Lokal und im Gespräch mit seinen Kunden erklären, daß *er* die Milhaud'schen Einkaufsscheine in *seinem* Betrieb annehmen würde, wenn er sie seinen Lieferanten in Zahlung geben kann. Eine solche Erklärung wird auf jeden Kunden einen tiefen Eindruck machen.

f) **Steuerzahler-Vereinigungen.** — Solche Vereinigungen gibt es in England und Frankreich. Wenn die Vereinigung fordert, daß zur Bezahlung von Steuern auch andere Zahlungsmittel als die bisher üblich gewesenenen zugelassen werden sollten, vor allem Milhaud'sche Einkaufsscheine, so wird dies gewiß nicht ohne Eindruck auf die Behörden bleiben. Die Mitglieder der Vereinigungen sollten über die Möglichkeiten zur Bezahlung von Steuern, anders als durch die bisherigen Zahlungsmittel, aufgeklärt werden.

g) **Der Gelehrte.** — Er sollte vor allem die Vorschläge Milhaud's lesen und sich damit vollkommen vertraut machen. Der Ungelehrte hat oft nicht die Zeit, die Ruhe und das Verständnis dazu. Der Gelehrte sollte dann seine Beziehungen zur Presse und zu Verlegern ausnutzen, um für die Erfindung Milhaud's einzutreten. Der Gelehrte ist auch mehr als jeder andere dazu berufen, um den immer wieder erhobenen Vorwurf der «Inflation» gegen das Milhaud'sche System zu bekämpfen. Gerade in Gelehrtenkreisen wird die an sich einfache, aber — wie man zugeben muß — sehr abstrakte Wahrheit verkannt:

Emission von Zahlungsmitteln geschieht ohne eine Gefahr der *Entwertung* dieser Zahlungsmittel und ist vor allem keine *Inflation*, solange sie nur der *Erleichterung der Aufrechnung* dient, und wenn man dabei nicht vergißt, daß nur Verpflichtungen mit *gleicher Fälligkeit* gegeneinander aufgerechnet werden können. Wird dies genügend beachtet, so können die emittierten Zahlungsmittel auch ohne Gefahr *wie Geld* gestückelt und typisiert sein; sie sind dann weiter nichts als eine für den Verkehr bequeme Form der Anweisung auf die eigne Lieferungsverpflichtung.

Die volkswirtschaftliche Schädlichkeit der Emission beginnt da, wo die Emission die Verpflichtung zur Lieferung, oder wenigstens die erzwungene Nachfrage nach der eignen Leistung, überschreitet. Die Schädlichkeit *äußert* sich dann durch eine *Entwertung* des ausgegebenen Zahlungsmittels *ohne* allgemeine Preissteigerung, wenn die emittierten Zahlungsmittel einem *freien Kurs* unterliegen; die Entwertung äußert sich als *Inflation*, wenn die Zahlungsmittel **mit Zwangskurs** ausgestattet sind (und **nur** dann !!). Alles das wird nur der Gelehrte in vollem Umfang und im Zusammenhang einsehen.

142

Muss Arbeitsbeschaffung Geld kosten ?

h) **Der Hauswirt.** — Er sollte bei seinem Hypothekengläubiger anfragen, ob der Gläubiger die Milhaud'schen Scheine annehmen will. Vereinigungen von Hausbesitzern sollten sich entsprechend an die großen Kredit-Institute wenden, vor allem an die Hypothekenbanken. Der Hauswirt sollte auch jedem Mieter bei der Mietzahlung erklären, daß er — so weit **sein** guter Wille in Frage käme — auch anstatt Geld gern Milhaud-Scheine nähme. Die Hauswirte sollten auch Aufrufe an die Inhaber von Pfandbriefen erlassen, daß die Inhaber sich mit Milhaud-Scheinen zufrieden geben sollten. Die Annahme von fälligen Zinsscheinen der Hypothekenbanken und ausgelosten Pfandbriefen dieser Banken bei Mietzahlungen wäre eine beträchtliche und volkswirtschaftlich sehr wohltätige Annäherung an das Milhaud'sche Prinzip.

i) **Der Intellektuelle.** — Dazu rechnen sich ja die meisten. Aber jeder einzelne sollte sich sagen, daß wer der von Milhaud vorgeschlagenen Verbesserung des Zahlungswesens gleichgültig oder verständnislos gegenübersteht, kein Intellektueller ist.

j) **Der Philosoph.** — Er sollte sich an Proudhon's Wort erinnern: «L'Economie politique, c'est la métaphysique en action!» und möge überzeugt sein, daß die Einkaufsscheine wirklich mehr als eine nur ökonomische Bedeutung haben.

II. Was könnten die Regierungen von heute auf morgen tun ?

Das Volk, welches die bestehenden Gesetze meistens nicht kennt, oder aber, *wenn* es sie kennt, sie schon wenige Jahre nach ihrem Inkrafttreten als etwas Naturgegebenes hinnimmt (ein von den Soziologen wenig beachteter Umstand), und daher sehr selten die Aufhebung **bestehender** Gesetze fordert, sondern fast immer nur die Schaffung **neuer**, dieses Volk erwartet bei Notständen positive *Hilfe* vom Staat, weil es fühlt, daß der Staat wirklich helfen könnte. Das Volk weiss ober nicht, daß die Hilfe selten in etwas anderem bestehen kann, als darin, ihm die **Selbsthilfe nicht zu verbieten** und allenfalls ihm zu zeigen, *wie* man sich hilft.

Manchmal ist eine Regierung allerdings in der Lage, wie der Große Friedrich, der in einigen Gegenden seines Königreichs auf großen Widerstand der Leibeignen stieß, als er ihre Lage verbessern wollte. Besonders war dies in nichtdeutschen Gegenden der Fall. Diese Leibeignen hatten keine Ahnung, wie man sich als ein persönlich freier Mensch benehmen könnte, und was überhaupt persönliche Freiheit bedeutet. Der König dachte daher daran, ihnen einige praktische **Beispiele** davon zu geben, und schrieb unterm 1. April 1772 an den Kammerpräsidenten von Domhardt u. a.:

«Das sicherste Mittel, diesen sklavischen Leuten bessere Begriffe und Sitten beizubringen, wird immer sein, sie mit Teutsche zu melieren, und

wenn es auch anfänglich nur mit zwei oder drei in jedem Dorfe geschehen kann.»

Die Aufstellung praktischer *Beispiele* wäre auch heute die beste Art, um dem Volke zu zeigen, wie man sich helfen kann, wenn die Ursache der Not ausschließlich der Mangel an Zahlungsmitteln ist.

Um einen Anfang zu machen und die Möglichkeit zu geben, daß überhaupt Beispiele aufgestellt werden können, sollte jede Regierung zunächst einmal ein Gesetz erlassen, etwa wie folgt:

«Schuldurkunden, in welchen ein bestimmter Geldbetrag inländischer oder ausländischer Währung genannt ist, für die aber eine Verpflichtung zur Einlösung dieses Betrages in Geld nicht übernommen wird, sondern die von den Verpflichteten nur im Zahlungsverkehr wie Geld angenommen werden, unterliegen den sonst geltenden Einschränkungen über die Ausgabe von typisierten und wie Geld gestückelten Zahlungsmitteln nicht.

Verträge, in welchen die Lieferung solcher Urkunden an Zahlungsstatt versprochen ist, sind gültig, auch wenn sie nach früheren Gesetzen ungültig gewesen wären. Gläubiger, welche solche Urkunden vorbehaltlos an Zahlungsstatt angenommen haben, gelten mit dem in der Urkunde genannten Geldbetrag als befriedigt.»

Ein solches Gesetz würde in allen Ländern den Weg zur Einführung des Milhaud'schen Systems frei machen, und zwar von heute auf morgen.

J. ZUSAMMENFASSUNG

durch Hervorhebung einiger Unterschiede zwischen dem Milhaud'schen System und dem herrschenden Geldsystem.

A: Gegenwärtiges System

B: BeckerathMilhaud System

1 A. Beim gegenwärtigen auf dem Zwangskurs beruhenden Papier geldsystem hat die Emissionsstelle nur die Wahl zwischen Deflation und Inflation. Ein Mittel, um den Bedarf des Volkes an Zahlungsmitteln genau festzustellen, oder auch ihn zu befriedigen, **wenn** er festgestellt wäre, gibt es bei Zwangskurs nicht.

1 B. Da, wo das Milhaud'sche System erlaubt ist, kann beim schlechtesten Willen und bei größter Ungeschicklichkeit der Emissionsstelle keine **Inflation** erfolgen. Ebenso ist auf die Dauer keine **Deflation** möglich. Der Bedarf an Zahlungsmitteln kann genau befriedigt werden.

2 A. Wegen der Krise unverkauft gebliebene Waren drücken die Preise und wirken wie Gift im Volkskörper.

2 B. Unverkauft gebliebene Waren schaffen einen starken Anreiz, sie im Wege des **langfristigen Kredits** zur Verfügung zu stellen. Dadurch werden die Waren doch rasch verkauft. Außerdem entsteht noch eine Tendenz, den langfristigen Kredit überhaupt zu verbilligen.

3 A. Den Steuerschuldnern fehlen — ebenso wie andern Schuldnern — oft die Zahlungsmittel, weil diese, solange die Währung stabil bleibt, unvermeidlich in zu geringer Menge kursieren. Der Staat ist daher beständig in Versuchung, bei der Zentralemissionsstelle Vorschüsse in Zwangskursgeld zu nehmen, dadurch aber die Währung zu gefährden.

3 B. Der Staat kann bei Abgaben jeder Art die Milhaud'sehen Scheine in Zahlung nehmen, dadurch steigen die Steuereingänge sehr beträchtlich.

4 A. Mißtrauen in die Währung kann große wirtschaftliche Störungen bewirken; es schädigt sehr den langfristigen Kredit, hindert den Abschluß von Versicherungsverträgen, etc.

4 B. Mißtrauen in die Milhaud'sehen Scheine würde die Inhaber nur veranlassen, sie in die Läden zu tragen und sich etwas dafür zu kaufen. Das Zahlungsmittel verschwindet dadurch mitsamt dem daran haftenden Mißtrauen aus dem Verkehr, und der langfristige Kredit bleibt ganz unberührt.

5 A. Die Arbeitslosigkeit beansprucht in hohem Maße die Opferwilligkeit des Volkes, dabei kann die Betätigung einer solchen Opferwilligkeit sehr leicht neue Arbeitslosigkeit bewirken, indem sie die vorhandene Kaufkraft nur umschichtet.

5 B. Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit erfordert kein anderes Opfer als das offene Eingeständnis, daß man auf falschem Wege war, im übrigen **bringt** die Beseitigung der Arbeitslosigkeit nach dem System von Milhaud vom ersten Tage an Überschüsse und erfordert nicht etwa Zuschüsse.

6 A. Beim gegenwärtigen Geldsystem, wonach das jeweilige Währungsgut nicht nur Wertmesser, sondern auch ein jedem Gläubiger zustehendes Zahlungsmittel ist, dessen Lieferung er erzwingen kann, herrscht unvermeidlich beständig Knappheit an Zahlungsmitteln. Da die eigentliche Ursache der Geldknappheit (welche eben in jenem Anspruch der Gläubiger begründet ist) verkannt wird, so besteht für den Staatsmann beständig die Versuchung, die Knappheit durch Schaffung neuen Zwangskursgeldes zu beheben, Unterliegt er der Versuchung, so beseitigt er zunächst das Gold als Wertmesser sowohl wie als Zahlungsmittel und ersetzt es in beiden Funktionen durch ZwangskursPapiergeld. Es zeigt sich aber, daß die ZahlungsmittelKnappheit ganz unverändert bleibt, ja eher noch zunimmt, wenn anstatt einer Milliarde in Gold eine Milliarde in Papier umläuft. Dabei ist das Vertrauen zur Währung in der Regel zerstört, wenn erst einmal der freie Verkehr mit Gold und die Erlaubnis, in Gold zu rechnen, aufgehoben sind. Das herrschende System bietet keine

Möglichkeit, gleichzeitig das Gold als Wertmesser beizubehalten und doch dem Umstand Rechnung zu tragen, daß nicht genug Gold für alle Zahlungen da ist, und auch nicht da sein kann.

6 B. Das Milhaud'sche System erlaubt es, das Gold als Wertmesser beizubehalten, daneben aber soviel papierne Zahlungsmittel zu schaffen, daß damit **alle** Zahlungsverpflichtungen beglichen werden können.

7 A. Mißtrauen in die Zukunft der Wirtschaft bewirkt Thesaurierungen und erzeugt gerade dadurch die Krise. Trotzdem bietet das herrschende System kein wirksames Mittel gegen die Thesaurierung.

7 B. Nach Annahme des Milhaud'schen Systems können die Mißtrauischen weder die Wirtschaft noch die Währung durch ihr Mißtrauen gefährden, auch, nicht, wenn sie Goldstücke oder Papiergeld thesaurieren. Der Mißtrauische steht unter dem Milhaud'schen System nicht anders da, wie einer, der dem *Wetter* unberechtigterweise nicht traut, und sich mit mehr Regenschirmen, versieht, wie nötig ist.

Der Thesaurierer bewirkt unter dem Milhaud'schen System weiter nichts, als daß er den Schuldnern die Begleichung ihrer Schuld zinslos *stundet*. Das System sorgt dafür, daß hierbei die richtigen Grenzen nicht überschritten werden.

8 A. Der Nutzen von Maschinen ist beim gegenwärtigen System nicht allgemein und nicht sofort erkennbar.

8 B. Erst nachdem durch das Milhaud'sche System jedem durch Maschinen freigesetzten Arbeiter sofort wieder Arbeit beschafft wird, leuchtet allen der Nutzen der Maschinen ein, und es gibt keinen, der ihre Anwendung hindert.

9 A. Jede Abweichung von der normalen Umlaufgeschwindigkeit des Geldes kann volkswirtschaftlich schädlich sein, das zu schnelle Ausgeben sowohl als das Thesaurieren.

9 B. Im Milhaud'schen System spielt die Umlaufgeschwindigkeit der Zahlungsmittel eine ganz untergeordnete Rolle. Abweichungen von der normalen Umlaufgeschwindigkeit bewirken ungefähr ebenso viel volkswirtschaftliche Vorteile wie Nachteile, übrigens in keinem Falle erhebliche. Zu große Umlaufgeschwindigkeit von Milhaud'scheinen belebt nur den Umsatz, was gerade kein Unglück ist, zu langsame bringt den Schuldnern einen Zahlungsaufschub, was **auch** kein Unglück ist.

10 A. Dem gegenwärtigen Geldsystem mit seiner unvermeidlichen Knappheit an baren Zahlungsmitteln (die erfahrungsgemäß sogar bei Inflation besteht) drückt beständig auf die Löhne und den Unternehmergewinn. Diejenige Normalhöhe der Löhne und der Unternehmergewinne, welche erforderlich ist, um einen guten Absatz von Massenartikeln zu bewirken, läßt sich beim gegenwärtigen Geldsystem nicht erreichen.

10 B. Das Milhaud'sche System, indem es ermöglicht, die Kaufkraft des einzelnen Arbeiters und des einzelnen Unternehmers zu mobilisieren, läßt eine Nachfrage nach Arbeitskraft (leitender und ausführender) entstehen, welche das Angebot übersteigt, und dadurch Löhne und

Unternehmergewinn auf ihr volkswirtschaftlich mögliches Maximum bringt. Indem nämlich Arbeitnehmer und Arbeitgeber ihren eignen Lebensunterhalt auf ein paar Wochen im voraus bestellen, erzeugen sie eine Nachfrage, welche die vereinigte Arbeitskraft aller Arbeitenden und aller Arbeitslosen im Augenblick gar nicht befriedigen kann.

11 A. Das gegenwärtige Geldsystem (J.Z.: und das ArbeitgeberArbeitnehmerVerhältnis!) bewirkt einen beständigen Kampf zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern um die Zahlungsmittel. Da der Besitz an Zahlungsmitteln gleichzeitig für die Höhe des Anteils am Produkt maßgebend ist, so ist der Kampf um die Zahlungsmittel gleichseitig ein Kampf um die Höhe des Anteils am Sozialprodukt. Beide Parteien glauben beständig, daß der andere zuviel bekäme und erneuern bei jeder Gelegenheit den Kampf.

11 B. Beim Milhaud'schen System ist für den Arbeitgeber die Beschaffung der Zahlungsmittel kein Problem. Geldknappheit, die den Unternehmer veranlassen könnte, die Löhne zu drücken, besteht nicht mehr. Dazu kommt, daß die für Löhne ausgegebenen Zahlungsmittel unvermeidlich, und wie alle wissen, zum Arbeitgeber zurückkehren, um sich in Ware oder Dienstleistungen zu verwandeln. Hohe Löhne fördern also nicht nur **im allgemeinen** den Absatz (was schon heute der Fall ist), sondern **bei jedem einzelnen** Unternehmer. Auch ist sich jeder über diese Auswirkung klar. Wenigstens 4/5 der Motive zu Arbeitsstreitigkeiten entfallen unter dem Milhaud'schen System.

12 A. Beim gegenwärtigen Geldsystem ist fast jedes Produkt mit besonderen **Absatzkosten** belastet, die oft die Hälfte des Marktpreises ausmachen oder mehr. Dadurch werden Löhne und Unternehmergewinne sehr herabgesetzt, ohne daß aber dabei die zahlreichen Agenten, Reisenden, «PropagandaFachleute», Zwischenhändler, etc. viel verdienen.

12 B. Beim Milhaud'schen System werden die Absatzkosten auf einen Bruchteil des gegenwärtigen Betrages sinken, vielleicht auf weniger als ein Viertel. Entsprechend wird das Einkommen der Arbeiter und der Arbeitgeber steigen, während die "VerkaufsFachleute" sich nützlicheren Beschäftigungen zuwenden können.

13 A. Der Außenhandel drückt auf die Währung, indem die Exporteure beständig entweder eine Devalvierung oder eine Inflation verlangen.

13 B. Beim Milhaud'schen System fördert eine stabile Währung ganz offensichtlich den Export, besonders, solange es Länder gibt, in denen die Währung bedroht scheint. Die Bürger dieser Länder versuchen sich Einkaufsscheine aus den dem Milhaud'schen System angeschlossenen Ländern zu verschaffen, womit sie einen zusätzlichen Export aus diesen Ländern vorbereiten.

Wie Prof. Wagemann, Leiter des Instituts für Konjunkturforschung, mitteilt, bestand bei der im Januar 1933 abgesetzten, deutschen Regierung der Plan, neue Vorschläge zu sozialen Reformen durch ein besonderes Gesetz zu verbieten. Das würde an das französische «arrêt» vom 28. März 1764 erinnern, wodurch jede Veröffentlichung über Volks oder Staatswirtschaft verboten wurde. Mehr Vertrauen erweckte jedenfalls die offene Erklärung Adolf Hitler's in der Sitzung des Generalrats der Reichsbank vom 20. September 1933:

«Für gute und brauchbare Ratschläge ist die Regierung dankbar».

(Bei der Gelegenheit sei auch noch an ein anderes Wort des Führers in der gleichen Sitzung erinnert:

«Es gilt vor allem die Ideologie der Bedürfnislosigkeit und der systematischen Einschränkung des Bedarfs, also den vom Kommunismus ausgehenden Primitivitätskult, zu bekämpfen. Dieses bolschewistische Ideal der allmählichen Rückwärtsentwicklung der Zivilisationsansprüche muß unweigerlich zur Zerstörung der Wirtschaft und des ganzen Lebens führen.») (J.Z.: B. schrieb unter Zensur!)

Wenn eine Regierung von heute auf morgen ein zusammengebrochenes Wirtschaftssystem übernimmt und sich zunächst einmal bemüht, nur einzelne Mißstände zu beseitigen, so verdient sie wegen dieser Selbstbeschränkung Lob und entsprechend auch die Äußerung *Kepler's* vom 11. Juni 1934:

«Ein Wirtschaftsprogramm im landläufigen Sinne kennt die Partei auch heute nicht», sie ist eine Aufforderung an alle diejenigen, die glauben, positive Vorschläge über die Verbesserung der Lebenshaltung in Deutschland machen zu können.

(J.Z.: Ende: Seite 148. Ich musste diese Gegeneüberstellung anders arrangieren als im Original, wo die Meinungen Seite bei Seite stehen. Microsoft hat mir das nicht leicht oder überhaupt möglich gemacht. Ich habe es mehrmals versucht. Anzeigen vom hinteren Umschlag folgen. J.Z., 16.3.04.)

NEUNTER JAHRGANG (1933)
HEFT 2

NEUE ARBEIT, NEUE ABSÄTZE

von Edgard MILHAUD

Vorwort.

- I. Ein Plan zur sofortigen Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Krise. Arbeitsbeschaffung und gleichzeitige Schaffung von Absatzmöglichkeiten.
- II. Besprechung des Projektes vor dem Institut National Genevois.
- III. Das Projekt vor der internationalen öffentlichen Meinung.
- IV. Das Projekt vor der belgischen Vereinigung für sozialen Fortschritt.
- V. Ein auf den Plan gegründetes neuseeländisches Projekt zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

ANHAENGE

1. Prof E. Lederer: Arbeit für Arbeitslose. Ein Vorschlag.
 2. Die Bedeutung des Tauschhandels.
 3. Murray E. King: Zurück zum Tauschhandel !
 4. Richard Lester: Eine Million Menschen kehren zum Tauschhandel zurück! Die Selbsthilfebewegung als letzter Ausweg verzweifelter Gemeinden zur Unterstützung der Arbeitslosen.
 5. Genossenschaftliche Selbsthilfebestrebungen unter den Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten von Nordamerika.
 6. C. H. Chatters: Bedeutet der kommunale Gutschein ein Allheilmittel?
 7. Das gemeinsame Vorgehen amerikanischer Wirtschaftsfachleute zur Organisation eines nationalen Austauschsystems.
- Dr. Kurt Mendelsohn: Selbsthilfebetriebe der Erwerbslose — ein Weg der Arbeitsbeschaffung durch Konsumhebung.
- Prof. Frank D. Graham: Die Schaffung von Arbeitsgelegenheit.
-

ZAHLUNGSVERKEHR EINKAUFSSCHEINE UND ARBEITSBESCHAFFUNG

Edgard Milhaud: Werden die maßgebenden Stellen uns endlich hören ?

U. v. Beckerath: Die Durchführung der Vorschläge von Milhaud.

Dr. W. Zander: Eisenbahngeld und Arbeitslosigkeit.

 Weitere Bemerkungen zur Frage des Eisenbahngeldes.

 Was können die Gläubiger angesichts des rumänischen Transfermoratoriums fordern
 Scripts, Steuergutscheine u. Bedarfsdeckungsscheine in Deutschland.

Dr. H. Ritterhausen: Die Arbeitslosigkeit als Problem des Umsatzkredits und der
Zahlungsmittelversorgung.

Ing. Karl Küttel: Eine neue Grundlage für den Außenhandel.

 Zur Frage eines zwischenstaatlichen Außenhandels.

Dr. M. A. Heilperin: Ein Plan für die Wiederherstellung der internationalen Transaktionen.

Edgard Milhaud: Gleichzeitige Schaffung von Arbeitsgelegenheit und Absatzmöglichkeiten und
Internationales Clearing. — Fortschritte der Bewegung.

ANHÄNGE

Alex von Muralt: Der Wörgler Versuch mit Schwundgeld.

Mich. Unterguggenberger: Das Wörgler Schwundgeld eingezogen.

Ein französisches Urteil über den Wörgler Versuch.

HEFT 2

G. Lowell Field: Organisationsformen öffentlicher Unternehmen in Italien

Maurice Colombain: Die Genossenschaften in den Tropen.

Dr. Walter Zander: Ein Ausweg aus dem Währungschaos.

Die Annalen der Gemeinwirtschaft erscheinen jährlich in einem (unleserlich!)
und gelangen in 4 Heften zur Ausgabe. Preise für den Jahrgang (unleserlich!)
Preis dieses Einzelheftes RM. 4.80. Schweiz (Rest unleserlich!)

ANMERKUNG VON J.Z. ZU DER MICROFICHE AUSGABE in PEACE PLANS

Eine Englische Übersetzung dieses Buches wurde bereits in Peace Plans No. 10 herausgegeben und auch, zusammen mit Peace Plans 9 & 11 ausführlich alphabetisch indexiert. Dennoch werden einige der Seitenhinweise in meiner Deutschen Ausgabe hier unter wiedergegeben, zusammen mit einigen Bemerkungen von E. Milhaud und einigen viel späteren von Ulrich von Beckerath über Verrechnungsbanken.

Zu Seite 124:

Wie Beckerath spaeter zugab war die Pariser Kommune von 1871 ein schlechtes Beispiel. Die meisten Betriebe waren wegen der Belagerung stillgelegt. Auch die Arbeiter haetten daran nichts aendern koennen. Aber durch Ankauf der Betriebe oder wenigstens durch ein Kauf Angebot haetten sie sich vielen guten Willen im Auslande und selbst unter ihren Gegnern im eigenen Lande erwerben koennen. Der Kampf waere dann nicht so bitter geworden. Als Kaeufer hatten sie dann auch Absatzverhandlungen mit dem Ausland aufnehmen koennen. Als Betriebsbesetzer aber machten sie sich alle anderen als ihre Gesinnungsgenossen zu Feinden und beschraenkten sogar ihre kuenftigen Absatzmoeglichkeiten. Sie sind nicht die einzigen die von der Waffe des Boycotts Gebrauch machen koennen.

Zu Seite 34:

Das Wort "Warenforderung" statt Handelswechsel ist m.E. ungluecklich gewaehlt, sogar wenn es handelsueblich ist. Gemeint ist eine Forderung aus dem Verkauf von Waren: ein guter Handelswechsel, im Gegensatz zu einem Finanzwechsel.

Einige Seitenhinweise:

Austritt aus dem Staat 106
Abwertung 84
Bankfreiheit 104
Bankobligationen 35
Deckung 45ff
Emissionsfreiheit 107ff
Fundierung 45ff
Geldmonopol 55
GesellWoergl 47ff
Greshamsches Gesetz 53
Gueltigkeitsfrist 85
Index 86
Kommune, Paris 1871:124
Maschinen 94,110.
Recht auf Arbeit 61 ff
Rueckstrom 49/50
Schwundgeld 47ff, 85
Staatspapiergeld 10/11, 47ff
Steuerfundations 48ff 45/6, 60, 28/29
Verrechnung 106
Vertrauen 47
Vorurteile 56, 76ff

Wert durch Arbeit 76ff

Woergl 47ff

Zentralnotenbank privilegiert und doch, teilweise, ganz machtlos 38/39.

Zwangskurs 50/1.

Ein vollstaendiges deutsches Inhaltsverzeichnis muss ich verschieben. Wichtiger erscheint mir alle seine Manuskripte, Briefe, Kommentare und Notizen ueber Geldfreiheit und andere Rechte und Freiheiten, soweit ich sie bereits besitze oder habhaft werden kann, erst in Deutsch zusammenzustellen und zu verfilmen und dann, wenigstens teilweise, ins Englische zu uebersetzen. Jede Unterstuetzung dabei ist willkommen

John Zube, 2/11/1981 Das ist immer noch mein jetziges Arbeitsprogramm, mit dem Unterschied, dass ich jetzt versuche alle seine Briefe und Papiere zu skannieren. J.Z., 14.3.2004.

Zwei kleine Beispiele dieser Papiere folgen.

UEBERSETZUNG EINER STELLE
AUS DER BROSCHUERE DES PROFESSORS E. MILHAUD:

"MOYENS DE PAIEMENT DE CARACTERE COMPENSATOIRE",
Paris 1938. (Anscheinend durch von Beckerath selbst.)

IX) Eine Technik und eine Lehre von den zur Verrechnung dienenden Zahlungsmitteln.

Die Tatsachen und die Probleme der Krise, die damals gemachten Vorschlaege, ferner die gemachten Erfahrungen sind die Veranlassung zu Forschungen gewesen, von denen man wohl sagen kann, dass sie die ersten Grundzuege einer Technik und vielleicht sogar einer besonderen Theorie der zur Verrechnung dienenden Zahlungsmittel geliefert haben. In dieser Beziehung kommt den Arbeiten der deutschen Oekonomisten von der Gruppe der Verfasser der "Vier Gesetzentwurfe" eine besondere Bedeutung zu, vor allem den Schriften von H. Rittershausen, W. Zander und U.v. Beckerath. Mit einer bemerkenswerten Klarheit und Deutlichkeit haben sie die Regeln aufgestellt und formuliert, die bei der Emission von zur Verrechnung dienenden Zahlungsmitteln nicht vernachlaessigt werden duerfen, damit das System reibungslos funktioniert. Wir beziehen uns hier auf das, was oben bei der Behandlung einiger Spezialfragen ueber die "Foundation" oder Deckung gesagt wurde, die zur Verrechnung dienende Zahlungsmittel haben muessen, von der Notwendigkeit ihnen einen "Rueckstrom" zu sichern, von der Bedeutung der Kursnotierung an einem freien Markt, von der Notwendigkeit, Vorrichtungen einzuschalten, welche die Emission automatisch hindern, wenn das Disagio der Zahlungsmittel einen gewissen Prozentsatz erreicht hat, von der Bedeutung eventueller Zuschlaege, fall die Inhaber der Zahlungsmittel nicht verrechnen, sondern sie in bar eingeloest haben wollen, etc. Die Verfasser haben auch in einer geradezu entscheidenden Art und Weise dargelegt, welcher Zusammenhang besteht zwischen einem System der Wertbestaendigkeit auf der Grundlage des Goldes, in dem nur das Gold gesetzliches Zahlungsmittel im Sinne von "aufdraengbar" ist und der Zuhilfenahme von zur Verrechnung dienenden Zahlungsmitteln mit Kurs an einem freien Markt, so dass das Gold die Grundlage aller Vertraege ist, dadurch aber auch die oekonomische Sicherheit und der Schutz der Gesellschaft vor Erschuetterungen sicher gestellt sind. Die Schriften von U.v.Beckerath fuegen dem von der Gruppe gebotenen Schatz von Kenntnissen ein ganzes Ensemble lichtvoller (lumineuses), theoretischer Ansichten hinzu. In seiner Analyse erscheint die Rolle des "Geldmonopols" und der "Ausschliesslichkeit bestimmter Zahlungsmittel" (exclusive currency) beim Ausbruch und im Fortgang der Krise dargelegt, wobei unter der "Ausschliesslichkeit

etc." das Recht der Gläubiger (z.B. Warenverkäufer und Arbeitnehmer) zu verstehen ist, bestimmte, "gesetzliche" Zahlungsmittel zu verlangen. Seine Untersuchungen zeigen, wie das "Verrechnungsprinzip", bis in seine letzten Konsequenzen durchgeführt, die Verwendung aller Produktivkräfte der Gesellschaft ermöglichen und dadurch die Arbeitslosigkeit beseitigen würde. Seine auf der Fundation durch Kompensation und die diversen anderen Arten einer guten Fundation beruhenden Vorschläge sind höchst überzeugend. Ausser der "Steuerfundation", der "Ladenfundation", der Fundation durch Annahme des Verrechnungsgeldes bei solchen Versorgungsbetrieben, auf deren Dienste das Volk nicht verzichten kann (z.B. die Eisenbahn) verlangt er eine Fundation durch "Bestellungen", insbesondere seitens der Arbeiter. In überzeugender Weise legt er dar, welche grosse Rolle die Bestellung und ganz besonders die Bestellung der Arbeitnehmer in der Regulierung der Produktion und dadurch in der von ihm vorgeschlagenen Selbstfinanzierung der Gewerbe durch die Emission von Verrechnungsgeld spielen kann. Er begnügt sich dabei keineswegs mit allgemeinen Betrachtungen, sondern gibt oft technische Einzelheiten um die Wirksamkeit seines Systems unter den verschiedensten, wirtschaftlichen Verhältnissen klarzulegen. In einer seiner Schriften gibt er Satzungen einer "Arbeitsbeschaffungsbank". In einer anderen Schrift legt er das System an dem Beispiel einer öffentlichen Versicherung in Asien, in Kolonien und in neuen Ländern dar; er zeigt, wie die von den Versicherungsgesellschaften zur Bezahlung von Schäden ausgegebenen Verrechnungsscheine das vital wichtige Problem lösen können, Prämien in bar zu bezahlen obwohl es an eigentlichem Geld im Lande, vor allem zur Bezahlung von Versicherungsprämien, völlig oder fast völlig fehlt. Er zeigt, wie das Verrechnungswesen in Ländern der genannten Art überhaupt dazu beitragen kann, den mit der wirtschaftlichen Entwicklung steigenden Bedarf an typisierten Zahlungsmitteln zu befriedigen. Ueber die Bedeutung der Beschaffenheit der Zahlungsmittel in der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft und besonders als Ursache des Ausbruchs von Krisen und des Stattfindens von sozialen und politischen Umwälzungen, schreibt er Kapitel, die von einem erstaunlichen Eindringen in das Problem zeugen. Seine Ausführungen und die von ihm beigebrachten Beispiele aus den Anfängen und dem Fortgang der Französischen Revolution sowohl als aus neuerer Zeit sind von grosstem Interesse, ("du plus profond intérêt.")

Abschrift:

BERLINER GESELLSCHAFT VON 1952 ZUR BEKÄMPFUNG DER
URSACHEN DER ARBEITSLOSIGKEIT.

16.4.1953

(Note by JZ.: For its Programme see Peace Plans 41.)

Den Mitgliedern zur gefälligen Erwägung unterbreitet.

DIE DISKONTIERUNG VON VERRECHNUNGSWECHSELN

Wir wissen aus einer Herrn Kortmann gewordenen Auskunft, dass die Berliner Zentralbank es ablehnt, Verrechnungswchsel zu diskontieren. Das braucht uns aber nicht zu bekümmern. In ganz Deutschland haben die Banken ohnehin wenig Geld, um Wechsel zu diskontieren. Es war vorherzusehen, dass die Banken von diesem wenigen Geld nicht auch noch einen Teil abzweigen werden, um einen für sie bisher neu gewesenen Geschäftszweig zu betreiben. Auch von der Berliner Zentralbank war es vorauszusehen. Gleichwohl gehört zu einem vollkommenen Funktionieren des Systems der Verrechnungspflichtungsscheine auch eine Einrichtung, um solche

Scheine zu diskontieren. Diese Einrichtungen koennen aber erst geschaffen werden, wenn irgendwie erreicht ist, dass der Par. 3 des westdeutschen Waehrungsgesetzes fuer Berlin nicht gilt, und dass auch die frueher erlassenen Notgeldgesetze in Berlin nicht mehr gelten. Wichtig ist es jedoch, sich schon jetzt ueber die Technik der Diskontierung von Verrechnungsurkunden klar zu werden.

Einen Wechsel oder eine Anweisung diskontieren heisst: die betr. Urkunde gegen typisierte, wie Geld gestueckelte, in Laeden und zu Lohnzahlungen brauchbare Zahlungsmittel umzutauschen. In alten Zeiten wurden die Urkunden einfach gegen Muenzen umgetauscht. Ein Wechsel ueber 1000 Thaler wurde etwa bei der Preussisehen Bank nach Abzug des Diskonts gegen 998 Silbertaler umgetauscht. Fabrikanten, die Loehne zu zahlen hatten, beschafften sich haeufig durch Diskontieren von Kundenwechseln die Lohngelder.

Als dann die Notenbanken haeufiger wurden, da bestand deren Geschaeft im wesentlichen darin, dass sie Wechsel gegen eigne Noten umtauschten. Beispiel: Es reichte einer bei der Staedtischen Bank in Breslau eine Wechsel ueber 1000 Taler zum Diskont ein. (Die Staedt. Bank in Breslau durfte Noten ausgeben.) Dann erhielt er etwa, nach Abzug des Diskonts, von der Bank 950 Taler in Noten und 48 Taler in Silber. (Kleinere Abschnitte als 5 Talerscheine durften die in Preussen arbeitenden Notenbanken nicht in den Verkehr bringen.)

Die Ueberlegung der Notenbanken bei diesem Geschaeft war folgende:

Der Wechsel ist in ein paar Wochen faelig. Dann wird er dem Wechselschuldner zur Einloesung praesentiert. Bis zur Faelligkeit aber hat der Schuldner seine Waren verkauft. Fuer die Waren hat er entweder Silber eingenommen oder Noten, wahrscheinlich Noten gerade derjenigen Bank, welche den Wechsel diskontiert hat. Ihre eignen Noten muss die Bank wie Bargeld in Zahlung nehmen, auch wenn die Noten im uebrigen keinen allgemeinen Zwangskurs haben. Die Bank tut das natuerlich auch ohne weiteres. Wenn also die Bank den von ihr diskontierten Wechsel zur Einloesung praesentiert, so wird sie wahrscheinlich fuer den grossten Teil des Wechselbetrages eigne Noten bekommen. Daneben wird sie ein bisschen Silber bekommen.

Hier muss eine Bemerkung eingeschaltet werden. Man koennte nach Obigem meinen, dass die Notenbanken die Volkswirtschaft in den Stand gesetzt haetten, zu produzieren, auszutauschen und Arbeiter zu bezahlen, auch wenn kein Metallgeld zirkulierte. Es war nicht der Fall. Die Regierung hatte naemlich in bester Absicht allen Notenbanken die Verpflichtung auferlegt, zur **Einloesung** praesentierte Noten sofort gegen Metallgeld umzutauschen. Die Notenbanken mussten daher immer einen grossen Betrag von Metallgeld zu Einloesungszwecken bereit halten, einen Betrag der zu gar keinen anderen Zwecken dienen konnte und durfte. Ein einziger Autor, **Huebner**, wies in seiner Schrift "Die Banken", erschienen vor etwa 100 Jahren, darauf hin, dass es zur Not doch auch ohne die Einloesungspflicht ginge. Huebner blieb unbeachtet, und noch bis 1914 wurde an den Universitaeten die Einloesungspflicht als wesentlich fuer die Werterhaltung von Noten im Verkehr gelehrt. Als es dann i.J. 1914 ploetzlich auch ohne Einloesung ging, da waren die Professoren ganz platt und stellten allerhand sehr irrige Theorien zur Erklaerung dieses unerwarteten Phaenomens auf. Dass alle Geschaeftsleute die Noten annahmen, einfach um ihre Steuern bezahlen zu koennen dieses Licht ging keineswegs allen sofort auf.

Die Einloesungspflicht, eigentlich zur Sicherung des Publikums eingefuehrt, wirkte sich in alter Zeit kaum weniger schlimm aus als grosse Naturkatastrophen. Wenn das Volk z.B. einen Krieg erwartete oder gar eine Revolution oder eine Handelskrise, dann gab es einen "run" auf die Notenbanken. Jeder wollte Metallgeld fuer seine Noten haben. Schlangen von Tausenden von Menschen standen vor den Schalthern. Die Notenbanken halfen sich dadurch, dass sie die Auszahlung sehr "sorgfaeltig" durchfuehrten, d.h.: sie zaehlten jeden kleinen Betrag, den jeder nehmen musste, und schafften es so, dass nur wenige Personen am Tag abgefertigt wurden. (Die Bank von England

verfuhr noch nach 1914 in dieser Weise wie **K e y n e s** in seinem "Tract on monetary reform" mitteilt.)

Neue Darlehen wurden nicht ausgegeben. Lohngeelder standen nicht zur Verfuegung. Die Fabriken warfen die Arbeiter zu Zehntausenden, ja zu Hunderttausenden aufs Pflaster. Eigne Verrechnungsscheine durften die Fabriken nicht ausgeben. Ausserdem hatten die Arbeiter einen gesetzlichen Anspruch auf Bargeld, und gerade das hatte sich verkrochen. Also: Rausschmiss aller Lohnempfaenger!

Und weder die Sozialisten noch die AntiSozialisten bemerkten, dass Einloesungspflicht, Notenmonopol und Bestimmungen, wie sie heute im Par. 115 der Gewerbeordnung enthalten sind, die Krise bewirkt hatten!

Man machte die "Überproduktion" verantwortlich, die "gesunkene Moral der Zeit" und sehr vieles anderes, nur auf die eigentliche Ursache kam man nicht. Es ist sehr lehrreich, die aeltere Literatur, vor allem auch die von den Professoren, den Bankdirektoren, den Grossindustriellen und andern "Fachleuten" verfasste Literatur ueber Krisen nachzulesen.

Unsere Mitglieder haben es sich vorgesetzt, ihre Mitbuerger auf dreierlei hinzuweisen:

1.) auf die Notwendigkeit, Produktion, Absatz, Austausch und jede Art von Zahlung unabhaengig davon zu machen, ob Bargeld (das Wort im populaeren Sinne genommen) umlaeuft oder nicht, leicht zu beschaffen ist oder nicht,

2.) auf die Tatsache, dass die **Verrechnung** die Moeglichkeit bietet, Produktion, Absatz, Austausch und jede Art von Zahlungsverpflichtung ohne Bargeld durchzufuehren, es sei denn, das Gesetz schreibt die Verwendung von Bargeld vor, oder es verbietet die Anwendung von typisierten, wie Geld gestueckelten Verrechnungsurkunden, (einschliesslich Gutscheinen),

3.) auf die Notwendigkeit, die bestehenden gesetzlichen Hindernisse einer Emanzipation vom Bargeld durch Verrechnung zu beseitigen.

Die Schaffung einer Moeglichkeit zur Diskontierung von Verrechnungswechseln und andern Verrechnungsurkunden gehoert wesentlich mit zur Emanzipation der Volkswirtschaft vom Bargeld. Auf die Aufhebung derjenigen gesetzlichen Bestimmungen, welche einer solchen Moeglichkeit zur Zeit im Wege stehen, muss unsere Gesellschaft daher hinwirken.

Es muss hier noch auf einen grossen und ganz grundsatzlichen Unterschied hingewiesen werden zwischen einer Diskontierung von Verrechnungswechseln durch Verrechnungsbanken (oder die Verrechnungsabteilungen gewoehnlicher Banken nach Beseitigung des Par. 3 des Waehrungsgesetzes) und einer Wechseldiskontierung, so wie sie jetzt ueblich ist.

Wenn heute jemand einen Wechsel diskontiert, so tut er es, um sich **Bargeld** zu beschaffen. Andererseits: Die Banken koennen nur in dem Ausmass Wechsel diskontieren, wie sie selbst Bargeld besitzen.

Wenn aber nach der Durchfuehrung der von uns geforderten Reformen jemand einen Verrechnungswechsel diskontiert, so tut er es, um ein wegen seines hohen Betrages (sagen wir: 1000 DM) als Lohnzahlungsmittel und als Ladeneinkaufsmittel ungeeignetes Papier umzutauschen gegen eine Anzahl von zu diesen Zwecken geeigneten Papieren, die wie Geld gestueckelt sind. Man wuerde sagen koennen, die neuen Verrechnungsbanken nehmen in gewisser Beziehung die Tradition der alten Privatnotenbanken auf, wenn nicht die alten Privatnotenbanken im Diskontieren gehemmt

gewesen waeren durch die Bestimmung, dass wenigstens 1/4 oder 1/3 ihrer umlaufenden Noten durch Metallgeld "gedeckt" sein musste, und sie ausserdem jedem, welcher der Bank ihre eignen Noten praesentierete, die Noten gegen Metallgeld umtauschen mussten. (Eine ganz unsinnige Bestimmung, denn die sehr wohl vorhandene Moeglichkeit war dabei nicht vorgesehen, dass einmal alle umlaufenden Noten zum Umtausch gegen Metall praesentiert wurden oder doch **fast** alle.)

Also: Wenn nach Durchfuehrung der notwendigen Gesetzesreform einer einen Verrechnungswechsel etwa bei der "Verrechnungsbank Friedenau" diskontiert, sagen wir: einen ueber 1000 DM, so erhaelt er dafuer vielleicht 500 Verrechnungsscheine zu DM 1, 200 zu DM 2 und 20 zu DM 5, und zahlt dafuer in irgend einem fuer die Verrechnungsbank zur Verwertung geeigneten Zahlungsmittel etwa DM 5.00. Da die Stueckelung hier eine viel kleinere ist als sie frueher bei den Privatnotenbanken ueblich war, so wird bei einer Verrechnungsbank wohl auch ein hoeherer Diskontsatz gefordert werden muessen als ihn frueher die Privatnotenbanken forderten.

Wie wird es nun errecht, dass die Laeden die Verrechnungsscheine wie Bargeld annehmen? Das soll hier nur an **einem** Beispiel dargelegt werden. Das Beispiel laesst sich aber leicht verallgemeinern.

Ein Berliner Unternehmen, sagen wir Karstadt, hat von einem Hamburger Grosshaendler fuer 10 000 DM Waren bezogen. Karstadt zahlt mit einem Eigenwechsel ueber 10 000 DM + einem Aufschlag fuer Zinsverlust, etwa 200 DM, zusammen 10 200 DM. Der Wechsel ist nach einem Vierteljahr, bzw. vom 90sten Tage nach dem Ausstellungstage an, bei Karstadt durch Verrechnung einloesbar.

Anders ausgedrueckt: Karstadt nimmt dann den Wechsel wie Bargeld als Zahlungsmittel an, wenn ihm jemand etwas abkauft oder Schulden an Karstadt bezahlt. Der Hamburger ist aber kein Einkaufskunde von Karstadt; er ist also darauf angewiesen, den Wechsel zu verkaufen. Das ist fuer ihn nicht schwierig, da Hamburg ja eine der grossten Boersen der Welt hat. Nur **ganz** grosse Betraege wird der Grosshaendler nicht so bequem los wie kleinere. Daher wird er sich von Karstadt von vornherein anstatt des des einen Wechsels ueber 10 200 DM vielleicht 10 Wechsel ueber 1000 DM geben lassen und einen ueber 200 DM. Diese kleinen Betraege wird er bequem los. Einer geht vielleicht nach Uruguay an einen RadioApparateImporteur, 2 gehen an einen Textilwarenimporteur nach Alexandria, etc.

Die Wechsel werden sehr rasch nach Berlin zurueckkehren: sie werden hier als Kaufmittel neben anderen Zahlungsmitteln verwendet werden, bei Siemens, der dafuer Radios liefert, bei Textilgrosshaendlern, die dafuer vielleicht Kravatten liefern.

Siemens und die Textilgrosshaendler bzw. Textilfabrikanten muessen Loehne zahlen. Dazu koennen sie die vereinnahmten Wechsel nicht gebrauchen: sie wenden sich daher an eine Verrechnungsbank. Diese Bank tauscht z.B. einen Verrechnungswechsel von 1000 DM um, gegen 500 von der Bank selbst herausgegebene Scheine ueber je DM 1, 200 zu DM 2 und 20 zu DM 5. Dafuer wird die Bank eine Diskontgebuehr von vielleicht DM 5.00 fordern, zahlbar in irgend einem Zahlungsmittel, mit dem die Bank selbst etwas anfangen kann. Ausserdem aber wird die Verrechnungsbank folgendes tun: sie wird denen, welche die Wechsel zum Diskont eingereicht haben, die Verpflichtung auferlegen, zu jeder Zeit die Verrechnungsscheine der Verrechnungsbank wie bares Geld anzunehmen, wenn der betr. Firma etwas abgekauft und mit den Scheinen bezahlt wird, oder wenn Schulden mit den Scheinen an die Firma gezahlt werden. Ferner wird der eigentliche Wechselschuldner, Karstadt, benachrichtigt, dass die Verrechnungsbank fuer 10 200 DM Wechsel von ihm in Besitz hat und sie nach so und so viel Tagen praesentieren werde. Karstadt koenne sich aber die Zahlung erleichtern, wenn Karstadt Verrechnungsscheine der Bank wie bares

Geld in seinem Zahlungsverkehr annahm. Ein Plakat, an den Karstadt-Kassen ausgehängt, wird die Sache erleichtern.

Karstadt wird sich das nicht zweimal sagen lassen. Die Regelung ist in jeder Beziehung zu seinem Vorteil. Karstadt benutzt entweder die täglich eingehenden Verrechnungsscheine der Bank zu Teilzahlungen auf die demnächst zu präsentierenden Wechsel, oder aber Karstadt sammelt die Scheine und löst damit am Verfalltag die Wechsel ein. Hat ausnahmsweise Karstadt nicht genug Verrechnungsscheine vereinnahmt, um alle Wechsel einlösen zu können, so kann Karstadt entweder andere Zahlungsmittel verwenden, um die Wechsel einzulösen oder Karstadt kann auch offen erklären: Ich kann nicht einlösen, belastet mich mit Verzugszinsen. Wenn die Verzugszinsen hoch genug sind, so wird Karstadt ja rasch Mittel und Wege finden, um Verrechnungsscheine irgendwo aufzutreiben, schlimmstenfalls durch einen Sonderverkauf, bei dem nur Verrechnungsscheine als Zahlungsmittel angenommen werden. Nebenbei: Teilzahlung auf Wechsel ist im Wechselgesetz ausdrücklich vorgesehen. Der Gläubiger darf solche Teilzahlungen nicht zurückweisen.

Alle Beteiligten haben nunmehr, was sie brauchen, keiner ist mehr dem andern etwas schuldig. Der Hamburger Großhändler ist zu seinem Geld dadurch gekommen, dass er die Wechsel an der Hamburger Börse verkauft hat. Die Käufer haben sich in Berlin Ware abgeholt und haben sie mit den Wechseln bezahlt. Die Händler, welche die Ware hergegeben haben, die haben die Wechsel diskontiert und haben mit den eingetauschten Verrechnungsscheinen ihre Arbeitnehmer bezahlt, ihre Handwerker, etc.

Die Arbeitnehmer, Handwerker etc. haben die Verrechnungsscheine in irgendwelche Berliner Läden getragen, darunter auch Karstadt. Karstadt wird diese Scheine noch am gleichen Tage dazu benutzen, um Teilzahlungen auf die Wechsel zu leisten. Wenn Karstadt nicht genügend Scheine der Friedenauer Verrechnungsbank vereinnahmt, so wird K. andere, vereinnahmte Zahlungsmittel an die Friedenauer Bank abführen.

Die Verrechnungsbanken Berlins werden untereinander ein Clearing-Verfahren anwenden, wie es früher die Privatnotenbanken anwendeten. Früh morgens kommen die Bankvertreter zusammen und tauschen untereinander die Verrechnungsscheine aus, so dass jede Bank ihre eigenen Scheine erhält.

Zuletzt, nach einigen (banküblichen) Umwegen, hat die Friedenauer Verrechnungsbank ihre Scheine zurückgehalten, und Karstadt die Wechsel.

Wenn es gelingen sollte, unsere Vorschläge etwa in einer Versammlung von Ladenbesitzern oder anderen, an Wechseln interessierten Geschäftsleuten darzulegen, dann wäre es nicht unwahrscheinlich, dass einer der Anwesenden so zu uns spricht:

"Ihr Leute, was ihr uns da vorgetragen habt, das ist vielleicht erwägenswert. Jedenfalls, die Art und Weise, wie die Berliner Banken das Wechseldiskontgeschäft betreiben, die passt uns schon lange nicht. Überlegt doch mal, ob sich eure Vorschläge über das Wechseldiskontieren nicht von eurem sonstigen Programm trennen lassen. Vielleicht lässt sich eine

Berliner Gesellschaft zur Förderung und Verbesserung des Rechnungswesens gründen. Mancher würde da hinkommen, der Bedenken hat, eure sonstigen Bestrebungen zu unterstützen. **Sollte** eine solche Aufforderung an uns gerichtet werden, so werden wir uns ihr nicht wohl entziehen können."

Beckerath
B. Friedenau,
Schmargendorfer Strasse 21, III.,r.
Amerikanischer Sektor.

Welche praktischen Schritte unternommen werden muessten um die oeffentliche Meinung betreffend solche Reformvorschlaege genuegend zu beeinflussen, wurde in Peace Plans 20 und 6163 dargelegt.
J.Z.
